

Die USA - Interessen und Strategien

Gunther Hauser

Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie



UNSER HEER



Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Gunther Hauser

Die USA – Interessen und Strategien

1/2022

Wien, Januar 2022

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
Alle Rechte vorbehalten

Januar 2022

ISBN 978-3-903359-35-2

Druck:

ReproZ W 21-4732
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Einleitung	7
Strategische Wendejahre 2001-2021	14
Die gescheiterte Irak-Invasion.....	16
Die gescheiterte Afghanistan-Mission	20
Asien-Pazifik – der Kampf um die Vormachtstellung.....	33
Die USA als „pazifische Nation“	33
Die US-Beziehungen zu Taiwan	42
Spannungen mit China auf wirtschaftlicher Ebene	49
Politische Spannungen mit China	58
Nordkorea	65
Die US-Beziehungen zur NATO.....	72
Transatlantische Differenzen mit Europa	73
Die Türkei entscheidet sich für die russische S-400.....	75
Erstes NATO-Treffen mit US-Präsident Joseph Biden	78
Die militärische Ausrichtung der USA.....	82
Die Nuklearpolitik der USA	89
Ausstieg aus Rüstungskontrollabkommen, Verlängerung des „New START“	95
Die USA und das Iran-Atomabkommen.....	102
Die Rolle der USA in Jemen.....	115

Syrien und der Kampf gegen den Islamischen Staat	121
Die Politik gegenüber Israel	131
Differenzen in der Siedlungspolitik.....	136
Die Nahostpolitik von US-Präsident Donald Trump	141
Das Verhältnis USA-Russland.....	145
US-Präsident Donald Trump und der Mueller-Bericht.....	146
Die Rivalität in der Arktis	149
Die Beibehaltung der Sanktionspolitik und weitere Differenzen	153
Kuba	158
Die Skepsis gegenüber internationalen Abkommen.....	160
Streitpunkte: Subventionen und Strafzölle	167
Die Coronakrise in den USA	171
Populismus in den USA.....	176
Populismus als Ergebnis der gesellschaftlichen Lage	176
Die Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021.....	182
Außenpolitische Umbrüche	188
Die Strategie von Präsident Joseph Biden	200
Die „neue Atlantic Charter“ und AUKUS	206
Schlussfolgerungen und Ausblick	213
Literaturverzeichnis	222

Vorwort

Die Analyse und Auswertung der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Strategien großer Mächte gehören – wenig überraschend – zu den Schwerpunkten der Forschung am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigung Wien. In der vorliegenden Studie untersucht Hofrat Dr. Gunther Hauser, Ehrenprofessor der Donau-Universität Krems und Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie, wie sich die Vereinigten Staaten von Amerika in der Zeit zwischen 2001 und 2021 entwickelten. 2001 war jenes Jahr, in dem am 11. September (9/11) die bisher verheerendsten Terrorangriffe in den USA stattfanden und kurz darauf der „Krieg gegen den Terror“ ausgerufen wurde. Am 12. September 2001 verkündete Präsident George W. Bush: „*This battle will take time and resolve. But make no mistake about it: we will win.*“¹ Als Folge dessen leitete die damalige US-Regierung unter Präsident Bush den längsten Krieg in der amerikanischen Geschichte gegen die *Taliban* und die *Al Qaeda* in Afghanistan ein, im „Lichte des 9/11“² marschierten 2003 US-Truppen in den Irak ein und stürzten das Regime von Saddam Hussein. Das Jahr 2021 steht wiederum für den kompletten (chaotischen) Abzug der US-Truppen aus Afghanistan und den Abzug der US-Kampftruppen aus dem Irak – beide US-Militärmissionen waren gescheitert. In Afghanistan konnten Mitte August 2021 die *Taliban* trotz amerikanischen und internationalen Versuchen, die Lage vor Ort zu stabilisieren, wieder die Macht übernehmen. Die Lage im Irak hat sich seit dem Einmarsch der US-Truppen 2003 ebenso zuungunsten der USA verändert, der Iran gewinnt seit Jahren an politischen Einfluss.

Der hier betrachtete Zeitraum bot gleich zu Beginn des 21. Jahrhunderts das Bild der USA als die einzige verbliebene „Supermacht“ und als Mentor einer „Neuen Weltordnung“, deren Umsetzung aber schon in den 1990er-

¹ Daniel Kurtz-Phelan, Who Won The War on Terror?, in: Foreign Affairs, September/October 2021, S. 8.

² Auf politischer Ebene wurde damals das Saddam Hussein-Regime in Irak mit den Terrorangriffen am 11. September 2001 öfters in Verbindung gebracht, die US-Nachrichtendienste unterstützten diese Einschätzung nicht. Aus: Robert Gallucci, A Very Bad Idea from the Start, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. 9-10, hier S. 10.

Jahren an ihre Grenzen stieß und zeigt am Ende die Bedrohungseinschätzung der vergangenen und gegenwärtigen US-Regierungen, in der die Volksrepublik China zunehmend als Herausforderer – wirtschaftlich und verteidigungspolitisch – gesehen wird. Der Bogen der Analysen reicht von den Präsidentschaften von George W. Bush (2001–2009) und Barack H. Obama (2009–2017) sowie von Donald J. Trump (2017-2021) bis zum Beginn der Amtszeit von Präsident Joseph R. Biden. Allein die Liste dieser Namen zeigt die Bandbreite der hinter der amerikanischen Politik stehenden Ideen.

Eine Studie derart jüngster Entwicklungen zeigt rasch die Begrenztheit der verfügbaren Quellen. Mangels der Zugänglichkeit von Archivquellen für diesen Zeitraum orientierte sich der Autor daher an den öffentlich zugänglichen Dokumenten: den Nationalen Sicherheits- bzw. Verteidigungsstrategien der USA sowie insbesondere an den Nuklearstrategien aus diesem Zeitraum. Dr. Hauser berücksichtigte überdies die politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den USA und untersuchte, wie die politisch-strategischen Dokumente in der Praxis umgesetzt wurden.

Als Ergebnis liegt hier eine umfassende Untersuchung des Themas vor und damit eine Art Handbuch zum besseren Verständnis des Agierens der weltweit immer noch bedeutenden „Supermacht“ USA.

Einleitung

Strategie beinhaltet ein planvolles Streben nach einem bestimmten längerfristigen Ziel und setzt die planvolle Realisierung längerfristiger Interessen voraus. Strategie ist gekennzeichnet durch klar bestimmte Zielsetzungen, einen bestimmten längerfristigen Zeithorizont sowie ein planvolles Vorgehen. Mit jeder Zielsetzung ist implizit/explicit auch ein Interesse verbunden.³ Für den amerikanischen Politikwissenschaftler Joseph Nye ist Strategie „die Fähigkeit, Ressourcen so zu kombinieren, dass gesetzte Ziele erreicht werden.“ Sie ist der „Schlüssel zu intelligenter militärischer Macht.“⁴ Nye kreierte 2004 den Ausdruck *Smart Power* (intelligente Macht), „der für eine Kombination von harter und weicher Macht zu erfolgreichen Strategien steht.“⁵ Für die Durchsetzung einer Strategie sind demnach Faktoren der *Hard Power* sowie jene der *Soft Power* notwendig. *Hard Power* bezieht sich auf die Fähigkeit zur Ausübung militärischer Macht sowie die direkte Kontrolle über Territorien und Ressourcen einschließlich Erzwingungsoption (*power to coerce*). Die *Soft Power* beinhaltet die Fähigkeit zur Überzeugung und zur Verhaltensänderung durch Anziehungskraft (*power to attract*). Eine *Grand Strategy* versteht sich vor allem als ein Handlungsplan, der bezweckt, Mittel mit einem Ziel übereinzustimmen. *Grand Strategy* setzt somit ein vorhersehbares Umfeld voraus.⁶ Genau diese Frage, wie *Grand Strategy* in Zeiten geopolitischer Umbrüche künftig definiert und sowohl innen- als auch außenpolitisch interpretiert werden soll, war vor allem seit dem sich abzeichnenden Scheitern der US-Militärinterventionen in Afghanistan und in Irak Gegenstand zahlreicher Diskussionen in den USA. So hatten sich bereits in einer *Pew*-Meinungsumfrage vom April 2016 an die 57 Prozent der Befragten dafür ausgesprochen, dass die USA zunächst „ihre eigenen Probleme bewältigen solle[n]“ und anderen ermöglichen solle, ihren Herausforderungen selbst nach bestem Wissen und Gewissen

³ Ashton B. Carter, William J. Perry, Preventive Defense. A New Security Strategy for America, Brookings Institutions Press, Washington D.C. 1999, S. 9.

⁴ Joseph Nye, Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein neues Zeitalter, Siedler Verlag, München 2011, S. 75.

⁵ Ebenda, S. 15.

⁶ ‘A grand strategy is a road map for how to match means with ends’, Aus: Daniel W. Drezner, Ronald R. Krebs, Randall Schweller, The End of Grand Strategy, in: Foreign Affairs, May / June 2020, S. 107-117, hier S. 108.

entgegenzutreten. Der große öffentliche Diskurs über die *Grand Strategy* wurde vor allem von den damaligen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump (Republikaner) und Bernie Sanders (Demokraten) auf politischer Ebene geleitet. Dabei ging es um die Frage, ob die US-Außenpolitik weiterhin in die Lage versetzt werden sollte, sich weltweit für Demokratie einzusetzen, Verbündete dahingehend zu unterstützen, ihre Verteidigung wahrnehmen zu können und auch militärisch global zu intervenieren. Als einzige damalige Präsidentschaftskandidatin verteidigte Hillary Clinton diesen Status quo.⁷ Besonders hat der Versuch der USA seitens der Regierung unter Präsident George W. Bush, „*Werte der USA*“ innerhalb einer „*neuen Weltordnung*“⁸ militärisch und auch ideell zum Durchbruch zu verhelfen, die Weltlage wie folgt verändert:

- Durch die Kriege in Afghanistan und im Irak hat sich die jeweilige Lage für die USA äußerst nachteilig verändert – in Afghanistan sind seit Mitte August 2021 wieder die *Taliban* an der Macht, im Irak gewinnt seither der Iran verstärkt an geopolitischem Einfluss. Amerikanische Truppen hatten fast zwei Jahrzehnte in Afghanistan und im Irak gekämpft – es ist und war „*kein Sieg in Sicht*“.
- Der ab Anfang der 2010er-Jahre territorialpolitisch agierende *Islamische Staat* (IS) konnte das Chaos vor allem im Irak und in Syrien für sich nutzen und sich vorerst ungehindert ausbreiten. Es hatte einer internationalen Militärkoalition bedurft, um den IS territorial zu besiegen.
- Die „*arabische Welt*“ verfiel in Chaos, auch deshalb, weil sich die USA entschlossen, Regimewechsel mit Hilfe von regionalen Verbündeten in Nordafrika sowie im Mittleren Osten durchzusetzen.
- Amerikanische Versuche, für Israel und Palästina eine Zweistaatenlösung zu erreichen, sind vorerits gescheitert – eine Lösung dieser Frage erscheint derzeit außer Reichweite.

⁷ John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, The Case for Offshore Balancing. A Superior U.S. Grand Strategy, in: *Foreign Affairs*, July / August 2016, S. 70-83, hier S. 70.

⁸ Walter Russell Mead, The End of the Wilsonian Era. Why Liberal Internationalism Failed, in: *Foreign Affairs*, January / February 2021, S. 123-137, hier S. 124.

- Moralisch zweifelhafte Praktiken (Folterungen, gezielte Tötungen) machten die USA weltweit ungläubwürdig in ihrem Ziel, Menschenrechten und Internationalem Recht auf globaler Ebene zum Durchbruch zu verhelfen.
- Die Volksrepublik China verstärkt insbesondere seit den 2010er-Jahren ihre geopolitische Machtprojektion auf regionaler und auf globaler Ebene und wird seither von der Kommunistischen Partei Chinas autoritärer geführt.
- Russland hält seit 2008 Teile Georgiens besetzt, 2014 annektierte Russland die Krim von der Ukraine. So haben sich die amerikanisch-russischen Beziehungen insgesamt seit dem Kalten Krieg zu einem „*neuen Tiefpunkt*“ entwickelt.⁹
- Nordkorea wurde Nuklearmacht, der Iran erklärt stets sein Bestreben, seine Nuklearfähigkeiten weiterzuentwickeln. Beide Regierungen streben die Entwicklung von Atombomben an mit dem Ziel, diese primär zur Abschreckung einzusetzen und somit einen von außen beabsichtigten Regimewechsel zu verhindern.¹⁰

Das Ziel der US-Präsidenten William Jefferson „Bill“ Clinton, George W. Bush und Barack Obama, zwischen 1991 und 2012 eine „*neue Weltordnung*“ zu schaffen, scheiterte. Besonders die „*neokonservative*“¹¹ Herangehensweise unter Präsident George W. Bush mit dem Ziel, unter der Führung der USA weltweit auch mittels militärischer Interventionen „*Demokratie zu verbreiten*“ und „*aufstrebende*“ autoritäre Staaten daran zu hindern, mit den USA in eine geopolitische Rivalität einzutreten, scheiterte. Damals vertrat vor allem die neokonservative Strömung in der Republikanischen Partei die Ansicht, dass eine globale Führung der USA „*gut für Amerika und für die Welt sei*“ und

⁹ Ebenda.

¹⁰ John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, The Case for Offshore Balancing. A Superior U.S. Grand Strategy, in: Foreign Affairs, July / August 2016, S. 70-83, hier S. 79.

¹¹ John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt zählten u. a. folgende Personen aus Politik, Wissenschaft und Journalismus zum neokonservativen Kreis: John Bolton, Paul Wolfowitz, David Wurmser, Max Boot, Reuel Marc Gerech, Robert Kagan, Michael Rubin, Charles Krauthammer. Aus: John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy, Penguin Books, London 2008, S. 129.

somit in der Folge der amerikanische Unilateralismus auf globaler Ebene Frieden und Stabilität garantiere.¹²

Künftig wird also weiterhin ein neuer Grundkonsens für eine „Weltordnung“ von der internationalen Staatengemeinschaft im Sinne von „kleinsten gemeinsamen Nennern“ angestrebt werden müssen – in Zeiten zunehmender Machtrivalitäten zwischen den USA einerseits und China sowie Russland andererseits.¹³ US-Präsident Woodrow Wilson war der erste amerikanische Präsident, der der Verwirklichung des Konzepts einer „liberalen Weltordnung“ große Hoffnung schenkte, dieses Konzept wurde vor allem von anglo-amerikanischen Staaten in ihrem Sinne praktiziert. Demnach schaffe offener Handel „Wohlstand und Frieden“.¹⁴ Jedoch war seit dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 dieser *Wilsonianismus* lediglich als eine speziell europäische Lösung für europäische Probleme angedacht. Das Völkerrecht wurde von Woodrow Wilson nicht als gesetzesbindende Verpflichtung betrachtet, die dazu noch staatliche Souveränität internationalen oder supranationalen Autoritäten überträgt. Völkerrecht sollte hier eine „sozialisierende Dynamik“ einnehmen, in dem es jene Normen und Erwartungen schafft, die Staaten folglich gewillt sind, als ihre eigenen Regelungen zu übernehmen.¹⁵

US-Außenpolitik ist seit jeher eine Kombination aus Koalitionen mit und zwischen Denkrichtungen und auch mit verbündeten Staaten. *Wilsonianismus* ist nur eine der vier Denkschulen, die die US-Außenpolitik geprägt hat und die nach ehemaligen US-Präsidenten benannt werden, die wiederum diese Denkrichtungen wie folgt geprägt haben:¹⁶

¹² John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, *The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy*, Penguin Books, London 2008, S. 129.

¹³ Walter Russell Mead, *The End of the Wilsonian Era. Why Liberal Internationalism Failed*, in: *Foreign Affairs*, January / February 2021, S. 123-137, hier S. 124.

¹⁴ Ebenda, S. 127.

¹⁵ G. John Ikenberry, *Woodrow Wilson, the Bush Administration, and the Future of Liberal Internationalism*, Introduction, in: G. John Ikenberry, Thomas J. Knock, Anne-Marie Slaughter, Tony Smith, *The Crisis of American Foreign Policy. Wilsonianism in the Twenty-first Century*, Princeton University Press, Princeton and Oxford 2009, S. 1-24, S. 12.

¹⁶ Walter Russell Mead, *The End of the Wilsonian Era. Why Liberal Internationalism Failed*, in: *Foreign Affairs*, January / February 2021, S. 123-137, S. 136.

- Die *Hamiltonianer* (*Hamiltonians*): US-Außenpolitik soll demnach um eine mächtige Regierung gebildet werden, die über enge Verbindung zur internationalen Finanzwelt und zum Welthandel verfügt.
- Die *Wilsonianer* (*Wilsonians*) bezwecken den Aufbau einer Weltordnung auf der Grundlage von Demokratie, Menschenrechten und dem Völkerrecht.
- Die *Jacksonianer* (*Jacksonians*) sind äußerst skeptisch gegenüber globalen Finanz- und Handelsverflechtungen, unterstützen jedoch den Aufbau eines starken nationalen Militärs und von starken nationalen Wirtschaftsprogrammen, die vorrangig „*dem amerikanischen Arbeiter*“ dienen.
- Die *Jeffersonianer* (*Jeffersonians*) sind bestrebt, internationale Verpflichtungen der USA und Außenengagements der USA zu limitieren.

Eine „*fünfte Schule*“ könnte noch in der Auslegung des konföderierten Präsidenten Jefferson Davis gesehen werden, der die US-Interessen am besten in Form der Beibehaltung der Sklaverei gewährleistet gesehen hatte.¹⁷

In dieser Studie untersucht der Autor, wie sich die Supermacht USA zwischen 2001 und 2021 welt- und geopolitisch verhalten hat und im Besonderen, welche jeweilige Machtprojektion (*power transition*) die jeweiligen Regierungen der USA auf globaler Ebene umgesetzt haben. Der Autor hat für die Erstellung dieses Bandes der Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie alle dafür erforderlichen und in und für diesen Zeitraum öffentlich zugänglichen Dokumente ausgewertet. Umfassend berücksichtigt sind in diesem Zusammenhang die politischen, sicherheitspolitisch-strategischen, militärpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der USA, die zur (teilweisen) Umsetzung der politisch-strategischen Dokumente geführt haben.

Im Zentrum standen dabei folgende Forschungsfragen:

¹⁷ Ebenda.

- Wie ordnete die jeweilige amerikanische Regierung ihr Land in die *internationale Ordnung* ein?
- Welche amerikanischen Interessen standen dabei im jeweiligen Mittelpunkt und wurden bzw. werden weiterhin seitens der jeweiligen US-Regierungen als schützenswert eingestuft?
- Wie lauteten bzw. lauten dabei die strategischen Ziele der USA?
- Mit welchen Mitteln und Fähigkeiten sollten diese umgesetzt werden bzw. hätten diese umgesetzt werden sollen?
- Welche Defizite wurden im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte sichtbar?
- Wie weit setzten sich die jeweiligen US-Regierungen zum Ziel, bei der Bewältigung gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen uni- oder multilateral zu handeln?
- Welcher Stellenwert wurde und wird seitens der jeweiligen US-Regierung internationalen Kooperationen zugemessen?
- Welche strategischen Herausforderungen bildeten die Ausgangslage für gesamtstrategische Überlegungen der USA?
- Wie haben sich die jeweiligen Herausforderungen in den einzelnen Jahrzehnten in Priorität und Handlungsumsetzung verändert?
- Wie wurden und werden die einzelnen Herausforderungen und Risiken im Vergleich zueinander gewichtet?
- Wie wurde während der Periode 2001 bis 2021 das internationale Umfeld beschrieben und eingeschätzt?

In diesem Zusammenhang wurde – ausgehend vom sicherheitspolitisch-strategischen Verständnis der USA – das *Policy-making* in Hinblick auf den Strategieformulierungsprozess umfassend berücksichtigt. Zudem geht aus den jeweiligen Strategien hervor, welche eigene Wahrnehmung die jeweiligen US-Regierungen strategisch kommunizierten, insbesondere in Bezug auf den Akteursanspruch, den Gestaltungswillen sowie die Präferenzen im Zusammenhang mit Kooperationen in und mit internationalen Organisationen und geografische Schwerpunktsetzungen. Berücksichtigt wurden auch die Brüche in der sicherheitspolitisch-strategischen Entwicklung: endogene und exogene Faktoren, die zu Neupositionierungen in der Einschätzung der sicherheitspolitisch-strategischen Lage führten. Ebenso wurde die Streitkräfteentwicklung der

USA (deren Aufgaben) und die Rüstungspolitik analysiert sowie die gesamtstrategischen Entwicklungen – ausgehend von der US-Regierung unter Präsident George W. Bush bis zur Regierung des US-Präsidenten Joseph R. Biden. Diese Studie beabsichtigt, einen gesamtstrategischen Überblick der USA während der letzten 20 Jahre zu geben – auf der Grundlage von Dokumenten, Sekundärliteratur sowie Aufzeichnungen, die seitens des Autors anlässlich eines dreiwöchigen Besuches im Rahmen des International Visitors Program (IVP) des amerikanischen Außenministeriums (*United States Department of State*) im November 2003 erstellt wurden. In der Methodik bei der Erstellung dieser Studie wurden zunächst Primärquellen text- und inhaltsanalytisch ausgewertet und auf empirisch-analytischer Grundlage eine mehrfache Komparatistik unternommen. Es wurde vor allem das theoretische Konzept der empirisch-analytischen Methode nach dem induktiven Verfahren angewendet.

Strategische Wendejahre 2001-2021

Ein wesentlicher Grundsatz der US-Politik ist, dass pluralistisch-demokratische Staaten nicht von Demokratien bekämpft werden.¹⁸ So entwickelte sich, abgeleitet davon, gerade in den 2000er-Jahren in den USA die Ansicht, dass amerikanische Werte den Grundpfeiler pluralistisch-demokratischer Staaten bilden, diese seien folglich in Hinblick auf die Durchsetzung der Menschenwürde auf globaler Ebene unverhandelbar („*non-negotiable demands of human dignity*“) und definieren sich wie folgt: „*free speech, equal justice, respect for women, religious tolerance, and limits on the power of the state. These principles are universal.*“¹⁹ Für die US-Außenpolitik bestand somit unter Präsident George W. Bush ihre Mission nach den verheerenden Terroranschlägen vom 11. September 2001 (9/11) primär darin, die Prinzipien der Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in „*die dunkelsten Ecken der Welt*“ zu bringen, wie es Präsident Bush am 20. Januar 2005 formulierte: „*and one day this untamed fire of freedom will reach the darkest corners of our world.*“²⁰ Die US-Regierung Bush unterstützte damals Demokratiebewegungen weltweit:

*„We are led by events and common sense to one conclusion: The survival of liberty in our land increasingly depends on the success of liberty in other lands. The best hope for peace in our world is the expansion of freedom in all the world. [...] So it is the policy of the United States to seek and support the growth of democratic movements and institutions in every nation and culture, with the ultimate goal of ending tyranny in our world.“*²¹

Dieses Denken entsprach der damals in der Republikanischen Partei vorherrschenden *neokonservativen* Sichtweise,²² die von amerikanischen

¹⁸ Dr. Terry Deibel von der National Defense University (USA) am 2. November 2003 anlässlich eines Empfanges in Washington.

¹⁹ U.S. Department of State, U.S. Foreign Policy Agenda Vol 7 No 4, U.S. National Security Strategy. A New Era, December 2002, S. 8.

²⁰ US-Präsident George W. Bush, Rede vom 20. Januar 2005, in: Bush Ties Second Term Policy to the Advancement of Freedom, <http://usinfo.state.gov/special/Archive/2005/Jan/20-603979.html> [31.01.2005]

²¹ Ebenda.

²² Im Zuge der Erklärung der Unabhängigkeit der USA im Jahre 1776 entstand seitens des damaligen Kongressmitglieds Thomas Jefferson vier Jahre später der Begriff „*Empire of Liberty*“, demnach galt es, „*gefährliche Feinde in wertvolle Freunde*“ zu „*konvertieren*“. Jefferson war US-Präsident in den Jahren 1801 bis 1809. Aus: Samir

Politikwissenschaftlern als *Bush-Doktrin* bezeichnet wurde.²³ Während seiner Rede in West Point stellte US-Präsident Bush im Juni 2002 fest, dass Abschreckung und Eindämmung nicht länger ausreichend wären, um die Sicherheit der USA zu garantieren.²⁴ Laut Bush war dafür nun eine Strategie des „*forward looking*“ wichtig, d.h. „*to be ready for preemptive actions when necessary to defend our liberty and to defend our lives.*“²⁵ Präemption bedeutet „*that you attack first in order to forestall an attack that you believe is imminent. You before your adversary strikes you.*“²⁶ Präemption fällt somit unter das Recht jeder Nation, sich selbst zu verteidigen, wobei bei Präemption die Zeit der wesentliche Faktor ist: „*advantage in going first.*“²⁷ Diese Interpretation des 9/11 führte im Sinne des „*globalen Krieges gegen den Terror*“ zu einem strategischen Paradigmenwechsel, der erstens durch die Bush-Doktrin und zweitens durch die damit verknüpfte werteorientierte Außenpolitik sichtbar wurde, die wiederum auf vier folgenden Prinzipien beruhte:²⁸

- Bewahrung der US-Vorherrschaft;
- Erhaltung der strategischen Unabhängigkeit;
- Offensive präventive Selbstverteidigung;
- Förderung von Demokratie und Freiheit.²⁹

Puri, *The Great Imperial Hangover. How Empires Have Shaped the World*, Atlantic Books, London 2021, S. 31.

²³ Thomas J. Knock, „Playing for a Hundred Years Hence“, in: G. John Ikenberry, Thomas J. Knock, Anne-Marie Slaughter, Tony Smith, *The Crisis of American Foreign Policy. Wilsonianism in the Twenty-first Century*, Princeton University Press, Princeton and Oxford 2009, S. 25-88, S. 55.

²⁴ Gunther Hauser, *Die Sicherheits- und Verteidigungsstrategien der USA 1987 bis 2017. Anspruch und Wirklichkeit*. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 16/2017, S. 38ff.

²⁵ Robert J. Art, *The US National Security Strategy (NSS): Implications for Transatlantic Security Policy*, NATO Defense College, Rome, November 2005, S. 15-25, hier S. 16.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Gunther Hauser, *Die Sicherheits- und Verteidigungsstrategien der USA 1987 bis 2017. Anspruch und Wirklichkeit*. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 16/2017, S. 35ff.

Die gescheiterte Irak-Invasion

Abgesehen von den verheerenden Folgen des Irakkrieges aus 2003 (*Operation Iraqi Freedom*) für die weitere Entwicklung des Iraks³⁰ ließ die traumatisierende Wirkung des 9/11 in den USA nach. Präsident Bush war zudem damals vermehrt Kritik von republikanischer Seite ausgesetzt. Aufgrund der hohen politischen und wirtschaftlichen Kosten des Irakkrieges wurden vermehrt Stimmen laut, die eine Abkehr von der unilateral-imperialen Politik forderten.:

*“America bestrides the world like a colossus? Did we? It was a story we told ourselves. Shock and awe. Regime change. Freedom on the march. A trillion dollars later, we couldn’t keep the electricity running in Baghdad.”*³¹

Konservative Kritiker warfen Bush vor, die „*außenpolitische Mäßigung*“ der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegeben zu haben und anstelle dessen der Welt eine „*universale demokratische Utopie*“ aufzwingen zu wollen. Das Ergebnis einer derartigen Politik wäre eine Schädigung vitaler amerikanischer Interessen.³² Liberale Kritiker prangerten vor allem die mangelnde Legitimierung der liberal-imperialistischen Vorhaben der Bush-Administration an: Zum einen wären die Vereinigten Staaten von Amerika nicht so mächtig, als dass sie allein internationale Sicherheit garantieren können, und zum anderen wären die neokonservativen Ansichten der Bush-Regierung widersprüchlich und weltweit umstritten.³³ Dazu kam, dass die außenpolitische Strategie der Bush-Regierung im Fall des Iraks nicht

³⁰ Laut damaligen Plänen der US-Regierung sollte sich der Irak als *Modell-Demokratie* für die gesamte Region entwickeln nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland und Japan nach 1945. Der damalige Leiter der zivilen Übergangsverwaltung im Irak, Lewis Paul Bremer III, hatte 2003 jedoch zwei für die US-Präsenz im Irak und die irakische Gesellschaft selbst folgenschwere Entscheidungen umgesetzt: die Auflösung der *Baath*-Partei des ehemaligen Machthabers Saddam Hussein sowie die Auflösung der irakischen Streitkräfte. Massenproteste mit zahlreichen Toten waren die Folge, das Land schlitterte in langandauernde kriegerische Konflikte mit den USA.

³¹ Ben Rhodes, *The World as it is. Inside the Obama White House*, Vintage Books, London 2019, S. 63 und S. 275.

³² Robert J. Art, *The US National Security Strategy (NSS): Implications for Transatlantic Security Policy*, NATO Defense College, Rome, November 2005, S. 15-25, hier S. 41.

³³ Ebenda.

funktioniert hatte, der damalige Senator John Kerry beklagte in diesem Zusammenhang, dass den Generälen und den Experten des US-Außenministeriums seitens der Regierung Bush betreffend die Folgen eines derartigen Krieges nicht „zugehört“ wurde.³⁴ Zudem war demnach die Bush-Regierung bestrebt gewesen, mit umfassenden Flächenbombardements die irakischen Streitkräfte rasch zum Aufgeben zu zwingen (gemäß der von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld angewendeten „*shock and awe*“-Strategie),³⁵ und somit die „*Brillanz der amerikanischen Truppen zu demonstrieren*“. Die irakische Bevölkerung wurde jedoch mit dem *Wiederaufbau* ihres Landes allein gelassen.³⁶ Das anfängliche Vorhaben der US-Regierung, innerhalb von sechs Monaten ein funktionierendes Nachfolgeregime in Bagdad aufbauen zu können, hatte sich somit als illusionär erwiesen: Anstelle dessen kam es zu einem völligen Zusammenbruch staatlicher Ordnung und der gesamten Infrastruktur.³⁷ Der von der US-Regierung Bush angestrebte „*demokratische Dominoeffekt*“, der sich ausgehend vom Irak auf die gesamte Region ausweiten hätte sollen, blieb ohne Zweifel aus. Die US-Nachrichtendienste hatten zudem die Fähigkeiten des Regimes von Saddam Hussein, Massenvernichtungswaffen zu erwerben und einzusetzen, falsch eingeschätzt. Der eigentliche Grund, aus Gefahr für die amerikanische Sicherheit einen derartigen Krieg zu führen, blieb somit ungerechtfertigt. Der Irak, so die Einschätzung der Nachrichtendienste, hatte nie Nuklearwaffen besessen, jedoch wäre Saddam Hussein demnach nur in der Lage gewesen, „*schneller als ander Länder*“ Atomwaffen zu bauen, falls er das dafür notwendige Material hätte erwerben können. Der Irak hatte bereits

³⁴ John Kerry, Foreword, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. XVII-XIX, hier S. XVII.

³⁵ John Bryson Chane, Real Faith in the Public Square, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. 13-23, hier S. 16.

³⁶ John Kerry, Foreword, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. XVII-XIX, hier S. XVII.

³⁷ Robert J. Art, The US National Security Strategy (NSS): Implications for Transatlantic Security Policy, NATO Defense College, Rome, November 2005, S. 15-25, S. 41.

mit nuklearer Forschung und Entwicklung „vor dem Ersten Golfkrieg“ (1990/1991) begonnen.³⁸

US-Präsident Barack Obama bezeichnete den Irak-Krieg deshalb als „ungerechten Krieg“ („*unjust war*“) und war bestrebt, diesen Krieg rasch zu beenden.³⁹ Dieser Krieg, so der damalige Senator John Kerry, stelle einen für die USA nicht notwendigen Krieg dar und sei so mit als „*America’s war of choice*“ einzuordnen.⁴⁰ Ende 2009 erklärte General Raymond Odierno (US-Oberbefehlshaber in Irak), dass die Ziele der US-Politik vor Ort nicht bis Ende 2011 erreicht werden konnten.⁴¹ Sein Nachfolger General Lloyd Austin erläuterte, dass er im Irak insgesamt mindestens 20.000 Soldaten nach 2011 benötigen würde – für eine Übergangsperiode, die zwischen drei und fünf Jahre benötigen würde.⁴² Anfang Oktober 2011 hatte das irakische Parlament zwar auf Anfrage von Washington eine erweiterte US-Militärpräsenz befürwortet, jedoch den US-Soldaten keine gesetzliche Immunität garantiert. Noch im Oktober 2011 teilte US-Präsident Barack Obama dem damaligen irakischen Ministerpräsidenten Nouri al-Maliki mit, dass er in Erfüllung des noch unter George W. Bush 2008 beschlossenen Truppenabkommens (*Strategic Framework Agreement*) Ende 2011 die US-Truppen aus dem Irak abziehen würde.⁴³

Der politisch stark angeschlagene irakische Präsident Nuri al-Maliki hatte 2014 auf amerikanische Rücktrittsforderungen „mit blumigen Reform- und Versöhnungsversprechen reagiert.“⁴⁴ Freiwillig aus dem Amt wollte Maliki nicht

³⁸ Robert Gallucci, A Very Bad Idea from the Start, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. 9-10, hier S. 9.

³⁹ Samir Puri, The Great Imperial Hangover. How Empires Have Shaped the World, Atlantic Books, London 2021, S. 52.

⁴⁰ John Kerry, Foreword, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. XVII-XIX, hier S. XVIII.

⁴¹ Rick Brennan, Withdrawal Symptoms. The Bungling of the Iraq Exit, in: Foreign Affairs, November/December 2014, S. 25-36, S. 29.

⁴² Ebenda, S. 33.

⁴³ Ebenda, S. 34.

⁴⁴ Michael Wrase, USA rücken von Premier Maliki ab, in: Salzburger Nachrichten, 20.06.2014, S. 5.

ausscheiden, obwohl der schiitische Regierungschef durch die politische Ausgrenzung der sunnitischen Minderheit (sowie der Verhaftung des sunnitischen Vizepräsidenten) eine schwere Krise im Irak verursacht hat. Es kam im Irak zur Gründung des *Islamischen Staates*, der sich zunächst als Verteidiger der Sunniten präsentierte. Maliki meinte dennoch: „*Wir müssen Iraks Teilung verhindern.*“⁴⁵ Der Krieg im Irak meldete sich im Juni 2014 durch den Aufstieg des *Islamischen Staates* zurück. Als Sofortmaßnahme hatte noch US-Präsident Obama den Flugzeugträger USS *George H.W. Bush* in den Persischen Golf in Marsch gesetzt, und zum Schutz der US-Botschaft in Bagdad – als bestgesichertste der Welt – ordnete er eine Verstärkung um 275 Personen an. Zudem wurden bis zu 300 Militärberater und danach auch bis zu 5000 US-Soldaten entsendet.⁴⁶

Washington favorisierte in Bagdad eine Regierung der nationalen Einheit, unter Einschluss der Sunniten und Kurden: „*Am Ende müssen die Iraker das lösen*“, lautete Obamas Botschaft.⁴⁷ Der ehemalige US-Verteidigungsminister Ashton Carter meinte, dass im Fall Irak es notwendig gewesen wäre, mit militärischen Mitteln langfristigen Erfolg zu garantieren. Dazu hätte es der Stationierung geeigneter Bodentruppen bedurft mit dem Ziel, Territorien zu halten. Zudem wären auch lokale Partner notwendig gewesen „*in order to get the strategic result that is desired.*“⁴⁸ Dazu bedurfte es auch regelmäßiger und gezielter umfassender Ausbildung von irakischen Sicherheitskräften, die von den USA und Partnernationen hätte langfristig durchgeführt werden sollen, um mittel- bis langfristig die Sicherheit des Iraks garantieren zu können.⁴⁹ So leitete sich auch kurze Zeit die US-Hilfe an kurdische Einheiten im Irak und in Syrien ab, oder für irakische Sicherheitskräfte bei der Anti-Terrorausbildung und beim Kampf gegen den *Islamischen Staat*.⁵⁰

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Thomas Vieregge, Die Wiederkehr des Irak-Kriegs, in: Die Presse, 21.06.2014, S. 6.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Foreign Affairs, The Scholar as Secretary. A Conversation With Ashton Carter, in: Foreign Affairs, September/October 2015, S. 72-78, hier S. 75.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Ebenda.

Die gescheiterte Afghanistan-Mission

Die USA begannen ihre Afghanistan-Invasion zum Sturz des *Taliban*-Regimes (*Operation Enduring Freedom*) am 7. Oktober 2001, nachdem sich die *Taliban* geweigert hatten, die unter ihren Schutz stehende *Al Qaeda*-Führung um Osama bin Laden an die USA auszuliefern. Nach zweieinhalb Monaten waren die *Taliban* gestürzt.⁵¹ Beteiligt daran waren rund 100 Mitarbeiter der CIA, 350 Soldaten von US-Spezialeinheiten und 15.000 afghanische Kämpfer, unterstützt von ca. 100 Lufteinsätzen pro Tag.⁵² Der damalige Präsidentschaftskandidat Barack Obama hatte im Wahljahr 2008 rhetorisch eine entscheidende Weiche gestellt, als er im Gegensatz zu George W. Bush nicht den Irak, sondern Afghanistan und Pakistan „als zentrales Schlachtfeld im Kampf gegen den Terrorismus“ identifizierte und die „sicheren Häfen“ für Terroristen in diesen Ländern zur „für sich genommenen wichtigsten Bedrohung der amerikanischen Bevölkerung“ erhob.⁵³

Diese Afghanistan-Pakistan-Strategie („AfPak“) wurde am 27. März 2009 seitens der US-Regierung Obama bekanntgegeben. Die Ausarbeitung dieses konzeptionellen Rahmens war möglich, weil innerhalb der US-Sicherheitsbürokratie bereits während der Bush-Ära ein derartiger Politikwandel vorbereitet worden war. Im Herbst 2009 hatte Obama diese strategische Konzeption einer Überprüfung unterzogen, denn die Truppenanforderung von General McChrystal, des von Obama ernannten Oberbefehlshabers in Afghanistan, von zusätzlichen 40.000 bis 80.000 Soldaten⁵⁴ war aufgrund ihrer großen Anzahl politisch äußerst heikel: „Und der Regierung in Kabul schien nach der mit massivem Wahlbetrug einhergehenden

⁵¹ Peter Rudolf, Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung, SWP-Studie S11, Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, Mai 2010, S. 7.

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda, S. 10.

⁵⁴ Bereits während der Amtszeit unter US-Präsident George W. Bush hatte der damalige Befehlshaber in Afghanistan, David McKiernan, mehr als 10.000 zusätzliche US-Truppen eingefordert, um die ansteigende Aufständischenbekämpfung sicherstellen zu können. Bush unterstützte dieses Ersuchen nicht. in: Ben Rhodes, *The World as it is*. Inside the Obama White House, Vintage Books, London 2019, S. 63 und S. 66.

Präsidentenwahl die Legitimität zu fehlen.“⁵⁵ Joseph Biden stand in seiner damaligen Funktion als Vizepräsident einer Aufstockung der US-Truppen in Afghanistan („Surge“) ablehnend gegenüber.⁵⁶ Aufgrund kritischer Aussagen über die Afghanistanpolitik des Weißen Hauses entließ Präsident Obama in weiterer Folge General McChrystal.⁵⁷ 2009 hatten sich Präsident Obama, Außenministerin Hillary Clinton und Verteidigungsminister Robert Gates „nach langem Ringen“ doch noch für eine Aufstockung des amerikanischen Kontingents um 30.000 Soldaten ausgesprochen⁵⁸ – der damalige Vizepräsident Joseph Biden blieb somit als Gegner dieser Entscheidung „allein“.⁵⁹ Nach im Juni 2011 legte Präsident Obama einen Fahrplan für einen schrittweisen Rückzug der amerikanischen Truppen und für ein Ende des Kampfeinsatzes am Hindukusch vor: „Unsere Mission wird sich vom Kampfeinsatz zur Unterstützung verändern“, gab damals Obama bekannt: „2014 wird dieser Übergangsprozess abgeschlossen sein, und die Afghanen werden für ihre eigene Sicherheit verantwortlich sein.“⁶⁰

Bereits im Jahr 2011 hatten sowohl Demokraten als auch Republikaner in der Frage des Abzugs der US-Truppen aus Afghanistan „aufs Tempo gedrückt“: „Die Eliminierung des Terroristen Bin Laden habe die Prämisse des Krieges entscheidend verändert, argumentieren die Befürworter eines raschen Rückzuges.“⁶¹ Die USA konnten nicht pro Jahr mehr als 100 Milliarden US-Dollar in einen Krieg investieren, wenn sich zugleich aufgrund der Fiskalkrise seit 2007/2008 die US-Wirtschaft unter Spardruck befand, so die Ansicht.⁶²

⁵⁵ Peter Rudolf, Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung, SWP-Studie S11, Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, Mai 2010, S. 5.

⁵⁶ Mark Hannah, Why leaving Afghanistan is so difficult, in: The New York Times International Edition, March 23, 2021, S. 1 und 10, hier S. 1.

⁵⁷ Risa Brooks, Jim Golby and Heidi Urben, America’s Broken Civil-Military Relationship Imperils National Security, in: Foreign Affairs, May / June 2021, S. 64-75, hier S. 65.

⁵⁸ Ben Rhodes, The World as it is. Inside the Obama White House, Vintage Books, London 2019, S. 63 und S. 78.

⁵⁹ Thomas Vieregge, Wie Biden zum Kriegsgegner wurde, in: Die Presse, 16.04.2021, S. 6.

⁶⁰ Wiener Zeitung, Afghanistan: Vier Präsidenten und deren Fehler, in: Wiener Zeitung, 18.08.2021, S. 4.

⁶¹ Thomas Vieregge, Kommandowechsel im Pentagon, in: Die Presse, 30.06.2011, S. 9.

⁶² Ebenda.

Der damalige US-Präsident Obama meinte kurz vor seiner Wiederwahl: „Wir müssen uns auf den Aufbau im eigenen Land konzentrieren.“⁶³ Der damalige US-Verteidigungsminister Robert Gates hatte Mitte 2011 erklärt, dass es immer schwieriger werde, Geld vom Kongress für Militäroperationen zu bekommen. Er hätte demnach keine Lust mehr gehabt, zuzusehen, wie die Bedeutung der USA in der Welt abnehme.⁶⁴ Da sich zudem Pakistan zunehmend als „nicht konsistenter“ Partner im Kampf gegen den Terror erwies, reduzierte der nächste US-Präsident Donald Trump auch die Militärhilfe für das pakistanische Militär.⁶⁵ Trump bezeichnete 2012, noch als Privatperson, in einem Tweet bereits den Afghanistan-Einsatz als „Disaster“: „We don't know what we are doing.“ Im Januar 2013 forderte er den sofortigen Abzug der US-Truppen aus Afghanistan: „Let's get out of Afghanistan. Our troops are being killed by the Afghanis we train and we waste billions there. Nonsense! Rebuild the USA!“⁶⁶

Im Dezember 2016 versicherte Trump dem afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani den Rückhalt der USA. In seiner Angelobungsrede hatte Trump angekündigt, auch den „islamistischen Terrorismus“ auszulöschen, jedoch gewinnt in der Zwischenzeit seither auch der *Islamische Staat* in Afghanistan an Einfluss.⁶⁷ Unter der Präsidentschaft von Donald Trump warfen die USA am 13. April 2017 in Afghanistan erstmals in ihrer Geschichte eine sogenannte „Superbombe“ (ihre stärkste nicht-atomare Bombe) ab, um lokale Milizen des *Islamischen Staates* (IS) im Achin-Distrikt in der östlichen Provinz Nangarhar zu treffen. Der bis zu 10.000 Kilogramm schwere Sprengkörper hatte einen Tunnelkomplex der Jihadistenmiliz im Osten Afghanistans getroffen.⁶⁸ Die Waffe des Typs *GBU-43/B Massive Ordnance Air Blast* wird im Militärjargon „Mutter aller Bomben“ bezeichnet, Abkürzung: MOAB. Die Bombe wurde 2003

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Samir Puri, *The Great Imperial Hangover. How Empires Have Shaped the World*, Atlantic Books, London 2021, S. 53f.

⁶⁶ Bob Woodward, *Fear. Trump in the White House*, Simon & Schuster, London, New York, Sydney, Toronto, New Delhi, Paperback edition, 2019, S. 115.

⁶⁷ Jürgen Streihammer und Koloman Marschik, *Das 113-Milliarden-Dollar-Fiasko am Hindukusch*, in: *Die Presse*, 2.02.2017, S. 4.

⁶⁸ *Die Presse* US-Militär setzt größte nicht-nukleare Bombe ein, in: *Die Presse*, 14.04.2017, S. 3.

entwickelt und gilt mit elf Tonnen TNT-Äquivalent als größter konventioneller Sprengkörper der US-Streitkräfte. Laut Pentagon wurde die Bombe damals von einer *MC-130* abgeworfen.⁶⁹ Die MOAB ist jedoch nicht die stärkste existierende konventionelle Bombe. Russland besitzt seit 2007 die ATBIP, den „*Vater aller Bomben*“, sie ist mit etwa 7000 Kilogramm zwar leichter als die MOAB, hat aber besonderen Sprengstoff und thermobarische Wirkung. Ihr Vernichtungsradius in einer Ebene wird mit 300 Meter beschrieben, bei der MOAB sind es 150 Meter. In TNT-Äquivalent gemessen sticht die russische Bombe mit 44 Tonnen die amerikaische klar aus.⁷⁰

Die US-Regierung führte seit 2018 mit den *Taliban*, die in Doha/Katar seit 2011 mit Einwilligung der USA ein Büro für internationale Beziehungen eingerichtet haben, direkte Verhandlungen über den Abzug der US-Truppen, jedoch unter der Bedingung, dass Afghanistan kein „*Hort des Terrors*“ bzw. kein Rückzugsgebiet für Terroristen wird. Die Trump-Administration hatte die Doha-Gespräche mit den *Taliban* forciert, diese lehnten jedoch eine offizielle Teilnahme afghanischer Regierungsvertreter ab. Die *Taliban* betrachteten die damalige afghanische Regierung stets als „*US-Marionette*“.⁷¹

Seit der ersten Märzhälfte 2020 zogen sich US-Truppen aus Afghanistan zurück. Am 10. März 2020 begann das US-Militär mit der Räumung der Stützpunkte in den Provinzen Helmand und Herat. Wie zuvor im Doha-Abkommen mit den *Taliban* vom 29. Februar 2020 vereinbart reduzierten die USA in einem ersten Schritt innerhalb von 135 Tagen ihre Truppenstärke von rund 13.000 auf 8600 Soldaten, zudem gaben sie fünf ihrer etwa 20 Stützpunkte im Land auf.⁷² Der im Doha-Abkommen festgelegte Fahrplan für eine Befriedung des Landes konnte nicht mehr eingehalten werden. Zudem versank die afghanische Innenpolitik zunehmend im Chaos, als sich am 10. März 2020 Amtsinhaber Ashraf Ghani sowie sein Widersacher Abdullah Abdullah in getrennten

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Ebenda.

⁷¹ Thomas Vieregge, Die Doppelstrategie der afghanischen Taliban, in: Die Presse, 10.07.2019, S. 2-3, hier S. 3.

⁷² Die Presse, US-Militär begann mit Abzug, in: Die Presse, 11.03.2020, S. 13.

Zeremonien jeweils zum Staatspräsidenten hatten künden lassen. Dies wiederum schwächte die Position des Amtes der afghanischen Regierung gegenüber den *Taliban*.⁷³ Präsident Trump äußerte bereits 2019 Zweifel daran, ob Verhandlungen mit den *Taliban* überhaupt sinnvoll gewesen waren: „Wahrscheinlich hätten ihre Anführer obnehin nicht die Macht gehabt, ein wichtiges Abkommen auszuhandeln, wenn sie nicht einmal einer Feuerpause während der wichtigen Verhandlungen zustimmen könnten“, schrieb er auf Twitter.⁷⁴ US-Präsident Trump hatte sich zunächst zum Ziel gesetzt, bis 2020 die Truppen in der Stärke von 14.000 Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan abzuziehen. Am 28. Juli 2019 bestätigte US-Außenminister Michael Pompeo dieses Vorhaben.⁷⁵

Gerade in den letzten Jahren stieg jedoch die Gewalt im Zuge neuerer Konflikte zwischen Kämpfergruppen und Warlords enorm an. Allein 25.000 Menschen starben durch diese Konflikte im Jahr 2018 – die höchste Gefallenenrate seit den frühen 1990er-Jahren. Im Vergleich dazu starben in Syrien 2018 aufgrund innerstaatlicher Konflikte um die 20.000 Personen.⁷⁶ Afghanistan ist das einzige Land in Asien, in dem nun in der Bevölkerung insgesamt eine größere Armutsrate vorherrscht als während der 1950er-Jahre.⁷⁷

Während US-Militärs im *Islamischen Staat* im Jahr 2019 ein größer werdendes Problem sahen insbesondere in dessen Bestreben, auch weiterhin Terrorangriffe in westlichen Staaten zu inspirieren und durchzuführen, wird diese Sichtweise von US-Nachrichtendiensten nicht geteilt. Demzufolge sei der *Islamische Staat* ausschließlich als regionales Problem zu sehen.⁷⁸ Pensionierte Generale wie Jack Keane und David H. Petraeus versuchten US-Präsident Trump umzustimmen und ihn dazu zu bewegen, zumindest einige Tausende *Special Operations Forces* in Afghanistan

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Die Presse, Trump bricht Dialog mit Taliban ab, in: Die Presse, 9.09.2019, S. 4.

⁷⁵ Thomas Gibbons-Neff, Julian E. Barnes, U.S. officials debate threat of ISIS in Afghanistan, in: The New York Times International, 5.08.2019, S. 6.

⁷⁶ The Economist, Prisoners of war, in: The Economist, 17.08.2019, S. 69.

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Thomas Gibbons-Neff, Julian E. Barnes, U.S. officials debate threat of ISIS in Afghanistan, in: The New York Times International, 5.08.2019, S. 6.

weiterhin stationiert zu lassen. Diese sollten helfen, eine Rückkehr der Terrorgruppen vor allem in die Hauptstadt Kabul und einen Kollaps sowohl der afghanischen Regierung als auch der afghanischen Sicherheitskräfte zu verhindern.⁷⁹

Ziel des Pentagons unter US-Präsident Donald Trump war es, die *Taliban* zu direkten Friedensgesprächen mit der afghanischen Regierung zu bewegen. Zu diesem Zwecke hatte sich der US-Gesandte für Afghanistan, Zalmay Khalilzad, im Januar 2019 in Katar zu Gesprächen mit einer Delegation der *Taliban* getroffen.⁸⁰ Nach einem Jahrzehnt Verhandlungen hatten im Februar 2020 die *Taliban* und die USA ein Abkommen vereinbart, nach dem bis 1. Mai 2021 die US-Truppen aus Afghanistan komplett abgezogen hätten sein sollen.⁸¹ Präsident Trumps Kernanweisung war damals, die restlichen 13.000 US-Soldaten „so bald wie möglich“ aus Afghanistan abzuziehen.⁸² Im Herbst 2020 leitete das Pentagon den Abzug weiterer US-Truppen sowohl aus Afghanistan als auch aus dem Irak ein. Somit kam Donald Trump seinem Wahlversprechen näher, US-Truppen „nach Hause zu bringen“ und somit die langanhaltenden Kriege („forever wars“) zu beenden.⁸³

Im März 2021 stellte US-Außenminister Antony Blinken klar, dass die USA in Afghanistan nur dann militärisch eingreifen können, wenn die Ziele der Mission klar definiert und realistisch durchführbar wären und auch der Rückhalt der amerikanischen Öffentlichkeit für eine derartige Mission gegeben sei.⁸⁴ Der Vorsitzende der Vereinigten Generalstabschefs (*Joint Chief of Staff*), General Mark A. Milley, plädierte dagegen für die weitere Stationierung von US-Truppen in Afghanistan, „to honor the sacrifices that have

⁷⁹ Ebenda.

⁸⁰ Die Presse, US-Gesandter in Katar: Gespräche mit Taliban, in: Die Presse, 24.01.2019, S. 5.

⁸¹ Mark Hannah, Why leaving Afghanistan is so difficult, in: The New York Times International Edition, March 23, 2021, S. 1 und 10, hier S. 1.

⁸² Burkhard Bischof, Was ist Trumps Deal mit den Taliban wert?, in: Die Presse, 18.02.2020, S. 2 und 3, hier S. 3.

⁸³ Katrina Manson, Pentagon signals troops drawdown in Afghanistan and Iraq, in: Financial Times, 18 November 2020, S. 4.

⁸⁴ Mark Hannah, Why leaving Afghanistan is so difficult, in: The New York Times International Edition, March 23, 2021, S. 1 und 10, hier S. 1.

been made.“⁸⁵ Abgeleitet von der Erkenntnis von US-Präsident Joseph Biden, dass es keine militärische Lösung für die Bewältigung der Herausforderungen in Afghanistan gibt (im Zusammenhang mit seiner Entscheidung „to end the forever wars“),⁸⁶ beschloss auch die NATO am 14. April 2021, den Abzug ihrer Truppen mit 1. Mai 2021 einzuleiten. Im *Treaty Room* des Weißen Hauses, wo Präsident George W. Bush am 7. Oktober 2001 der Nation den Beginn des Afghanistan-Krieges erklärt hatte, besiegelte Joseph Biden nun dessen Ende. Einen Sieg wollte Biden jedoch nicht proklamieren: „Ich bin der vierte Präsident, der diesen Krieg führt. Ich will ihn nicht an einen fünften übergeben.“; zuvor hatte Biden seine Vorgänger George W. Bush und Barack Obama über seine Entscheidung informiert – jedoch nicht Donald Trump.⁸⁷ Im Gegenzug zu Trump war Biden zumindest bestrebt, die NATO-Verbündeten und -Partner beim Abzug der US-Truppen miteinzubinden.⁸⁸

Am 2. Mai 2011 wurde der *Al Qaeda*-Führer Osama bin Laden – Drahtzieher der Anschläge des 9/11 – von einem US-Spezialkommando der *U.S. Navy Seals* in der pakistanischen Garnisonsstadt Abbottabad aufgespürt und getötet, seither hat sich, so Präsident Biden, der „Kampf gegen den Terror“ weltweit ausgedehnt. Biden sah somit für das US-Militär keine Notwendigkeit mehr, in Afghanistan stationiert zu bleiben.⁸⁹

In Doha / Katar erfolgte – noch unter der US-Präsidentschaft von Donald Trump – am 12. September 2020 der Beginn der innerafghanischen Friedensverhandlungen mit dem Ziel, ein Übereinkommen zwischen der afghanischen Regierung und den *Taliban* in Hinblick auf eine friedliche Zukunft des Landes zu erzielen. Ein derartiges Abkommen hätte den Schutz der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan beinhalten und dafür garantieren sollen, dass sich Afghanistan nicht mehr

⁸⁵ Ebenda, hier S. 1.

⁸⁶ Ebenda, hier S. 10.

⁸⁷ Thomas Vieregge, Wie Biden zum Kriegsgegner wurde, in: Die Presse, 16.04.2021, S. 6.

⁸⁸ Gunther Hauser, In Afghanistan sind westliche Aufbaustrategien gescheitert, Gastkommentar, in: Wiener Zeitung, 18.08.2021, S. 10.

⁸⁹ Andrea Spalinger, Gehasst und verehrt, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 3.05.2021, S. 2.

zu einem Staat entwickelt, der Terroristen als Operationsbasis dient.⁹⁰ Bis 2024 – darauf hatten sich die Mitgliedstaaten der NATO geeinigt – hätten die offiziellen afghanischen Sicherheitskräfte finanziell unterstützt werden sollen.⁹¹ Der ehemalige Nationale Sicherheitsberater, H.R. McMaster, warnte bereits zu dieser Zeit vor einem enormen Machtgewinn der *Taliban* und anderer jihadistischer Gruppen und deren möglicher Übernahme des Landes:

*„The agreement U.S. / Taliban [...] will allow the Taliban, al-Qaeda, and various other jihadi terrorists to claim victory, recruit more young people to their cause, gain control of more territory, and inflict suffering through the imposition of draconian sharia.“*⁹²

Die NATO-Staats- und Regierungschefs einigten sich bei ihrem Gipfel Mitte Juni 2021 in Brüssel, mit finanzieller Hilfe und Ausbildungsunterstützung die afghanischen Sicherheitskräfte und Institutionen weiterhin aufrechterhalten zu wollen. Die NATO stellte sich dazu vier Ziele:⁹³

- die Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte: 2003 – als die NATO die Führung des Afghanistan-Einsatzes übernahm – gab es noch keine afghanischen Sicherheitskräfte, der mühevollen Aufbau dieser Kräfte hätte somit gewährleistet bleiben sollen;
- die Organisation und Durchführung von Ausbildungskursen von afghanischen Sicherheitskräften außerhalb ihres Landes, insbesondere für Spezialeinsatzkräfte;

⁹⁰ Gunther Hauser, In Afghanistan sind westliche Aufbaustrategien gescheitert, Gastkommentar, in: Wiener Zeitung, 18.08.2021, S. 10.

⁹¹ NATO, Resolute Support Mission in Afghanistan, Last updated: 15 April 2021 16:42, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_113694.htm [3. Mai 2021]

⁹² H.R. McMaster, The Retrenchment Syndrome. A Response to “Come Home, America?“, in: Foreign Affairs, July / August 2020, S. 183-186, hier S. 184.

⁹³ NATO, Press Conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the meeting of NATO Heads of State and Government, 14 Jun. 2021 21:35, https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_184959.htm [22.06.2021]

- die weitere Bereitstellung ziviler Präsenz in Afghanistan mit den Zielen Beratung und Fähigkeitsaufbau;
- den Schutz von kritischer Infrastruktur wie den Flughafen von Kabul, sowie die Bereitstellung weiterer finanzieller Hilfe für den Auf- und Ausbau von ziviler Infrastruktur.

US-Präsident Joseph Biden verkündete zunächst am 14. April 2021, dass alle US-Truppen bis spätestens September 2021 aus Afghanistan abgezogen werden würden.⁹⁴ Am 8. Juli 2021 konkretisierte Biden, den Einsatz der amerikanischen Truppen offiziell mit 31. August 2021 zu beenden: „*Ich werde nicht noch eine weitere Generation Amerikaner in den Krieg nach Afghanistan schicken.*“⁹⁵ Der Grund für den noch rascheren Abzug der US-Truppen lag damals mit großer Wahrscheinlichkeit im massiven Vordringen der *Taliban*, die weite Teile von Afghanistan zu diesem Zeitpunkt bereits unter Kontrolle hatten. Je schneller also die amerikanischen Truppen abgezogen wurden, umso weniger Schaden war zu befürchten.⁹⁶

Während des Beginns des Abzuges wurden bereits aus mehreren Provinzen Afghanistans Zwischenfälle und Gefechte gemeldet, denen afghanische Zivilisten und Sicherheitskräfte zum Opfer gefallen waren. Ein Sprecher des US-Militärs bestätigte, dass am Nachmittag des 1. Mai 2021 der Flughafen Kandahar mit „*ineffektivem indirektem Feuer*“ beschossen worden war. Niemand kam dabei zu Schaden. Schwere Gefechte wurden aus dem Bezirk Schindand in der Provinz Herat gemeldet. Die *Taliban* überrannten in der Provinz Gasni einen Kontrollposten sowie eine Basis der Sicherheitskräfte. Bei einer Explosion auf einer Militärbasis am Luftwaffenstützpunkt Bagram wurden in der Nacht zum 1. Mai 2021 mindestens zwei Soldaten getötet.⁹⁷ Bis 13. August 2021 wurden seitens der *Taliban* innerhalb einer Woche bereits 13 afghanische Provinzhauptstädte erobert. Am 8. August fiel Kundus nach schweren Kämpfen unter die

⁹⁴ The Economist, Afghanistan after America. 1989 and all that, in: The Economist, June 12th 2021, S. 40-42, hier S. 40.

⁹⁵ Salzburger Nachrichten, Daten & Fakten: Der Abzug aus Afghanistan und der Siegeszug der Taliban, in: Salzburger Nachrichten, 10.07.2021, S. 9.

⁹⁶ Gunther Hauser, In Afghanistan sind westliche Aufbaustrategien gescheitert, Gastkommentar, in: Wiener Zeitung, 18.08.2021, S. 10.

⁹⁷ Neue Zürcher Zeitung, USA und Nato starten Abzug aus Afghanistan, in Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 3.05.2021, S. 6.

Kontrolle der *Taliban*, vier Tage später auch Herat und Kandahar.⁹⁸ Am 14. August konnten die *Taliban* Mazar-i-Sharif und Jalalabad nahezu kampflos einnehmen. Einen Tag später erreichten die *Taliban* Kabul, übernahmen die Kontrolle über die Hauptstadt und verkündeten ihren Sieg. Afghanistans Präsident Ashraf Ghani floh währenddessen nach Katar.⁹⁹

Am 10. August 2021 erklärte US-Präsident Biden, die Afghanen müssten „selbst kämpfen, um ihren Staat kämpfen.“ An die politische Führung in Kabul appellierte Biden, geschlossener gegen die *Taliban* aufzutreten und meinte: „Ich glaube, sie beginnen zu verstehen, dass sie an der Spitze politisch zusammenkommen müssen.“¹⁰⁰ Das US-Außenministerium gab am 12. August 2021 bekannt, dass Washington eine neue afghanische Regierung nicht anerkennen würde, falls diese „die Macht mit Gewalt an sich reißen würde“.¹⁰¹ Dass die afghanische Armee „binnen weniger Wochen widerstandslos zusammengebrochen und die Provinzhauptstädte [...] im Tagesstakt gefallen“ sind, hatte sowohl die politische Führung in den USA als auch US-Militärs und Experten überrascht.¹⁰² Der ehemalige Kontingentskommandant des Österreichischen Bundesheeres in Afghanistan, Helmut Fiedler, leitete daraus folgendes Versagen vor Ort ab:

- afghanische Soldaten hatten am Gefechtsfeld „oftmals gegen Waffen-, Munitions- und Betriebsmittelknappheit“ angekämpft. Zudem wurden ihre Löhne „meist verspätet oder gar nicht ausgezahlt.“¹⁰³
- Viele dieser Rekruten bekamen zwar eine westliche Ausbildung, jedoch standen diese meist den *Taliban* sehr nahe: „Da haben die

⁹⁸ Salzburger Nachrichten, Taliban erobern strategisch wichtige Städte, in: Salzburger Nachrichten, 13.08.2021, S. 7.

⁹⁹ Salzburger Nachrichten, Die letzte Bastion ist gefallen, in: Salzburger Nachrichten, 16.08.2021, S. 5.

¹⁰⁰ Salzburger Nachrichten, Berlin stoppt Abschiebungen nach Afghanistan, in: Salzburger Nachrichten, 12.08.2021, S. 7.

¹⁰¹ Salzburger Nachrichten, Taliban erobern strategisch wichtige Städte, in: Salzburger Nachrichten, 13.08.2021, S. 7.

¹⁰² So Oberst dG Helmut Fiedler, ehemaliger Kontingentskommandant des Bundesheeres in Afghanistan (Juli 2017 bis März 2018), in: Alexander Purger, Afghanistan: Die bittere Bilanz, Interview mit Helmut Fiedler, Oberst des Generalstabes, in: Salzburger Nachrichten, 19.08.2021, S. 4.

¹⁰³ Ebenda.

*Dorfältesten den Amerikanern Rekruten geschickt, die innerlich wertemäßig auf der anderen Seite standen.*¹⁰⁴

Afghanistan, so der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler, wurde zwischen 2001 und 2021 zum „*Experimentierfeld*“ einer von den USA angestrebten Weltordnung: „*Durchsetzung vor allem von Frauenrechten, demokratische Partizipation, wirtschaftliche Entwicklung, und insbesondere Schließung der Schattenglobalisierungskanäle, in denen Afghanistan als Opiumproduzent eine Rolle spielte.*“¹⁰⁵ Afghanistan war demzufolge der „*Prüfstein für die Durchsetzbarkeit der neuen Weltordnung*“, der Westen hat sich mit diesem Projekt jedoch gewaltig „*überhoben*“.¹⁰⁶ Zwischen 2001 und 2021 hatten insgesamt an die 775.000 US-Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan ihren Dienst versehen, zuerst während der Operation *Enduring Freedom* (2001-2014), danach innerhalb der Operation *Freedom's Sentinel* (2015-2021). Insgesamt verloren in Afghanistan an die 2400 US-Soldatinnen und Soldaten ihr Leben, an die 20.000 wurden teilweise schwer verletzt.¹⁰⁷ Die enorme Geschwindigkeit, mit der die Taliban an die Macht zurückkehrten, wurde von den USA bei weitem unterschätzt. Demzufolge gestalteten sich die Evakuierungsmaßnahmen am Flughafen Kabul (die US-Regierung entsendete dazu an die 6000 Sicherheitskräfte), bei denen zehntausende Menschen aus Afghanistan (wie „*Ortskräfte*“¹⁰⁸ der USA, Kanadas sowie europäischer NATO-Verbündeter und Nichtregierungsorganisationen) ausgeflogen wurden,¹⁰⁹ als äußerst chaotisch. Zunächst kamen dabei einige Menschen aufgrund von Schusswechseln und starkem Gedränge ums Leben, einige Menschen stürzten sogar aus überfüllten Evakuierungsflugzeugen in den Tod. Am 26. August 2021 Nachmittag wurden zudem am Südeingang des Flughafens seitens des „*Islamischen*

¹⁰⁴ Ebenda.

¹⁰⁵ Herfried Münkler, Der Abzug aus Afghanistan ist eine historische Zäsur, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 5.05.2021, S. 16.

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ Klaus Stimer, Die Realitätsgeschockten, in: Wiener Zeitung, 18.08.2021, S. 4.

¹⁰⁸ Unter dem Sammelbegriff „*Ortskräfte*“ werden lokale Kräfte wie z. B. Fahrer, Köche und Übersetzer zusammengefasst oder auch Wachpersonal von Ministerien. Aus: Stephanie Pack-Homolka, Wer die „*Ortskräfte*“ sind, die der Westen aus Kabul ausflog, in: Salzburger Nachrichten, 27.08.2021, S. 4.

¹⁰⁹ Seit dem Fall Kabuls am 15. August 2021 wurden an die 123.000 Menschen aus Afghanistan ausgeflogen. Aus: Euronews, 31. August 2021, 13.48 Uhr.

Staates Khorasan“ durch einen Anschlag bis zu 170 Menschen getötet – darunter 13 US-Soldaten und zahlreiche *Taliban*-Kräfte: „*Das Islamische Emirat verurteilt die Anschläge auf das Schärfste*“,¹¹⁰ verkündete Suhail Schahin, *Taliban*-Sprecher. Am 31. August hatten die USA schließlich ihren knapp 20-jährigen Einsatz am Hindukusch formell beendet, der *Kampf gegen den Terror* in der Region soll jedoch aus US-Sicht fortgesetzt werden.¹¹¹ Seit 2001 hatten die USA in Afghanistan versucht, den Terrorismus zu bekämpfen, dies war nicht gelungen.

Der strategische Wandel der USA vollzog sich zunächst im Zusammenhang mit den gescheiterten Einsätzen in Irak und in Afghanistan im Zuge des Beschlusses der achtseitigen *Defense Strategic Guidance* vom 5. Januar 2012. Diese betonte, weniger Schwergewicht auf großangelegte und langandauernde Stabilisierungs- und Aufstandsbekämpfungsoperationen (*counter insurgency operations*) wie in der Dekade nach dem 11. September 2001 zu legen, die US-Streitkräfte in Europa zu reduzieren, gleichzeitig mit NATO-Verbündeten einen „*Smart Defense Approach*“ einzuleiten, innerhalb dessen militärische Fähigkeiten, vor allem High Tech, gepoolt, geteilt und somit Spezialisierungsprozesse im Streitkräftebereich der Verbündeten gemeinsam eingeleitet werden sollen, und größere Aufmerksamkeit der Asien-Pazifik-Region („*rebalance*“)¹¹² zu widmen. Im Gegensatz zur Nationalen Sicherheitsstrategie aus 2010, der ersten unter US-Präsident Obama veröffentlichten Strategie, in der das Militär verantwortlich war, „*maintaining the ability to prevail against two capable nation-state aggressors*“¹¹³, sollte seit 2012 das Militär in die Lage versetzt werden, einen Krieg zu führen und zu gewinnen, jedoch wäre die US-

¹¹⁰ Karl Doemens, Desaster trifft das Weiße Haus, in: Salzburger Nachrichten, 28.08.2021, S. 2.

¹¹¹ Salzburger Nachrichten, Tödlicher Anschlag in Kabul, in: Salzburger Nachrichten, 27.08.2021, S. 4.

¹¹² Department of Defense, Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, 5 January 2012, S. 5f.

¹¹³ Elisabeth Bumiller / Tom Shanker, Obama Puts His Stamp on Strategy for a leaner Military, New York Times, January 5, 2012, <http://www.nytimes.com/2012/01/06/us/obama-at-pentagon-to-outline-cuts-and-strategy> [22.03.2012]

Politik auch verantwortlich „denying the objectives of – or imposing unacceptable costs on – an opportunistic aggressor in a second region.“¹¹⁴

Der ehemalige Nationale Sicherheitsberater H.R. McMaster sieht in dem Mantra, „endlose Kriege zu beenden“ („ending endless wars“),¹¹⁵ das Ergebnis von „entschlusslosen, langwierigen und teuren Militärinterventionen“, die wiederum das Vietnam-Syndrom reproduziert haben, jedoch in einer neuen „Aufmachung“: „das Afghanistan-Irak-Syndrom“.¹¹⁶ Die Kosten der Kriege beliefen sich laut Einschätzungen des „Costs of War Project“ der Brown University in Irak und in Afghanistan für die USA fast sieben Billionen US-Dollar, über 7.000 US-Militärangehörige kamen ums Leben, mehr als 50.000 Amerikanerinnen und Amerikaner wurden in beiden Kriegen verwundet. Zudem hatten sich mehr als 30.000 US-Veteranen jener Militärinterventionen, die nach dem 11. September 2001 stattgefunden hatten, das Leben genommen. Hunderttausende Menschen verloren in Irak und Afghanistan im Zuge dieser kriegerischen Auseinandersetzungen ihr Leben, 37 Millionen Menschen wurden zu Vertriebenen.¹¹⁷ Die USA sollen also künftig nur dann in einen Krieg ziehen, falls vitale Interessen Amerikas bedroht wären. Diese müssten jedoch plausibel seitens der Regierung der Öffentlichkeit dargelegt sowie vom US-Kongress sorgfältig überprüft werden.¹¹⁸

¹¹⁴ Ebenda.

¹¹⁵ H.R. McMaster, The Retrenchment Syndrome. A Response to “Come Home, America?“, in: Foreign Affairs, July / August 2020, S. 183-186, hier S. 183.

¹¹⁶ Ebenda.

¹¹⁷ Ben Rhodes, Them and Us. How America Lets Its Enemies Hijack Its Foreign Policy, in: Foreign Affairs, September/October 2021, S. 22-31, hier S. 26.

¹¹⁸ Robert Gallucci, A Very Bad Idea from the Start, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. 9-10, hier S. 10.

Asien-Pazifik – der Kampf um die Vormachtstellung

Die USA als „pazifische Nation“

Ursprünglich hatte US-Präsident Barack Obama 2011 verkündet, dass er eine „reiflich überlegte und strategische Entscheidung“ gemacht habe: „als pazifische Nation“ werden die USA in der Region Asien-Pazifik eine „größere und langfristige Rolle“ spielen. („I have made a deliberate and strategic decision – as a Pacific nation, the United States will play a larger and long-term role in shaping this region and its future“).¹¹⁹ Präsident Obama versuchte, Freihandelsabkommen zum Durchbruch zu verhelfen, so vor allem als wesentlicher Teil der „Rebalance“-Strategie der USA für den Raum Asien-Pazifik. Geplant waren seitens der Obama-Regierung der Abschluss der TPP (*Trans-Pacific Partnership* – 11 Länder und die USA),¹²⁰ an dessen Erfolg oder Nichterfolg die Aussichten für die transatlantische Schwester TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*) verknüpft wurden. Zu TPP meinte der damalige Außenminister John Kerry: „It’s critical for business and for the future of the region. It would underpin the [administration’s] rebalance [to Asia], and it’s also critical to important relationships, like with Vietnam, where there are huge transitions in the labor market as a result of what we’ve done.“¹²¹

2013 hatten die USA und Vietnam eine „umfassende Partnerschaft“ geschlossen. Vietnam war eine der treibenden Kräfte hinter dem inzwischen von Amerika unter US-Präsident Donald Trump verlassenen Freihandelsverbund TPP. Im Mai 2016 stattete Präsident Obama einen historischen Besuch in Hanoi / Vietnam ab, zudem hob damals die US-Regierung das Auslieferungsverbot für die Lieferung von US-Waffensystemen an Vietnam auf.¹²² Im Dezember 2015 unterzeichneten

¹¹⁹ Ash Carter, *The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network*, in: *Foreign Affairs*, November / December 2016, S. 65-75, hier S. 66.

¹²⁰ Ebenda, hier S. 67.

¹²¹ Jonathan Tepperman, *The Envoy. A Conversation With John Kerry*, in: *Foreign Affairs*, November/December 2016, S. 56-64, S. 59.

¹²² Ash Carter, *The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network*, in: *Foreign Affairs*, November / December 2016, S. 65-75, hier S. 70.

Singapur und die USA das *Enhanced Defense Cooperation Agreement*, zudem entsendete die US-Marine *P-8A Poseidon*-Überwachungsflugzeuge bereits für eine künftige Rotation nach Singapur. Sicherheits- und militärpolitische Kooperationen sollen zudem seitens der USA mit Indonesien und Malaysia gestärkt werden.¹²³ Das Pentagon implementierte die *Southeast Asia Maritime Security Initiative*, die zunächst für fünf Jahre (2016-2021) mit 425 Millionen US-Dollar ausgestattet wurde, um die Kooperationen über den Bereich „*Geld und Hardware*“ hinaus mit Indonesien, Malaysia, den Philippinen,¹²⁴ Thailand und Vietnam untereinander und mit den USA verstärkt zu koordinieren.¹²⁵

Anfang Juni 2017 war, als erster Regierungschef Südostasiens, Vietnams Ministerpräsident Nguyen Xuan Phuc zu einem Besuch bei Trump eingetroffen. Die sechstgrößte Volkswirtschaft Südostasiens wies damals einen beträchtlichen Handelsüberschuss von 32 Milliarden US-Dollar gegenüber den USA auf – der sechstgrößte Amerikas. Vietnam befand sich damit auf der Liste jener 16 Länder, die Trump als „*Betrüger*“ bezeichnet hatte. Nachdem Trumps Amtsvorgänger Obama das Waffenembargo gegenüber Vietnam teilweise aufgehoben hatte und dessen Streitkräfte sechs amerikanische Patrouillenboote erhielten, hoffte der vietnamesische Ministerpräsident auf die Lieferung von Panzern, weiteren Schiffen und Raketen aus den USA. Diese hätten den US-Handelsüberschuss gemindert und Arbeitsplätze in den USA gesichert. Vietnam teilt das Bedenken der USA mit Blick auf Chinas Vordringen genauso wie die Sorge vor einer nuklearen Aufrüstung Nordkoreas.¹²⁶

¹²³ Ebenda, hier S. 71.

¹²⁴ Durch die Kooperation USA-Philippinen wird den USA der Zugang zu fünf Militärbasen ermöglicht, US-Spezialeinheiten kämpften damals im Süden der Philippinen gegen Jihadisten; in: Susanna Bastaroli, Ein Liebeslied für Donald Trump, in: Die Presse, 14.11.2017, S. 3.

¹²⁵ Ash Carter, The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network, in: Foreign Affairs, November / December 2016, S. 72.

¹²⁶ Tokuhiro Ikeda, JMSDF Activities in the Indo-Pacific Region, AJISS-Commentary No. 287, 5 April 2021, The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, Tokyo 2021, S. 1.

Aus japanischer Sicht soll die amerikanische „Rebalance-Politik auch einen „Free and Open Indo-Pacific (FOIP)“¹²⁷ bewirken – d. h. eine auf internationalem Recht und friedlicher Grundlage basierende freie Seefahrt und somit uneingeschränkten Seehandel sicherstellen.¹²⁸ Infolge des Aufstiegs der Volksrepublik China zur Weltmacht verlagert sich der in den internationalen Beziehungen der machtpolitische Schwerpunkt nach Ostasien. Aus der Sicht der Kommunistischen Partei Chinas ist somit der Begriff „Indo-Pazifik“ unweigerlich mit einer Strategie der Eindämmung des Einflusses der USA verbunden. 2005 hatte dagegen erstmals in einem Bericht namens „Energy Futures in Asia“ das Pentagon den Begriff „String of pearls“ erwähnt, die aus US-Sicht eine Strategie der Volksrepublik beschreibt, wie eine Perlenkette eine Reihe von Militär- und Handelsstützpunkten zu schaffen, die sich von der chinesischen Festlandküste westwärts entlang der südasiatischen Küste bis in den Nahen Osten erstreckt.¹²⁹

Im Zuge der amerikanischen Neuorientierung nach Ostasien unter Präsident Obama („Pivot to Asia“ bzw. „Rebalance“) verwendete die damalige Außenministerin Hillary Clinton 2011 den Begriff „Indo-Pazifik“ in einem Artikel zum Thema „America’s Pacific Century“, Präsident Obama sprach in einer Rede vor dem australischen Parlament von der „Notwendigkeit, die beiden Ozeane als integriert zu betrachten“.¹³⁰ In einer Rede von Hillary Clinton

¹²⁷ Im Jahr 2007 hatte sich der damalige japanische Ministerpräsident Shinzo Abe unter dem Titel „Confluence of the Two Seas“ (Vereinigung der beiden Meere) an das indische Parlament gewendet, um seine Vision darzulegen, die erstens eine „Strategie der Globalen Partnerschaft“ mit Indien einzugehen und zweitens einen „Raum der Freiheit und des Wohlstandes“ zu schaffen, der den Indischen und den Pazifischen Ozean verbindet und auch Länder wie die USA und Australien miteinbeziehen solle. Ein freier Verkehr von Menschen, Gütern, Kapital und Wissen sollte dadurch ermöglicht und die Sicherheit der Seeverkehrswege zwischen Japan und Indien garantiert werden. Aus: Christoph Schwarz, Europas Rolle im Indo-Pazifik. Strategien für den Hauptaustragungsort systemischer Großmachtrivalität im 21. Jahrhundert, Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, Wien 2021, S. 7.

¹²⁸ Ash Carter, The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network, in: Foreign Affairs, November / December 2016, S. 65-75, hier S. 67.

¹²⁹ Christoph Schwarz, Europas Rolle im Indo-Pazifik. Strategien für den Hauptaustragungsort systemischer Großmachtrivalität im 21. Jahrhundert, Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, Wien 2021, S. 7.

¹³⁰ Ebenda, S. 8.

an der University of Western Australia in Perth 2012 stellte sie Indien als „wichtigen Akteur im Indo-Pazifik“ dar. Indien definierte daraufhin seine „Look East“-Politik mit dem Ziel, eine größere Rolle im Raum „Indo-Pazifik“ zu spielen.¹³¹ Clinton sprach damals lediglich davon, dass ein friedlicher Aufstieg Chinas und dessen Umgestaltung hin zu einem „verantwortungsvollen Akteur“ in der internationalen Gemeinschaft gesichert werden müsse.¹³² Im Oktober 2012 wurde im „White Paper – Australia in the Asian Century“ erstmals in einem offiziellen Regierungsdokument Australiens der Begriff „Indo-Pacific“ verwendet, der Indische Ozean und der Pazifik seien in der Folge als „ein einziger zusammenhängender strategischer Bogen“ zu sehen.¹³³ Im Oktober 2015 hatte der Terminus „Indo-Pazifik“ auch in indischen Regierungsdokumenten Einzug gehalten – so im Strategiepapier der indischen Marine („Ensuring Secure Seas: Indian Maritime Security Strategy“).¹³⁴ Japans damaliger Premierminister Shinzo Abe sprach erstmals über eine „Free and Open Indo-Pacific Strategy“ (FOIP) im Jahr 2016 während seiner Eröffnungsrede der 6. Tokyo International Conference on African Development in Nairobi und betonte die „Vereinigung des asiatischen und afrikanischen Kontinents sowie des Indischen und Pazifischen Ozeans“ hin zu einer Region „von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und freier Marktwirtschaft“.¹³⁵ So bildet die FOIP-Strategie seither ein zentrales Element der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik.¹³⁶ 2017 äußerte sich der damalige US-Außenminister Rex Tillerson bei einer Veranstaltung des Center for Strategic and International Studies (CSIS) in Washington D.C. zum „free and open Indo-Pacific“ und erwähnte diesen Begriff insgesamt 19 Mal.¹³⁷ Nur wenige Wochen später, beim APEC CEO Gipfel in Vietnam, verkündete der damalige US-Präsident Donald Trump im Herbst 2017 erstmals öffentlich die „Vision eines freien und offenen Indo-Pazifik“ – die „Free and Open Pacific“-Strategie der USA deckt sich zumindest namentlich seither mit jener Japans, in der

¹³¹ Ebenda.

¹³² Ebenda.

¹³³ Australian Government, Australia in the Asian Century, White Paper, Canberra, October 2012, S. 232.

¹³⁴ Christoph Schwarz, Europas Rolle im Indo-Pazifik. Strategien für den Hauptaustragungsort systemischer Großmachtrivalität im 21. Jahrhundert, Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, Wien 2021, S. 9.

¹³⁵ Ebenda.

¹³⁶ Ebenda.

¹³⁷ Ebenda, S. 11.

Nationalen Sicherheitsstrategie der USA aus dem Jahr 2017 wurde dem Bereich „*Indo-Pazifik*“ das längste Kapitel aller darin behandelten Regionen gewidmet beginnend mit: „*Ein geopolitischer Wettbewerb zwischen einer freien und einer repressiven Vision der zukünftigen Weltordnung findet im Indo-Pazifik statt.*“ Im Juli 2018 wurde auf dem *Indo-Pacific-Forum* vom damaligen US-Außenminister Michael Pompeo, vom Wirtschaftsminister Wilbur Ross, vom Energieminister Rick Perry und vom Vorsitzenden der *US Agency for International Development (USAID)*, Mark Green, „*America’s Indo-Pacific Economic Vision*“ ins Leben gerufen, mit folgenden neuen Initiativen:

- Schaffung der *US International Development Finance Cooperation (DFC)* durch den *Better Utilization of Investment Leading to Development (BUILD) Act*, an die 60 Milliarden US-Dollar sollen dadurch für Entwicklungsfinanzierung in Wachstumsmärkten zur Verfügung gestellt werden (Ziel: Schaffung von Anreizen für Investitionen des Privatsektors);
- Verstärkte Bereitstellung zusätzlicher Kredite für Auslandsinvestitionen von US-Unternehmen und für Entwicklungsländer durch die *Overseas Private Investment Cooperation (OPIC)*, die *Export-Import Bank of the United States (EXIM)* und die *US Millennium Challenge Cooperation (MCC)*;
- Die USAID soll zudem Schwellenländer unterstützen, wirtschaftliche Reformen umzusetzen und Auslandsinvestitionen begünstigen. 2019 wurden in Vientam, Bangladesch, Laos und den Philippinen derartige Initiativen durchgeführt.¹³⁸

Diese „*Rebalance*“ der USA setzt sich im Wesentlichen aus einem umfassenden Paket von wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Maßnahmen zusammen, um die Präsenz der USA in der Region Asien-Pazifik zu stärken: „*Rebalancing to Asia and the Pacific through increased diplomacy, stronger alliances and partnerships, expanded trade and investment, and a diverse security posture.*“¹³⁹ Das Ziel lautet: Machtprojektion trotz und gerade aufgrund der Herausforderungen im Bereich *Anti-Access/Aerea Denial (A2/AD)*: Demnach werden Staaten wie China und der Iran symmetrische

¹³⁸ Ebend, S. 15.

¹³⁹ The White House, Fact Sheet: The 2015 National Security Strategy, February 6, 2015, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/02/06/fact-sheet-2015-national-security-strategy> [23.06.2015]

Fähigkeiten (elektronische und Cyber-Mittel, ballistische und Cruise Missiles, Luftverteidigung, Minen) verwenden, um US-Machtprojektion zu verhindern. Die US-Streitkräfte müssen sich zudem weiterhin auf Terrorbekämpfung und irreguläre Kriegführung einstellen.¹⁴⁰ In seiner Rede im Jahr 2012 verkündete der damalige US-Verteidigungsminister Leon Panetta, dass Washington bis zum Jahr 2020 an die 60 Prozent seiner See- und Luftstreitkräfte im Raum Asien-Pazifik¹⁴¹ stationiert haben würde sowie 40 Prozent jener Fähigkeiten auf dem Atlantik. Jedoch sollen die meisten Schiffe in den USA stationiert bleiben.¹⁴²

Indien soll für die USA eine relevante Bedeutung gewinnen: In Zukunft sollten sich aus US-Sicht mehr strategische Beziehungen mit Indien entwickeln – mehr als mit jeder anderen Kontinentalmacht in Asien: „*The United States and India both seek to spread democracy, expand trade and investment, counter terrorism, and above all, keep the region peacefully by balancing China’s growing military power.*“¹⁴³ Im Zuge dessen sollten die USA ihren primären Fokus auf Asien konzentrieren, soll Indien ein zunehmend relevanterer Partner für die USA werden. In der Asien-Pazifik-Region hat sich Indien bereiterklärt, sich gemeinsam mit Australien, Japan und Südkorea u. a. einer „*US-geführten Koalition demokratischer Verbündeter*“¹⁴⁴ anzuschließen. Indien könnte – was seine Nachbarschaft betrifft – nach US-Vorstellungen eine stabilisierende Rolle einnehmen.¹⁴⁴

Seit 2005 haben die indischen Streitkräfte mehr Übungen mit den USA getätigt als mit allen anderen Ländern zusammen. Die jährliche *Malabar Naval*-Übung, die ursprünglich zwischen Indien und den USA 1992 ins Leben gerufen wurde, schließt nun Japan mit ein, wahrscheinlich in Zukunft auch Australien. So bauen die USA ihre Marinebeziehungen aus, um die Fähigkeiten der Marinestreitkräfte im Rahmen der trilateralen

¹⁴⁰ Department of Defense, Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, 5 January 2012, S. 3.

¹⁴¹ Forward Engaged Ready: A Cooperative Strategy for the 21st Century Seapower, March 2015, S. 11.

¹⁴² Michael O’Hamlon und David Petraeus, America’s Awesome Military, in: Foreign Affairs, September/October 2016, S. 10-17, hier S. 14.

¹⁴³ Nicholas Burns, Passage to India. What Washington Can Do to Revive Relations With New Delhi, in: Foreign Affairs, September / October 2014, S. 132-141, hier S. 132.

¹⁴⁴ Ebenda.

Übungen *Malabar Naval Exercises* auszubauen.¹⁴⁵ Bereits unter US-Präsident George W. Bush wurden mit Indien besondere Beziehungen eingeleitet, so auch bei der Zusammenarbeit für die zivile Nutzung der Atomkraft zwischen beiden Ländern. Bush versprach damals ebenso US-Investitionen in die zivile Nuklearindustrie, zudem hob Bush die Wirtschaftskraft Indiens sowie das „*demokratische System*“ des Landes hervor.¹⁴⁶ Im Juni 2016 anerkannte das Weiße Haus unter der Präsidentschaft Obamas Indien als „*major defense partner*“ an und gab diesem insofern eine privilegierte Stellung, als dadurch ein leichter Zugang zu US-Waffensystemen und Technologien für Indien ermöglicht wird und Indien auf einen ähnlichen Status wie von US-„*Verbündeten und Freunden*“ gehoben wurde.¹⁴⁷ Seit 2008 haben sich die US-Exporte im Verteidigungssektor nach Indien von Null auf ca. 20 Milliarden US-Dollar im Jahr 2019 gesteigert, der US-Anteil am Import von militärischer Ausrüstung Indiens betrug 2019 an die 15 Prozent.¹⁴⁸ Im Jahr 2019 wurden die USA zudem Indiens größter Handelspartner und lösten somit China ab, amerikanische Exporte nach Indien sichern in den USA an die 200.000 Arbeitsplätze.¹⁴⁹ Indien hat sich zudem 2019 entschlossen, sich nicht an der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) zu beteiligen – einem Freihandelsabkommen unter der Beteiligung der Volksrepublik China, Japans, Vietnams, Australiens, Südkoreas und den zehn Mitgliedstaaten der ASEAN (*Association of Southeast Asian Nations*), nach dem dieses Abkommen nach acht Jahren Verhandlungen beschlossen wurde.¹⁵⁰

¹⁴⁵ Tetsuo Kotani, *The New Taiwan Clause: Taiwan and the Security of Japan*, JIIA Strategic Comments (2021-01), The Japan Institute of International Affairs, Tokyo, 1 June 2021, S. 3.

¹⁴⁶ Nicholas Burns, *Passage to India. What Washington Can Do to Revive Relations With New Delhi*, in: *Foreign Affairs*, September / October 2014, S. 132-141, hier S. 133.

¹⁴⁷ 2012 wurde auch zwischen Indien und den USA die *Defense Technology and Trade Initiative* ins Leben gerufen. Aus: Ash Carter, *The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network*, in: *Foreign Affairs*, November / December 2016, S. 65-75, hier S. 70.

¹⁴⁸ Shivshankar Menon, *League of Nationalists. How Trump and Modi Refashioned the U.S.-Indian Relationship*, in: *Foreign Affairs*, September / October 2020, S. 132-139, hier S. 134.

¹⁴⁹ Ebenda, hier S. 135.

¹⁵⁰ Ebenda, hier S. 136.

2007 hatten Indien und die USA gemeinsam mit Australien und Japan den *Quadrilateral Security Dialogue (Quad)* ins Leben gerufen – ein zu Beginn noch „*schlafendes Forum*“ mit dem Ziel, den Indo-Pazifik „*sicher, frei und offen*“ zu halten.¹⁵¹ US-Präsident Joseph Biden betrachtet das *Quad* jedoch als zentrales politisches und militärisches Instrument für den asiatisch-pazifischen Raum. Nach einer Videokonferenz zwischen Biden und den Staats- und Regierungschefs der *Quad*-Länder und einer Reise der US-Außen- und Verteidigungsminister Antony Blinken und Lloyd Austin in die Region im März 2021 soll sich das *Quad* zu einem „*Quad+*“-Format entwickeln, dass sogar auch für europäische Länder wie Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich offenstehen könnte.¹⁵² Dieser Plan zielt darauf ab, „*ein sternförmiges Bündnis unter Führung der USA zu multilateralisieren*“.¹⁵³

US-Präsident Donald Trump baute während seiner Regierungszeit die Beziehungen mit Indien noch weiter aus, sodass die amerikanisch-indischen Kooperationen in den Bereichen Verteidigung und Nachrichtendienste „*neue Höhen*“ erreicht hatten, ebenso wurde die Zusammenarbeit im Bereich maritime Sicherheit weiterhin ausgebaut.¹⁵⁴ Gründe sind aus indischer Sicht die zunehmende chinesische Einflussnahme in Pakistan, in Myanmar, Nepal und in Sri Lanka sowie die diametral entgegengesetzten Standpunkte Chinas zu indischen Sicherheitsinteressen in diesem Raum.¹⁵⁵ Im April 2020 eskalierte zudem ein Grenzkonflikt zwischen China und Indien um die von China nicht anerkannte *Line of Actual Control* – jener Grenze zwischen der Ladakh-Region Indiens und Tibet, die noch von britischen Kolonialbeamten gezogen wurde. Beide Staaten hatten jedoch 1993 erklärt, diese Linie zumindest zu repektieren. Am 15. Juni 2020 brachen jedoch Scharmützel aus, bei denen mindesten 20 indische Soldaten und eine unbekannte Anzahl von chinesischen Soldaten ums Leben gekommen waren – dies war

¹⁵¹ Ebenda, hier S. 132.

¹⁵² Martine Bulard, Kommt eine pazifische NATO?, in: *Le Monde Diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Juni 2021, S. 1 und 6, hier S. 6.

¹⁵³ Ebenda.

¹⁵⁴ Shivshankar Menon, League of Nationalists. How Trump and Modi Refashioned the U.S.-Indian Relationship, in: *Foreign Affairs*, September / October 2020, hier S. 132.

¹⁵⁵ Ebenda, hier S. 133.

der erste tödliche Zwischenfall zwischen beiden Streitkräften seit 45 Jahren.¹⁵⁶ Unter Indiens Premierminister Narendra Modi herrscht weitgehend Übereinstimmung mit den USA bei der Gefahrenabschätzung gegenüber der Volksrepublik China. Unterschiede zwischen Indien und den USA gibt es vor allem bei der Definition eines „*freien und offenen Indo-Pazifik*“ – dieses Konzept wurde von Premierminister Modi unter Miteinbeziehung der Volksrepublik China im Jahr 2018 verabschiedet, es soll eine unkontrovertielle Nutzung dieses Raumes voraussetzen.¹⁵⁷

Nach einem Jahrzehnt des Kampfes gegen den Terrorismus und Kriegen im erweiterten Mittleren Osten verlagern die USA ihre Machtprojektion seit den Jahren 2011/2012 auf die Region Asien-Pazifik („*rebalance*“)¹⁵⁸ RIMPAC („*Rim of the Pacific*“, Randzone des Pazifiks) bezeichnet jene Verteidigungsbeziehungen mit den Staaten in der Region, davon bleibt die amerikanisch-japanische Allianz die relevanteste.¹⁵⁹ US-Präsident Donald Trump garantierte zudem Japan den „*unerschütterlichen*“ Einsatz der USA für die Sicherheit des Landes, diese Zusage bezog sich vor allem auf die Bedrohung durch das nordkoreanische Atomprogramm.¹⁶⁰ Insgesamt soll, so US-Verteidigungsminister Lloyd Austin am 27. Juli 2021 in Singapur, eine Strategie der „*integrierten Abschreckung*“ („*integrated deterrence*“) gemeinsam mit Alliierten und Partnern auf der Grundlage militärischer und nichtmilitärischer Mittel und Fähigkeiten aufgebaut werden, um eine Eskalation von Konflikten im indo-pazifischen Raum zu vermeiden.¹⁶¹

¹⁵⁶ Ebenda.

¹⁵⁷ Shivshankar Menon, League of Nationalists. How Trump and Modi Refashioned the U.S.-Indian Relationship, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 132-139, hier S. 137.

¹⁵⁸ Ash Carter, The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network, in: Foreign Affairs, November/December 2016, S. 65-75 S. 66.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 69.

¹⁶⁰ Gunther Hauser, Die US-Außenpolitik: Auf dem Weg ins Chaos?, in: Militär Aktuell 1/2017, S. 50.

¹⁶¹ Mike Yeo, Austin calls for new regional order in Indo-Pacific, in: Defense News, August 2021, S. 20.

Die US-Beziehungen zu Taiwan

Die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan sind im *Taiwan Relations Act* aus 1979 geregelt. Demnach liefern die USA auch Waffen nach Taiwan mit dem Ziel, sich gegen die Volksrepublik verteidigen zu können. So wurden u. a. Drohnen, Anti-Schiffsraketen und Anti-Panzerraketen an Taiwan geliefert, ebenso wurde die Lebensdauer des Raketenabwehrsystems *PAC-3* (Interzeptorraketen) erhöht.¹⁶² Die Kommunistische Partei Chinas sieht derartige Lieferungen der USA als Provokation an und pocht auf eine „Wiedervereinigung“ Taiwans als 23. Provinz mit der Volksrepublik.

Eine Vereinigung Taiwans mit der Volksrepublik China wird jedoch von der taiwanesischen Bevölkerung abgelehnt: „Wir machen laufend Umfragen und das einhellige Ergebnis ist, dass 99 Prozent der Menschen in Taiwan eine Wiedervereinigung mit China strikt ablehnen“, meinte Joseph Wu, Außenminister von Taiwan.¹⁶³ Aus Sicht Taiwans bleibt es jedoch nicht ausgeschlossen, dass China beabsichtigt, Taiwan „mit militärischer Gewalt“ zu übernehmen: „Deshalb setzen wir alles daran, eine Konfrontation mit China zu vermeiden, um unsere Freiheit zu bewahren.“¹⁶⁴ Die Regierung in Taipeh, so Joseph Wu, ist nicht bestrebt, die USA um Verteidigung Taiwans zu ersuchen, wenn jedoch die USA Taiwan „helfen wollen, werden wir das sehr schätzen.“¹⁶⁵ Das „ultimative Ziel“ Taiwans ist es, sich selbst verteidigen zu können: „Wir wollen sicherstellen, dass China einen sehr hohen Preis zahlen würde, wenn sie über eine militärische Lösung nachdenken“, führte er weiter aus.¹⁶⁶ So investiert Taiwan „deshalb beträchtliche Summen“ in die eigene Rüstungsproduktion, im Januar 2017 haben die USA zudem Taiwan F-16-Flugzeuge, Panzer und Munition im Wert von 12 Milliarden US-Dollar „angeboten“, so Wu: „Ohne Präsident Donald Trump wäre es sehr schwierig, diese defensiven Waffen zu bekommen.“¹⁶⁷

¹⁶² Tetsuo Kotani, *The New Taiwan Clause: Taiwan and the Security of Japan*, JIIA Strategic Comments (2021-01), The Japan Institute of International Affairs, Tokyo, 1 June 2021, S. 3.

¹⁶³ Judith Hecht, „China hasst die Demokratie“, Interview mit dem Außenminister von Taiwan, Joseph Wu, in: *Die Presse*, 11.09.2019, S. 10.

¹⁶⁴ Ebenda.

¹⁶⁵ Ebenda.

¹⁶⁶ Ebenda.

¹⁶⁷ Ebenda.

Peking versucht nun mehr denn je, den politischen Druck auf Taiwan zu erhöhen: Immer weniger Länder pflegen noch diplomatische Beziehungen zu Taiwan. Seit 21. August 2018 sind es nur mehr 17 Staaten, die Taiwan als Republik China diplomatisch anerkennen. An diesem Tag gab Chinas Außenminister Wang Yi bei einem Treffen mit seinem salvadorischen Amtskollegen Carlos Castaneda in Peking bekannt, dass sich El Salvador zur *Ein-China-Politik* bekannt habe. Castaneda rechtfertigte die Entscheidung seiner Regierung damit, dass dies eine „strategische Entscheidung“ sei, sie sei der „richtige und vorteilhafte Weg für die Menschen in beiden Ländern.“¹⁶⁸ Die inzwischen politisch und wirtschaftlich mächtige Volksrepublik versucht mit Nachdruck, mit einer gezielten Wirtschaftsdiplomatie jene verbliebenen Staaten, die mit Taiwan noch diplomatische Beziehungen unterhalten, mit Investitionshilfen zu überreden, die Beziehungen zu Taiwan zu überdenken. Genaue Summen gibt die Führung in Peking nicht bekannt. 2018 hatten bereits Burkina Faso und die Dominikanische Republik, 2017 Panama ihre diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen. Zudem beugten sich vier folgende große US-Fluglinien am 25. Juli 2018 dem chinesischen Druck, Taiwan auf ihren Buchungsseiten nicht mehr als eigenes Land zu führen: *American Airlines*, *Delta Airlines*, *United Airlines* sowie *Hawaiian Airlines*.¹⁶⁹ Zuvor – im März 2018 – bewilligten sowohl der US-Senat als auch das Repräsentantenhaus einstimmig eine neue Gesetzesvorlage, nach der Besuche zwischen Vertretern staatlicher Einrichtungen zwischen Taiwan und den USA intensiviert werden sollen – „auf allen Ebenen“ (*Taiwan Travel Act*). China betrachtet eine derartige Vorgehensweise jedoch als eine Verletzung der *Ein-China-Politik*. Diese Vorlage wurde als Gesetz von US-Präsident Donald Trump am 16. März 2018 unterzeichnet.¹⁷⁰ Zwischen 1979 und 2019 hatten nur sechs US-Mitarbeiter auf Kabinettsebene Taiwan besucht, jedoch kein amerikanischer Präsident.¹⁷¹

Die USA hatten über das *Foreign Military Sales Programme* beschlossen, eine Folgelieferung von 100 Anti-Schiffs-Flugkörpern des *Harpoon Coastal*

¹⁶⁸ Felix Lee, Chinas erkaufte Verbündete, in: Die Presse, 22.08.2018, S. 4.

¹⁶⁹ Marlies Eder, US-Airlines streichen Taiwan von Plan, in: Die Presse, 26.07.2018, S. 6.

¹⁷⁰ The Economist, America and Taiwan: Visitors welcome, in: The Economist, March 24th, 2018, S. 41.

¹⁷¹ Ebenda.

Defense Systems sowie weitere 400 RGM-84L-4 (*Block II*) *Harpoon*-Lenkflugkörper mittlerer Reichweite (120 km) an die taiwanesischen Streitkräfte zu liefern. Der Vertrag wurde mit dem *Taipei Economic and Cultural Representative Office* (TECRO) geschlossen. Zudem umfasst die Lieferung 25 Radar-Fahrzeuge. Taiwans Streitkräfte nutzen bereits schiffs- und luftgestützte *Harpoon*-Lenkflugkörper.¹⁷² Im Frühjahr 2021 hatte die *US Air Force* auf den zu Taiwan gehörenden Penghu-Inseln ein mobiles Radarsystem stationiert – es ist circa 150 Kilometer vom chinesischen Festland entfernt.¹⁷³

Der designierte US-Präsident Donald Trump hatte damals im amerikanisch-chinesischen Verhältnis ein Tabu gebrochen: Er hatte unverhohlen und ganz offiziell Anfang Dezember 2016 mit der taiwanesischen Präsidentin, Tsai Ing-wen, telefoniert. Das zehninütige Gespräch an sich verlief unspektakulär. Trump ließ sich von Tsai zu seinem Wahlsieg gratulieren. Sie hätten sich vage über die künftige wirtschaftliche Entwicklung und Fragen der Sicherheit Taiwans ausgetauscht.¹⁷⁴ Es handelte sich dabei jedoch um das erste offizielle Gespräch eines gewählten US-Präsidenten mit einem Staatsoberhaupt Taiwans seit 1979. Damals hatten die USA die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan gekappt, um formell Beziehungen zu China aufzunehmen. Das war damals eine der Kernbedingungen der chinesischen Staatsführung in Peking. Trump schien jedoch die Brisanz seines Telefons mit Tsai Ing-wen zu erkennen: Er legte auf Twitter nach: „*Hat China uns gefragt, ob es okay ist, seine Währung abzuwerten, unsere Produkte stark zu besteuern, oder einen massiven Militärkomplex im Südchinesischen Meer zu bauen?*“¹⁷⁵ Chinas Außenminister war sichtlich bemüht, den diplomatischen Vorfall herunterzuspielen. Er glaube nicht, dass die USA ihre China-Politik verändern würden. Er führte das Telefonat indirekt auf die Unerfahrenheit Trumps zurück. Das Telefonat sei demnach

¹⁷² IAP-Dienst, USA – China/Machtrivalität hält an, in: IAP-Dienst Courier, Vernetzte Sicherheit / Comprehensive Security, Nr. 221/2020, Publizistische Gesellschaft für Politik und Zeitgeschehen, Montag, 16.11.2020, S. 3.

¹⁷³ Martine Bulard, Kommt eine pazifische NATO?, in: Le Monde Diplomatique, Deutsche Ausgabe, Juni 2021, S. 1 und 6, hier S. 6.

¹⁷⁴ Felix Lee, Trumps antichinesische Twitter-Provokation, in: Die Presse, 6.12.2016, S. 10.

¹⁷⁵ Ebenda.

„ein kleiner Trick Taiwans“ gewesen.¹⁷⁶ Das chinesische Außenministerium kommentierte: „Wir kommentieren nie die Persönlichkeit eines Politikers, sondern schauen uns seine Politik an, besonders die Politik gegenüber China.“ Es gebe nur ein China, Taiwan sei ein untrennbarer Teil davon. Der richtige Umgang in der Sache sei „die schwierigste und wichtigste politische Voraussetzung“ für stabile Beziehungen zwischen Washington und Peking.¹⁷⁷ Tsai Ing-wen steht dem *Ein-China*-Politikprinzip aus dem Jahr 1992 äußerst ablehnend gegenüber.¹⁷⁸ Wenige Tage später hatte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums den designierten US-Präsidenten Trump gewarnt, von der *Ein-China*-Politik abzuweichen: „Die Taiwan-Frage gehört zu Chinas Kerninteressen und betrifft die chinesische Souveränität.“¹⁷⁹ Die Einhaltung der *Ein-China*-Politik sei Grundlage der Beziehungen. Wenn dieses Fundament zerstört würde, könne es keine gesunde und stabile Entwicklung der Beziehungen mehr geben. In einem Interview mit dem US-Fernsehsender *Fox News* hatte Trump gesagt, er verstehe nicht, „warum wir an eine *Ein-China*-Politik gebunden sein müssen, solange wir nicht einen Deal mit China über andere Dinge haben, darunter den Handel.“ Trump bemühte sich jedoch um ein besseres Verhältnis zu China und sagte dem chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping die Fortsetzung der *Ein-China*-Politik zu.¹⁸⁰ Seit der Inauguration der Regierung unter Tsai Ing-wen in Taiwan und der damit verbundenen Nichtanerkennung der *Ein-China*-Politik erhöhte seither die Volksrepublik China den diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck auf Taiwan – dabei hatten auch chinesische Flugzeugträger Taiwan umfahren und chinesische Bomber Taiwan umflogen. Mitte Juni 2021 schickte Peking 28 Militärflugzeuge in die taiwanische Luftraumüberwachungszone: 20 Kampfflugzeuge, vier Bomber, die mit Atombomben bestückt werden könnten, sowie vier Flugzeuge zur Überwachung und zur U-Bootbekämpfung. Die Luftwaffe der Volksrepublik testet die taiwanische Abwehr regelmäßig, jedoch nie

¹⁷⁶ Ebenda.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ Tetsuo Kotani, *The New Taiwan Clause: Taiwan and the Security of Japan*, JIIA Strategic Comments (2021-01), The Japan Institute of International Affairs, Tokyo, 1 June 2021, S. 2.

¹⁷⁹ Christoph Giesen, *Donald Trump verstört China*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13.12.2016, S. 1 und 4, hier S. 1.

¹⁸⁰ Gunther Hauser, *Die US-Außenpolitik: Auf dem Weg ins Chaos?*, in: *Militär Aktuell* 1/2017, S. 50.

zuvor wurden derart viele Flugzeuge auf einmal gezählt.¹⁸¹ Bereits im April 2021 hatten Japan und die USA gemeinsam Frieden und Stabilität in der Taiwan-Straße gefordert – das war erste Mal in mehreren Jahrzehnten, dass beide Länder in einer Erklärung Taiwan explizit erwähnt hatten. Die Führung in Peking antwortete in der Folge, dass sie nicht toleriere, wenn sich ausländische Kräfte in taiwanesischen Angelegenheiten einmischen. China müsste auf derartige „Kollisionsbehandlungen“ „resolut“ antworten.¹⁸² Am 15. Juni 2021 fuhr der US-Flugzeugträger „Ronald Reagan“ mit mehreren Geleitschiffen in das Südchinesische Meer ein, einem internationalen Gewässer, das von der *US Navy* für die *freie Durchfahrt* regelmäßig genutzt wird.¹⁸³ Wenige Stunden später überflogen chinesische Flugzeuge das gleiche Gebiet, wo zuvor die amerikanische Trägergruppe durchgefahren war. 2001 zeichnete sich eine Machtrivalität zwischen China und den USA ab, als ein US-Spionageflugzeug mit einem chinesischen Abfangjäger kollidierte und auf der Insel Hainan notlanden musste. 2018 kam es zu einem Beinahe-Zusammenstoß zwischen einem chinesischen und einem amerikanischen Kriegsschiff. Je mehr sich also die Lage aufschaukelt, desto größer stellt sich die Gefahr einer ernsthaften Eskalation dar.¹⁸⁴

2019 betonte Chinas Staatschef Xi Jinping, dass eine Wiedervereinigung zwischen der Volksrepublik und Taiwan für die „*Wiedererjüngung der chinesischen Nation*“ wesentlich sei und rief die taiwanesischen Führung dazu auf, die Inseln unter dem Motto „*ein Land, zwei Systeme*“ auf eine Vereinigung mit dem Festland vorzubereiten.¹⁸⁵ Als Tsai Ing-wen 2020 wiedergewählt wurde, hatten chinesische Militärflugzeuge erneut die Medianlinie der Taiwan-Straße überquert, um in der Folge auch in die taiwanesischen Luftverteidigungsidentifikationszone einzudringen. Diese Akte lösten noch mehr Sorge über „*unvorhergesehene Ereignisse*“ – in der Taiwan-Straße und darüber hinaus – aus.¹⁸⁶ Unterdessen verstärkt China

¹⁸¹ Patrick Zoll, China droht Taiwan – meint aber G-7 und Nato, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 18.06.2021, S. 5.

¹⁸² Ebenda.

¹⁸³ Ebenda.

¹⁸⁴ Ebenda.

¹⁸⁵ Tetsuo Kotani, The New Taiwan Clause: Taiwan and the Security of Japan, JIIA Strategic Comments (2021-01), The Japan Institute of International Affairs, Tokyo, 1 June 2021, S. 2.

¹⁸⁶ Ebenda.

seine militärischen Angriffsfähigkeiten in den Bereichen Anti-Schiffsraketen (bekannt als „*carrier killers*“), Cyberattacken, elektronische Kriegführung und anderen asymmetrischen Fähigkeiten.¹⁸⁷ Zudem setzt sich die Militarisierung künstlicher Inseln im Südchinesischen Meer durch die Volksrepublik fort, zudem sollen hyperschnelle Waffen (sogenannte „*hypersonic glide weapons*“) vermehrt zur Absicherung geopolitisch-militärischer Ansprüche Chinas auf diesen Inseln stationiert werden. Ihre Machtprojektion versucht die chinesische Volksbefreiungsmarine durch vermehrte Einsatzfähigkeit von amphibischen Kriegsschiffen sicherzustellen.¹⁸⁸ Während einer Anhörung im US-Senat gab der damals scheidende Oberbefehlshaber des Indo-Pazifischen Kommandos, Phil Davidson, im März 2021 seine Sorge über die Entwicklung der Sicherheitslage dahingehend zum Ausdruck, als dass sich seiner Meinung nach die Sicherheitslage im indo-pazifischen Raum zuungunsten der USA entwickeln werde.¹⁸⁹ Im Fall eines chinesischen Angriffes auf Taiwan könnte auch die große US-Marinebasis im japanischen Okinawa betroffen sein. 2017 entwickelten Japan und die USA bereits einen gemeinsamen Operationsplan im Falle von Kampfhandlungen auf der koreanischen Halbinsel¹⁹⁰ Es scheint immer unwahrscheinlicher, dass die USA allein gegen China im Falle militärischer Zuspitzungen vorgehen könnten. Mit zunehmender Wirtschaftskraft Chinas und dem damit verbundenen Ausbau der Kampffähigkeiten der Streitkräfte der Volksrepublik wird sich voraussichtlich die militärische Balance bis 2030 und darüber hinaus zugunsten Chinas entwickeln. Bis 2049 sollen sich die Streitkräfte der Volksrepublik zu einer „*Weltklassearmee*“ entwickeln – der Druck für die Modernisierung der Streitkräfte steigt, ebenso dadurch der Druck, selbstbewusster und auch zum Teil aggressiver aufzutreten.¹⁹¹ Im Herbst 2020 spielte die *US Air Force* in einem umfassenden Planspiel eine chinesische Invasion auf Taiwan durch – die *US Air Force* stützte sich dazu vor allem bei der Abwehr Taiwans auf Drohnen und auf Kampfflugzeuge der sechsten Generation sowie auf *B-52-Bomber*. Bei diesem Planspiel

¹⁸⁷ Ebenda.

¹⁸⁸ Ebenda, S. 3.

¹⁸⁹ Ebenda.

¹⁹⁰ Ebenda.

¹⁹¹ Margaret MacMillan, Which Past Is prologue? Heeding the Right Warnings From History, in: *Foreign Affairs*, September / October 2020, S. 12-22, hier S. 12.

stellte sich heraus, dass erst nach massiven Verlusten der Amerikaner eine komplette „*Einverleibung*“ Taiwans durch die Volksrepublik (noch) verhindert werden könnte. Bei dem Planspiel jedoch wurden *Technologien* verwendet, die es noch gar nicht gibt und sich auch nicht in Produktion befinden – geschweige geplant sind, produziert zu werden. In ähnlichen Planspielen in den Jahren 2018 und 2019 scheiterte die *US Air Force* daran, die Volksrepublik an einer Invasion zu hindern.¹⁹²

Die US-Regierung unter Präsident Biden hatte die Volksrepublik China dazu aufgerufen, seinen „*militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf Taiwan*“ einzustellen. Anstelle der Kampagne zur „*Einschüchterung des Nachbarn*“ solle Peking das Gespräch mit der demokratisch gewählten Regierung Taiwans suchen, forderte das US-Außenministerium. Das Verhalten Pekings gegenüber Taiwan und anderen Nachbarn sei demnach „*besorgniserregend*“.¹⁹³ Während eines Gipfeltreffens zwischen dem japanischen Premierminister Yoshihide Suga und US-Präsident Joseph Biden am 16. April 2021 brachten beide Politiker erstmals seit 1969 in einem Statement die Relevanz der Sicherheit in der Taiwan-Straße sowie die Verschlechterung der Sicherheitslage zwischen der Volksrepublik China und Taiwan zum Ausdruck.¹⁹⁴ Auch Chinas Staatschef Xi Jinping scheint sich bewusst zu sein, dass sich Taiwan und die Volksrepublik weiter denn je als in den 70 Jahren zuvor von einer friedlichen Vereinigung entfernt befinden.¹⁹⁵ Ziel der Kommunistischen Partei Chinas ist es nun, militärische Fähigkeiten in einer derartigen Intensität zu entwickeln mit

¹⁹² Valerie Insinna, „If We Can Change, We Can Win“. A US Air Force war game shows what the service needs to hold off – or win against – China in 2030, in: Defense News, April 2021, S. 1, 32 und 33, hier S. 32.

¹⁹³ Neue Zürcher Zeitung, China soll Druck auf Taiwan einstellen, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 25.01.2021, S. 2.

¹⁹⁴ Im November 1969 besuchte der damalige japanische Premier Eisaku Sato den damaligen US-Präsidenten Richard Nixon. Dabei wurde in einem Statement sowohl die Sicherheit Südkoreas als für Japan wesentlich als auch die Sicherheit „*im Raum Taiwan*“ als wichtigster Faktor für die japanische Sicherheit bezeichnet. Diese beiden Erkenntnisse gelten seither als „*Korea-Klausel*“ und als „*Taiwan-Klausel*“. In: Tetsuo Kotani, The New Taiwan Clause: Taiwan and the Security of Japan, JIIA Strategic Comments (2021-01), The Japan Institute of International Affairs, Tokyo, 1 June 2021, S. 1.

¹⁹⁵ Kevin Rudd, Start of War. How to Keep U.S.-Chinese Confrontation From Ending in Calamity, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 58-72, hier S. 61.

dem Ziel, die USA davon abzubringen, notfalls in und für Taiwan militärisch zu intervenieren.¹⁹⁶ Als Zeichen der Stärke setzt Peking seit 2019 verstärkt auf Einschüchterung gegenüber Taiwan: während 2019 nur zehn Flugzeuge der Luftwaffe der Volksrepublik in die 1950 eingerichtete taiwanesischen Luftraumüberwachungszone eingedrungen waren, erhöhte sich deren Anzahl 2020 auf 380 Flugzeuge und in der Zeit Januar bis Anfang Oktober 2021 sogar auf 600 Flugzeuge, davon 150 Flugzeuge während der ersten Oktoberwoche.¹⁹⁷ Das taiwanesischen Militär sieht vom Jahr 2025 an eine erhöhte Kriegsgefahr, bis dahin soll Peking in der Lage sein, eine „vollumfängliche Invasion“ Taiwans durchzuführen zu können.¹⁹⁸ Der ehemalige Befehlshaber des US-Indo-Pazifik-Kommandos Phil Davidson hatte im März 2021 gesagt, dass er während der folgenden sechs Jahre die Gefahr einer Invasion der Streitkräfte der Volksrepublik in Taiwan sehe. Der Vorsitzende der US-Generalstabschefs, Mark Milley, stellte später jedoch fest, dass hier vor allem zwischen Fähigkeiten und Absichten Pekings unterschieden werden müsse: „*Ich sehe keinen Beleg für eine tatsächliche Absicht oder Entscheidung*“, so Milley im Juni 2021 vor dem US-Kongress.¹⁹⁹ Die US-Regierung bleibt jedoch weiterhin bestrebt, regionale Allianzen auszubauen – vor allem mit Südkorea und Japan, wo auf den Militärstützpunkten Camp Humphreys, der Osan Air Base (Südkorea) sowie auf der Yokosuka Marinebasis und der Yokota Air Base US-Truppen stationiert sind.²⁰⁰

Spannungen mit China auf wirtschaftlicher Ebene

Als die Volksrepublik China im Jahr 2001 in die Welthandelsorganisation WTO aufgenommen wurde, wurde dieser Schritt in den USA als äußerst relevant und stabilisierend für das internationale System angesehen. China sollte einerseits in das Weltwirtschaftssystem effizienter integriert werden

¹⁹⁶ Ebenda, hier S. 62.

¹⁹⁷ Armin Arbeiter / Johannes Arends, Die Angst vor dem Krieg wächst, in: Kurier, 10.10.2021, S. 10.

¹⁹⁸ Friederike Böge, Taiwan bereitet sich auf 2025 vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.2021, S. 6.

¹⁹⁹ Ebenda.

²⁰⁰ Ash Carter, The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network, in: Foreign Affairs, November / December 2016, S. 65-75, hier S. 65.

und andererseits sollte dadurch der wirtschaftliche Reformprozess der Volksrepublik hin zu einer liberalen Marktwirtschaft erreicht werden. Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton bezeichnete folglich damals Chinas Aufnahme in die WTO „*the most significant opportunity that we have had to create positive change in China since the 1970s*“ und argumentierte, dass sich nun China verpflichtet, „*to play the rules of the international trading system.*“²⁰¹ Aus Sicht der damaligen politischen Führung der Volksrepublik – Präsident Jiang Zemin und Premier Zhu Rongji – stellte die WTO-Mitgliedschaft einen bedeutenden Schritt zur Reform des chinesischen Wirtschaftssystems dar. Der Verhandlungsprozess mit der Volksrepublik in Richtung WTO-Mitgliedschaft dauerte 15 Jahre, ehe ein für alle Seiten akzeptables Ergebnis erzielt wurde.²⁰² China versprach damals, die Rechtssicherheit und den Schutz geistigen Eigentums rasch zu verbessern, zudem sollte den Betrieben größere Autonomie gewährt und der Einfluss der chinesischen Regierung in die betriebswirtschaftliche Führung der Firmen eingeschränkt werden. Zudem sollte ein umfassender Regulierungsprozess die Regierungsführung transparenter machen.²⁰³

Im September 2009 führte US-Präsident Barack Obama erstmals Zölle ein, um einen Anstieg der Reifenimporte aus China in die USA zu verhindern. Zwischen 2009 und 2016 reichten US-Handelsvertreter insgesamt 13 WTO-Klagen gegen die Volksrepublik ein, die alle zugunsten der USA beigelegt oder entschieden wurden. Zudem führte die Regierung unter US-Präsident Obama ab 2009 zahlreiche Antidumping- und Ausgleichszölle auf chinesische Waren ein. Bevor die US-Regierung unter Präsident Donald Trump im Frühjahr 2018 einseitige Zölle von 25 Prozent auf Stahl und 10 Prozent auf Aluminium verhängt hatte, hatten die von seinem Vorgänger Obama getroffenen Maßnahmen bereits dazu geführt, dass nahezu gar keine direkten Stahlimporte aus der Volksrepublik mehr auf den US-Markt gelangt waren.²⁰⁴

²⁰¹ Yeling Tan, How the WTO Changed China. The Mixed Legacy of Economic Engagement, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 90-102, hier S. 90.

²⁰² Ebenda.

²⁰³ Ebenda, hier S. 91.

²⁰⁴ Robert Himsl, Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA unter Präsident Donald J. Trump und ihre Auswirkungen auf die Europäische Union: Betrachtungen der Beziehungen der USA zu internationalen Organisationen und des

2018 betrug das bilaterale Handelsvolumen zwischen China und den USA mehr als 630 Milliarden US-Dollar. Zudem reisten pro Tag 17.000 Menschen zwischen China und den USA, alle 17 Minuten startete oder landete ein Flugzeug in die bzw. aus den USA in China.²⁰⁵ Im Jahr 2018 gab der damalige US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer auch zu verstehen, dass sich die USA in Hinblick auf eine aus ihrer Sicht positive Entwicklung der Volksrepublik China im WTO-System „geirrt“ hätten und kritisierte das „staatsgeführte, merkantilistische Handelssystem“, das mit einem marktwirtschaftlichen Grundverständnis der WTO nach wie vor unvereinbar sei. Demnach sei die liberale internationale Ordnung gescheitert, die *sozialistische Marktwirtschaft* Chinas im Sinne einer freien marktwirtschaftlichen *Ordnung* zu verändern.²⁰⁶

Die chinesische Führung weigert sich zudem weiterhin, Chinas enormen Handelsüberschuss – vor allem mit den USA – als Problem anzuerkennen. 2016 verkauften die Chinesen den USA Waren im Wert von über 480 Milliarden US-Dollar, umgekehrt nahmen sie den USA nur Waren im Wert von 116 Milliarden US-Dollar ab. Chinas Überschuss lag somit bei 360 Milliarden US-Dollar.²⁰⁷ Um gegen dieses Ungleichgewicht vorzugehen, drohte US-Präsident Donald Trump mit einem pauschalen 45-prozentigen Strafzoll auf alle chinesischen Einfuhren.²⁰⁸ In den USA hätten demnach nämlich die Importe aus China 44 Prozent der Arbeitslosigkeit in den betroffenen Branchen verursacht.²⁰⁹

Aus chinesischer Sicht will man sich keinen Deal aufzwingen lassen, die US-Strafzölle haben „die bilaterale Handels- und Investitionszusammenarbeit

Austritts der USA aus internationalen Verträgen, Master Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang „International Relations“, Department für Rechtswissenschaften und internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems 2021, S. 91.

²⁰⁵ China Rundschau, Die chinesisch-amerikanischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, in: China Rundschau, Nr. 059, Dezember 2019, S. 2.

²⁰⁶ Yeling Tan, How the WTO Changed China. The Mixed Legacy of Economic Engagement, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 90-102, hier S. 90.

²⁰⁷ The Economist, America and Taiwan: Visitors welcome, in: The Economist, March 24th, 2018, S. 41.

²⁰⁸ Matthias Auer, Amerika wird zum Opfer der Globalisierung, in: Die Presse, 24.02.2016, S. 11.

²⁰⁹ Ebenda

beeinträchtigt“ und „einen negativen Beitrag zum Vertrauen des Marktes und zur wirtschaftlichen Stabilität in China und den USA, sogar auf der ganzen Welt geleistet“, stellte ein am 2. Juni 2019 von der chinesischen Regierung veröffentlichtes Weißbuch fest.²¹⁰ Am 1. Juni 2019 hatte die chinesische Regierung ihrerseits Strafzölle auf 5140 US-Waren im Wert von 60 Milliarden US-Dollar auferlegt, darunter Wein, Holz und verflüssigtes Erdgas.²¹¹ China wäre auch in der Lage, bei weiteren US-Zöllen gegen die Volksrepublik bei den Seltenen Erden „anzusetzen“, also bei Metallen wie Neodyn, Lanthan und Cer, die für den Bau von Windrädern, Elektroautos und Smartphones benötigt werden: „Für China sind Seltene Erden das, was Öl für Saudi-Arabien ist“, hatte Deng Xiaoping bereits 1992 angemerkt.²¹² Die USA bezogen allein 80 Prozent dieser Metalle aus China, der Bedarf der EU an Seltenen Erden wurde sogar zu 100 Prozent aus China gedeckt.²¹³ Eine künstliche Verknappung der Seltenen Erden hätte steigende Produktionskosten und steigende Preise in den USA zur Folge. Zudem hätte Peking eine sogenannte „nukleare Option“: die Volksrepublik könnte auch damit drohen, im großen Stil US-Staatsanleihen zu verkaufen. 2019 besaß die Volksrepublik China die meisten US-Staatsanleihen im Wert von ca. 1,1 Billionen US-Dollar. Eine Abstoßung könnte aus chinesischer Sicht die US-Zinsen schlagartig nach oben treiben und dem US-Haushalt sowie der Wirtschaft in den USA massiv zusetzen.²¹⁴ Was einen möglichen Großimport von US-Waren und Dienstleistungen nach China betrifft, sicherte Chinas Staatschef Xi Jinping zwar Donald Trump zusätzliche US-Exporte nach China im Umfang von 200 Milliarden US-Dollar bis Ende 2021 zu (davon Öl und Gas im Wert von 50 Milliarden US-Dollar, Industriegüter im Wert von 80 Milliarden US-Dollar und Agrarprodukte im Wert von 32 Milliarden US-Dollar), jedoch stand dessen Umsetzung aus.²¹⁵

²¹⁰ Frank Sieren, Verhärtete Fronten, in: China Rundschau, Nr. 054, August 2019, S. 4.

²¹¹ Ebenda.

²¹² Ebenda.

²¹³ Ebenda.

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Jessica T. Mathews, Present at the Re-creation? U.S. Foreign Policy Must Be Remade, Not Restored, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 10-16, hier S. 14. Und: Die Presse, Peking will Aus für Zölle, in: Die Presse am Sonntag, 10.10.2021, S. 8.

Im Oktober 2019 einigten sich die USA und China auf einen ersten „dünnen Deal“ im Handelskrieg, auf eine „Phase eins“.²¹⁶ Donald Trump erklärte diesen Schritt wie folgt: „Ich denke, dass es besser ist, es in Abschnitten und Phasen zu machen, weil es so ein großer Deal ist und so viel umfasst.“²¹⁷ Ursprünglich wollten die USA am 15. Oktober 2019 die Strafzölle auf chinesische Importe im Wert von 250 Milliarden US-Dollar von 25 auf 30 Prozent anheben.²¹⁸ Als Gegenmaßnahme auf Trumps Strafzölle fuhr Peking die Agrarimporte aus den USA zurück, Länder wie Brasilien übernahmen das Geschäft der amerikanischen Konkurrenz mit China. Washington musste daraufhin bis Herbst 2019 an die 28 Milliarden US-Dollar an Subventionen an die amerikanischen Landwirte auszahlen, um die Folgen der US-Handelspolitik abzufedern. Peking sagte jedoch zunächst zu, US-Farmern Sojabohnen und Schweinefleisch im Wert von bis zu 50 Milliarden US-Dollar abzunehmen.²¹⁹

Die USA sind seit einigen Jahren dazu übergegangen, ihre *strategische Industrie* auch gegen übergroßen chinesischen Einfluss zu schützen. Eine Übernahme des US-Konzerns UNOCAL durch das chinesische Ölunternehmen CNOOC war 2005 am politischen Widerstand in den USA gescheitert. CNOOC hatte dafür 18,4 Milliarden US-Dollar geboten. UNOCAL wurde daraufhin von seinem amerikanischen Konkurrenten Chevron für einen niedrigeren Preis übernommen (16,4 Milliarden US-Dollar).²²⁰

2017 stufte die Trump-Administration China als „strategischen Herausforderer“²²¹ ein. Brennpunkt der Diskussionen zwischen den USA, Kanada, dem Vereinigten Königreich, der EU einerseits und China

²¹⁶ Matthias Auer, Fünf Minuten falscher Frieden, in: *Die Presse am Sonntag*, 13.10.2019, S. 17.

²¹⁷ Ebenda.

²¹⁸ Ebenda.

²¹⁹ Ebenda.

²²⁰ Aus: Jeremy Martin, CNOOC, Chevron and Unocal: Mergers, money, politics, in: *The San Diego Union – Tribune*, <http://www.signonsandiego.com/uniontrib/20050805/news/z1e5martin.html>, August 5, 2005, [20.05.2009].

²²¹ NIDS, NIDS China Security Report 2021. China's Military Strategy in the New Era, National Institute for Defense Studies, Tokyo 2020, S. 57.

andererseits ist seit 2017 die (mögliche) Beteiligung des chinesischen Telekommunikationskonzerns *Huawei* am westlichen 5G-Netz. *Huawei* bietet weltweit 5G-Infrastruktur an und könne demnach sowohl Informationen absaugen als auch ganze Systeme (im Auftrag der Kommunistischen Partei Chinas) lahmlegen. Zudem, so die USA, sei *Huawei* „hochsubventioniert“.²²² US-Präsident Donald Trump schloss eine Beteiligung von *Huawei* am amerikanischen 5G-Netz aus Gründen der nationalen Sicherheit Anfang Mai 2019 deshalb kategorisch aus. Chinesische Cyber-Infrastrukturfirmen wurden so vom amerikanischen Markt verbannt, Firmen wie *ZTE* und *Huawei* werden in diesem Zusammenhang auch verdächtigt, enge Verbindungen zu chinesischen Nachrichtendiensten zu unterhalten.²²³ So wird ein möglicher Einfluss der Kommunistischen Partei Chinas auf diesen *Privatkonzern* nicht ausgeschlossen. *Huawei* kam daher in den USA auf eine schwarze Liste, den amerikanischen Unternehmen wurde eine Zusammenarbeit mit diesem Konzern untersagt. *Huawei* würde im Fall eines positiven Marktzugangs nicht nur den Telekommunikationsmarkt in den USA mitkontrollieren, sondern auch ein Sicherheitsrisiko für die Koordination innerhalb der „*Five Eyes*“ (also der nachrichtendienstlichen Koordination zwischen dem Vereinigten Königreich, den USA, Kanada, Australien und Neuseeland) darstellen. Wesentlicher und sensibler Nachrichtenaustausch müsste somit über einen chinesischen Anbieter abgewickelt werden.²²⁴ Der damalige US-Außenminister Michel Pompeo bemühte sich während seiner Besuche Anfang August 2020 in der Tschechischen Republik, in Slowenien, in Österreich und in Polen, die jeweiligen Regierungen davon zu überzeugen, beim Aufbau eines 5G-Mobilfunknetzwerkes nicht auf den chinesischen Anbieter *Huawei* zurückzugreifen.²²⁵ Nach Strafzöllen in Milliardenhöhe verbat Trump wegen Sicherheitsbedenken per Dekret auch Transaktionen mit zwei der größten in den USA tätigen IT-Konzernen der Volksrepublik: *Bytedance* (Eigentümer der Video-App *TikTok*) und *Tencent* (*WeChat*-

²²² Christian Ultsch, Der neue globale Wettbewerb der Systeme, in: Die Presse am Sonntag, 16.02.2020, S. 4.

²²³ NIDS, NIDS China Security Report 2021. China's Military Strategy in the New Era, National Institute for Defense Studies, Tokyo 2020, S. 41.

²²⁴ Charlie Parton, US and China: Trade, Technology, Theft and Arrests, RUSI Commentary, Royal United Services Institute, London, 18 January 2019, S. 1.

²²⁵ Die Presse, Pompeo auf Huawei-Jagd, in: Die Presse, 7.08.2020, S. 3.

Betreiber). Mitte September 2020 traten die Anordnungen in Kraft – für vorerst 45 Tage. *TikTok* stellt aus US-Sicht eine „*erhebliche Bedrohung*“ dar, weil Daten von US-Nutzern gesammelt werden und Chinas Nachrichtendienste darauf Zugriff haben könnten.²²⁶ Zudem listet die US-Regierung chinesische Telekommunikationsanbieter wie *Huawei* sowie chinesische Medien wie *CGTN*, *China Radio*, *China Daily*, *The People's Daily*, *China Central Television*, *China News Service* und die *Global Times* als offizielle Organe des chinesischen Staates.²²⁷ Mit diesen Maßnahmen hatte die Regierung Trump versucht, den Verkauf des US-Geschäfts von *TikTok* an einheimische Investoren zu erwirken, um den angeblichen Mißbrauch der App durch die bisherigen chinesischen Besitzer *Bytedance* und die chinesische Regierung zu unterbinden. Nutzer der *TikTok*-App sowie *Bytedance/TikTok* hatten sich auf verschiedenen Ebenen gegen das Vorgehen der US-Regierung gewehrt. Sie erreichten eine einstweilige gerichtliche Verfügung gegen die Maßnahmen des US-Handelsministeriums. Dieses hatte am 12. November 2020 bekanntgegeben, dass es vorläufig die im August 2020 angekündigten Maßnahmen zur Stilllegung der Kurzvideo-Plattform *TikTok* nicht durchsetzen werde. Diese Maßnahmen, die US-Firmen verboten hätte, die *TikTok*-App zum Herunterladen oder Dienstleistungen wie Web-Hosting für deren Betrieb anzubieten, wären am 12. November 2020 in der Nacht in Kraft getreten. Sie hätten einem faktischen Verbot der App entsprochen.²²⁸ Präsident Trump hatte am selben Tag noch eine Verfügung unterzeichnet, die US-Investoren davon abhalten solle, „*kommunistische chinesische Militärfirmen*“ zu finanzieren. Vor allem waren damit 31 Firmen gemeint, wie die Herstellerin von Videoüberwachungsgeräten *Hikvision*, die im Juni und August 2020 vom Pentagon auf eine schwarze Liste gesetzt wurden.²²⁹ Gemäß der Verfügung wurden ab 11. Januar 2021 natürlichen und juristischen Personen in den USA sämtliche Transaktionen mit öffentlich gehandelten Wertschriften (oder Derivaten davon) von

²²⁶ Wiener Zeitung, IT-Krieg zwischen USA und China droht, in: Wiener Zeitung, 8./9.08.2020, S. 9.

²²⁷ Jukka Aukia, China as a hybrid influencer: Non-state actors as state proxies, Hybrid CoE Research Report 1, The Hybrid Center of Excellence, Helsinki, June 2021, S. 26.

²²⁸ Martin Lanz, Tiktok tickt weiter, der Streit USA-China auch, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 16.11.2020, S. 9.

²²⁹ Ebenda.

„kommunistischen chinesischen Militärfirmen“ verboten. Mit der Ausarbeitung entsprechender Regeln und der Durchsetzung des Verbots beauftragt war das US-Finanzministerium. Wer als „*communist Chinese military company*“ gilt, wurde vom US-Verteidigungsministerium oder vom Finanzministerium festgelegt.²³⁰

Die US-Regierung beklagt zudem, dass sich China geistiges Eigentum auf unlauterem Weg aneigne und so die amerikanische Wirtschaft um Milliarden US-Dollar an Umsätzen und Tausende von Arbeitsplätzen bringt. Daraus würde ein großer Schaden für die nationale Sicherheit der USA entstehen. Der Konflikt mit China spitzte sich unter US-Präsident Trump derart zu, dass Trump das chinesische Konsulat in Houston / Texas schließen ließ, umgekehrt wurde unter dem Druck der Volksrepublik das US-Konsulat in Chengdu vorerst geschlossen.²³¹

Durch die zunehmende Einmischung der Kommunistischen Partei Chinas in die politische Ausrichtung Hongkongs (Stichwort: Einführung eines neuen Sicherheitsgesetzes)²³² kam es im Mai und Juni 2020 zu Verwerfungen in der bilateralen Handelspolitik zwischen den USA und der Volksrepublik China. Die Volksrepublik setzte die Agrarimporte (vor allem von Sojabohnen und Schweinefleisch) aus den USA aus, im Konkreten betraf dies die chinesischen Agrarkonzerne *Cofco* und *Sinograin*. Trump drohte damals sowohl der Volksrepublik China als auch Hongkong mit wirtschaftlichen Sanktionen.²³³ Auch Präsident Biden sollte in der Folge Mitte März 2021 aufgrund der umstrittenen Wahlrechtsreform in Hongkong Sanktionen gegen 24 weitere Politiker und Beamte aus China

²³⁰ Ebenda.

²³¹ Christoph Leisinger, Amerika eröffnet die Cyber-Offensive gegen China, In: *Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe*, 8.08.2020, S. 7.

²³² Mit 7. August 2020 hatten die USA Strafmaßnahmen gegen die Hongkonger Präsidentin Carrie Lam sowie weitere ranghohe Vertreter Hongkongs und der Volksrepublik China eingeleitet. Lam sei demnach auch direkt verantwortlich für die Umsetzung der Politik Pekings zur Unterdrückung von Freiheit und demokratischen Prozessen. Die Vermögen der Betroffenen wurden eingefroren. Das Sicherheitsgesetz für Hongkong machte den Weg frei für willkürliche Verhaftungen von Demokratieaktivisten. Lam unterstützt das Gesetz, ihre Behörden setzen es um. Die USA hatten zuvor Hongkong Wirtschaftsprivilegien entzogen, in: *Wiener Zeitung, US-Sanktionen gegen Hongkongs Stadtchefin*, in: *Wiener Zeitung*, 8./9.08.2020, S. 7.

²³³ Matthias Auer, Der Handelsstreit meldet sich zurück, in: *Die Presse*, 3.06.2020, S. 15.

und Hongkong verhängen. Der Volkskongress in Peking hatte in der ersten Märzhälfte 2021 für das neue Gesetz gestimmt, was den Einfluss der Opposition drastisch schmälerte.²³⁴ Seit 11. August 2020 werden importierte Produkte aus Hongkong mit „*Made in China*“ gekennzeichnet, so gilt seither Hongkong nicht mehr als autonom, um eine Sonderbehandlung rechzufertigen.²³⁵

Anfang Februar 2021 zeigte bereits auch der erste Kontakt zwischen US-Präsident Joseph Biden und Chinas Staatschef Xi Jinping die offenen Konflikte beider Länder deutlich auf. Biden betonte, einen Konflikt mit China müsse es nicht geben, er war versucht, die Kriegsrhetorik seines Vorgängers Trump gegenüber der Volksrepublik zu vermeiden. Während des ersten Treffens auf Ebene der Außenminister der USA und Chinas unter der US-Präsidentschaft Biden in Anchorage am 18. März 2021 gab es eine offene Konfrontation: beide Außenminister überzogen sich mit Vorwürfen rund um Menschenrechtsfragen, unfaire Handelspraktiken und ungerechtfertigte Machtansprüche. US-Außenminister Antony Blinken sprach von „*tiefer Sorge über Chinas Handlungen*“, etwas in der Politik gegenüber Hongkong und Taiwan oder in Hinblick auf Cyberangriffe gegen US-Einrichtungen. Chinas Außenpolitiker Yang Jiechi sagte, die USA würden mit „*militärischer Macht und finanzieller Hegemonie*“ andere Länder unterdrücken.²³⁶ Nach einem Start mit gegenseitigen Vorwürfen hatten die USA und China bei ihrem Spitzentreffen in Alaska zumindest in einem wesentlichen Punkt eine Annäherung gefunden: Beide Länder sind bestrebt, eine gemeinsame Arbeitsgruppe im Bereich Klimaschutz einzurichten. Chinas Nachrichtenagentur *Xinhua* berichtete zudem, beide Seiten hätten sich darauf geeinigt, den Dialog zwischen ihren Ländern aufrechtzuerhalten, um Missverständnissen, Konflikten und Konfrontationen vorzubeugen, „*und eine stetige und solide Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen zu fördern.*“²³⁷

²³⁴ Neue Zürcher Zeitung, USA verhängen neue Sanktionen gegen China, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 18.03.2021, S. 3.

²³⁵ Die Presse, Hongkong spürt Chinas Knute immer stärker, in: Die Presse, 12.08.2020, S. 4.

²³⁶ Der Standard, Diplomatische Konfrontationen zwischen USA und China, in: Der Standard, 20.03.2021, S. 13.

²³⁷ Die Presse, USA und China zeigen zaghafte Annäherung, in: Die Presse, 22.03.2019, S. 5.

Trump nutzte fast jede Gelegenheit, um in der Öffentlichkeit vom „*Krieg mit China*“ zu sprechen, machte in Handelsfragen ständig Druck mit Wirtschaftssanktionen und Strafzöllen auf Produkte aus der Volksrepublik. China konterte, beide Staaten lizitierten ihre jeweiligen Strafzölle in die Höhe.²³⁸ Bereits während seiner letzten Wochen im Weißen Haus hatte Trump per Dekret noch verfügt, dass amerikanische Firmen nicht mehr mit Unternehmen aus der Volksrepublik zusammenarbeiten dürfen, falls diese mit dem chinesischen Militär kooperieren. Der Tonfall zwischen den USA und China mag unter Präsident Biden zwar etwas freundlicher sein, die Fronten, nicht nur im Bereich Wirtschaft bleiben verhärtet. Das zeigte bereits das erste Telefonat zwischen Biden und Xi, in dem heikle Themen wie Menschenrechte, Demokratiebewegung in Hongkong und auch Handelsfragen thematisiert wurden. Gegenüber Journalisten erklärte Biden, er habe gegenüber Xi offen Chinas „*erpresserische und unfaire wirtschaftliche Praktiken*“ angesprochen. Xi richtete aus, dass die USA und China nur zusammenarbeiten können, „*eine Konfrontation wäre ein Desaster für beide Länder und die ganze Welt.*“²³⁹ Es liegt nun an Präsident Biden, konkrete Verhandlungen einzuleiten – die Themen reichen von Chinas Währungsmanipulationen bis zum Schutz des geistigen Eigentums.²⁴⁰

Politische Spannungen mit China

Anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas hatte am 1. Juli 2021 Staats- und Parteichef Xi Regierungen anderer Staaten vor einem „*Kollisionskurs*“ im Umgang mit der Volksrepublik gewarnt. Das „*chinesische Volk*“ werde demnach „*ausländischen Kräften*“ niemals erlauben, es zu „*schikanieren, unterdrücken und unterjochen.*“²⁴¹ Jeder, der einen derartigen Schritt wagen würde, werde, so Xi, „*sich auf einem Kollisionskurs mit einer großen Mauer aus Stahl finden, geformt aus dem Fleisch und Blut von 1,4 Milliarden Chinesen.*“²⁴² Wer es wage, dem werde, so Xi weiter,

²³⁸ Konrad Kramar, Freundliche Töne und harte Fronten, in: *Kurier*, 12.02.2021, S. 12.

²³⁹ Ebenda.

²⁴⁰ Ebenda.

²⁴¹ Süddeutsche Zeitung, Xi Jinping warnt Ausland vor Einmischung, in: *Süddeutsche Zeitung*, 2.07.2021, S. 1.

²⁴² Lea Sahay, „Eine Mauer aus Stahl“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 2.07.2021, S. 9.

„*der Kopf blutig geschlagen*“. Ohne die USA direkt in diesem Zusammenhang zu erwähnen, stellte Xi klar: „*Wir werden niemals scheinbeilige Predigten von jenen akzeptieren, die glauben, sie hätten das Recht, uns zu belehren.*“²⁴³ Wenn China demnach ein starker Staat ist, bedroht es aus Sicht der östlichen und südöstlichen Anrainerstaaten all diese Nachbarländer. Aus diesem Grund betonten die Staats- und Regierungschefs der G7, darunter auch jene der USA, des Vereinigten Königreiches und Japans, einen „*freien und offenen Indo-Pazifik*“ weiterhin gewährleisten zu wollen.²⁴⁴ Umgekehrt sieht sich die kommunistische Führung in Peking einer immer größeren Gefahr durch die USA ausgesetzt: So sprach sich der damalige US-Außenminister Michael Pompeo im Juli 2020 für einen Sturz der Kommunistischen Partei Chinas aus: „*We, the freedom-loving nations of the world, must induce China to change [...] by empower[ing] the Chinese people.*“²⁴⁵

Für Japan stellt China jedoch eine „*zunehmende Gefahr für unsere interne Sicherheit dar*“, so das Anfang August 2014 veröffentlichte Sicherheitspapier der japanischen Regierung.²⁴⁶ Insbesondere sei die von China am 23. November 2013 errichtete Flugverbotszone über den umstrittenen Inseln im Ostchinesischen Meer (Senkaku / Diaoyu) „*extrem gefährlich*“.²⁴⁷ Die Inselgruppe fällt auch unter Artikel V des amerikanisch-japanischen Verteidigungsvertrags (*Treaty of Mutual Cooperation and Security between the United States and Japan*) vom 19. Januar 1960.²⁴⁸ Im Zuge der 60-Jahresfeiern dieses Abkommens hob US-Präsident Donald Trump am 18. Januar 2020 folglich die Bedeutung der gemeinsamen Verteidigungsallianz hervor.²⁴⁹ China ist auch bestrebt, mehr Einfluss in internationalen Institutionen und über das Projekt *Neue Seidenstraße* (*Belt and Road Initiative – BRI*) auf globaler Ebene zu erreichen – jener primären geopolitischen Infrastrukturinvestitionsinitiative, in der auch die Abhängigkeit anderer

²⁴³ Ebenda.

²⁴⁴ G7, Our Shared Agenda for Global Action to Build Back Better, Carbis Bay G7 Summit Communiqué, 13 June 2021, Punkt 60.

²⁴⁵ Kevin Rudd, Start of War. How to Keep U.S.-Chinese Confrontation From Ending in Calamity, in: *Foreign Affairs*, March / April 2021, S. 58-72, hier S. 61.

²⁴⁶ Die Presse, China als „Bedrohung“, in: *Die Presse*, 06.08.2014, S. 4.

²⁴⁷ Ebenda.

²⁴⁸ Defense News, Time To Get Tougher on China, in: *Defense News*, 09.12.2013, S. 20.

²⁴⁹ Japan Defense Focus, The 60th Anniversary of the Japan-U.S. Security Treaty, in: *Japan Defense Focus*, No. 121, March 2020, S. 4-5, hier S. 4.

Länder durch gezielte Kreditwirtschaft Chinas vergrößert und gesichert werden soll. Xi Jinping urgierte ebenso eine Modernisierung der Volksbefreiungsarmee, die sich bis zum Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China – am 1. Oktober 2049 – zu einer „Weltklassearmee“ entwickeln soll: „Wir müssen die Modernisierung unserer nationalen Verteidigung und unserer Streitkräfte vorantreiben.“²⁵⁰ Die Verknüpfung des Aufbaus einer „Weltklassenwirtschaft“ mit jenem eines „Weltklassemilitärs“ beunruhigt somit nicht nur die Nachbarstaaten Chinas, sondern verstärkt die USA. Die Volksbefreiungsarmee befindet sich somit in einem Wandel von einem reinen *Verteidigungsheer* zu einer Streitmacht, die auch vor Angriffen nicht zurückschrecken könnte (wie im Südchinesischen Meer oder gegen Taiwan): „Die Lösung der Taiwan-Frage und die Verwirklichung der vollständigen Wiedervereinigung des Mutterlandes sind die unbeirrbareren historischen Aufgaben der Kommunistischen Partei Chinas“, betonte Xi Jinping erneut am 1. Juli 2021. China könne, wenn es die Chance sieht, versuchen, Taiwan militärisch zu erobern.²⁵¹ Ein „Vorbild“, wie Taiwan in die Volksrepublik „integriert“ werden könnte, bildet das Beispiel Hongkong.

Die Demokratieproteste in Hongkong – wie die „Schirmrevolution“ („*umbrella revolution*“)²⁵² vom Herbst 2014 – waren laut Xi eine „illegale Bewegung“, der Westen solle sich in der Folge aus Chinas Angelegenheiten heraushalten. Jene amerikanischen Journalisten, die 2014 „über Korruption, Menschenrechtsverletzungen und vor allem die enorme Bereicherung der Familien hoher kommunistischer Parteifunktionäre und Regierungspolitiker“ berichteten, mussten China verlassen, sie hätten laut Xi „Chinas Gesetze befolgen“ sollen.²⁵³ In Hongkong hatten die Proteste 2019 an Gewalttätigkeit zugenommen. Demonstranten, die sich zuvor mit ihren Regenschirmen gegen die Tränengaswolken der Polizei geschützt hatten, begannen seit 2019, Molotowcocktails und Pflastersteine zu werfen.²⁵⁴

²⁵⁰ Klaus Huhold, Eine selbstbewusste Geburtstagsfeier, in: Wiener Zeitung, 2.07.2021, S. 7.

²⁵¹ Ebenda.

²⁵² Tom Phillips, Hong Kong's freedom fades, *The Guardian Weekly*, 7-13 July 2017, S. 1 und 4, hier S. 1.

²⁵³ Oliver Grimm, China und USA ringen um Vormacht, in: *Die Presse*, 13.11.2014, S. 1.

²⁵⁴ Fabian Kretschmer, Wahlen in Zeiten der Gewaltexzesse, in: *Die Presse*, 23.11.2019, S. 8.

Im britisch-chinesischen Übergangsvertrag²⁵⁵ aus 1997 sollten Freiheit und Autonomie der Sonderverwaltungszone Hongkong noch bis zum Jahr 2047 bestehen bleiben, jedoch testet seit 2012 die Kommunistische Partei in Peking unter Xi Jinping Machtansprüche gegenüber Hongkong stets aus. Die Coronakrise 2020 nutzte die chinesische Führung, um in Hongkong umfassend die Daten über die Aktivisten der Demokratiebewegung auszuwerten. So kam es im Frühjahr 2020 zu insgesamt mehr als 7000 Verhaftungen, zudem hatte Luo Huining, der Leiter des Verbindungsbüros der Volksrepublik China in Hongkong, vor weiteren Unruhen in der Stadt gewarnt. Derartige Unruhen wären demnach eine „Gefahr für die nationale Sicherheit“.²⁵⁶ De facto erhielt seit 18./19. März 2020 das Verbindungsbüro mit Unterstützung von Carrie Lam das Recht, sich verstärkt in lokale Angelegenheiten einzumischen. An diesem Wochenende wurden auf massivem Druck von Luo Huining in Hongkong 15 Anführer der Demokratiebewegung verhaftet. Das Hongkonger *Basic Law* sieht im Gegensatz dazu bis zum Jahr 2049 eine unabhängige Exekutive, Justiz, und Legislative vor, die Volksrepublik China wäre demnach ausschließlich für die Außen- und die Verteidigungspolitik Hongkongs zuständig.²⁵⁷ Die Volksrepublik führte 2021 ein neues Sicherheitsgesetz für Hongkong ein, durch welches nun das Aufkommen einer neuen Demokratiebewegung verunmöglicht wird.

Fortschritt ist nach Ansicht der chinesischen politischen Führung auch ohne Freiheit nach westlichem Sinn möglich. US-Geopolitiker sehen den Aufstieg China deshalb äußerst skeptisch: „*The rise of China will undoubtedly be*

²⁵⁵ Die ehemalige britische Kronkolonie wurde am 1. Juli 1997 chinesische Sonderverwaltungszone. Peking sollte demnach im Zuge einer Übergangszeit von 50 Jahren Hongkong jene Rechte garantieren, die es in der Volksrepublik in dieser Form nicht gibt – darunter die Meinungs- und Pressefreiheit sowie eine unabhängige Justiz und die Aussicht auf freie Wahlen. Zudem fühlen sich mehr als 20 Jahre nach dieser Übergabe die meisten Hongkonger weiterhin nicht mit China verbunden. Patriotische Gefühle kann man nicht erzwingen.

²⁵⁶ Marlies Eder, Tag der Abrechnung in Hongkong, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 4.

²⁵⁷ Ebenda.

*one of the great dramas of the twenty-first century. China's extraordinary economic growth and active diplomacy are already transforming East Asia ...*²⁵⁸

China ist zwar politisch bestrebt, als ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied, den rasanten ökonomischen Aufstieg friedlich zu untermauern. Es bleibt jedoch unbestritten, dass China am Weg ist, eine Supermacht zu werden – mit allen geopolitischen Ambitionen. So versucht China weiterhin, ökonomisch, politisch, und militärisch seinen Einfluss weltweit auszubauen und Machtansprüche zu verteidigen, so auch im Südchinesischen Meer: Laut Staatspräsident Xi Jinping sind die Inseln im Südchinesischen Meer chinesisches Territorium „seit uralten Zeiten“, folglich sieht sich die chinesische Regierung gezwungen, ihre territoriale Souveränität über diese Inseln zu sichern.²⁵⁹ Das wurde auch während der Coronakrise 2020 sichtbar: während sich COVID-19 global stark ausbreitete – vor allem in Europa und den USA – gab am 19. April 2020 die politische Führung der Volksrepublik China 80 Inseln in umstrittenen Regionen des Südchinesischen Meeres chinesische Namen, um ihren Machtanspruch auch in global herausfordernden Krisenzeiten zu verdeutlichen. Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump warf daraufhin der Volksrepublik China vor, COVID-19 auszunutzen, um „*rechtswidrige Ansprüche*“ im Südchinesischen Meer zu erweitern.²⁶⁰ Aus Sicht Chinas benützen die USA die Dispute um das Südchinesische Meer, um China „*einzu-dämmen*“, so wurde dadurch aus der „*regionalen eine globale Angelegenheit*“.²⁶¹ China – es besitzt die weltgrößte Fischfangflotte (fast 2.600 Hochseeschiffe), der Anteil der chinesischen Bevölkerung am weltweiten Fischkonsum beträgt mehr als ein Drittel²⁶² – beruft sich auf eine

²⁵⁸ Aus: G. John Ikenberry, *The Rise of China and the Future of the West*, in: *Foreign Affairs*, January/February 2008, S. 23-37, S. 23.

²⁵⁹ So Präsident Xi Jinping im Herbst 2015, in: Hannah Beech, *Inside the International Contest over the most important Waterway in the World*, in: *TIME*, June 6, 2016, S. 22-29, hier S. 26.

²⁶⁰ Fabian Kretschmer, *China als großer Gewinner der Viruskrise*, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 4 und 5, hier S. 4.

²⁶¹ So Präsident Xi Jinping im Herbst 2015, in: Hannah Beech, *Inside the International Contest over the most important Waterway in the World*, in: *TIME*, June 6, 2016, S. 22-29, hier S. 26.

²⁶² Andrew Jacobs, *China's Trawls, and Nets Empty*, in: *The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung*, May 12, 2017, S. 1 und 4.

Befischung der Gewässer seit 2.000 Jahren. Dadurch, dass die Gewässer um China mittlerweile leergefischt sind, setzt China seine Fischereiflotten weit über seine Grenzen aus global ein (so auch in Westafrika und im Südchinesischen Meer). Chinesische Fangflotten bzw. Fischereischiffe sind zunehmend in maritimen Disputen mit örtlichen Schiffen ausgesetzt, so zum Beispiel mit Indonesien, Südkorea, den Philippinen oder im März 2016 mit Argentinien, als ein chinesisches Schiff von Argentinern versenkt wurde. Mit Hilfe der chinesischen Marine wurden philippinische Fischerboote bei den Spratlys vertrieben.²⁶³

Es gilt in erster Linie, zwischen den USA und der Volksrepublik China das so genannte „*Sicherheitsdilemma*“ zu lösen, gemäß dem der Vorteil des Handelns eines Staates nicht unbedingt einen Vorteil für einen anderen Staat darstellt. China befindet sich in einer Politik des „*harmonischen Realismus*“ – machtorientiert und auf Grundlage der Präferenz des Gleichgewichts von Macht und gegenseitigem Respekt –, die USA definieren sich weiterhin als traditionell realistische Macht mit der Vorherrschaft von Macht über dem Machtgleichgewicht.²⁶⁴ Während China und die USA betreffend Außenpolitik Realisten sind, können die EU-Europäer als „*liberale Institutionalist*“ definiert werden.²⁶⁵ China und die USA haben in Bezug auf politische Zielformulierung und Umsetzung mehr gemeinsam als die EU. Im Gegenzug zeigen sich China und EU gegenüber amerikanischem Unilateralismus als äußerst skeptisch bis ablehnend. Thukydides meinte, dass, wenn eine Macht aufsteigt, dies unbedingt zu einem Krieg führen müsse. China und die USA sind aus realpolitischen Gründen gezwungen, dieser Annahme zu widersprechen, aus chinesischer Sicht existiert somit keine „*Thukydides-Falle*“: Aus Sicht Pekings (und nur

²⁶³ Ebenda, hier S. 4.

²⁶⁴ Reinhard Heinisch, *Confronting Washington – What if Beijing Plays the European Card*, in: Gerd Kaminski, *Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?*, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 125-150, hier S. 127.

²⁶⁵ Ebenda.

aus Sicht der Volksrepublik China) sei die Friedensliebe des Landes hierfür ausschlaggebend.²⁶⁶

Ziel Chinas unter Präsident Xi Jinping ist es, mit dem äußerst flexibel ausgestalteten geopolitischen und geoökonomischen Projekt der „Neuen Seidenstraße“ mit unterschiedlichsten Unterteilungen – von einer „arktischen Seidenstraße“ bis zur „Seidenstraße der Gesundheit“ bzw. „medizinischen Seidenstraße“ – die wirtschafts- und sicherheitspolitische Führerschaft über Eurasien und den östlichen Teil des Pazifiks gegenüber den USA zu erringen. Aufgrund seiner globalen Ambitionen und seines politischen und wirtschaftlichen Einflusses befindet sich die Volksrepublik China bereits auf dem Weg zur Weltmacht und hat in der jüngsten Vergangenheit diesen Anspruch erneuert. Die pluralistisch-demokratischen USA und das kommunistische China befinden sich in einem Wettbewerb der Systeme im Rennen um die globale Vorherrschaft. US-Präsident Biden bezeichnete China folglich als „our most serious competitor“²⁶⁷, so sieht sich die US-Regierung unter Präsident Joseph Biden verpflichtet, Taiwan im Falle eines Angriffes der Volksrepublik zu verteidigen. Biden ging in dieser Thematik weiter als andere US-Präsidenten vor ihm, die diese Frage – zumindest nach außen – bewusst offengelassen hatten.²⁶⁸

²⁶⁶ So Univ.Prof. Dr. Gerd Kaminski, Österreichisches Institut für China- und Südostasienforschung, anlässlich des internationalen Symposiums „Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße“, Kleiner Festsaal des Bundesministeriums für Justiz im Palais Trautson, Wien, 19.-20. Oktober 2015, 20. Oktober 2015.

²⁶⁷ Joseph R. Biden, Remarks by President Biden on America’s Place in the World, February 04, 2021, U.S. Department of State Headquarters, Harry S. Truman Building, Washington D.C.

²⁶⁸ So US-Präsident Joseph Biden am 21. Oktober 2021, in: Der Spiegel, Joe Biden verspricht Taiwan im Konflikt mit China militärische Unterstützung, Der Spiegel Online, 22.10.2021, 11.10 Uhr, <https://www.spiegel.de/ausland/konflikt-mit-china-us-praesident-joe-biden-verspricht-taiwan-militaerische-unterstuetzung-a-86db3222-6a6b-4490-b4c1-e3bdf8c71c27> [22.10.2021]

Nordkorea

In der Mitte September 2009 veröffentlichten *Nationalen Geheimdienststrategie* der USA wird Nordkorea als große Herausforderung für die US-Sicherheit definiert: Es bedrohe durch seine „*Fähigkeiten im nuklearen Bereich und in der Raketentechnik, die Pjöngjang auch an andere Länder weiterverkauft, durch sein unberechenbares Verhalten und durch seine starken konventionellen Streitkräfte*“ weiterhin den Frieden und die Sicherheit in Ostasien.²⁶⁹ Die permanente Destabilisierung der Region durch den Ausbau des Nuklearprogramms seitens Nordkoreas hat die USA in die Lage versetzt, ihre Allianzen und Partnerschaften in der Region auszubauen. US-Verteidigungsminister Jim Mattis bezeichnete das nordkoreanische Nuklearprogramm weiterhin als „*eine Bedrohung für alle*“. Ziel der USA bleibt laut Mattis, den diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf Nordkorea zu erhöhen, solange, bis Pjöngjang die nuklearen und ballistischen Raketenprogramme einstellt.²⁷⁰ Ähnlich dem Konflikt mit dem Iran gibt es auch im Fall Nordkorea drei Szenarien:

- Beilegung des Konfliktes durch Verhandlungen;
- Eine *militärische Lösung*, die jedoch aufgrund der massiven Opferzahl in Nord-, Südkorea und durch die enorme Eskalationsspirale mit Sicherheit ausgeschlossen werden sollte;
- Die Akzeptanz der USA während des weiteren Ausbaus Nordkoreas zur Nuklearmacht.²⁷¹

Der damalige US-Präsident Donald Trump twitterte am 17. März 2017: „*North Korea is behaving very badly. They have been ‘playing’ the United States for years. China has done little to help.*“²⁷² US-Außenminister Rex Tillerson meinte am selben Tag in Seoul: „*The policy of strategic patience has ended. We are exploring a new range of diplomatic, security and economic measures. All options are on*

²⁶⁹ Burkhard Bischof, China schimpft über „unverantwortliche“ US-Strategie, in: Die Presse, 25.09.2009, S. 4.

²⁷⁰ Mike Yeo, Mattis addresses ‘clear and present danger’ of North Korea threat, in: Defense News, June 12, 2017, S. 12.

²⁷¹ Reinhard Meier-Walser, Bernhard Seliger, Wiener Iran-Deal als Modell für Nordkorea-Gespräche, in: Die Presse, 31.08.2017, S. 26-27, hier S. 27.

²⁷² Victor Cha, China needs to get serious, in: Time Magazine, April 3, 2017, S. 32.

the table.²⁷³ Am 11. September 2017 kam es zur weiteren Verschärfung der Sanktionen gegen Nordkorea aufgrund des sechsten Atomwaffentests Nordkoreas zuvor am 2. September, die UNO betreibt seither die strikteste gezielte Sanktionspolitik, die gegen ein Land verhängt wurde. Diese UN-Sicherheitsratsresolution 2375 (2017)²⁷⁴ ruft Nordkorea im Punkt 2 wiederum dazu auf,

„that the DPRK shall not conduct any further launches that use ballistic missile technology, nuclear tests, or any other provocation; shall immediately suspend all activities related to its ballistic missile program and in this context re-establish its pre-existing commitments to a moratorium on all missile launches; shall immediately abandon all nuclear weapons and existing nuclear programs in a complete, verifiable and irreversible manner, and immediately cease all related activities; and shall abandon any other existing weapons of mass destruction and ballistic missile programs in a complete, verifiable and irreversible manner.”

US-Präsident Donald Trump warnte Nordkorea zuvor im August 2017 vor „Feuer und Wut“ („fire & fury“)²⁷⁵, Nordkorea drohte mit einem Raketenangriff auf Guam, dieser US-Stützpunkt liegt 3.500 von Nordkorea entfernt. 2013 gab das Pentagon bereits aufgrund der Bedrohung aus Nordkorea die Stationierung eines Raketenabwehrsystems THAAD auf Guam bekannt.²⁷⁶ Wahrscheinlich verfügten nordkoreanische Raketen zu diesem Zeitpunkt bereits die Fähigkeit, die USA zu erreichen.²⁷⁷ Am 4. September 2017 beschuldigte die US-Botschafterin zur UNO, Nikki Haley, Nordkorea, „um Krieg zu betteln“ („begging for war“) und stellte klar: „Enough is enough. War is never something the United States wants. We don't want it now. But our country's patience is not unlimited.“²⁷⁸ Trump hatte vor der UN-Vollversammlung am 19. September 2017 dem Regime von Kim Jong-un

²⁷³ Ebenda.

²⁷⁴ United Nations Security Council, Resolution 2375 (2017), Adopted by the Security Council at its 8042nd meeting, on 11 September 2017, S/RES/2375 (2017).

²⁷⁵ Newsweek, Bomb Shelter, in: Newsweek International, 25.08.-01.09.2017, S. 5.

²⁷⁶ Salzburger Nachrichten, Der US-Stützpunkt Guam. Ein Urlaubsparadies inmitten des Konfliktes, in: Salzburger Nachrichten, 10.08.2017, S. 4.

²⁷⁷ Bob Woodward, Fear. Trump in the White House, Simon & Schuster, London, New York, Sydney, Toronto, New Delhi, Paperback edition, 2019, S. XVIII.

²⁷⁸ Justin McCurry und Tom Phillips, Putin calls for dialogue to avert 'a catastrophe', in: The Guardian Weekly, 08.09.2017, S. 4.

mit „völliger Zerstörung“ gedroht,²⁷⁹ der „kleine Raketenmann“ befindet sich somit „auf einer Selbstmordmission“. Für Nordkorea und somit für die gesamte koreanische Halbinsel gebe es somit nur eine Zukunft: Denuklearisierung.²⁸⁰ Für den Fall, dass Nordkorea seine Nuklearwaffen einsetze, drohte Trump mit der „völligen Vernichtung“. Kim Jong-un griff verbal am 22. September 2017 Trump wie folgt an: „Ich werde den geisteskranken, senilen Greis sicher und endgültig mit Feuer bändigen.“²⁸¹

Die Wirkung der Sanktionen war bisher äußerst begrenzt, Nordkorea hatte 2017 bereits den sechsten Atomtest hinter sich, zusätzlich unzählige Raketentests. Der sechste Nuklearversuch Nordkoreas hatte Erschütterungen mit einer Magnitude von 6,3 verursacht.²⁸² China hat zwar Interesse an einem Fortbestehen des Kim-Regimes, jedoch verurteilt China vehement die Nukleartests und Raketenstarts Nordkoreas, da es in seinem Umfeld noch eine massivere Aufrüstung der USA sowie der mit ihnen Verbündeten Länder Japan und Südkorea befürchtet.²⁸³ Die Führung in Pjöngjang drohte noch dazu Japan am 14. September 2017 mit Vernichtung: „Japan muss nicht länger in unserer Nähe existieren“, hieß es, Japan solle „durch die Atombombe in der See versinken.“²⁸⁴ In Richtung USA verkündete das Regime: „Lasst uns das Kernland der USA auf Asche und Dunkelheit reduzieren“, hieß es in einem Statement des sogenannten Friedenskomitees. Pjöngjang fordert zudem eine Auflösung des UN-Sicherheitsrates – „ein Werkzeug des Teufels“ – in dem „mit Geld bestochene“ Staaten vertreten seien, die auf Anweisung der USA handelten.²⁸⁵

²⁷⁹ Die Presse, Trump verschärft die Sanktionen, in: Die Presse, 22.09.2017, S. 3.

²⁸⁰ „A complete, verifiable and irreversible nuclear-free Korean peninsula is a long-standing U.S. objective“, in: Office of the Secretary of Defense, Nuclear Posture Review, February 2018, S. 32.

²⁸¹ Angela Köhler, Kim droht USA mit Wasserstoffbombe, in: Die Presse, 23.09.2017, S. 5.

²⁸² Horst Rademacher, Der lange Weg zur Atommacht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.09.2017, S. 5.

²⁸³ Christian Ultsch, Warum Kim Jong-il der Welt sein Spiel aufzwingen kann, in: Die Presse, 24.11.2010, S. 2.

²⁸⁴ Angela Köhler, Was Kim mit seinen Raketentests bezweckt, in: Die Presse, 16.09.2017, S. 9.

²⁸⁵ Ebenda.

Als Teil der nordkoreanischen Juche-Ideologie hat Pjôngjang „das Ziel der koreanischen Wiedervereinigung bekräftigt, den Ausbau seiner nuklearen Kapazitäten beschlossen und seine Bereitschaft zum ‚präemptiven nuklearen Erstschlag‘ klargestellt.“²⁸⁶ China

- befürchtet bei einem Sturz von Kim Jong-un sowie einem Kollaps des Regimes enorme Flüchtlingsströme entlang der 1.400 Kilometer langen gemeinsamen Grenze;
- würde zudem die Pufferzone zum von den USA unterstützten Südkorea abhandenkommen;
- befürchtet, das Kernmaterial könnte auch in unsichere Hände geraten;
- betont die Relevanz einer stabilen Peripherie für seine wirtschaftliche und politische Entwicklung.²⁸⁷

Aus diesem Grund hat China aus amerikanischer Sicht auch die Finanzzugänge Nordkoreas weiterhin bestehen lassen (über chinesische Banken), trotz US-Bedenken, diese ermöglichen jedoch erst der nordkoreanischen Führung die Entwicklung des Nuklearprogramms in dieser Geschwindigkeit.²⁸⁸ Chinas Präsident Xi Jinping forderte die „Strategie der beidseitigen Reduzierung krisenschürender Aktivitäten durch Nordkorea und die USA.“²⁸⁹ Washington will jedoch Peking zwingen, seine beträchtlichen Öllieferungen an Nordkorea völlig einzustellen. Russlands Präsident Vladimir Putin hatte davor gewarnt, dass die Nordkorea-Krise eine „planetarische Katastrophe“²⁹⁰ auslösen könne, aus diesem Grund sind weitere Sanktionen gegen Nordkorea, so Putin am Rande des BRICS-Gipfels am 5. September 2017 in Xiamen, „sinnlos“.²⁹¹ US-Präsident Trump

²⁸⁶ Peter Buchas / Jean Christopher Mittelstaedt, Chinas Nordkorea-Problem, in: *Militär Aktuell* 2/2016, S. 10-12, hier S. 11.

²⁸⁷ Ebenda.

²⁸⁸ Victor Cha, China needs to get serious, in: *TIME*, April 3, 2017, S. 32.

²⁸⁹ Reinhard Meier-Walser, Bernhard Seliger, Wiener Iran-Deal als Modell für Nordkorea-Gespräche, in: *Die Presse*, 31.08.2017, S. 26-27, hier S. 27.

²⁹⁰ Justin McCurry und Tom Phillips, Putin calls for dialogue to avert ‘a catastrophe’, in: *The Guardian Weekly*, 08.09.2017, S. 4.

²⁹¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Chinas Zensur; Brics statt Wasserstoffbombe, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.09.2017, S. 16.

strebte „größtmögliche Sanktionen“ gegen Nordkorea an, Putin nannte daraufhin Sanktionen „nutzlos“ und warnte vor „militärischer Hysterie“.²⁹² China wies im September 2017 ein stärkeres Vorgehen gegen Nordkorea zurück: „Kern des Problems sei der Konflikt zwischen Nordkorea und den USA – nicht China sei das Land, das für eine Verschärfung der Spannungen Sorge“, betonte eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums.²⁹³

Im Juni 2018 trafen sich US-Präsident Trump und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un erstmals in Singapur. Im Zuge der Unterredung verpflichtete sich Kim zur „endgültigen und vollen überprüfbaren Denuklearisierung Nordkoreas“.²⁹⁴ Derartige Versprechen machte Kim bereits in der Vergangenheit, jedoch erstmals innerhalb eines Gespräches von Staatsoberhäuptern. Trump meinte bei einer Wahlkampfveranstaltung der Republikanischen Partei in West Virginia über sein Verhältnis zu Kim Jong-Un: „Er hat mir wunderschöne Briefe geschrieben und das sind großartige Briefe. Wir haben uns verliebt.“ Stunden zuvor hatte Nordkorea den USA vorgeworfen, durch ihre fortbestehenden Strafmaßnahmen die Gespräche für eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel zu blockieren.²⁹⁵ Am Rande der UN-Generaldebatte in New York hatte Trump Kim Ende September 2018 als „sehr offen und großartig“ bezeichnet, 2017 galt Kim in Trumps Verständnis noch als „kleiner Raketenmann“.²⁹⁶

Nach Vermittlungsversuchen der US-Regierung unter der Präsidentschaft von Donald Trump, die jedoch alle erfolglos blieben, verschlechterte sich zwischen den USA und Nordkorea wieder das politische Klima. Während des zweiten Treffens zwischen Trump und Kim im Februar 2019 in Hanoi wurde klar: die Verhandlungen bleiben stecken, kein gemeinsames Statement wurde verabschiedet.²⁹⁷ Damals schlug Trump einen „big deal“

²⁹² Ebenda.

²⁹³ Thomas Spang, Nordkorea hat Guam in Reichweite, in: *Salzburger Nachrichten*, 16.09.2017, S. 6.

²⁹⁴ Michael R. Pompeo, Confronting Iran. The Trump Administration's Strategy, in: *Foreign Affairs*, November / December 2018, S. 60-70, hier S. 61.

²⁹⁵ Die Presse, Trump schwärmt über Kim: „Wir haben uns verliebt“, in: *Die Presse*, 1.10.2018, S. 2.

²⁹⁶ Ebenda.

²⁹⁷ Jung H. Pak, What Kim Wants. The Hopes and Fears of North Korea's Dictator, in: *Foreign Affairs*, May / June 2020, S. 96-106, hier S. 96.

beider Länder vor, der einerseits in der Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Nordkorea bestand, wenn andererseits die nordkoreanische Führung ihr Nuklearwaffenprogramm schnell und komplett eliminieren würde. Stattdessen bot Kim jedoch einen teilweisen Abbau von Nukleareinrichtungen an.²⁹⁸ Russlands Präsident Wladimir Putin bot an, die 2009 eingestellten Sechs-Parteien-Gespräche zwischen China, Japan, Nordkorea, Südkorea sowie den USA und Russland wiederzuleben, jedoch betonte Putin, dass vergangene US-Militäraktionen wie jene gegen Saddam Hussein²⁹⁹ 2003 und gegen Muammar al-Gaddafi 2011 würden es nicht gerade überzeugend für die nordkoreanische Führung machen, ihr Atomwaffenarsenal abzurüsten bzw. ganz aufzugeben.³⁰⁰

Kim Jung-un bezeichnete am 9. Januar 2021 die USA weiterhin als Nordkoreas „größten Feind“ und stellte Pläne für ein neues atombetriebenes U-Boot vor.³⁰¹ US-Präsident Biden hatte am 30. April 2021 mitgeteilt, dass eine Überprüfung der amerikanischen Nordkoreapolitik nach mehreren Monaten abgeschlossen sei. Biden werde demnach einen neuen Ansatz der „praktischen Diplomatie“ verfolgen, um die nordkoreanische Regierung unter Druck zu setzen, damit es seine Atomwaffen- und Raketenprogramme aufgebe. Das Ziel bleibe die vollständige Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel, so US-Präsidentsamtssprecherin Jen Psaki. Großangelegte Verhandlungen mit Kim Jong-un wie unter der Präsidentschaft Donald Trump stehen jedoch nicht am Programm.³⁰² Die Atomwaffenprogramme Nordkoreas, so Präsident Biden am 2. Mai 2021 vor dem US-Kongress, bleibe jedoch weiterhin wie jenes des Irans eine

²⁹⁸ Andrew E. Kramer and Choe Sang-hun, After Meeting Kim, Putin Backs Him (not Trump) on Disarmament, in: The New York Times, April 26, 2019, S. A4.

²⁹⁹ US-Präsident George W. Bush stellte dabei übertrieben (“overhyped”) Saddam Husseins Intentionen, Nuklearmaterial zu erwerben, dar. in: Ben Rhodes, The World as it is. Inside the Obama White House, Vintage Books, London 2019, S. 50.

³⁰⁰ Andrew E. Kramer and Choe Sang-hun, After Meeting Kim, Putin Backs Him (not Trump) on Disarmament, in: The New York Times, April 26, 2019, S. A4.

³⁰¹ The Guardian, North Korea: Kim Jong-un calls US ‘biggest enemy’ and says nuclear submarine plans ‘complete’, The Guardian, 9 Jan 2021 01.25 GMT, <https://www.theguardian.com/world/2021/jan/09/kim-jong-un-calls-us-biggest-enemy-and-says-nuclear-submarine-plans-complete> [11.01.2021]

³⁰² Die Presse, Nordkorea droht den USA, in: Die Presse, 3.05.2021, S. 2

„ernste Bedrohung“ für die Sicherheit der USA und der ganzen Welt. Die USA werden darauf mit „Diplomatie und strikter Abschreckung“ reagieren.³⁰³ Der Leiter der Abteilung für US-Angelegenheiten im nordkoreanischen Außenministerium, Kwang Jong-gun, bezeichnete Bidens Äußerungen als „nicht tolerierbar“ – demnach werde Nordkorea gezwungen sein, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, „und mit der Zeit werden sich die USA in einer sehr ernsten Situation wiederfinden.“³⁰⁴ Biden wolle demnach eine „totale Machtprobe“, kritisierte die nordkoreanische Führung.

Während des 75-jährigen Bestehens Nordkoreas sagte Kim Jong-un in seiner Rede im Oktober 2020: „Unser Volk hat Vertrauen auf mich gesetzt, so hoch wie der Himmel und so tief wie die See, aber ich bin dabei gescheitert, die Erwartungen zu erfüllen.“³⁰⁵ Kim bezug sich dabei auf die Mangelwirtschaft und Nahrungsmittelknappheit im Land selbst. Ziel der nordkoreanischen Führung bleibt es umso mehr, ihre wirtschaftliche Autarkie wiederherzustellen. So gelten im Verständnis der Staatsphilosophie *Juche* = „Subjekt“ oder „Autarkie“) Unabhängigkeit und Selbständigkeit als Stützpfiler des nordkoreanischen Staates. Das gilt aus nordkoreanischer Sicht auch für die Verteidigung des Landes: „The reality is that we can achieve peace and prosperity on the Korean Peninsula when we constantly build up our national defence and suppress US military threats“, wird Kim Jong-un in der britischen Zeitung „The Guardian“ zitiert.³⁰⁶ Aus diesem Grund wird Kim Jong-un niemals auf sein Atomprogramm verzichten: „Es ist ein fixer Bestandteil der auf Autarkie ausgerichteten *Juche*-Ideologie. Genau dieses Argument hörte ich bereits in Pjöngjang immer und immer wieder von Regimemitgliedern“, erklärte der ehemalige britische Botschafter in Nordkorea, David Slinn.³⁰⁷ So baut Nordkorea trotz aller Sanktionen weiterhin sein Nuklear- und Raketenprogramm aus.

³⁰³ Ebenda.

³⁰⁴ Neue Zürcher Zeitung, Nordkorea warnt die USA vor ernsthafter Situation, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 3.05.2021, S. 6.

³⁰⁵ Felix Lill, Kim Jong Un gibt Fehler zu, in: Salzburger Nachrichten, 7.01.2021, S. 10.

³⁰⁶ The Guardian, North Korea: Kim Jong-un calls US ‘biggest enemy’ and says nuclear submarine plans ‘complete’, The Guardian, 9 Jan 2021 01.25 GMT, <https://www.theguardian.com/world/2021/jan/09/kim-jong-un-calls-us-biggest-enemy-and-says-nuclear-submarine-plans-complete> [11.01.2021]

³⁰⁷ Susanna Bastaroli, „Nordkorea wird nie auf Atombombe verzichten“, Interview mit dem ehemaligen britischen Botschafter in Nordkorea, David Slinn, in: Die Presse, 25.10.2017, S. 7.

Die US-Beziehungen zur NATO

Die kollektive Verteidigung Europas scheint derzeit durch die NATO gewährleistet zu bleiben³⁰⁸ im Sinne folgender *Doppelstrategie*: „so viel Rückversicherung wie nötig, und so viel Angebot zur Vertrauensbildung und Zusammenarbeit wie möglich.“³⁰⁹ Diese *Doppelstrategie* wurde jedoch durch den damaligen US-Präsident Donald Trump anders interpretiert. Bereits im Zuge des Wahlkampfes gab Trump zu verstehen, dass eine automatische Beistandsverpflichtung der USA innerhalb der NATO – zum Beispiel im Fall eines Angriffes Russlands auf die baltischen Staaten – davon abhängig gemacht werden könnte, inwieweit diese Länder „ihre Verpflichtungen gegenüber den USA“ erfüllt haben: „Solidarity among allies is a key value for NATO. This is good for European security and good for U.S. security.“³¹⁰ Trump schien während seiner Amtszeit ein entspannteres Verhältnis zum russischen Präsidenten Waldimir Putin zu pflegen, so sprach Trump über eine „Anerkennung einer russischen Krim“ – „wie Marine Le Pen in Frankreich oder Matteo Salvini von der Lega Nord“, erläuterte der Osteuropa-Experte Giuseppe D’Amato: „Also wie Leute, die im Ruf stehen, sich vom Kreml finanzieren zu lassen.“³¹¹ Donald Trump meinte im Juli 2016: „Das Volk der Krim, soweit ich weiß, würde es vorziehen, bei Russland zu sein, und nicht dort, wo es früher war.“³¹² Aus diesem Grund, so der Politikwissenschaftler Michail Vinogradow, war der Kreml bestrebt, zu „versuchen, Trump auszunutzen und zu manipulieren. Aber er wird ihm nicht trauen.“³¹³ Gerade infolge der illegalen Annexion der Krim durch Russland hatte die NATO auf ihrem Gipfel von Wales im September 2014 beschlossen, ihre Verbündeten mit einer schnellen Eingreiftruppe abzusichern, in Warschau wurde im Juli 2016 die

³⁰⁸ Michael Gehler, *From Saint-Germain to Lisbon. Austria’s Long Road from Disintegrated to United Europe 1919-2009*, Austrian Academy of Sciences, Volume 5, Wien / Vienna 2020, S. 864f.

³⁰⁹ Wolfgang Ischinger, *Achse der Zuversicht. Die beste Antwort auf die Politik der Angst ist die Stärkung Europas*, in: *Internationale Politik (IP)*, November/Dezember 2016, S. 74-79, S. 77.

³¹⁰ David E. Sanger and Maggie Haberman, *Trump casts doubt over U.S. pledges to its allies*, in: *International New York Times*, 22.07.2016, S. 1 und 4, hier S. 4.

³¹¹ Stefan Scholl, *Donald Trump ist Moskaus Held des Tages*, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.08.2016, S. 5.

³¹² Ebenda.

³¹³ Ebenda.

Stationierung von vier internationalen Bataillonen im Baltikum und in Polen vereinbart. Zudem dient die *European Reassurance Initiative* (ERI), welche die US-Administration Obama für 2017 in Leben gerufen hatte, dazu, vorerst bis zu fünf Milliarden US-Dollar für die Abschreckung Russlands in den östlichen Bündnisländern der NATO zu investieren.³¹⁴ Der ehemalige amerikanische Nationale Sicherheitsberater (*National Security Adviser*), Zbigniew Brzezinski, führte Anfang 2015 den Begriff „Abschreckung“ wie folgt aus: „*Deterrence has to have meaning, it has to have teeth in it.*“³¹⁵

Transatlantische Differenzen mit Europa

NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hatte bereits auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2011 im Zuge der Sanierung von Staatsfinanzen davor gewarnt, dass eine Spaltung Europas bevorstehe, wenn nur noch wenige die Hauptlast der Sicherheitsausgaben trügen und andere stets weiter zurückfielen. Rasmussen hatte sich somit über ein „*geteiltes Europa*“ besorgt gezeigt, in dem nur einige wenige Staaten ihren Verpflichtungen nachkämen, folglich über ein „*schwächeres Europa*“, das ohne „*hard power*“ kaum in der Lage sein würde, Krisen zu verhindern, sowie über ein Europa, das sich von den USA innerhalb der transatlantischen Allianz weiter verteidigungspolitisch entferne. Um ein weiteres Auseinanderdriften der NATO-Länder zu verhindern, wäre es notwendig, nach dem Prinzip der *Smart Defence* zu handeln. Demnach bestünde ein erster Schritt darin, Kapazitäten multinational zu entwickeln und zusammenzufassen, zweitens müssten richtige Prioritäten gesetzt werden und drittens Anstrengungen besser koordiniert werden. Dies zielt vor allem auf eine bessere Abstimmung der einzelnen Alliierten mit dem NATO-Verteidigungsplanungsprozess. Die Mängel an Fähigkeiten in den Streitkräften der europäischen NATO-Verbündeten wurden zunehmend von den USA kritisiert. Es ging um fehlende *intelligente Waffensysteme* der Kampf bomber, unzureichende Transportkapazitäten sowie um fehlende Satellitenaufklärung. Der damalige US-Verteidigungsminister Robert Gates

³¹⁴ Jen Judson Fanning: CR Could Snarl European Reassurance Initiative Efforts, in: Defense News International, October 3, 2016, S. 12.

³¹⁵ Jason Czerwiec, Protecting the Baltics. Serious Western Action Needed To Deter Russia, in: Defense News International, March 9, 2015, S. 21.

warnte bei seiner Abschiedsrede im Juni 2011, die NATO würde einer „*trüben und düsteren Zukunft*“ entgegenstehen, wenn die europäischen Verbündeten nicht mehr unternehmen würden in Bezug auf ernstzunehmende Bereitstellung militärischer Mittel. Durch die *Demilitarisierung* Europas würden immer mehr Länder nicht mehr imstande sein, so Gates, militärisch relevante Fähigkeiten der NATO (oder EU) zur Verfügung zu stellen.³¹⁶ Die USA, so Gates im Juni 2011 in Brüssel, werden künftig nicht mehr „*als Europas Kavallerie*“ bereitstehen. Weder der US-Kongress noch die breitere politische Klasse verspüre die „*Lust*“, weiterhin wertvolles Geld für Nationen aufzuwenden, „*die offenbar nicht willens sind, die notwendigen eigenen Verteidigungsmittel aufzubringen.*“³¹⁷ Gates warnte, dass aufgrund der erheblichen Verteidigungslücken in Europa und des mangelnden Willens, dagegen Maßnahmen zu ergreifen, eine neue „*post-cold war generation of leaders in America*“ die NATO nicht nur in Frage stellen könnte, sondern auch eine Auflösung der NATO befürworten könnte.³¹⁸ Die europäischen NATO-Verbündeten hatten damals derartig ihre Verteidigungsanstörungen vermindert, sodass sie einem immer selbstbewusster auftretenden Russland immer verletzlicher gegenüberstanden.³¹⁹ Als seit 2012 keine deutliche verteidigungspolitische Koordination seitens der europäischen NATO-Verbündeten sichtbar wurde, bezeichnete US-Präsident Donald Trump die NATO als obsolet,³²⁰ falls die europäischen Verbündeten ihre in Chicago 2012 vereinbarten Verpflichtungen nicht ernst nehmen würden: eine gemeinsame Verteidigung, so Trump, erfordere „*angemessene Investitionen in den militärischen Fähigkeiten*“, alle NATO-Staaten müssen auch gemäß der NATO-

³¹⁶ Camille Grand, Smart Defense, in: Lisa Aronsson / Molly O'Donnell, Smart Defense and the Future of NATO: Can the Alliance Meet the Challenges of the Twenty-First Century?, March 28-30, 2012, Chicago, Illinois, Conference Report and Expert Papers, Presented by The Chicago Council on Global Affairs, S. 2.

³¹⁷ Jochen Bittner, „Die militärischen Fähigkeiten sind nicht da“. Ohne die USA können die Europäer keine Kriege führen, behauptet der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates. Hat er recht?, in: Die Zeit, 22.06.2011, S. 6.

³¹⁸ Ian Tryanor, US defence chief blasts Europe over Nato, The Guardian, 10 June 2011 12.46 BST, <http://www.guardian.co.uk/world/2011/jun/10/nato-dismal-future-pentagon-chief/print>, [27.06.2011].

³¹⁹ Hans Binnendijk, Despite infighting, here's how NATO can preserve, in: Defense News, October 8, 2018, S. 45.

³²⁰ Bob Woodward, Fear. Trump in the White House, Simon & Schuster, London, New York, Sydney, Toronto, New Delhi, Paperback edition, 2019, S. 76.

Gipfelerklärung von Newport/Wales 2014 bis 2024 Verteidigungsausgaben in der Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreichen.³²¹ Laut Aussagen des damaligen Sicherheitsberaters John Bolton war Trump tatsächlich bereit, die NATO zu verlassen.³²² Auf dem NATO-Gipfel 2017 weigerte sich Trump, das Prinzip der gemeinsamen NATO-Verteidigung auf der Grundlage des Artikels 5 des NATO-Vertrages zu bestätigen. Auf dem NATO-Gipfel im Juli 2018 beharrte Trump darauf, dass alle Mitgliedstaaten des Bündnisses „*ab sofort mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Verteidigung ausgeben sollten; er schlug sogar vor, dass diese Ausgaben letztlich vier Prozent vom BIP erreichen sollten.*“³²³ Anlässlich seines Besuches in Warschau am 6. Juli 2017 betonte Trump, dass er sich jedoch weiterhin zur Beistandsverpflichtung im NATO-Vertrag nach Artikel 5 bekenne:

*„To those who would criticize our tough stance, I would point out that the United States has demonstrated not merely with words but with its actions that we stand firmly behind Article 5, the mutual defense commitment. Americans know that a strong alliance of free, sovereign and independent nations is the best defense for our freedoms and for our interests. That is why my administration has demanded that all members of NATO finally meet their full and fair financial obligation. As a result of this insistence, billions of dollars more have begun to pour into NATO.“*³²⁴

Die Türkei entscheidet sich für die russische S-400

Im Juli 2017 kündigte die türkische Regierung an, das russische S-400 Boden-Luft-Raketenverteidigungssystem beschaffen zu wollen.³²⁵ Somit erwarb die Türkei als erstes NATO-Land dieses System. Der türkische

³²¹ Gunther Hauser, Die US-Außenpolitik: Auf dem Weg ins Chaos?, in: Militär Aktuell 1/2017, S. 50.

³²² Javier Solana, Trump hat keine Ahnung von Europa und der Nato, in: Der Standard, 27.07.2018, S. 27.

³²³ John Bolton, The Room Where It Happened. A White House Memoir, Simon & Schuster, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi 2020, S. 58.

³²⁴ Jaroslaw Adamowski, Trump effect? Eastern Europe defense spending to climb, in: Defense News, July 10, 2017, S. 10.

³²⁵ Jim Inhofe, Jack Reed, Jim Risch, Bob Menendez, Turkey must choose between the U.S. and Russia, in: The New York Times International Edition, April 10, 2019, S. 7.

Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu meinte am 9. Oktober 2017, dass eine Koproduktion und keine Direktbeschaffung geplant sei. Mit diesem System installierte die Türkei ihre erste Luft- und Raketenabwehr im Langstreckenbereich.³²⁶ Bereits im Sommer 2013 berichtete die amerikanische Zeitschrift *Defense News*, dass sich die türkische Regierung für ein chinesisches System entscheiden könnte. Im September 2013 berichtete Ankara, dass sie dafür vorerst die *China Precision Machinery Import-Export Corporation* (CPMIEC) ausgewählt habe. Im Jahr 2015 hatte die türkische Regierung jedoch diesen „*initial deal*“ wieder verworfen. Anfang 2017 teilte die Regierung in Ankara mit, dass sie sich kurz vor dem Beginn von Verhandlungen mit Russland für ein Luft- und Raketenabwehrsystem befinde.³²⁷ Am 13. Oktober 2017 teilte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan mit, dass er auch am Kauf des künftigen russischen Luft- und Raketenabwehrsystems *S-500* interessiert sei, das sich noch in der Entwicklungsphase befindet.³²⁸ Der Vertrag zwischen Russland und der Türkei über die Lieferung der *S-400* wurde noch im Dezember 2017 geschlossen.³²⁹ Präsident Erdoğan meinte dazu: Die Türkei habe ihre westlichen Verbündeten um die Lieferung von Luftabwehrsystemen gebeten, sei aber abgewiesen worden. Zugleich attackierte er die USA wegen ihrer Kooperation mit Kurdenmilizen in Syrien: „*Ihr verschenkt 22.000 bis 23.000 Lastwagen voller Waffen an Terroristen, aber ihr liefert keine Waffen an uns. Was für eine NATO ist das?*“³³⁰

Innerhalb der NATO wurde im Fall der Beschaffung des *S-400*-Systems seitens der Türkei zunächst mit „*notwendigen Konsequenzen*“ gedroht. Der damalige Vorsitzende des NATO-Verteidigungsausschusses, General Petr Pavel, betonte, jedes NATO-Mitglied sei frei, für sein Verteidigungssystem Rüstungsgüter anzukaufen, jedoch sind die NATO-Staaten ebenso souverän „*bei den Auswirkungen von Konsequenzen*“ im Falle eines Ankaufs unterschiedlicher Systeme. Der Erwerb eines *S-400*-Systems würde somit die Türkei von einem integrierten Luftverteidigungssystem mit NATO-

³²⁶ Burak Ege Bekdil, Turkish procurement saga weighs Russian S-400 deal against pleasing the West, in: *Defense News*, November 6, 2017, S. 16.

³²⁷ Ebenda.

³²⁸ Ebenda.

³²⁹ Gerd Höhler, Der NATO-Staat Türkei kauft Raketen in Russland, in: *Salzburger Nachrichten*, 23.02.2019, S. 6.

³³⁰ Ebenda.

Verbündeten ausschließen, Folgen wären „*technische Restriktionen*“.³³¹ Dabei spielten Sicherheitsbedenken eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt, da die Türkei auch Partner bei der Produktion und Beschaffung des *F-35*-Kampfflugzeuges ist. Nicht wenige Experten in der NATO befürchten, dass bei einem gemeinsamen Betrieb des *F-35*- und des *S-400*-Systems wichtige Daten des Jets an Russland gelangen könnten. So teilte der damalige amtierende US-Verteidigungsminister Patrick Michael Shanahan seinem türkischen Amtskollegen mit, dass das Pentagon beabsichtige, im Jahr 2020 alle türkischen Beteiligungen am *F-35*-Programm einzustellen. Bereits zuvor deuteten Senatoren aus den USA seitens der republikanischen und der demokratischen Partei an:

*„If Ankara accepts delivery of a Russian S-400 missile system, it will be sanctioned as required by American law. By the end of 2019, Turkey will have either F-35 advanced fighter aircraft on its soil or a Russian S-400 surface-to-air missile defense system. It will not have both.“*³³²

In der Folge hatte Präsident Trump ein Haushaltsgesetz unterzeichnet, das die geplante Auslieferung bestellter Kampfflugzeuge des Typs *F-35* an die Türkei vorerst aussetzen sollte, bis das Pentagon eine Bewertung der türkischen Raketenpläne vorgelegt hätte.³³³ Vizepräsident Mike Pence hatte Mitte Februar 2019 bei der Münchener Sicherheitskonferenz Richtung Türkei betont: *„Wir werden nicht untätig zusehen, wenn NATO-Verbündete Waffen von unseren Gegnern kaufen.“*³³⁴ Trotz Warnungen der USA waren am 12. Juli 2019 mit einem Großraumflugzeug die ersten Teile des russischen *S-400*-Luftabwehrsystems auf einem Militärflugplatz nahe Ankara eingetroffen. In Aussendungen des Pentagons und des Weißen Hauses wurde bereits der vorläufige Ausschluss des Türkei vom *F-35*-Programm zur Kenntnis gebracht. Als Folge davon mussten alle am Programm beteiligten türkischen Staatsbürger die USA bis 31. Juli 2019 verlassen. Die zuvor von der Türkei angekauften vier Flugzeuge verbleiben in den USA,

³³¹ Burak Ege Bekdil, Turkish procurement saga weighs Russian S-400 deal against pleasing the West, in: Defense News, November 6, 2017, S. 16.

³³² Jim Inhofe, Jack Reed, Jim Risch, Bob Menendez, Turkey must choose between the U.S. and Russia, in: The New York Times International Edition, April 10, 2019, S. 7.

³³³ Gerd Höhler, Der NATO-Staat Türkei kauft Raketen in Russland, in: Salzburger Nachrichten, 23.02.2019, S. 6.

³³⁴ Ebenda.

die Mitwirkung an der Produktion durch die türkische Rüstungsindustrie wurde (vorerst) mit März 2020 beendet. Die Türkei hatte damals bereits mehr als 1,25 Milliarden US-Dollar in das F-35-Programm investiert.³³⁵

Erstes NATO-Treffen mit US-Präsident Joseph Biden

Die US-Nuklearstrategie vom Februar 2018 hielt bereits fest: „*Das Bekenntnis der USA zur NATO ist unerschütterlich.*“³³⁶ Bereits Mitte Februar 2020 stellte der damalige US-Außenminister Michael Pompeo fest, Nachrichten vom „*Tod des Bündnisses*“ (gemeint war die NATO) „*sind extrem übertrieben.*“³³⁷ Mit dem Amtsantritt von US-Präsident Joseph Biden scheinen sich die transatlantischen Beziehungen nun schrittweise zu verbessern. Während seines Besuches in Europa Mitte Juni – beginnend auf bilateraler Ebene im Vereinigten Königreich, danach beim G7-Gipfel in Cornwall, folgend beim NATO-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel und endend beim bilateralen Gipfel zwischen US-Präsident Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Genf – zeigten sich zunehmende Entspannungssignale zwischen den USA und den europäischen Verbündeten nach dem spannungsgeladenen transatlantischen Verhältnis unter der Präsidentschaft von Donald Trump. „*Heute öffnen wir ein neues Kapitel für unsere Allianz*“, gab auch gleich NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg einleitend bei einer Pressekonferenz nach dem NATO-Gipfel zu verstehen, wie sich in einem „*starken Bekenntnen*“ von US-Präsident Biden zur NATO gezeigt habe.³³⁸ In Zeiten zunehmender Konkurrenz unter globalen Akteuren müssen, so Stoltenberg, Nordamerika und Europa innerhalb der NATO koordinierter zusammenstehen. Die

³³⁵ Jim Inhofe, Jack reed, Jim Risch, Bob Menendez, Turkey must choose between the U.S. and Russia, in: The New York Times International Edition, April 10, 2019, S. 7.

³³⁶ „*The U.S. commitment to NATO is unwavering. A strong, cohesive nuclear Alliance is the most effective means of deterring aggression and promoting peace and stability in the Euro-Atlantic region*“, in: Office of the Secretary of Defense, Nuclear Posture Review, February 2018, S. 35.

³³⁷ Christian Ultsch, Der neue globale Wettbewerb der Systeme, in: Die Presse am Sonntag, 16.02.2020, S. 4.

³³⁸ NATO, Press Conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the meeting of NATO Heads of State and Government, 14 Jun. 2021 / Last updated: 14 Jun. 2021 21:35, https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_184959.htm [22.06.2021]

Herausforderer der NATO bilden heute die „autoritären Regime“ (Stoltenberg) Russland und China. Die Beziehungen mit Russland sind am tiefsten Punkt seit dem Ende des Kalten Krieges angelangt, „Moskaus aggressive Aktionen“ (Stoltenberg) stellen „eine Bedrohung für unsere Sicherheit dar“ (Stoltenberg).³³⁹ Russland modernisiert, ebenso wie die USA und China, sein Nuklearwaffenarsenal, stellt die territoriale Integrität Georgiens, der Ukraine und Moldawiens in Frage und provoziert mit – oft kurzfristig angelegten – Militärübungen auch und vor allem unweit der Grenzen von östlichen NATO-Staaten und der Ukraine das transatlantische Bündnis.³⁴⁰ Im Umgang mit Russland sieht die NATO deshalb eine Vorgehensweise nach dem *Doppelbeschluss* vom 12. Dezember 1979 vor, also einerseits die Verteidigungsfähigkeiten auszubauen und zu modernisieren, andererseits die Dialogkanäle mit Russland offenzuhalten, zu nutzen und bei Gelegenheit zu intensivieren. Eine mögliche Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine in der Nordatlantischen Allianz schließen die NATO-Staats- und Regierungschefs auf der Grundlage der Bukarester Erklärung aus 2008 nach wie vor nicht aus. Eine Herangehensweise in Richtung NATO-Mitgliedschaft der beiden Länder müsse jedoch koordiniert innerhalb der Mitgliedstaaten des Bündnisses einerseits und mit den Regierungen der beiden postsowjetischen Länder andererseits erfolgen. Zudem sollte eine jeweilige NATO-Mitgliedschaft vom jeweiligen militärischen Reformgrad beider Staaten abhängen, Russland, so betont die NATO, steht dabei kein Mitspracherecht zu.³⁴¹

Was China betrifft, sieht zwar die NATO die Möglichkeit, wenn in Peking der Wille vorhanden ist, sich mit der Volksrepublik in Fragen der Rüstungskontrolle und des Klimawandels zu koordinieren, jedoch stellen der immer größer werdende politische, wirtschaftliche und auch militärpolitische Einfluss Chinas in der Welt „Herausforderungen für die Sicherheit der Allianz“ (Stoltenberg) dar. Betroffenheit in der NATO existiert über die zunehmende Machtausübung und die Machtprojektionen der

³³⁹ Ebenda.

³⁴⁰ Ebenda

³⁴¹ NATO, Leaders agree NATO 2030 agenda to strengthen the Alliance, 14 Jun. 2021 / Last updated: 14 Jun. 2021 19: 34, https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_184998.htm [22.06.2021]

Volksrepublik gegenüber anderen globalen und regionalen Akteuren.³⁴² Zudem erweitert und modernisiert China sein Nuklearwaffenarsenal mit Sprengköpfen und einer großen Anzahl von Trägersystemen.³⁴³ Was die Implementierung der militärischen Modernisierungsprogramme betrifft, erweist sich Peking als kaum transparent. Zudem arbeitet China im militärischen Bereich sehr eng mit Russland zusammen, dazu finden zwischen russischen und chinesischen Streitkräften auch regelmäßige kleinere und größere Übungen statt. Wie Russland setzt aus Sicht der NATO China hybride Fähigkeiten – wie auch jene der Desinformation – ein. Die NATO ruft aus diesen Gründen China auf, sich verantwortungsvoll an internationalen Politiklösungs-, Streitschlichtungs- sowie auch an Rüstungskontrollprozessen zu beteiligen mit dem Ziel, in maritimen Regionen und im Cyberbereich die Sicherheit für die betroffenen Länder zu erhöhen. China wird von der NATO nicht als Feind gesehen, jedoch stellt das Land aufgrund der politischen Ambitionen der Kommunistischen Partei, bis 2049 wirtschaftlich, gesellschaftlich und militärisch ein „Weltklassestaat“³⁴⁴ zu werden, gemeinsam mit den schon vor wenigen Jahren eingeleiteten und ausgeübten Machtprojektionen in der indo-pazifischen Region eine zunehmende Herausforderung für das Bündnis dar. Auch nimmt die Volksrepublik in technologischer Hinsicht eine zunehmende auch sicherheitspolitisch relevante Bedeutung (Cyberbereich, 5G) für die NATO ein.³⁴⁵

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte Deutschland und andere Mitgliedstaaten davor gewarnt, den Wunsch des US-Präsidenten Joseph

³⁴² NATO, Press Conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the meeting of NATO Heads of State and Government, 14 Jun. 2021 / Last updated: 14 Jun. 2021 21:35, https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_184959.htm [22.06.2021]

³⁴³ Ebenda.

³⁴⁴ Gunther Hauser, Chinas Aufstieg zur Globalmacht. Der Weg einer Regionalmacht zum weltpolitischen Akteur, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 1/2020, S. 11f.

³⁴⁵ NATO, Press Conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the meeting of NATO Heads of State and Government, 14 Jun. 2021 / Last updated: 14 Jun. 2021 21:35, https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_184959.htm [22.06.2021]

Biden nach höheren Verteidigungsausgaben zu unterschätzen: „Die europäischen Staaten haben die Verteidigungsausgaben während Trumps Präsidentschaft erhöht und sollten damit jetzt nicht aufhören. Das wäre die falsche Botschaft.“³⁴⁶ Auch die neue US-Regierung werde auf höhere Verteidigungsausgaben der NATO-Verbündeten drängen. Stoltenberg erinnerte vor allem daran, dass das Ziel der NATO-Staaten, jährlich mindestens zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben, 2014 in Wales beschlossen wurde, also in einem Jahr, als Biden Vizepräsident der USA war. Gründe dafür seien ein aggressiver auftretendes Russland, in diesem Zusammenhang die Annexion der Krim sowie brutaler werdende Formen des internationalen Terrorismus mit dem sogenannten *Islamischen Staat* in Irak und Syrien gewesen: „Diese Bedrohungen sind nicht verschwunden, und es kommen immer gefährlichere Cyberangriffe hinzu“, betonte Stoltenberg.³⁴⁷ US-Verteidigungsminister Lloyd Austin versicherte der NATO die uneingeschränkte Allianzbereitschaft der USA.³⁴⁸ Umgekehrt hatte Anfang Mai 2021 die US-Regierung erstmals ihre Bereitschaft bekundet, sich gemeinsam mit den NATO-Staaten Kanada und Norwegen im Rahmen der *Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit* (SSZ) (im Englischen: *Permanent Structured Co-operation*) der EU zu beteiligen. So stimmten am 6. Mai 2021 die Verteidigungsminister aus den EU-Mitgliedstaaten einem Antrag der USA, Kanadas und Norwegens zu, sich an einem Vorhaben zur Förderung der militärischen Mobilität in Europa zu beteiligen. Deutschlands damalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sprach damals von einem „großen Schritt in der transatlantischen Verbundenheit und in der Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und NATO.“³⁴⁹ Vor allem Deutschland hatte sich „besonders dafür eingesetzt“, dass die EU ihre militärischen Kooperationen auch für Drittstaaten öffnet.³⁵⁰ Insgesamt steht US-Präsident Biden einer stärkeren *europäischen* Verteidigung sehr aufgeschlossen gegenüber, solange diese ergänzend zur NATO realisiert werde.³⁵¹

³⁴⁶ Dolomiten, Stoltenberg warnt Alliierte, in: Dolomiten, 17.02.2021, S. 2.

³⁴⁷ Ebenda.

³⁴⁸ Martin Stricker, Die Nato lebt auf, in: Salzburger Nachrichten, 19.02.2021, S. 6.

³⁴⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Erstes EU-Verteidigungsprojekt mit Amerika, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.05.2021, S. 1.

³⁵⁰ Ebenda.

³⁵¹ Martin Stricker, Wer sorgt für die Sicherheit Europas?, in: Salzburger Nachrichten, 6.10.2021, S. 6.

Die militärische Ausrichtung der USA

Seit US-Präsident Barack Obama beabsichtigt die amerikanische Staatsführung, nicht mehr große Militäroperationen wie in Afghanistan und Irak durchzuführen. Spannungen zwischen der jeweiligen politischen Führung der USA und dem Pentagon über die künftigen Aufgaben der US-Streitkräfte sowie über die dafür benötigten Mittel und Fähigkeiten begleiteten die Entscheidungsfindungsprozesse – vor allem, was die dafür erforderlichen budgetären Bereitstellungen betraf. Im Jahr 2016 versprach Donald Trump während seines Wahlkampfes, das US-Engagement in „endlosen Kriegen“ („*endless foreign wars*“)³⁵² zu beenden, am 7. September 2020 beschuldigte er seine militärische Führung sogar, Kriege zu verfechten, „*so that all of those wonderful companies that make the bombs and make the planes and make everything else stay happy.*“³⁵³ Trump hinterfragte folglich auch den *Patriotismus* und das Urteilsvermögen der amerikanischen Oberbefehlshaber und beschuldigte diese, globale Konflikte anzustreben, von denen das US-Militär und der „*industrielle Komplex*“ dann nachhaltig profitieren würden.³⁵⁴ Trump sprach in der Anfangsphase seiner Amtszeit ursprünglich von „*seinen großartigen Generälen*“ („*great generals*“), mit denen er sich gerne umgab, da diese jene „*Härte und Zähigkeit*“ („*toughness*“) verkörpern, die die USA für die Wahrnehmung ihrer globalen Rolle benötigen würden. Vier Jahre später wurden diese Generäle von Trumps „*innerem Zirkel*“ verbannt.³⁵⁵ Trump betrieb mit Nachdruck den Verkauf amerikanischer Waffen vor allem nach Saudi-Arabien unter der faktischen Führung des Kronprinzen Mohammed Bin Salman. So gab es auch keine Verurteilung des Mordes an dem Dissidenten und Journalisten Jamal Khashoggi, der im saudischen Konsulat in Istanbul im Oktober 2018 qualvoll ums Leben kam, seitens des Präsidenten Trump.³⁵⁶ Zudem wurde Saudi-Arabien im Krieg in Jemen materiell von den USA voll unterstützt: „*I don't like the concept of stopping an investment of \$ 110 billion into the United States*“, sagte Trump in diesem

³⁵² Katrina Manson, US to pull 2,000 troops out of Iraq, in: Financial Times, September 10, 2020, S. 4.

³⁵³ David E. Sanger / Helena Cooper / Eric Schmitt, Pentagon erupts over Trump's accusations, in: The New York Times International Edition, September 11, 2020, S. 1 und 4, hier S. 1.

³⁵⁴ Ebenda.

³⁵⁵ Ebenda.

³⁵⁶ Ebenda.

Zusammenhang circa zwei Wochen nach der Ermordung von Jamal Khashoggi.³⁵⁷ Trump beklagte sich zwar 2020 über den „industriellen Komplex“, jedoch arbeitete Trumps Verteidigungsminister, Mark T. Esper, zuvor bei Raytheon, sein Vorgänger zuvor bei *Boeing*.

Debatten gibt es innerhalb des Pentagons stets darüber, ob bestehende Waffensysteme ersetzt und mehr Budgetmittel in neuere Waffengattungen investiert werden sollen. Dem Militär ist auch in den USA bewusst, dass es in Zukunft nicht über unlimitierte Finanzmittel verfügen werde. Folglich gilt es beim US-Militär, Sinn und Zweck von bestehenden Waffensystemen zu überdenken und neue Systeme zu definieren, die in Zukunft zur Abwehr von Gefahren notwendig sind. So steht auch der Sinn und Zweck von Flugzeugträgern und dazugehörigen Aufklärungssystemen zur Machtprojektion im Mittelpunkt der Diskussion bei den Streitkräften. Seit dem Zweiten Weltkrieg verfügt die *US Navy* über Flugzeugträger, seit einigen Jahren besteht die Diskussion im Pentagon über die Zukunft derartiger Systeme in Verbindung mit der Bereitstellung von Mitteln für neuartige konventionelle hypersonische Langstreckenraketen.³⁵⁸ Der damalige Untersekretär für Verteidigungsangelegenheiten in den Bereichen Forschung und technische Entwicklung, Mike Griffin, merkte dazu im September 2019 an: „*Was fürchtet die chinesische Führung mehr: 2000 konventionelle Angriffsraketen aus den USA und aus verbündeten Ländern im Westpazifik oder einen neuen Flugzeugträger?*“³⁵⁹ Griffin führte weiter aus, dass diese beiden Waffensysteme in dieser Anzahl denselben Betrag an Budgetgeldern benötigen. Zudem verfüge die Volksrepublik China über tausende derartige Angriffsraketen mit einer Reichweite von über Tausenden von Kilometern und mit präziser Schlagkraft.³⁶⁰

Das US-Militär fokussiert sich auch vermehrt in Richtung Schutz des erdnahen Weltraumes. In der US-Nuklearstrategie vom Februar 2018 ist

³⁵⁷ Ebenda.

³⁵⁸ David B. Larter, Will Ground-Based Hypersonic Missiles Replace Aircraft Carriers?, in: Defense News, October 14, 2019, S. 22.

³⁵⁹ Ebenda.

³⁶⁰ Ebenda.

die Bedeutung des erdnahen Weltraums als künftiger Raum der militärischen Auseinandersetzung wie folgt hervorgehoben:

*„Space is no longer a sanctuary and orbital space is increasingly congested, competitive, and contested. A number of countries, particularly China and Russia, have developed the means to disrupt, disable, and destroy U.S. assets in space. Because space is no longer an uncontested domain, U.S. NC3 space systems need to be more survivable, defendable, and provide resilient capabilities.“*³⁶¹

Aus diesem Grund sehen sich die USA gezwungen, sich für einen Krieg im erdnahen Weltraum vorzubereiten. China und Russland sind demnach auch auf dem Weg, Technologie für diesen Zweck zu entwickeln.³⁶² US-Präsident Trump gab deshalb im Februar 2019 bekannt, eine neue Teilstreitkraft für den erdnahen Weltraum zu gründen – die sogenannte „*Space Force*“.³⁶³ Dieses Projekt entwickelt sich seit dem Jahr 2020. Die Idee, eine derartige Teilstreitkraft ins Leben zu rufen, ist nicht neu – seit 2001 befasst sich in den USA eine Kommission mit diesem Thema. Nun werden all jene „*Aktivitäten mit operativem und/oder technischem Bezug zum All (vor allem über Satelliten und Bodenstationen), die von den Teilstreitkräften Armee, Luftwaffe und Marine gemanagt werden,*“, in einer neuen Teilstreitkraft „*strukturell und befehlskettenmäßig fusionieren*“.³⁶⁴ Dabei „*geht es vor allem um das, was Militärs mit C3I abkürzen, also Command, Control, Communications und Intelligence*“ (Führung über Einheiten, Kommunikation, Aufklärung und Überwachung, Lageverfolgung, Navigation, Frühwarnung, Zielerfassung, Raumtransporte sowie die Überwachung des erdnahen Alls).³⁶⁵ Für das Gros ist seit einiger Zeit die *US Air Force* zuständig. Dort war 1982 das *Air Force Space Command (AFSPC)* gegründet worden. Eine Untereinheit davon kontrolliert auch das gesamte Netz an *GPS*-Satelliten. Nicht erfasst von der *Space Policy Directive 4*

³⁶¹ Office of the Secretary of Defense, Nuclear Posture Review, February 2018, S. 57.

³⁶² Valerie Insinna, As space wars loom large, oversight remains political football, in: Defense News, January 22, 2018, S. 1, 16 und 17, hier S. 1.

³⁶³ 2018 wies der damalige US-Vizepräsident Mike Pence darauf hin, dass China schon 2015 eine eigene militärische Organisation gegründet hatte, die sich auf die Entwicklung von militärischen Fähigkeiten im erdnahen Weltall konzentriert. Aus: NIDS, NIDS China Security Report 2021. China's Military Strategy in the New Era, National Institute for Defense Studies, Tokyo 2020, S. 57.

³⁶⁴ Wolfgang Greber, Donald Trumps Space Force: Ein neuer Helm für alte Krieger, in: Die Presse, 21.02.2019, S. 3.

³⁶⁵ Ebenda.

sind vorerst die Kontrolle über Atomwaffen, die Cyberkriegführung und die Raketenabwehr. Laut dieser *Space Policy Directive 4* sollen zunächst das AFSPC mit seinen Dutzenden Satelliten und sechs Basen in Colorado, Kalifornien und Florida mit den Weltraumkräften der *Army* (*1st Space Brigade* plus ein Bataillon), *Navy* (u. a. das *Space and Naval Warfare Systems Command* in San Diego) und andere Stellen die neue *Space Force* bilden. Das *National Reconnaissance Office NRO* – der Militäргеheimdienst für Satellitenaufklärung – bleibt vorerst autark. Die *Space Force* soll weiterhin „im Mantel“ der *US Air Force* verbleiben und im Pentagon dem Luftwaffenminister unterstellt sein. In der *Fiscal 2018 Defense Authorization Bill* schaffte der US-Kongress den Weltraumberater des Pentagons (dieser Posten wurde von einem hohen zivilen Beamten der *Air Force* besetzt) ab. Das Modell entspricht jenem des *Marine Corps*, das zwar nominell ebenso autonome Teilstreitkraft ist, jedoch im Pentagon neben der *US Navy* dem Marineminister unterstellt ist.³⁶⁶

Trump unterzeichnete am 22. Dezember 2019 den 783 Milliarden US-Dollar schweren Verteidigungshaushalt 2020, in dem die Schaffung einer *Space Force* beschlossen wurde. Der Weltraum sei ein „neuer Kriegsschauplatz“, so Trump bei der Zeremonie auf der Luftwaffenbasis Andrews bei Washington, „in dem eine Menge passieren wird“.³⁶⁷ Die Schaffung eigenständiger Weltraumstreitkräfte bezeichnete Trump als einen „großen Moment“: „Inmitten gravierender Bedrohungen für unsere nationale Sicherheit ist amerikanische Überlegenheit im Weltraum absolut unerlässlich.“³⁶⁸ Der damalige Vizepräsident Mike Pence führte dazu aus: „Unsere Freiheit, im Weltraum sicher zu operieren, ist entscheidend für unsere Lebensweise. Moderne Kommunikation, Handel, Wettervorhersagen und sogar die Landwirtschaft hängen zu einem großen Teil von der Sicherheit unserer Weltraumressourcen ab.“³⁶⁹

³⁶⁶ Ebenda.

³⁶⁷ Sylvie Lanteaume, USA gründen Weltraumarmee, in: Salzburger Nachrichten, 23.12.2019, S. 8.

³⁶⁸ Ebenda.

³⁶⁹ Ebenda.

Mit der *Space Force* wurde erstmals seit 1947 wieder eine eigene US-Teilstreitkraft gebildet – damals entstand die *US Air Force* als eigene Einheit neben dem Heer, der Marine, dem Marinekorps und der Küstenwache. Ganz separat bleibt die *Space Force* dennoch nicht, sie ist weiterhin der *US Air Force* unterstellt. Ziel bleibt die Abwehr von Bedrohungen aus dem Weltall und im Weltall – so vor allem feindliche Angriffe auf US-Satelliten. Der *Space Force* sollen zunächst 16.000 Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilistinnen und Zivilisten angehören, die bereits für die *US Air Force* gearbeitet hatten. Die Leitung der *Space Force* übernahm General Jay Raymond.³⁷⁰ Der amerikanische Verteidigungsgeheimdienst hatte Anfang 2019 in einem Bericht gewarnt, dass „insbesondere China und Russland eine Vielzahl von Maßnahmen entwickeln, um [...] die Position der USA im Weltraum herauszufordern.“³⁷¹ Das Militär der Volksrepublik China hatte schon 2007 demonstriert, dass es einen Satelliten mit einer bodengestützten Rakete abschießen kann, als es einen seiner eigenen Satelliten abschoss (ASAT: *anti-satellite missile test*).³⁷² Satelliten können heute benützt werden, um andere künstliche Erdtrabanten zu rammen, zu beschießen, zu sprengen oder diese durch Störsignale zu beeinträchtigen. Zudem sind der Iran und Nordkorea zunehmend in der Lage, ihre militärischen Aktivitäten in den Weltraum auszuweiten. Trump hatte deshalb wiederholt die Schaffung von US-Weltraumstreitkräften gefordert. Im August 2019 wurde ein *SpaceCom* genanntes Militärkommando für den Weltraum eingerichtet. Für das Jahr 2022 sind an die 17 Milliarden US-Dollar für die *Space Force* vorgesehen.³⁷³

Nach dem Weltraumvertrag von 1967, den auch die USA, Russland, China und Frankreich unterzeichneten, soll die Erforschung des Weltalls „friedlich“ erfolgen. Ausdrücklich verboten ist nach Artikel 4 die Stationierung von Nuklearwaffen oder jeglicher anderen Massenvernichtungswaffen. Auf dem Mond und an anderen Himmelskörpern untersagt sind zudem Militärbasen, Befestigungsanlagen, Waffentests oder Militärübungen. Auf Satelliten oder

³⁷⁰ Ebenda.

³⁷¹ Ebenda.

³⁷² NIDS, NIDS China Security Report 2021. China's Military Strategy in the New Era, National Institute for Defense Studies, Tokyo 2020, S. 57.

³⁷³ Vivienne Machi, Will space be a star among NATO's 2030 agenda?, in: Defense News, June 2021, S. 14.

Raumschiffen stationierte, konventionelle Waffen sind damit nicht erfasst.³⁷⁴

Die USA sind weiterhin bestrebt, ihre militärischen Fähigkeiten effizienter und effektiver zu modernisieren. Eine „*lethaler*“ (sic!), resilientere und innovativere Streitmacht soll gemeinsam mit robusteren Fähigkeiten von verbündeten Staaten und Partnerländern den amerikanischen Einfluss auf Regionen sichern und eine für die USA günstige Machtbalance auf globaler Ebene garantieren helfen.³⁷⁵ Sich in langfristigen strategischen Machtprojektionen mit China und Russland zu messen bleibt die Hauptpriorität für das US-Verteidigungsministerium, so sind „*Allianzen und Partnerschaften für den gegenseitigen Nutzen*“ weiterhin entscheidend für die US-Gesamtstrategie, um zu verhindern, dass konkurrierende autoritäre Mächte ihre jeweiligen Machtprojektionen gegen die USA ausweiten können.³⁷⁶ Jener Ansatz, der sich bereits im Zweiten Weltkrieg und danach behauptet hat, soll für die USA auch in Zukunft weiterhin gelten.³⁷⁷ Partnerschaften und Bündnisse sollen somit im Indo-Pazifischen Raum in Hinblick auf eine Stärkung der „*netzwerkorientierten Sicherheitsarchitektur*“ erweitert werden, zudem bleibt die NATO „*unerlässlich*“ für die Sicherheit der USA.³⁷⁸

Die Militärausgaben der USA und Chinas steigen weiterhin exorbitant, so stellte die US-Regierung im Jahr 2020 an die 778 Milliarden US-Dollar für das Militär zur Verfügung – das dreifache der chinesischen Verteidigungsausgaben (252 Milliarden US-Dollar). Der chinesische Etat ist bereits seit längerem der zweithöchste der Welt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt gaben die USA im Jahr 2020 3,7 Prozent für

³⁷⁴ Sylvie Lanteaume, USA gründen Weltraumarmee, in: Salzburger Nachrichten, 23.12.2019, S. 8.

³⁷⁵ Department of Defense, Summary of the 2018 National Defense Strategy of the United States of America. Sharpening the American Military's Competitive Edge, Washington 2018, S. 1.

³⁷⁶ Ebenda, S. 8.

³⁷⁷ Ebenda.

³⁷⁸ Department of Defense, Summary of the 2018 National Defense Strategy of the United States of America. Sharpening the American Military's Competitive Edge, Washington 2018, S. 9.

Verteidigung aus, so das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI, China dagegen 1,7 Prozent des BIP. Die Militärausgaben der USA machten 2020 an die 39 Prozent der weltweiten Militärausgaben aus.³⁷⁹

³⁷⁹ Martine Bulard, Kommt eine pazifische NATO?, in: Le Monde Diplomatique, Deutsche Ausgabe, Juni 2021, S. 1 und 6, hier S. 6.

Die Nuklearpolitik der USA

Im Jahr 1991 entschied der damalige US-Präsident George H.W. Bush, nahezu alle taktischen Nuklearwaffen, die seitens der US-Armee und der US-Marine gelagert wurden, stillzulegen. Diese Kurzstreckenwaffen waren „militärisch sinnlos“ und bürdeten in Zeiten großer Sparprogramme in den Streitkräften zusätzliche Belastungen auf.³⁸⁰ Seither verblieb nur ein Typus von taktischen Nuklearwaffen im Inventar der US-Streitkräfte – die *B-61*. Einige hunderte *B-61* befinden sich direkt in den USA, 2014 befanden sich an die 180 *B-61* auf europäischen Basen in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und in der Türkei.³⁸¹ Im Fall eines Nuklearkonfliktes in Europa würden diese Bomben mit *F-15* und *F-16* oder auch mit *Tornado*-Flugzeugen befördert werden, die Crews der Flugzeuge setzten sich aus Belgiern, Niederländern, Deutschen, Italienern und Amerikanern zusammen.³⁸² Nuklearwaffen können ebenso von *F-35*-Flugzeugen transportiert werden. Der militärische Nutzen taktischer nuklearer Waffen erweist sich weiterhin als äußerst eingeschränkt. Als Vorsitzender der Generalstabschefs plädierte bereits Colin Powell für die Außerdienststellung aller taktischen nuklearen Waffen in den 1990er-Jahren.³⁸³ Mit der Krim-Krise 2014 änderte sich die Sichtweise. Der Großteil des Geldes für die Modernisierung von taktischen Nuklearwaffen verantwortet die *National Nuclear Security Administration (NNSA)*, während der nächsten Jahrzehnte plant die *NNSA*, Milliarden für die Modernisierung diverser nuklearer Sprengköpfe zur Verfügung zu stellen, davon mindestens acht Milliarden US-Dollar für die Modernisierung der *B-61*. Den Schwerpunkt bildet hier die Treffeffizienz.³⁸⁴ Die USA wollen ihre Atombomben durch eine neue, viel treffsicherere Generation ersetzen – auch in Europa. *B61-12* heißt die jüngste Generation der US-Atomwaffen.³⁸⁵ Im Zuge eines groß angelegten Modernisierungsprogramms des Atomarsenals, das innerhalb von zehn Jahren 355 Milliarden US-Dollar verschlingen soll, wollen die USA ihre

³⁸⁰ Barry Blechman und Russell Rumbaugh, Bombs Away. The Case for Phasing Out U.S. Tactical Nukes in Europe, in: *Foreign Affairs*, July/August 2014, S. 163-174, S. 163.

³⁸¹ Ebenda.

³⁸² Ebenda.

³⁸³ Ebenda, S. 170.

³⁸⁴ Ebenda.

³⁸⁵ Julia Raabe, Die atomare Wunderwaffe, in: *Die Presse*, 14.01.2016, S. 5.

alten *B61*-Versionen durch das neue Modell ersetzen.³⁸⁶ Ein erster Testflug fand am 1. Juli 2015 über Tonopah in Nevada statt. Eine Modernisierung der veralteten Arsenale steht ohnehin an – und effizientere Waffen erlauben, die Anzahl zu reduzieren.³⁸⁷ Die etwa 180 verbliebenen US-Atombomben in Europa, die im Rahmen der NATO auf Stützpunkten in Belgien, den Niederlanden, Deutschland, Italien und der Türkei stationiert sind, sollen in den kommenden Jahren durch die neuen *B61-12*-Modelle ersetzt werden. Die bisherigen *Tornados* und *F-16* sind auf die neuen Waffen nicht ausgerichtet. Italien und die Niederlande haben *F-35* bestellt. In Deutschland sollen die *Tornados* technisch angepasst werden. Der *Eurofighter* ist für den Atomwaffeneinsatz nicht zertifiziert.³⁸⁸ In den USA wird der *B-52*-Bomber noch bis 2040 seinen Dienst versehen und mit neuen *Cruise Missiles* operieren können, die 1997 in Dienst gestellte *B-2* soll sowohl mit *Cruise Missiles* als auch mit *B61-12*-Systemen operieren können.³⁸⁹ Zudem soll zusätzlich ein neues Flugzeug als Träger für beide Waffensysteme konstruiert werden – der *Long Range Strike Bomber (LRS-B)*, im Oktober 2015 bewilligte die *Air Force* der *Northrop Grumman* den 55-Milliarden-US-Dollar-Vertrag, um dieses neue Flugzeug zu entwickeln und etwa 100 dieser Bomber zu bauen.³⁹⁰ Seit der Ukraine-Krise sind alle Überlegungen innerhalb der NATO (wie von deutscher Seite), die Bedeutung von Atomwaffen zu reduzieren oder die US-Bomben gar aus Europa abzuziehen, auf Eis gelegt.³⁹¹ Derzeit bringen alle Atomstaaten (USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea) ihre Arsenale auf den neuesten Stand.

Die „*neue Triade*“ spiegelt seit 2002 gemäß dem *Nuclear Posture Review Report* (Washington 2002) die strategische Positionierung des Pentagons wider. Die traditionelle Triade nuklearer Waffen (nuklear bestückte Interkontinentalraketen, strategische Bomber und ballistische Raketen-U-

³⁸⁶ Ebenda.

³⁸⁷ Die Presse, Ein historischer Besuch in Hiroshima, aber ohne Verneigung, in: Die Presse, 12.04.2016, S. 2.

³⁸⁸ Ebenda.

³⁸⁹ The Economist, Cruise control, in: The Economist, 23.01.2016, S. 31 und 32, hier S. 33.

³⁹⁰ Ebenda.

³⁹¹ Julia Raabe, Die atomare Wunderwaffe, in: Die Presse, 14.01.2016, S. 5.

Boote) ist seither um die Eckpunkte „konventionelle Verteidigung“ bzw. „Raketenabwehr“ erweitert,³⁹² das bestätigte auch der damalige US-Verteidigungsminister Jim Mattis am 13. September 2017: „I have been persuaded that the triad and its framework is the right way to go.“³⁹³ Zudem soll eine ausreichende Anzahl von nicht-stationierten Nuklearwaffen beibehalten und das Nuklearwaffenarsenal stets modernisiert werden.

Am 27. Januar 2017 beauftragte der damalige US-Präsident Donald Trump das Pentagon, eine neue *Nuclear Posture Review* zu entwickeln, die erste seit dem Jahr 2010.³⁹⁴ In diesem Zusammenhang werden modernisiert und lebensverlängert: die Computer- und Kommunikationssysteme der *B-52* (Verlängerung der Lebensdauer bis maximal 2040) und der *B-2* (Verlängerung der Lebensdauer bis maximal 2058), Upgrades der *Minuteman III* landgestützten Interkontinentalrakete (Verlängerung der Lebensdauer bis maximal 2030),³⁹⁵ die Instandhaltung der ballistischen Nuklearraketen-U-Boote der *Ohio*-Klasse (endgültige Lebensdauer bis 2042)³⁹⁶ und die Realisierung des 60 Milliarden US-Dollar umfassenden Ersatzprogramms für die Klasse und die Einsatzverlängerung der *B61* (vorige Version *B61-11*) in der Version *B61-12*, *W87* und *W88*-Sprengköpfe³⁹⁷ Es werden mit der *B-21 Raider* zunächst 100 Stück eines neuen Bombertyps konstruiert, der mehr *Stealth*-Fähigkeiten und Kampf- und Durchschlagskraft aufweist. Eine neue luftgestützte *Cruise Missile* (*ALCM*) wird die gegenwärtige *AGM-86B* ersetzen. Die Entwicklung einer neuen Generation von Interkontinentalraketen wurde eingeleitet. Jedes der, in Entwicklung sich befindenden, neuen Generation von nuklearen Raketen-U-Booten wird mit 16 modernisierten *Trident II*-U-Boot-gestützten

³⁹² Peter Buchas, Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte Chinas, IN S+F (Sicherheit und Frieden) 3/2016, Verlag Nomos, Baden-Baden 2016, S. 177-184, S. 183.

³⁹³ Tara Copp, Mattis: Nuclear triad is the ‘right way to go’, in: Defense News, 18.09.2017, S. 26 und 27, hier S. 27.

³⁹⁴ So der damalige US-Verteidigungsminister Jim Mattis im Vorwort, in: Office of the Secretary of Defense, Nuclear Posture Review, February 2018, S. I.

³⁹⁵ Office of the Secretary of Defense, Nuclear Posture Review, February 2018, S. 45.

³⁹⁶ Ebenda.

³⁹⁷ Ebenda, S. 47.

ballistischen Raketen ausgestattet sein, diese sollen noch vor der Stilllegung der *Ohio*-Klasse in Dienst gestellt werden.³⁹⁸

Ziel ist es, die Abschreckung der Nuklearstreitkräfte der USA an die Gegenwart und Zukunft auszurichten. Schwerpunkt bildet dabei die Modernisierung der Nukleararsenals, in einer Zeit, in der sich die internationale Sicherheitslage für die USA komplexer und herausfordernder gestaltet als jemals zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges.³⁹⁹ Bis zum Jahr 2046 sollen die USA bis zu 1,2 Billionen US-Dollar für die Modernisierung (400 Milliarden US-Dollar) und Erhaltung des Nuklearwaffenarsenals (800 Milliarden US-Dollar) investieren, so ein Bericht der *Congressional Budget Office* vom 31. Oktober 2017: 313 Milliarden US-Dollar sollten demnach für Nuklear-U-Boote, 149 Milliarden US-Dollar für Interkontinentalraketen, 266 Milliarden US-Dollar für Bomber und 44 Milliarden US-Dollar „für andere Systeme“ bereitgestellt werden.⁴⁰⁰ Projektschwerpunkte bilden: der Ersatz für die *Ohio*-Klasse (Atom-U-Boote) der *US Navy*, der neue Bomber *B-21* (für konventionelle und nukleare Einsätze), die *Ground Based Strategic Deterrent* als Ersatz für die *Minuteman III*-Interkontinentalraketen und die neue nuklear-bestückte *Cruise Missile (Long Range Stand-Off Weapon)*.⁴⁰¹

Russland und die USA verfügen gemeinsam nach wie vor über 93 Prozent aller Atomwaffen. Die noch unter US-Präsident Donald Trump ausgearbeitete US-Nukleardoktrin (*Nuclear Posture Review*) aus 2018 hat vorgesehen, dass sich die USA bei einem absolut verheerenden Cyberangriff sogar den Einsatz von Atomwaffen als Vergeltung vorbehalten würden.⁴⁰² Der damalige US-Verteidigungsminister Jim Mattis betonte weiterhin die Relevanz der Nuklearwaffen in der US-Verteidigungsstrategie, diese leisten weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Abschreckung und verhindern große konventionell ausgetragene Kriege zwischen Atommächten. Zudem sollen amerikanische Nuklearwaffen

³⁹⁸ Ebenda, S. 45.

³⁹⁹ Ebenda.

⁴⁰⁰ Aaron Mehta, America's nukes will cost \$ 1.2 trillion over the next 30 years, in: *Defense News*, November 6, 2017, S. 22.

⁴⁰¹ Ebenda.

⁴⁰² Andreas Rüesch, Im Cyberkrieg soll es gewisse Regeln geben, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 18.06.2021, S. 3.

verbündete Staaten daran hindern, selbst Atomwaffen zu entwickeln.⁴⁰³ Zudem betonte Jim Mattis, dass sich die USA weiterhin verpflichtet sehen, Unterstützung bei der weltweiten Eliminierung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen zu leisten.⁴⁰⁴

Am 22. Januar 2021 ist der Atomwaffenverbotsvertrag (*Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons* – TPNW) in Kraft getreten. In Artikel 1 verpflichten sich alle Staaten, die dem Abkommen beitreten, keine Nuklearwaffen zu entwickeln, zu testen, herzustellen und zu erwerben und sowohl weder auf direktem noch auf indirektem Wege Atomwaffen zu veräußern. Zudem sollen weder Atomwaffen auf deren Territorien stationiert noch anderen Ländern mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht werden.⁴⁰⁵ Nachdem am 24. Oktober 2018 von einer Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten in der UN-Generalversammlung durch die Resolution 71/258 dieser Vertrag verabschiedet wurde, hatten die USA, die Volksrepublik China, Russland sowie Frankreich und das Vereinigte Königreich in einem gemeinsamen Statement klargestellt, dass sich aus deren Sicht daraus für diese Nuklearmächte kein Völkergewohnheitsrecht ableiten ließe: „*We will not support, sign or ratify this Treaty. The TPNW will not be binding on our countries, and we do not accept any claim that it contributes to the development of customary international law; nor does it set any new standards or norms.*“⁴⁰⁶ Aus Indien gab es dazu eine ähnliche eigene Stellungnahme⁴⁰⁷ Im *Nuclear Posture Review* der USA vom Februar 2018 werden dazu auch die beiden Leiter der *Bipartisan Congressional Strategic Posture Commission* – die beiden ehemaligen Verteidigungsminister William Perry und James Schlesinger – wie folgt zitiert: diese meinten 2009, dass die Bedingungen, die für eine weltweite Abschaffung von Nuklearwaffen notwendig wären, bei weitem nicht eingetreten sind, dazu erfordere es „*eine fundamentale*

⁴⁰³ So der damalige US-Verteidigungsminister Jim Mattis im Vorwort, in: Office of the Secretary of Defense, *Nuclear Posture Review*, February 2018, S. III.

⁴⁰⁴ Office of the Secretary of Defense, *Nuclear Posture Review*, February 2018, S. 2.

⁴⁰⁵ United Nations General Assembly, *Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons*, 7 July 2017, A/CONF. 229/2017/8, Artikel 1a-g.

⁴⁰⁶ Scott D. Sagan und Allen S. Weiner, *The Rule of Law and the Role of Strategy in U.S. Nuclear Doctrine*, in: *International Security*, Vol. 45, No. 4 (Spring 2021), President and Fellows of Harvard College and the Massachusetts Institute of Technology, Cambridge (USA), S. 126-166, hier S. 138.

⁴⁰⁷ Ebenda.

Transformation der weltpolitischen Ordnung“.⁴⁰⁸ Laut US-Nuklearstrategie ist der seit 2017 zur Unterschrift aufgelegte Vertrag für das Verbot von Nuklearwaffen mit „völlig unrealistischen Erwartungen verknüpft“, was die Eliminierung von Atomwaffen betrifft. Dieser Vertrag setzt somit keine Forderung nach einer völligen Transformation des internationalen globalen Systems voraus, die ein derartiges Handeln ermöglichen könnte. Dieser Vertrag gefährde somit die Sicherheitsinteressen der USA und jene vieler verbündeter Länder, die vom nuklearen Schutzschild der USA abhängig sind. Zudem könnte dieser Vertrag die umfassende militärische Kooperation zwischen den USA und Staaten, die diesen Vertrag ratifiziert haben, gefährden.⁴⁰⁹ Der damalige Generalstabschef der *US Air Force* (*U.S. Air Force Chief of Staff*), General David Goldfein, betonte im Jahr 2017 den Zusammenhang zwischen einer zuverlässigen nuklearen Abschreckung und der traditionellen Rolle der USA, als „globale Verteidiger der Freiheit“ aufzutreten, wie folgt: „Our nuclear deterrent underwrites all courses of diplomacy and every military operation [...] there is a direct line between a safe, secure, and reliable nuclear deterrent [...] and our responsibility as global defenders of freedom.“⁴¹⁰ Dadurch soll auch gewährleistet werden, dass Nuklearwaffen nie wieder zum Einsatz kommen werden, so der damalige US-Verteidigungsminister Jim Mattis im August 2017.⁴¹¹

Formell besitzt der US-Präsident auf der Grundlage des *Atomic Energy Act* aus dem Jahre 1946 das alleinige Recht, über den Einsatz von Nuklearwaffen zu bestimmen. C. Robert Kehler, ehemaliger Befehlshaber über das *Strategic Command* und somit über das amerikanische Nukleararsenal, betonte während des ersten formellen Hearings im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Senats seit 41 Jahren am 14. November 2017, dass das Militär sich gegenüber dem US-Präsidenten weigern kann, Nuklearwaffen einzusetzen, wenn es sich dabei um einen „unverhältnismäßigen“ und „unnotwendigen Befehl“ handelt.⁴¹²

⁴⁰⁸ Office of the Secretary of Defense, Nuclear Posture Review, February 2018, S. 16.

⁴⁰⁹ Ebenda, S. 72.

⁴¹⁰ Ebenda, S. 16.

⁴¹¹ Ebenda, S. 29: “[...] so we can make certain those weapons are never used.”

⁴¹² The New York Times International Edition, The President’s Nuclear Trigger, in: The New York Times International Edition, November 17, 2017, S. 10.

Ausstieg aus Rüstungskontrollabkommen, Verlängerung des „New START“

Der Durchbruch zur echten Abrüstung, d.h. dem Abbau bedeutsamer Mengen großer Waffensysteme und militärisch relevanter Zahlen von Streitkräften erfolgte ab 1985. Im Januar 1985 einigten sich die USA und die Sowjetunion auf den Beginn der *Nuclear and Space Arms Talks* (NST) mit den drei Untergruppen START, INF und *Defense and Space*. Die Gespräche begannen am 12. März 1985 in Genf. Diese *neue Entspannung* führte 1987 zu einem Schritt echter Abrüstung, dem Washingtoner Vertrag zwischen den USA und der Sowjetunion über die vollständige Beseitigung einer durchaus modernen Waffenkategorie, der landgestützten Mittel- und Kurzstreckenraketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5500 km – dem INF-*(Intermediate-Range Nuclear Forces)*-Vertrag. Die Sowjetunion stimmte sogar Inspektionen vor Ort zu (*on-site-inspections*), die seitens Moskaus zuvor als „*legalisierte Spionage*“ abgelehnt worden waren. Diese umfassenden Inspektionen vor Ort sollten die Einhaltung des Vertrages sicherstellen. Der INF-Vertrag trat am 1. Juni 1988 in Kraft und lief am 2. August 2019 aus, als der damalige US-Präsident Donald Trump am 20. Oktober 2018 den Ausstieg aus dem Vertrag ohne Abstimmung mit den Europäern ankündigte und auch Russland den Vertrag später kündigte.⁴¹³ Der Kündigung vorausgegangen war ein Ultimatum der US-Regierung vom 4. Dezember 2018, in dem die russische Regierung aufgefordert wurde, ihre umstrittenen landmobilen Raketensysteme des Typs *9M279* (NATO-Bezeichnung *SSC-8*) innerhalb von 60 Tagen zu zerstören.⁴¹⁴ Zwar drückten in der US-Nuklearstrategie vom Februar 2018 (*Nuclear Posture Review*) die USA grundsätzlich ihre Bereitschaft aus, im INF-Regime weiterhin verbleiben zu wollen, jedoch, so die Strategie, hänge ein derartiger Schritt von der Glaubwürdigkeit des Vertragspartners Russland ab:

„Regarding the INF Treaty, the United States complies with and remains committed to preserving the Treaty. However, the value of the INF Treaty, or any arms control treaty,

⁴¹³ Dominik P. Jankowski, How to Save the Open Skies Treaty, in; Judy Dempsey’s Strategic Europe, Carnegie Europe, 09 January 2020, <https://carnegieeurope.eu/strategieurope/80738> [19.02.2020].

⁴¹⁴ Ebenda.

*depends on all parties remaining in compliance. For over four years, the United States has pressed Russia to return to compliance, and will continue to exert appropriate pressure to restore Russian compliance and preserve the INF Treaty.*⁴¹⁵

Mit der Aufkündigung des INF-Vertrages gewinnen demnach vor allem die USA ihre *rüstungspolitische Handlungsfähigkeit* gegenüber China zurück, das sich ebenso durch keinen Rüstungskontrollvertrag binden möchte. Im Juli 2014 beschuldigte bereits die US-Führung unter Barack Obama Russland, den INF-Vertrag zu verletzen, indem Russland landgestützte *Cruise Missiles (ground-launched cruise missiles – GLCM)* des Typs *SSC-8* wiederholt getestet hatte.⁴¹⁶ 2016 äußerte sich die US-Führung besorgt über verstärkte Raketenproduktion in Russland, somit würden mehr Raketen produziert als für einen Flugtest benötigt werden. Russland hatte dies stets abgestritten.⁴¹⁷

Mit der „*illegal entwickelten und getesteten*“ *SSC-8*-Rakete (die sich noch dazu als äußerst agil erweisen und sich leicht verstecken lassen) können europäische Ziele innerhalb kürzester Zeit erreicht werden.⁴¹⁸ Russlands Präsident Wladimir Putin weist die amerikanischen Vorwürfe betreffend die Verletzung des INF-Vertrages entschieden zurück, er unterstellte der US-Regierung, derartige Vorwürfe als Vorwand für die Etablierung eines modernen US-Rüstungsprogramms zu nutzen. Amerikanische Militärs, so Putin, würden sich seit geraumer Zeit darüber beklagen, dass der INF-Vertrag ausschließlich die USA und Russland bindet, jedoch China nicht involviert sei.⁴¹⁹

Das Jahr 2019 entwickelte sich jedoch als „*holpriger Ritt*“, was Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge betraf.⁴²⁰ Nach der

⁴¹⁵ Office of the Secretary of Defense, Nuclear Posture Review, February 2018, S. 73.

⁴¹⁶ Ebenda, S. 10.

⁴¹⁷ Ulrich Kühn, Anna Péczeli, Russia, NATO, and the INF Treaty, Strategic Studies Quarterly, Spring 2017, S. 66-86, hier S. 67.

⁴¹⁸ Dominik P. Jankowski, How to Save the Open Skies Treaty, in; Judy Dempsey's Strategic Europe, Carnegie Europe, 09 January 2020, <https://carnegieeurope.eu/strategieurope/80738> [19.02.2020].

⁴¹⁹ APA/DPA, NATO-Generalsekretär warnt Moskau, in: Die Presse, 5.01.2019, S. 5.

⁴²⁰ Dominik P. Jankowski, How to Save the Open Skies Treaty, in; Judy Dempsey's Strategic Europe, Carnegie Europe, 09 January 2020, <https://carnegieeurope.eu/strategieurope/80738> [19.02.2020]

Ankündigung der USA, aus dem INF auszusteigen – am 21. Mai 2020 kündigte Trump an, die USA würden sechs Monate später den *Open Skies*-Vertrag verlassen – folgte der Austritt der USA und später auch Russlands aus dem 1992 unterzeichneten und 2002 in Kraft getretenen Vertrag.⁴²¹ Darin verpflichteten sich die 34 Vertragsparteien, das Gebiet der übrigen Vertragsparteien für unbewaffnete Beobachtungsflüge ohne Beschränkungen – jedoch mit einer 72-stündigen Vorlaufzeit – zu öffnen. Die Überflüge wurden durch ein Quotensystem geregelt. Der Datenaustausch erfolgte verpflichtend mit dem Gastland, das überflogen wurde. Auf der Grundlage von *Open Skies* konnten

- Truppenbewegungen oder -konzentrationen beobachtet,
- die Lage und der Umfang von Militärstützpunkten überprüft sowie
- alle von oben einsehbaren militärischen Strukturen beobachtet werden.⁴²²

Besonders seit den zunehmenden Spannungen zwischen Georgien und der Ukraine einerseits und Russland andererseits setzten sowohl die USA als auch Russland neue Beschränkungen für den Überflug ihrer jeweiligen Territorien im Rahmen des *Open Skies Treaty*. Diese Beschränkungen betrafen vor allem ab 2014 den russischen Militärbezirk Kaliningrad sowie zuvor jene von russischen Truppen okkupierten georgischen Landesteile Abchasien und Südossetien. Beide Parteien beschuldigten sich seither, das Vertragswerk nicht einzuhalten. Die USA informierten die Vertragsparteien des *Open Skies Treaty* im Juni 2017 über die Nichteinhaltung des Vertrages

⁴²¹ Der *Open Skies Treaty* wurde am 24. März 1992 unterzeichnet – von 26 Staaten der damaligen *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)* – und trat am 1. Januar 2002 in Kraft. 34 Staaten hatten diesen Vertrag unterzeichnet und ratifiziert, Kirgisien hatte zwar den Vertrag unterzeichnet (als 35. Staat), jedoch nicht ratifiziert. Aus: Anna Péczeli, Five reasons why the US should not withdraw from the Open Skies Treaty, *Bulletin of the Atomic Scientists*, Dec. 11, 2019, <https://thebulletin.org/2019/12/five-reasons-why-the-us-should-not-withdraw-from-the-open-skies-treaty> [19.02.2020]

⁴²² Niklas Schörnig, Dunkle Wolken am offenen Himmel. Verlassen die USA den Open Skies Vertrag? PRIF Spotlight, Peace Research Institute Frankfurt / Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Nr. 11/2019, S. 1.

durch Russland. Die USA hatten dieses Abkommen mehr genutzt als Russland.⁴²³ Insgesamt führten US-Militärflugzeuge dreimal mehr Beobachtungsflüge über russischem Luftraum durch als russische Beobachtungsflüge über amerikanischem Luftraum.⁴²⁴ Zwischen 2002 und 2016 wurden innerhalb des *Open-Skies*-Vertragsrahmens 1500 Beobachtungsflüge durchgeführt, davon 500 über Russland und Weißrussland / Belarus unter Beteiligung von 200 US-Missionen. Russland hatte in diesem Zeitraum an die 70 Flüge durchgeführt – die Masse der Beobachtungsflüge fand dabei über Europa statt.⁴²⁵ Im Gegensatz zum damaligen US-Präsidenten Donald Trump wollte der damalige US-Verteidigungsminister Jim Mattis weiterhin Vertragspartei des Abkommens bleiben. Im Mai 2018 betonte Mattis gegenüber dem US-Kongress, dass es „im besten Interesse“ der USA sei, im *Open Skies*-Vertrag zu bleiben, da sich dadurch mehr „Transparenz und Stabilität“ eröffne und dieser einen „wertvollen Engagementsmechanismus gemeinsam mit anderen Nationen“ darstelle.⁴²⁶ Der damalige US-Sicherheitsberater von Präsident Trump, John Bolton, hatte Trump schließlich gedrängt, dieses Abkommen zu verlassen.⁴²⁷ Die USA verließen schließlich dieses Abkommen, es war somit bis 22. November 2020 rechtswirksam. Laut dem damaligen US-Verteidigungsminister Mark Esper (Nachfolger von Jim Mattis)

„können die USA nicht länger hinnehmen, dass Russland den Vertrag nicht angemessen implementiert. Es habe unzuverlässigerweise die Flugstrecken über die Exklave Kaliningrad eingeschränkt und einen zehn Kilometer breiten Streifen an den umstrittenen Grenzen Georgiens festgelegt, der nicht überflogen werden darf.“⁴²⁸

⁴²³ Anna Péczeli, Five reasons why the US should not withdraw from the Open Skies Treaty, Bulletin of the Atomic Scientists, Dec. 11, 2019, <https://thebulletin.org/2019/12/five-reasons-why-the-us-should-not-withdraw-from-the-open-skies-treaty> [19.02.2020]

⁴²⁴ Bonnie Kristian, The Open Skies Treaty is a Win for US Security, in: Defense News, November 11, 2019, S. 29.

⁴²⁵ Wolfgang Richter, Angriff auf den Open-Skies-Vertrag, SWP Aktuell Nr. 38, Mai 2020, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin 2020, S. 1.

⁴²⁶ Bonnie Kristian, The Open Skies Treaty is a Win for US Security, in: Defense News, November 11, 2019, S. 29.

⁴²⁷ Ebenda.

⁴²⁸ Wolfgang Richter, Angriff auf den Open-Skies-Vertrag, SWP Aktuell Nr. 38, Mai 2020, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin 2020, S. 1.

Die beiden abtrünnigen georgischen Landesteile Abchasien und Südossetien wurden 2008 völkerrechtswidrig von russischen Truppen besetzt. So sieht Tiflis somit auch durch diese russischen Maßnahmen zur Einschränkung des georgischen Luftraumes einen „substantiellen Vertragsbruch“.⁴²⁹ Deshalb hatte bereits Georgien den *Open Skies Treaty* gegenüber Russland einseitig suspendiert. Seit 2017 haben die USA *Open-Skies*-Flüge über Alaska und den pazifischen Inseln eingeschränkt. Im November 2019 hatte ein höherer Beamter der Trump-Administration erklärt, Russland nütze den Vertrag für Spionage, da Russland Flüge über Washington durchgeführt hatte und „unerlaubt kritische militärische und politische Infrastruktur beobachtet hatte.“⁴³⁰

Ursprünglich waren die USA die ersten, die unter Präsident Dwight Eisenhower im Jahr 1955 ein derartiges Abkommen gegenüber der damaligen Sowjetunion vorgeschlagen hatten, mit der Möglichkeit, Aufklärungsflüge über den jeweiligen Territorien zuzulassen. Damals lehnte Moskau unter Staatschef Nikita Chruschtschow ein derartiges Abkommen ab mit der Begründung, dass ein solcher Vertrag für „extensive Spionage“ genutzt werden könnte. US-Präsident George H. W. Bush hatte jedoch dieses Konzept von Präsident Eisenhower im Jahr 1989 wiederaufleben lassen, 1992 kam es dann zur Einigung mit der damals neu entstandenen Russischen Föderation. 2002 konnte der *Open Skies Treaty* dann in Kraft treten, als Russland und Weißrussland / Belarus ihre jeweiligen Ratifizierungsprozesse abgeschlossen hatten.⁴³¹ Als Russland Überflüge im Rahmen des *Open Skies Treaty* während der militärischen Großübung Zentr-2019 im September 2019 verweigert hatte, verschlechterte sich die Stimmung in den USA, diesen Vertrag aufrechtzuerhalten.⁴³² Der ehemalige Leiter der CIA, Michael Hayden, betrachtet den US-Rückzug aus dem *Open Skies*-Abkommen als „verrückt“, US-Senator Jeanne Shaheen meinte dazu: die USA dürfen künftig keine Überwachungsflüge im russischen Luftraum mehr durchführen, Russland kann jedoch weiterhin amerikanische

⁴²⁹ Ebenda.

⁴³⁰ Ebenda.

⁴³¹ Dominik P. Jankowski, How to Save the Open Skies Treaty, in: Judy Dempsey's Strategic Europe, Carnegie Europe, 09 January 2020, <https://carnegieeurope.eu/strategieurope/80738> [19.02.2020]

⁴³² Ebenda.

Stützpunkte in Europa überfliegen: „Das ist also eine gefährliche und irgeleitete Entscheidung.“⁴³³ US-Regierungsvertreter argumentieren, dass die notwendige Luftaufklärung auch ohne *Open Skies* von Satelliten und anderen technischen Behelfsmitteln (mit hochauflösenden Bildern)⁴³⁴ aus erfolgen könne.⁴³⁵ Wie bei der Annexion der Krim 2014 und beim INF-Vertrag habe sich Russland, so die US-Regierung, auch bei *Open Skies* nicht an bi- und multilaterale Vereinbarungen gehalten. Russlands Vizeaußenminister Alexander Grushko meinte dazu, es gebe „nur ein paar technische Fragen“, die die USA „nun als angebliche russische Vertragsverletzungen darstellen würden“. US-Präsident Trump schloss damals Verhandlungen mit Russland über eine Vertragsverlängerung nicht aus, sofern sich Russland wieder voll an Vertragsbestimmungen halten sollte.⁴³⁶

Der 2010 zwischen den USA und Russland (genauer, durch die Präsidenten Barack Obama und Dmitrij Medwedew) ausverhandelte *Neue START* (*New START*) wurde seitens des US-Senats am 23. Dezember 2010 unterzeichnet. Der *Neue START* sah im Vergleich zum SORT eine kleinere Reduzierung der Atomsprengköpfe bis zum Jahr 2017 auf jeweils 1.550 vor, die Trägersysteme sollten für jedes Land auf 800 verringert werden. Der *Neue START* galt ursprünglich bis 5. Februar 2021,⁴³⁷ wurde jedoch auf der Grundlage einer Einigung von US-Präsident Joseph Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 26. Januar 2021 (der Austausch der jeweiligen diplomatischen Noten erfolgte am 3. Februar 2021)⁴³⁸ – auf Basis des Artikels XIV des Vertrages über die einmalige Verlängerung von

⁴³³ Burkhard Bischof, Abrüstung und Rüstungskontrolle vor dem Ende?, in: Die Presse, 23.05.2020, S. 6.

⁴³⁴ Niklas Schörnig, Dunkle Wolken am offenen Himmel. Verlassen die USA den Open Skies Vertrag? PRIF Spotlight, Peace Research Institute Frankfurt / Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Nr. 11/2019, S. 1.

⁴³⁵ Burkhard Bischof, Abrüstung und Rüstungskontrolle vor dem Ende?, in: Die Presse, 23.05.2020, S. 6.

⁴³⁶ Ebenda.

⁴³⁷ Aus: Daniel Dornbay, Obstacles strew path to deeper nuclear cuts, in: Financial Times, 24.12.2010, S. 3.

⁴³⁸ Russland benennt den New START „START-3“.

nicht mehr als fünf Jahren – bis zum Jahr 2026 „ohne irgendwelche Zusätze“ verlängert.⁴³⁹

Der damalige US-Präsident Trump bezeichnete ursprünglich den mit Russland ausverhandelten *Neuen START*-Vertrag als „*einseitig*“ und „*als weiteren schlechten Vertrag, den unser Land gemacht hat.*“ Sicherheitsberater John Bolton meinte damals ebenso, es sei unwahrscheinlich, aus Sicht der Regierung Trump den *Neuen START*-Vertrag um weitere fünf Jahre zu verlängern.⁴⁴⁰ Eine Gefahr für Europa sah Bolton damals nicht, eher eine Gefahr, der Europa nicht durch den Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag ausgesetzt sei, sondern durch die Vertragsverletzungen seitens der Russischen Föderation.⁴⁴¹

⁴³⁹ Robert Himsl, Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA unter Präsident Donald J. Trump und ihre Auswirkungen auf die Europäische Union: Betrachtungen der Beziehungen der USA zu internationalen Organisationen und des Austritts der USA aus internationalen Verträgen, Master Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang „International Relations“, Department für Rechtswissenschaften und internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems 2021, S. 70.

⁴⁴⁰ John Bolton, *The Room Where It Happened. A White House Memoir*, Simon & Schuster, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi, S. 161.

⁴⁴¹ Ebenda, S. 163.

Die USA und das Iran-Atomabkommen

Der Iran, so Mohammed Javad Zarif, Irans damaliger Außenminister, habe kein Interesse, Nuklearwaffen zu besitzen, nukleare Abschreckung zu betreiben und ist überzeugt, dass derartige Waffen seine Sicherheit nicht erhöhen.⁴⁴² Warum der Iran dann Uran in großem Maßstab auf einen Uran-235-Isotopengehalt von 20 Prozent angereichert hat, obwohl für Atomkraftwerke 3,5 Prozent reichen, wurde von iranischer Seite damals nicht weiter ausgeführt.⁴⁴³ Für die US-Präsident Barack Obama war es äußerst relevant, mit der iranischen Staatsführung ein multilaterales Atomabkommen abzuschließen. Geheime Gespräche in Hinblick auf ein Atomabkommen mit dem Iran wurden seitens der USA vorerst im Oman abgehalten.⁴⁴⁴ Im Jahr 2015 kam schließlich dieses Wiener Abkommen nach langen und zähen Verhandlungen zustande. In Washington verhinderte am 11. September 2015 die qualifizierte Sperrminderheit von 42 Demokraten gegen alle 54 Republikaner sowie vier Demokraten, dass der amerikanische Kongress dieses Wiener Abkommen über die Eindämmung des iranischen Nuklearprogramms aufhält. Somit hatten die Demokraten ihren Präsidenten vor der unangenehmen Lage bewahrt, ein Gesetz, das die Teilnahme der USA an dem internationalen Atomabkommen verhindert hätte, „per Federstrich abwehren zu müssen“.⁴⁴⁵ Die Übereinkunft zwischen dem Iran sowie den USA, dem Vereinigten Königreich, der Volksrepublik China, Deutschland, Frankreich und Russland trat am 19. Oktober 2015 in Kraft, 90 Tage nach der Zustimmung durch den UN-Sicherheitsrat.⁴⁴⁶

Der Iran musste folglich nachweisbare Schritte unternehmen, um seine Vorräte an angereichertem Uran um 98 Prozent von rund 12 Tonnen auf 300 Kilogramm zu verringern. Das Uran musste nach Russland exportiert werden. Der Iran darf demnach außerdem nur 5.060 seiner 13.000 Zentrifugen behalten, mit denen Uran angereichert wird. Die unterirdische

⁴⁴² Mohammed Javad Zarif, What Iran Really Wants, in: Foreign Affairs, May/June 2014, S. 49-59, S. 58.

⁴⁴³ Christian Ultsch, „Das wunderschöne Österreich ist das iranische Tor zur EU“, in: Die Presse, 13.07.2011, S. 5.

⁴⁴⁴ Mohammed Ayatollahi Tabaar, Iran's War Within. Ebrahim Raisi and the Triumph of the Hard-Liners, in: Foreign Affairs, September/October 2021, S. 155-168, S. 160.

⁴⁴⁵ Oliver Grimm, Eigentorlawine der Republikaner, in: Die Presse, 12.09.2015, S. 6.

⁴⁴⁶ Ebenda.

Anlage Fordo, wo dieser Vorgang abgewickelt wird, musste demzufolge zu einer Forschungseinrichtung abgerüstet werden. Der Iran musste auch den Schwerwasserreaktor in Arak stilllegen – zur Verhinderung der Herstellung von atomwaffenfähigem Plutonium. Im Gegenzug war geplant, dass die USA und die EU am 19. Oktober 2015 ihre an das iranische Atomwaffenprogramm geknüpften Sanktionen aufheben. Der vom Atomabkommen unabhängige *Iran Sanctions Act* aus 1996, eine Reaktion auf iranische Terrorakte weltweit, bleibt hingegen seitens der USA weiterhin in Kraft. Somit bleibt es laut diesem Gesetz US-Firmen verboten, mehr als 20 Millionen US-Dollar in iranische Energieprojekte zu investieren.⁴⁴⁷

Der damalige US-Außenminister John Kerry erklärte, dass „*wir einen entscheidenden und ehrgeizigen Meilenstein erreicht haben.*“⁴⁴⁸ Der Meilenstein war die förmliche Erklärung des damaligen Generaldirektors der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA), Yukiya Amano, dass der Iran alle vorbereitenden Schritte zur Umsetzung des Nuklearabkommens vollständig umgesetzt habe. So konnte das Wiener Abkommen – der *Gemeinsame Umfassende Aktionsplan*, wie geplant in Kraft treten. Zuvor hatten sich die Inspektoren der IAEA davon überzeugt, dass die in diesem detaillierten Abkommen vorgeschriebenen Vereinbarungen tatsächlich erfüllt sind. Die Erklärung wurde dann an den UN-Sicherheitsrat übergeben, womit folglich für kurze Zeit die meisten zum damaligen Zeitpunkt beschlossenen Sanktionen gegen den Iran aufgehoben wurden.⁴⁴⁹ Die USA und die EU gaben am 16. Januar 2016 bekannt, dass sie einen Großteil der Sanktionen aufheben werden. Der Iran konnte daraufhin wieder Öl exportieren und das internationale Bankensystem nutzen. In den USA und der EU blieben Strafen wegen Menschenrechtsverletzungen und der Unterstützung von Terrororganisationen weiterhin in Kraft. Die USA verhängten am 17. Januar 2016 wegen umstrittener Tests ballistischer Raketen jedoch neue Sanktionen gegen elf Personen und Firmen im Iran.⁴⁵⁰ Iranische Raketentests lösen stets Spannungen zwischen den USA und Iran

⁴⁴⁷ Ebenda.

⁴⁴⁸ Stephan Löwenstein, Iran darf wieder mitspielen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2016, S. 2.

⁴⁴⁹ Ebenda.

⁴⁵⁰ Paul-Anton Krüger, Iran zurück in der Weltwirtschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 18.01.2016, S. 1.

aus. Der damalige iranische Verteidigungsminister Hussein Dehghan bekräftigte am 1. Januar 2016, das Raketenprogramm stehe weiterhin nicht zur Debatte. Es sei Teil der Verteidigung der inneren Sicherheit, besonders mit Blick auf die regionale Gefahr seitens des *Islamischen Staates* und stelle somit keine Gefahr für andere Länder dar.⁴⁵¹ Dieses Programm sei zudem nie Thema bei den Atomverhandlungen gewesen: „*Falls diese feindselige und intervenierende Politik der USA wiederholt werden sollte, sind die Streitkräfte verpflichtet, das Raketenprogramm auszuweiten und zu beschleunigen*“, erörterte damals Irans Präsident Hassan Rohani.⁴⁵² Das im Juli 2015 vereinbarte Atomabkommen sieht vor, dass die UNO das verhängte Verbot der Entwicklung ballistischer Raketen erst acht Jahre später aufhebt.

Der damalige US-Präsident Obama wurde von republikanischen Präsidentschaftsanwärtern kritisiert, dass er im Tausch gegen insgesamt vier ohne Rechtsgrundlage inhaftierte Männer sieben in Amerika rechtskräftig Verurteilte oder angeklagte Iraner begnadigt hatte. Von einer „*Schande*“ sprach Donald Trump, Ted Cruz sah in dem Austausch eine „*Einladung*“ an Feinde der USA, Amerikaner festzunehmen. Mehrere Republikaner stellten Vergleiche zu jenem Übereinkommen mit den *Taliban* an, auf dessen Grundlage 2014 der US-Soldat Bowe Bergdahl freigelassen wurde, nachdem Präsident Obama fünf mutmaßliche Terroristen aus dem Gefängnis in Guantánamo⁴⁵³ an Katar überstellt hatte. Obama hob hervor, dass keiner der begnadigten Iraner wegen Terrorismus oder Gewaltdelikten eingewiesen habe. Alle hatten Sanktionen verletzt, die Mitte Januar 2016

⁴⁵¹ Salzburger Nachrichten, USA drohen dem Iran mit neuen Sanktionen, in: Salzburger Nachrichten, 2.01.2016, S. 4.

⁴⁵² Ebenda.

⁴⁵³ Guantánamo steht als Synonym für den rechtlosen Umgang der USA mit Kriegsgefangenen. Nach dem 9/11 mit fast 3000 Toten wurden dort sogenannte Militärkommissionen (Militärgerichte) eingerichtet, nach den ersten Gefangenen im Januar 2002 wuchs die Zahl der Insassen auf bis zu 780 an. Gefangene wurden häufig jahrelang ohne Anklage gefangengehalten, Schlafentzug, laute Musik und Waterboarding (darin wird das Ertrinken des Gefangenen simuliert) wurden als Verhörmethoden angewendet. Trotz Versuchen von Präsident Obama, die Haftanstalt zu schließen, blieb sie dennoch weiterhin in Betrieb. Die USA wollen so gefährliche Täter von ihrem Land fernhalten. Am 11. September 2021 befanden sich noch 39 Insassen in der Haftanstalt, 12 davon galten als gefährliche Mitglieder der *Al Qaeda*. Aus: Salzburger Nachrichten, Noch 39 Insassen in Guantánamo, in: Salzburger Nachrichten, 11.09.2021, S. 4.

aufgehoben wurden.⁴⁵⁴ Parallel zu den Atomverhandlungen hatte es damals seit mehr als einem Jahr heimliche Gespräche mit den Iran über die Gefangenen bzw. über deren Austausch gegeben.⁴⁵⁵ Ebenso am Wochenende 16./17. Januar 2016 hatten die USA und der Iran einen Rechtsstreit beigelegt, der seit 1981 anhängig war. Vor der Khomeini-Revolution hatte der Iran den USA 400 Millionen US-Dollar für Militärgerät überwiesen, das die USA dem Mullah-Regime jedoch nie lieferten. Die USA zahlten den Betrag sowie 1,3 Milliarden US-Dollar Zinsen zurück.⁴⁵⁶

Betreffend Atomabkommen mit dem Iran sprach US-Präsident Obama von einer „*historischen Übereinkunft*“, die nach 20 Monaten intensiver Verhandlungen und einem achttägigen Schlussspurt in Lausanne erreicht wurden. Außenminister John Kerry pries Mitte Januar 2016 in Wien die „*Macht der Diplomatie*“, der demokratische Senator Dick Durbin sagte, Obama habe „*die Welt sicherer gemacht*.“⁴⁵⁷ Die Republikaner sehen das Atomabkommen mit dem Iran nach wie vor „*als Kapitulation Obamas vor den Mullabs*.“⁴⁵⁸ Israels damaliger Premierminister Netanjahu kritisierte, Iran stünden nun „*mehr Ressourcen für den Terrorismus und seine Aggression in der Region zur Verfügung*“, eine Sorge, die auch die sunnitischen Golfstaaten unter Führung Saudi-Arabiens teilen.⁴⁵⁹ Israels damaliger Verteidigungsminister Moshe Ya'alon unterstrich:

„To clarify, the nuclear agreement signed with Iran will not reduce the threat of this regime on the entire free world. On the contrary. The merciless Iranian regime, which typifies Israel as the ‘Little Satan’ and threatens to obliterate it from the map, holds equal discontent toward the United States, termed the

⁴⁵⁴ Neue Sanktionen gegen Teheran. Amerika nimmt Irans Raketenprogramm in den Blick, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.2016, S. 5.

⁴⁵⁵ Ebenda.

⁴⁵⁶ Ebenda.

⁴⁵⁷ Nicolas Richter, „Geldspritze für den Terror“, in: Süddeutsche Zeitung, 18.01.2016, S. 7.

⁴⁵⁸ Ebenda.

⁴⁵⁹ Paul-Anton Krüger, Iran zurück in der Weltwirtschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 18.01.2016, S. 1.

'Great Satan' " und meinte: „Iran is the chief instigator of terror and instability in the Middle East, ...“⁴⁶⁰

Saudi-Arabiens Prinz Turki al-Faisal hatte Präsident Obama beschuldigt, zum Iran „zu schwenken“, durch den Abschluss des Wiener Abkommens wurden die Beziehungen zu Riad getrübt.⁴⁶¹ US-Präsident Donald Trump machte stets den Iran als eine der Hauptursachen für Terror und Chaos in der Region aus. Dieses Faktum hatte damals Saudi-Arabien zu dem Versuch ermutigt, Katar betreffend Iran-Verbindungen mit Sanktionen zu drohen. Doha betreibt eine unabhängige Außenpolitik, die mit Schwerpunkt Gegner Saudi-Arabiens unterstützt: die *Moslembruderschaft*, deren Idee eines „basisdemokratischen politischen Islams“ das saudische Königshaus und befreundete Regime bedroht. Und den Iran, den Saudi-Arabien als Erzrivale betrachtet.⁴⁶² So brachen am 5. Juni 2017 Saudi-Arabien und andere arabische Länder deshalb alle diplomatischen Beziehungen zu Katar ab und schlossen die Grenzen. Sie forderten von Doha, alle Beziehungen zu Teheran zu kappen. Trump stellte sich in einem *Tweet* Anfang Juni 2017 hinter Riad mit dem Hinweis, Katar finanziere „radikale Ideologien“. Auch hier steuerte US-Außenminister Rex Tillerson dagegen und versuchte, im Katar-Konflikt zu vermitteln.⁴⁶³ Doha ließ damals das Ultimatum aus Riad unbeantwortet verstreichen. Es intensivierte zudem die militärische Zusammenarbeit mit der Türkei, die unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan ebenso *Moslembrüder* unterstützt, aus Sicht Riads ein sunnitische Rivale um Riads regionalen Führungsanspruch. Am 24. August 2017 nahm schließlich Katar volle diplomatische Beziehungen zum Iran auf: „Trumps Schuss gegen den Iran ging wie in Syrien auch im Fall Katar nach hinten los.“⁴⁶⁴

Das Atomabkommen mit dem Iran trat am 16. Januar 2016 in Kraft: „Mehr als ein Jahr nach Inkrafttreten hat der ‚Aktionsplan‘ (Joint Comprehensive Plan of

⁴⁶⁰ Moshe Ya'alon, Don't Be Fooled by Iran's 'Charm Offensive', in: Defense News, 14.12.2015, S. 16.

⁴⁶¹ F. Gregory Gause III, The Future of U.S.-Saudi Relations. The Kingdom and the Power, in: Foreign Affairs, July / August 2016, S. 114-125, hier S. 114.

⁴⁶² Gil Yaron, Trump verwirrt Freund und Feind, in: Salzburger Nachrichten, 26.08.2017, S. 6.

⁴⁶³ Ebenda.

⁴⁶⁴ Ebenda.

*Action / JCPOA) effektiv und nachweislich alle potenziellen Wege zu einer iranischen Atombombe blockiert.*⁴⁶⁵ So leitete der JCPOA „die Rückkehr des Iran auf die Weltbühne ein, wenngleich der erhoffte Wirtschaftsaufschwung nach Aufheben der Sanktionen schleppender verläuft als vielfach erwartet.“⁴⁶⁶ Unter Präsident Donald Trump zogen sich die USA aus dem JCPOA zurück. Trump meinte zunächst: das JCPOA sei „*the worst deal ever negotiated.*“⁴⁶⁷ Trump deutete auch an, das Abkommen neu verhandeln zu wollen, so würden die USA jedoch eine schwächere Position in der Region Naher und Mittlerer Osten einnehmen, indem es Koalitionspartner verlieren würde. Zudem würde der Iran mit einer „*Wiederbelebung seines Atomprogrammes antworten. Das iranische Parlament hat die Regierung beauftragt, die Urananreicherung sofort wieder hoch- und die Kooperation mit den Vereinten Nationen runterzufahren, sollte Washington seinen Teil der Vereinbarung nicht einhalten.*“⁴⁶⁸ Überwacht wird das Abkommen von einer *Gemeinsamen Kommission (Joint Kommission)*, diese Kommission besteht aus sieben Verhandlungspartnern und wird zudem von der EU koordiniert. Die *E3+3* (drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich sowie die USA, Russland und China) und der Iran selbst können Treffen der *Gemeinsamen Kommission* anberaumen. Im Abkommen selbst sind manche Bereiche „*nicht präzise genug*“ ausgeführt, z. B. bei der Definition, „*auf welche Formen schwach angereicherten Urans die 300-Kilogramm-Grenze angewandt werden soll und auf welche nicht.*“⁴⁶⁹

Am 12. Mai 2018 verkündete US-Präsident Donald Trump schließlich den Rückzug der USA aus dem Atomabkommen und diejenigen Sanktionen wieder zu verhängen, die durch dieses Wiener Abkommen ausgesetzt wurden.⁴⁷⁰ Trump setzte auf Neuverhandlung mit dem Iran über eine neues

⁴⁶⁵ Ali Vaez, Die Kunst des iranischen Atomdeals. Wie die EU, Russland und China das Abkommen schützen könnten, in: IP (Internationale Politik), Januar / Februar 2017, S. 23-25, hier S. 23.

⁴⁶⁶ Ebenda.

⁴⁶⁷ Ulrich von Schwerin, Amerika braucht eine neue Iran-Strategie, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 13.

⁴⁶⁸ Ali Vaez, Die Kunst des iranischen Atomdeals. Wie die EU, Russland und China das Abkommen schützen könnten, in: IP (Internationale Politik), Januar / Februar 2017, S. 23-25, hier S. 24.

⁴⁶⁹ Ebenda, hier, S. 25.

⁴⁷⁰ Mohammed Ayatollahi Tabaar, Iran's War Within. Ebrahim Raisi and the Triumph of the Hard-Liners, in: Foreign Affairs, September/October 2021, S. 155-168, S. 163.

Atomabkommen, verbunden mit der Politik des „*maximalen Drucks*“ („*maximum pressure*“) mit dem Ziel, durch gezielte Sanktionen die Ölexporte des Iran auf Null zu reduzieren und somit die Wirtschaft der Islamischen Republik massiv zu schädigen.⁴⁷¹ Gemäß Trumps Außenminister Michael Pompeo und vor allem gemäß dem Sicherheitsberater John Bolton schienen die USA diese Frage sogar mit einem Regimewechsel im Iran verknüpft zu haben.⁴⁷² Der Begriff „*Regimewechsel*“ an sich stellt jedoch in Washington ein „*toxisches Wort*“ dar und verknüpft Vorstellungen an den Irakkrieg, insofern die USA dort „*in jenen Sumpf geraten war, den sie selbst verursacht hatte.*“⁴⁷³ Der damalige US-Außenminister Michael Pompeo sah das Wiener Abkommen als ein Abkommen an, das eine Art „*Straffreiheit*“ für die iranische politische Führung darstellte und es gestattete, den geopolitischen Einfluss des Iran im Nahen und Mittleren Osten wesentlich zu erweitern. Dadurch wurde es dem Iran auch ermöglicht, den „*Terrorismus*“ in der Region noch stärker zu unterstützen.⁴⁷⁴

Pompeo machte die „*Leading-from-behind*“-Strategie von US-Präsident Obama dafür verantwortlich, dass sie sowohl Nordkorea als auch den Iran begünstigt hätte, im Fall Nordkorea die Nuklearambitionen des Landes zu beschleunigen und im Fall Iran bewirkt zu haben, dass die iranische Führung das Nuklearprogramm nicht aufgabe, sondern, dass das Programm nur verzögert werde.⁴⁷⁵ Aus Sicht des damaligen Sicherheitsberaters John Bolton wurde dieses Wiener Abkommen ebenso äußerst schlecht verhandelt und erhöhte sogar die Bedrohung des Iran gegenüber den USA, indem es von den tatsächlichen Gefahren abgelenkt hatte, die vom Iran ausgehen. Dieses Abkommen wendete sich demnach nicht gegen die tatsächlichen Bedrohungen, die vom Iran ausgehen, wie das ballistische Raketenprogramm – als Trägersysteme für Nuklearwaffen; weiters finanzieren iranische Banken den „*internationalen Terrorismus*“, der

⁴⁷¹ Ebenda.

⁴⁷² Wendy R. Sherman, How We Got the Iran Deal, And Why We'll Miss It, in: Foreign Affairs, September/October 2018, S. 186-197, hier S. 197.

⁴⁷³ Eric Edelman / Ray Takeyh, The Next Iranian Revolution. Why Washington Should Seek Regime Change in Tehran, in: Foreign Affairs, May / June 2020, S. 131-145, hier S. 133.

⁴⁷⁴ Michael R. Pompeo, Confronting Iran. The Trump Administration's Strategy, in: Foreign Affairs, November / December 2018, S. 60-70, hier S. 60.

⁴⁷⁵ Ebenda, S. 51.

Iran fördert weiter das Auslandsengagement seiner *Quds*-Truppen, den externen militärischen Arm der Revolutionsgarden in den Staaten Irak, Syrien, Libanon, und Jemen.⁴⁷⁶ Folglich verkündete US-Präsident Trump den Austritt der USA aus diesem Abkommen, da es, so Pompeo, die „*Sicherheitsinteressen der USA nicht schützt*“ und keine für die USA akzeptable Verhaltensänderung der iranischen Führung bewirkt hatte. Wirtschaftlicher Druck und Abschreckung bilden somit nach wie vor jene Mittel, die die USA anwenden, um die iranische Führung zum Einlenken bzw. zum vom Trump favorisierten Neuverhandeln eines für alle Seiten akzeptablen Atomdeals zu bewegen.⁴⁷⁷

Im September 2018 führten pro-iranische Milizen Raketenangriffe gegen die US-Botschaft in Bagdad durch sowie gegen das US-Konsulat in Basra. US-Außenminister Pompeo betonte deshalb: „*We do not seek war. But we must make painfully clear that escalation is a losing proposition for Iran.*“⁴⁷⁸ Umgekehrt hat der iranische Gehemdienstminister Mahmud Alavi die Entwicklung von Atomwaffen nicht ausgeschlossen: „*Der oberste Führer hat erklärt, dass die Entwicklung von Atomwaffen gegen das islamische Gesetz verstößt. Doch wenn du eine Katze in die Enge treibst, wird sie möglicherweise Dinge tun, die eine freie Katze nicht tun würde*“, so Alavi am 8. Februar 2021 im iranischen Staatsfernsehen: „*Wenn Iran in diese Richtung gedrängt wird, ist das nicht Irans Schuld.*“⁴⁷⁹ In Absatz 3 des Atomabkommens aus 2015 hatte sich der Iran schriftlich dazu verpflichtet, „*niemals Atomwaffen anzustreben, zu entwickeln oder zu erwerben.*“⁴⁸⁰ Falls sich die Umstände ändern, könnte ein Gelehrter auch zu anderen Schlüssen kommen oder auch später eine neue *Fatwa* erlassen. So hatte Ayatollah Khomeini im Laufe seines Lebens mehrfach seine Meinung zu wichtigen Fragen geändert.⁴⁸¹ Als Antwort auf die Ermordung des Atomphysikers Mohsen Fakhrizade hatte das iranische Parlament im November 2020 beschlossen, die Urananreicherung auf 20 Prozent zu

⁴⁷⁶ John Bolton, *The Room Where It Happened. A White House Memoir*, Simon & Schuster, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi 2020, S. 19.

⁴⁷⁷ Michael R. Pompeo, *Confronting Iran. The Trump Administration's Strategy*, in: *Foreign Affairs*, November / December 2018, S. 60-70, hier S. 64.

⁴⁷⁸ Ebenda, S. 66.

⁴⁷⁹ Ulrich von Schwerin, *Die Fatwa, die Katze und das Atomabkommen*, in: *Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe*, 12.02.2021, S. 4.

⁴⁸⁰ Ebenda.

⁴⁸¹ Ebenda.

erhöhen.⁴⁸² Zuvor, am 3. Januar 2020, wurde der Oberkommandierende der *Quds*-Einheit der Iranischen Revolutionsgarden (*Pasdaran*), Qassim Suleimani, von einer amerikanischen Drohne getötet. Suleimani hatte es verstanden, „aus irregulären Banden ausländischer Kämpfer loyale Gefolgsleute zu machen.“⁴⁸³

Am 16. November 2020 hatte US-Präsident Trump sich bei seinen wichtigsten Beratern nach der Möglichkeit für einen militärischen Angriff auf iranische Atomanlagen erkundigt. Laut New York Times rieten seine Berater, darunter auch der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs, Mark Milley, Trump davon ab und warnten vor einer Eskalation des Konflikts eine Woche vor der Präsidentschaftswahl.⁴⁸⁴

Der Iran bleibt für die USA die größte Herausforderung für die Stabilität im Mittleren Osten.⁴⁸⁵ Die Iran-Politik von US-Präsident Trump lässt sich auf eine Strategie des „maximalen Drucks“ beschreiben, mit dem Ziel, nach dem Ausstieg der USA aus dem Wiener Abkommen mithilfe umfangreicher Sanktionen die iranische Führung zu Verhandlungen über ein verbessertes Abkommen zu bringen. Mit einem derartigen neuen Atomabkommen sollten einige der „eklatanten Mängel des Atomdeals von 2015“ beseitigt werden: „Tatsächlich erreicht wurde nur eine massive wirtschaftliche Schwächung des Iran, die das Land an den Rand des Zusammenbruchs gebracht

⁴⁸² Ebenda.

⁴⁸³ Tom Stevenson, Proxy Wars. Das Zeitalter der Stellvertreterkriege, in: *Le Monde diplomatique* (Deutsche Ausgabe), Januar 2021, S. 1, 6 und 7, hier S. 1; und: Majid Takht-Ravanchi, How Biden can restart the Iran deal, in: *The New York Times International Edition*, January 28, 2021, S. 1 und 9, hier S. 1.

⁴⁸⁴ Robert Himsl, Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA unter Präsident Donald J. Trump und ihre Auswirkungen auf die Europäische Union: Betrachtungen der Beziehungen der USA zu internationalen Organisationen und des Austritts der USA aus internationalen Verträgen, Master Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang „International Relations“, Department für Rechtswissenschaften und internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems 2021, S. 58.

⁴⁸⁵ „Iran continues to sow violence and remains the most significant challenge to Middle east stability.“ In: Department of Defense, Summary of the 2018 National Defense Strategy of the United States of America. Sharpening the American Military’s Competitive Edge, Washington 2018, S. 1.

bat.“⁴⁸⁶ Diese Politik des „*maximalen Drucks*“ hat insgesamt zu einer Verhärtung der Beziehungen zum Iran geführt. Aus iranischer Sicht wurde dieser „*maximale Druck*“ erwidert, indem die iranische Führung den USA eine „*vernichtende Antwort*“ in Aussicht gestellt hatte, falls die USA – wie von Trump angedacht – militärische Schläge gegen Nukleareinrichtungen unternehmen sollten: „*We have said it before, and repeat it now, that any action against Iranian people will, face a crushing response*“, stellte der iranische Regierungssprecher, Ali Rabiei, am 17. November 2020 klar⁴⁸⁷

Ihre von der Trump-Administration gesteckten Ziele hatte die US-Sanktionspolitik gegenüber dem Iran somit völlig verfehlt:

- keine der von Michael Pompeo, dem damaligen US-Außenminister, formulierten ursprünglichen zwölf Forderungen wurden erfüllt;
- die iranische Führung hat ihre Waffenlieferungen an die libanesische *Hezbollah* und die Huthi-Rebellen im Jemen fortgesetzt;
- die iranische Unterstützung für den syrischen Präsidenten Bashar al-Asad sowie für die schiitischen Milizen im Irak dauert nach wie vor an;
- statt sich den Sanktionen zu beugen, hat der Iran selbst den Druck auf die USA erhöht und in der Folge amerikanische Einrichtungen, Handelsschiffe und Erdölanlagen angegriffen. Wiederholt befanden sich die USA und der Iran am Rande eines Krieges.⁴⁸⁸
- Nach einem Angriff pro-iranischer Milizen auf die US-Botschaft in Bagdad hatten damals die Spannungen im Januar 2020 ihren Höhepunkt erreicht, als Trump mit Quassem Suleimani den

⁴⁸⁶ Florian Markl, Die Abraham-Abkommen. Ein Vermächtnis Donald Trumps, in: DAVID Nr. 129, Sommer 2021, S. 66-67, hier S. 66.

⁴⁸⁷ FT Reporters, Iran vows ‘crushing’ response if US strikes, in: Financial Times, 18 November 2020, S. 4.

⁴⁸⁸ Ulrich von Schwerin, Amerika braucht eine neue Iran-Strategie, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 13.

wichtigsten Architekten der iranischen Regionalpolitik umbringen ließ.

- In der Nuklearfrage drehte die iranische Führung wieder an der Eskalationsspitze. Ab Mai 2019 fuhr der Iran sein Atomprogramm wieder hoch – nach der Ermordung des leitenden Kernphysikers Mohsen Fakhrizade im November 2020 beschloss das iranische Parlament, die Urananreicherung auf 20 Prozent zu erhöhen. Der Iran drohte zudem mit der Einschränkung internationaler Inspektionen.⁴⁸⁹

Das Wiener Atomabkommen verpflichtet die politische Führung des Iran, die Urananreicherung zu verringern, den Großteil der Zentrifugen einzumotten und den Schwerwasserreaktor in der Art umzubauen, dass eine Plutonium-Produktion verhindert wird. Zudem verpflichtet es den Iran zu ständigen und strengen Kontrollen seiner Atomanlagen.⁴⁹⁰ Die Schwäche des Abkommens waren die kurzen Laufzeiten: die ersten Einschränkungen enden bereits in wenigen Jahren. Weiterhin soll auch unter US-Präsident Biden mit internationalen Partnern zusammengearbeitet werden, um eine „iranische Aggression“ einzudämmen. Jedoch, und das betonte Biden in seiner *Interim National Security Strategic Guidance (INSSG)* vom März 2021, gibt es zur Bewältigung der Iran-Frage und zur Durchsetzung von Sicherheit in der Region keine militärische Optionen („*But we do not believe that military force is the answer to the regions challenges, ...*“).⁴⁹¹ Das Ziel bleibt also weiterhin, den Iran daran zu hindern, Nuklearwaffen zu entwickeln, zudem wurde beim G7-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Carbis Bay / Cornwall die iranische Führung dazu aufgerufen, „*alle ballistischen Raketentätigkeiten und Proliferation*“ zu beenden und von destabilisierenden Maßnahmen in der Region des Nahen und Mittleren Ostens abzusehen.⁴⁹² Aus US-Sicht investiert der Iran in das größte Raketenprogramm im Nahen Osten, zudem entwickelt der Iran

⁴⁸⁹ Ebenda.

⁴⁹⁰ Ebenda.

⁴⁹¹ President Joseph R. Biden, The White House, Interim National Security Strategic Guidance, March 2021, S. 11.

⁴⁹² G7, Our Shared Agenda for Global Action to Build Back Better, G7 Summit Communiqué, Carbis Bay, 13 June 2021, Punkt 61.

auch *Cruise Missile*-Systeme und Fähigkeiten, um Cyberangriffe ausüben zu können. Zudem versucht der Iran, zunehmend Macht in der Region gegen US-Interessen zu projizieren, was wiederum ebenso Amerikas Verbündete in der Region gefährdet.⁴⁹³ Am 13. April 2021 hatte der Iran eine frühere Drohung wahrgemacht und angekündigt, Uran mit einem hohen Anreicherungsgrad von 60 Prozent herzustellen – in der Anreicherungsanlage in Natanz.⁴⁹⁴ Der Iran wäre bei der Realisierung eines derartigen Schrittes nur noch einen kleinen Schritt von der Produktion von waffenfähigem Uran (90 Prozent) entfernt.

Mit Ebrahim Raisi gewann Ende Juni 2021 ein konservativer Klerikaler die Präsidentenwahl im Iran – mit 62 Prozent Zustimmung, bei weniger als 49 Prozent Wahlbeteiligung (einem Rekordtief – viele liberale und moderate Wähler blieben offensichtlich zu Hause). Raisi versprach, weiterhin mit den USA betreffend Nuklearabkommen weiterzuverhandeln, jedoch sah er zunächst von einem Treffen mit US-Präsident Joseph Biden ab. Zudem beharrte er darauf, dass das Raketenprogramm des Iran und die iranische Unterstützung ausländischer Milizen nicht „*verhandelbar*“ sind.⁴⁹⁵

Zudem darf nicht vergessen werden, dass die iranische Führung weiterhin eine *Auslöschung* des Staates Israel befürwortet: Der oberste geistliche Führer des Iran, Ayatollah Said Ali Khamenei, legte dazu 2014 einen Neun-Punkte-Plan vor. Darin forderte Khamenei unter anderem eine Aufrüstung des Westjordanlandes, um auch von dort israelische Städte mit Raketen angreifen zu können, und stellte trotzdem klar: „*Wir wollen die Juden nicht ins Meer werfen!*“ Über Israel sagte Ayatollah Said Ali Khamenei dennoch: „*Israel ist ein barbarisches, wölfisches und Kinder mordendes Regime.*“⁴⁹⁶

Noch in den letzten Wochen von Trumps Amtszeit verkündete der damalige Noch-Außenminister Michael Pompeo täglich neue Finanz- und

⁴⁹³ Office of the Secretary of Defense, Nuclear Posture Review, February 2018, S. 33.

⁴⁹⁴ Neue Zürcher Zeitung, Iran will Uran auf noch höheren Grad anreichern, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 15.04.2021, S. 3.

⁴⁹⁵ The Economist, The world this week, in: The Economist, June 26th 2021, S. 8.

⁴⁹⁶ „Israel ist ein barbarisches, wölfisches und Kinder mordendes Regime!“ (Ajatollah Said Ali Khamenei, in: Militär Aktuell, Das neue österreichische Militärmagazin, Ausgabe 4/2014, S. 9.

Handelsbeschränkungen gegen den Iran.⁴⁹⁷ Im ersten Halbjahr 2021 reicherte der Iran wieder Uran auf einen Grad von 60 Prozent an. Der Iran verfügte zu dieser Zeit über 10 Kilogramm fast waffenfähiges Uran mit einem Anreicherungsgrad von 60 Prozent. Im Mai 2021 waren es noch 2,4 Kilogramm gewesen. Der von Rafael Grossi, dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA), am 7. Juni 2021 präsentierte Bericht über die Überwachung des iranischen Atomprogramms enthielt erstmals seit Jahren keine genauen Angaben über die iranischen Bestände an nuklearem Spaltmaterial mehr, sondern lediglich Schätzungen. Denn die iranische Führung verweigert seit Ende Februar 2021 den ausländischen Inspektoren den automatischen Zugang zu den Daten der elektronischen Überwachungsgeräte in den iranischen Atomanlagen. Dazu kommt noch, dass der Iran seit 2019 Auskünfte über vier verdächtige Anlagen verweigert. Die IAEA hatte damals Belege dafür, dass sich dort einst nicht deklariertes Uran befand, und in drei Fällen konnte sie dies mit Umweltproben beweisen.⁴⁹⁸ Im September 2021 wurde zwar vom Generaldirektor der IAEA, Rafael Grossi, mit der iranischen Führung in Teheran ein kleiner Fortschritt insofern ausverhandelt, als die IAEA nun ihre Geräte zur Beobachtung der iranischen Atomanlagen wieder warten darf. Ohne diesen Zugang hätte laut Grossi eine durchgehende Überwachung nicht mehr gewährleistet werden können. Die USA sowie westliche Partner gaben daraufhin am 13. September 2021 bekannt, sie würden bei der damals laufenden Tagung des IAEA-Gouverneursrates keine Iran-kritische Resolution einbringen. Die IAEA-Inspektoren haben jedoch weiterhin keinen Zugang zu den Daten, die von diesen Geräten gespeichert werden.⁴⁹⁹

⁴⁹⁷ Ulrich von Schwerin, Amerika braucht eine neue Iran-Strategie, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 13.

⁴⁹⁸ Andreas Rüesch, Iran betreibt nukleare Erpressung, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 9.06.2021, S. 17.

⁴⁹⁹ Andreas Rüesch, Atomstreit: Iran entgeht einer Verwarnung durch die IAEA, eine Lösung fehlt aber noch immer, in: Neue Zürcher Zeitung online, www.nzz.ch, 13.09.2021, 18.30 Uhr.

Die Rolle der USA in Jemen

„*Es ist Zeit für ein Ende der Kampfhandlungen im Jemen*“ – mit diesen Worten gab Ende Oktober 2018 der damalige US-Außenminister Michael Pompeo seine Absicht bekannt, den Krieg Saudi-Arabiens gegen die Huthi-Rebellen im Jemen beenden zu wollen. Man habe dem Krieg „*da unten lang genug zugeschaut*“, erklärte der damalige US-Verteidigungsminister Jim Mattis und forderte einen Waffenstillstand innerhalb der nächsten 30 Tage. Diese Positionen bewirkten eine strategische Wende in der US-Politik gegenüber Saudi-Arabien. Pompeo forderte damals die Einstellung aller Raketen- und Drohengangriffe der Huthi auf die Territorien von Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, genauso wie die Luftangriffe der Koalition auf sämtliche besiedelte jemenitische Gebiete.⁵⁰⁰ US-Präsident Joseph Biden meinte noch im Wahlkampf des Jahres 2020 über Saudi-Arabien in Hinblick auf den von den Saudis verursachten Krieg im Jemen: „*Sie haben uns in einen Krieg hineingezogen, in dem sie unsere Ausrüstung benutzen und Tausende von unschuldigen Menschen töten.*“⁵⁰¹ Als Vizepräsident unter US-Präsident Obama hatte Biden zunächst Saudi-Arabien Unterstützung für den Krieg im Jemen zugesagt, als Riad 2015 den jemenitischen Huthi den Krieg erklärt hatte. Stellvertretender Außenminister war damals Antony Blinken, der Saudi-Arabien die „*beschleunigte Lieferung von Waffen*“ und die verstärkte Kooperation bei Militäreinsätzen versprochen hatte. Wie die USA ging auch Saudi-Arabien davon aus, dass die Operation in wenigen Monaten beendet sein würde. Jedoch hatte sich der Krieg während der Amtszeit von Donald Trump weiterhin verschärft. Trump setzte die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und an die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) fort. Ende Januar 2021 ordnete US-Präsident Biden zunächst einen temporären Stopp für Waffenlieferungen im Wert von 23 Milliarden US-Dollar an beide Länder an. Es handelte sich dabei um 50 Kampfflugzeuge des Typs *F-35* und 18 *Reaper*-Drohnen an die VAE und um 8000 lenkbare Präzisionsbomben von *Raytheon* an Saudi-Arabien.⁵⁰² Am 19. Januar 2021 verhängten die USA unter dem damaligen Noch-

⁵⁰⁰ Martin Gehlen, Washington zieht im Jemen die Notbremse, in: Die Presse, 2.11.2018, S. 6.

⁵⁰¹ Michael Wrase, Vorerst keine Waffen: Biden ändert Kurs gegenüber Saudis, in: Salzburger Nachrichten, 1.02.2021, S. 5.

⁵⁰² Ebenda.

Präsidenten Trump Sanktionen gegen die Huthi, sie wurden von der Trump-Administration als *Terrororganisation* eingestuft. Unter Biden wurde diese Einordnung der Huthi wieder hinfällig. Internationale Hilfsorganisationen, die bei der Versorgung der Bevölkerung mit den Huthi zusammengearbeitet hatten, hatten das damalige Vorgehen von Trump gegenüber den Huthi scharf kritisiert. Für diese hätten die gegen die pro-iranische Schiitengruppe verhängten Sanktionen rechtliche Konsequenzen gehabt, ihre Arbeit wäre de facto kriminalisiert und somit unmöglich gemacht worden: „*Es wäre das Todesurteil für Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen unschuldiger Menschen gewesen*“, warnte der damalige Direktor des *World Food Programme (WFP)*, David Beasley.⁵⁰³

Saudi-Arabien ist bestrebt, alles zu vermeiden, dass sich an der saudischen Südgrenze eine vom Iran und der *Hezbollah* unterstützte militante Gruppierung etabliere. Die Huthi zeigten sich zunächst nicht bereit, ihre Waffen abzugeben, die Hauptstadt Sanaa zu räumen, da die Huthi das nördliche Hochland beherrschen und mit ihren Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern Saudi-Arabien im Visier haben. Saudi-Arabien könnte, so der deutsche Nahostexperte Guido Steinberg, den Krieg in Jemen während der Beibehaltung einer konfrontativen Situation nicht gesichtswahrend beenden. Dies würde einer schweren Niederlage gleichkommen – mit wahrscheinlich schweren Konsequenzen für den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman.⁵⁰⁴

Nach Einschätzung der US-Nachrichtendienste hatte der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman zudem die Operation zur Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi Anfang Oktober 2018 genehmigt. Das geht aus einem Bericht hervor, den das Büro der Geheimdienstkoordinatorin Avril Haines am 26. Februar 2021 in Washington veröffentlicht hatte. Kurz darauf verhängte das US-Außenministerium Einreisebestimmungen gegen 76 Bürger Saudi-Arabiens. Von ihnen werde angenommen, dass sie an der Bedrohung von Dissidenten im Ausland wie Khashoggi beteiligt gewesen waren, so US-Außenminister Antony Blinken.⁵⁰⁵

⁵⁰³ Ebenda.

⁵⁰⁴ Ebenda.

⁵⁰⁵ Neue Zürcher Zeitung, Kronprinz verantwortlich für Ermordung Khashoggis, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 1.03.2021, S. 2.

Unter US-Präsident Trump schmiedete Mohammed bin Salman ein Nahost-Bündnis gegen Iran. Die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und der Sudan schlossen damals unter der Vermittlung von Präsident Trump Frieden mit Israel, Saudi-Arabien hatte hier als „*stiller Teilhaber*“ agiert. Die Allianz gegen Iran brachte die relevantesten Gegner der iranischen Führung in der Region zusammen. Die Aussicht auf einen Rückzug der USA aus der Region zwingt Saudi-Arabien nun zu einem Kurswechsel. Kronprinz Mohammed bin Salman kann unter US-Präsident Biden nicht mehr auf die völlige Unterstützung der USA zählen. Mohammed bin Salman meinte deshalb: „*Alles, wonach wir streben, sind gute und spezielle Beziehungen zum Iran.*“⁵⁰⁶ Er ist nun bestrebt, gute Beziehungen zum Iran zu erwirken und wünsche sich „*einen wohlhabenden Iran*“, sagte er im saudischen Fernsehen. Beide Länder, so der iranische Außenamtssprecher Saeed Khatibzadeh, könnten in der Folge ein neues Kapitel der Zusammenarbeit aufschlagen.

Der Krieg gegen die Huthi im Jemen, den Mohammed bin Salman 2015 als Anführer einer ursprünglich neun Staaten umfassenden Koalition begonnen hatte, war für Saudi-Arabien nicht zu gewinnen. Dieser Krieg hatte den Mittleren Osten noch mehr destabilisiert, den Iran in der Region gestärkt und die „*globale Reputation*“ der USA diskreditiert.⁵⁰⁷ Zudem führte dieser Krieg aktuell zur schlimmsten humanitären Katastrophe, an die 250.000 Menschen starben laut UN-Angaben durch diesen Krieg, ca. die Hälfte durch Unterernährung und Seuchen.⁵⁰⁸ Die Zahl an zusätzlichen Akteuren stieg mit der Zeit in diesem Raum an und machte die Lage vor Ort unübersichtlicher, zudem griffen Huthi stets saudische Städte und Ölanlagen mit Raketen und Drohnen an. Am 14. September 2019 griffen Huthi in einem Drohnenangriff zwei saudische Ölförderanlagen der Staatskonzerne *Saudi Aramco* in Abqaiq und Khurais an, dabei verlor Saudi-Arabien die Hälfte seiner Förderkapazität (so wurde das Land gezwungen,

⁵⁰⁶ Thomas Seibert, Saudiarabien entdeckt plötzlich Sympathien für den Iran, in: Die Presse, 3.05.2021, S. 2.

⁵⁰⁷ Robert Malley / Stephen Pomper, Accomplice to Carnage. How America Enables War in Yemen, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 73-88, hier S. 74.

⁵⁰⁸ Ebenda.

5,7 Millionen Fass Öl pro Tag weniger zu produzieren).⁵⁰⁹ Saudi-Arabien produzierte damals zehn Prozent des weltweit vermarkteten Erdöls – so verlor der globale Ölmarkt dadurch fünf Prozent der Versorgung.⁵¹⁰ Die USA stützten damals die saudischen Streitkräfte mit Waffen aus, stellten Tankflugzeuge zur Verfügung und koordinierten ihre nachrichtendienstliche Zusammenarbeit.⁵¹¹

Die Vereinigten Arabischen Emirate hatten die von Saudi-Arabien angeführte Kriegsallianz im Jemen inzwischen verlassen, US-Präsident Biden ist nicht mehr gewillt, diesen Feldzug zu unterstützen.⁵¹² Nach einem saudischen Luftangriff auf eine Begräbnishalle in Sanaa im Oktober 2016, bei dem 155 Menschen ums Leben kamen, überdachte die damalige US-Führung unter Präsident Obama ebenso die weitere militärische Unterstützung an Saudi-Arabien und stellte vorerst die Lieferung von Präzisionsmunition ein. Sein Nachfolger Trump begann jedoch wieder mit umfassenden Waffenlieferungen an Saudi-Arabien.⁵¹³ Friedensprozesse unter der Trump-Administration wurden vor allem vom damaligen US-Verteidigungsminister Jim Mattis eingeleitet – Verhandlungen dazu fanden außerhalb von Stockholm statt, unter dem Schutz der UNO. Diese Gespräche hatten die Vereinbarung eines Waffenstillstandes um Hodeidah in Jemen zur Folge. Als Mattis jedoch 2018 zurückgetreten war, schwanden erneut Hoffnungen auf einen Friedensprozess.⁵¹⁴ Joseph Biden verkündete als Präsidentschaftskandidat, seine Unterstützung für den saudischgeführten Krieg in Jemen zu beenden und die Beziehungen zu Saudi-Arabien „neu zu bewerten“.⁵¹⁵ Mittelfristig sind die USA bestrebt, weitere Truppen aus dem Nahen und Mittleren Osten abzuziehen und sich strategisch verstärkt auf die Rivalität mit der Volksrepublik China im

⁵⁰⁹ Karim El-Gawhary, Ein Schlag ins Herz der Ölindustrie, in: Die Presse, 16.09.2019, S. 1.

⁵¹⁰ Ebenda.

⁵¹¹ Robert Malley / Stephen Pomper, Accomplice to Carnage. How America Enables War in Yemen, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 73-88, hier S. 74.

⁵¹² Thomas Seibert, Saudiarabien entdeckt plötzlich Sympathien für den Iran, in: Die Presse, 3.05.2021, S. 2.

⁵¹³ Robert Malley / Stephen Pomper, Accomplice to Carnage. How America Enables War in Yemen, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 73-88, hier S. 79.

⁵¹⁴ Ebenda, hier S. 81.

⁵¹⁵ Ebenda, hier S. 84.

Pazifikraum zu fokussieren. Saudi-Arabien hatte eine sofortige Waffenruhe als Teil einer neuen Friedensinitiative für den Jemen vorgeschlagen. Eine Waffenruhe könnte in Kraft treten, sobald die jemenitischen Huthimilizen ihr zustimmten, meinte der saudische Außenminister Faisal bin Farhan Al Saud. Überwacht werden sollte dieser von der UNO, Ziel dieser Initiative sei eine umfassende politische Lösung des Konflikts, der 2015 mit der Eroberung der Hauptstadt Sanaa durch Huthi-Rebellen begann.⁵¹⁶

⁵¹⁶ Neue Zürcher Zeitung, Saudiarabien will Waffenruhe in Jemen, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 24.03.2021, S. 5.

Syrien und der Kampf gegen den Islamischen Staat

Die Beziehungen der USA zu Syrien gestalteten sich stets problematisch. Einerseits befindet sich in Damaskus seit mehr als 60 Jahren die anfangs mit der Sowjetunion und danach mit Russland verbündete *Baath*-Partei an der Macht, andererseits kooperiert die syrische *Baath*-Regierung eng mit der iranischen Führung bei der Eindämmung von amerikanischem und israelischem Einfluss in der Region.⁵¹⁷ Die US-Regierung unter George W. Bush hatte Anfang 2002 zwar Syrien nicht in seine „Achse des Bösen“ („*axis of evil*“: Iran, Irak, Nordkorea) eingeordnet, jedoch galt Syrien aus Sicht der damaligen US-Regierung dennoch als „Schurkenstaat“ („*rogue state*“). Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 (9/11) gegen die USA wurde die amerikanische Politik gegenüber dem *Baath*-Regime in Damaskus noch feindlicher, der Sturz von Saddam Hussein in Bagdad im April 2003 erweckte unter damaligen „neokonservativen“ Regierungskreisen in den USA Hoffnungen, ebenso einen Regimewechsel in Syrien bewirken zu können.⁵¹⁸ Syrien unterstützt weiterhin pro-iranische und anti-israelische militärische Organisationen wie die *Hezbollah* im Libanon, die *Hamas* in Gaza sowie den *Islamischen Jibad* im Nahen Osten. Im Jahr 1994 scheiterte eine von den USA vermittelte Friedensinitiative zwischen Israel und Syrien, in der der damalige israelische Premierminister Yitzhak Rabin grundsätzlich darin zustimmte, die im Dezember 1981 annektierten Golanhöhen Syrien zurückzugeben unter der Bedingung der vollständigen Normalisierung der israelisch-syrischen Beziehungen. Israel hätte sich demnach verpflichtet, ausschließlich innerhalb der Grenzen vom 4. Juni 1967 seinen militärischen Machtanspruch auszuüben, im Gegenzug hätte sich Syrien verpflichtet, die Unterstützung der *Hezbollah*, der *Hamas* und des *Islamischen Jibad* einzustellen. Diese Initiative scheiterte. Der Konflikt zwischen den USA und Israel einerseits und Syrien andererseits setzte sich fort.⁵¹⁹

Als 2011 sich der Konflikt um die Macht in Syrien zuspitzte, mischten sich zunehmend der Iran, Saudi-Arabien, die Türkei, die USA und Russland in diesen Konflikt ein, der in verheerende Stellvertreterkriege in Syrien

⁵¹⁷ John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, *The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy*, Penguin Books, London 2008, S. 263.

⁵¹⁸ Ebenda.

⁵¹⁹ Ebenda, S. 267.

eskalierete. Vom Ausland unterstützte Milizen und Terrorgruppen rangen um Einfluss in Syrien, dabei konnte sich der *Islamische Staat* in Syrien und im Irak mit großen territorialen Gewinnen vorerst durchsetzen.

Dem Islamischen Staat standen die Konfliktparteien zunächst ohnmächtig gegenüber. Noch im Januar 2014 hatte US-Präsident Barack Obama die Gefährlichkeit des *Islamischen Staates (IS)* heruntergespielt – mit einem Vergleich aus dem Baseball, nach dem die *Al Qaeda* die Rolle einer Topmannschaft und der *IS* jene der Ersatzspieler einer Highschool-Mannschaft eingenommen hätten. Wenige Monate später wurde klar, wie falsch diese Einschätzung war. In Syrien hatte sich dann schnell der *IS* ausgebreitet und verdrängte dabei andere Rebellengruppen. Im Juni 2014 übernahm der *IS* Mossul. Im August 2014 griff der *IS* die jesidische Minderheit in Irak und Iraks Kurdenregion an. Zugleich bedrohten sie damals Bagdad. Im Herbst 2014 erreichte das „*Kalifat*“ des *IS* die größte Ausdehnung.⁵²⁰ Präsident Obama ordnete am 8. August 2014 Luftschläge gegen *IS*-Stellungen im Irak an. Auch in Syrien, in Kobani, wurden umfassende US-Luftschläge gegen den *IS* durchgeführt.⁵²¹ Grund für die Luftschläge gegen den *IS* war „*die akute Lebensgefahr von rund 10.000 Angehörigen der jesidischen Glaubensgemeinschaft, die vor dem IS auf den Berg Sinjar im Nordirak geflüchtet sind*“: „*Wir können vorsichtig und verantwortlich handeln, um einen möglichen Völkermord zu verhindern*“, sagte damals Präsident Obama.⁵²²

Der *IS* hatte damals in Irak und Syrien enorme Territorialgewinne erzielen können, zusätzlich verschärfte sich die Lage im innersyrischen Konflikt. Zehntausende ausländische Kämpfer waren im Land, die syrische Führung unter Präsident Bashar al-Assad versuchte, auch mit chemischen Waffen, die Lage zu ihren Gunsten zu bestimmen. Im August 2012 wurde Präsident Obama gefragt, wann er US-Militär in Syrien einzusetzen beabsichtige, worauf er antwortete:

⁵²⁰ Wieland Schneider, Der Sieg über das IS-„Kalifat“ hat nicht nur einen Vater, in: Die Presse, 20.01.2018, S. 2.

⁵²¹ Fred Kaplan, Obama's Way. The President in Practice, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 46-63, hier S. 55.

⁵²² Oliver Grimm, Obamas Rückkehr in den Irak-Krieg, in: Die Presse, 9.08.2014, S. 1.

„We have been very clear to the Assad regime, that a red line for us is we start seeking a whole bunch of chemical weapons moving around or being utilized. That would change my calculus.“⁵²³

Syrien hatte Tränengas, Sarin, Napalm und Fassbomben.⁵²⁴ 2012 hatte das Weiße Haus einen Plan abgelehnt, „moderate Rebellen“ zu bewaffnen, jedoch nachdem im Juni 2013 bewiesen wurde, dass syrisches Militär Chemiewaffen einsetzte, bewilligte Präsident Obama den zuvor abgelehnten Plan.⁵²⁵ US-Präsident Obama bestand in Syrien darauf, dass Präsident Bashar al-Assad „gehen müsse“ („must go“)⁵²⁶ und unterstützte deshalb zum Teil mit Saudi-Arabien Gegner des syrischen Regimes. Katar, Saudi-Arabien und andere Staaten bewaffneten sunnitische Jihadisten, die die USA nicht (direkt) unterstützten.⁵²⁷

2013 kamen Russland und die USA überein, einen Plan zu entwickeln, mit dem Syrien zur Vernichtung seiner Chemiewaffen bewegt werden soll – mit Zustimmung der Regierung in Damaskus.⁵²⁸ Im Februar 2016 unterzeichneten Russland und die USA ein gemeinsames Statement, in dem eine „Beendigung der Feindseligkeiten“ („cessation of hostilities“) in Syrien vereinbart wurde – ein Waffenstillstand, der von beiden Mächten angestrebt wurde:

„The United States of America and the Russian Federation ... [are] seeking to achieve a peaceful settlement of the Syrian crisis with full respect for the fundamental role of the

⁵²³ Ben Rhodes, *The World as it is. Inside the Obama White House*, Vintage Books, London 2019, S. 63 und S. 224.

⁵²⁴ Ebenda.

⁵²⁵ Evan Osnos, *Joe Biden – American Dreamer*, Bloomsbury Publishing, London-Oxford-New York-New Delhi-Sydney 2020, S. 94.

⁵²⁶ John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, *The Case for Offshore Balancing. A Superior U.S. Grand Strategy*, in: *Foreign Affairs*, July / August 2016, S. 70-83, hier S. 76.

⁵²⁷ Evan Osnos, *Joe Biden – American Dreamer*, Bloomsbury Publishing, London-Oxford-New York-New Delhi-Sydney 2020, S. 94.

⁵²⁸ Fyodor Lukyanov, *Putin’s Foreign Policy. The Quest to Restore Russia’s Rightful Place*, in: *Foreign Affairs*, May / June 2016, S. 30-37, hier s. 30.

United Nations.“ Zudem bekundeten beide Seiten ihre Unterstützung („*strongest support*“), den Konflikt in Syrien zu beenden.⁵²⁹

In den Folgejahren zog sich eine Lösung des Konflikts in Syrien noch lange hin, Syriens Präsident Assad wurde weiterhin beschuldigt, Giftgas einzusetzen. In Westsyrien beschoss am 7. April 2017 die US-Luftwaffe durch zwei US-Zerstörer einen Luftwaffenstützpunkt als Reaktion auf den Einsatz chemischer Waffen auf Khan Sheikhoun, für den nach Ansicht der Mehrheit des UN-Sicherheitsrates syrische Truppen verantwortlich waren. Der Angriff erfolgte seitens der USA mit 59 *Tomahawk*-Marschflugkörpern auf die Luftwaffenbasis Al-Shayrat in der Provinz Homs.⁵³⁰ Laut Trump handelte es sich um jenen Stützpunkt, von dem aus am 4. April 2017 der Giftgasangriff geflogen wurde.⁵³¹ Der zweite amerikanische Einsatz erfolgte am 13. April 2017. Syriens Präsident Bashar al-Assad wies jedoch in einem Interview zurück, für die Giftgas-Attacke⁵³² in Khan Sheikhoun mit 87 Toten verantwortlich zu sein. Der Angriff war laut Assad zu „*hundert Prozent konstruiert*“ und habe dem Westen als Vorwand für den US-Luftschlag gegen die syrische Armee gedient.⁵³³

Anfang August 2017 gab US-Präsident Donald Trump schließlich bekannt, dass die *CIA* syrische Rebellenverbände, die gegen Präsident Bashar al-Assad kämpfen, weder ausbilden noch ausrüsten werde: „*Dies war eine sehr harte Entscheidung*“, betonte damals US-General Tony Thomas, der die Einsätze auf syrischem Boden geleitet hatte.⁵³⁴ Der Rückzug der USA aus

⁵²⁹ Ebenda.

⁵³⁰ Salzburger Nachrichten, Ein Luftschlag – und jetzt?, in: Salzburger Nachrichten, 8.04.2017, S. 4.

⁵³¹ International New York Times, Diplomacy with Iran Pays off, in: International New York Times, 19.01.2016, S. 8.

⁵³² Syrien hatte damals auch große Lagerstätten von Saringas. Israel befürchtete, dass auch Saringas über die *Hezbollah* gegen Israelis eingesetzt werden könnte. Ben Rhodes, *The World as it is. Inside the Obama White House*, Vintage Books, London 2019, S. 63 und S. 223.

⁵³³ Die Presse, US-Militär setzt größte nicht-nukleare Bombe ein, in: Die Presse, 14.04.2017, S. 3.

⁵³⁴ Martin Gehlen, Wie Trump seine Politik in Syrien modifiziert, in: Die Presse, 3.08.2017, S. 6.

dem militärischen Kampf gegen Assad war ein massiver Einschnitt, der sich aus zwei Motiven abgeleitet hatte:

- Die massive russische und iranische Militärpräsenz garantiert nun das Überleben der Regierung Assad und macht jede militärische Konfrontation durch die verbliebenen Rebellen aussichtslos.
- Die Existenz eines syrischen Rumpfstaates ist auch im Sinne der USA, da sonst die Warlords unterschiedlicher Jihadistengruppen das Land unter sich aufteilen könnten⁵³⁵

Unter Präsident Trump bildeten sich also die ersten Konturen einer neuen amerikanischen Syrien-Strategie: die USA finden sich seither mit der Regierung Assad ab und beugen sich in der Folge weitgehend russischen Vorstellungen für ein Nachkriegs-Syrien. Anfang August 2017 ließ Russlands Präsident Wladimir Putin sich die russische Luftwaffenbasis Hmeimim in Syrien für die nächsten 50 Jahre überschreiben. Im Gegensatz dazu koordinieren sich Russland und die USA enger im Kampf gegen den *Islamischen Staat* als zuvor.⁵³⁶ Der damalige US-Verteidigungsminister Jim Mattis meinte dazu: „*Wir wollen auf keinen Fall tiefer in den sogenannten Bürgerkrieg hineingezogen werden. Wir wollen versuchen, ihn mit diplomatischen Mitteln zu beenden.*“⁵³⁷

Mit US-Unterstützung beendeten kurdische Kämpfer die Belagerung der nordsyrischen Stadt Kobane durch den *IS*. Vom Brückenkopf Kobane und anderen kurdisch kontrollierten Gbeieten aus wurde der *IS* in die Zange genommen und mit US-Hilfe 2015 sukzessive aus den syrisch-türkischen Grenzgebiet vertrieben.⁵³⁸ Iraks Kurden eroberten inzwischen weite Teile des Nordiraks zurück. Iraks Armee brachte mit US- und iranischer Hilfe *IS*-Hochburgen wie Tikrit und Ramadi unter ihre Kontrolle. Ab 2015 verzeichnete der *IS* massive Gebietsverluste.⁵³⁹ Nach monatelangen Vorbereitungen starteten Iraks Streitkräfte und kurdische Truppen im Oktober 2016 die Großoffensive gegen die *IS*-Hochburg Mossul.

⁵³⁵ Ebenda.

⁵³⁶ Ebenda.

⁵³⁷ Ebenda.

⁵³⁸ Wieland Schneider, Der Sieg über das IS-„Kalifat“ hat nicht nur einen Vater, in: Die Presse, 20.01.2018, S. 2.

⁵³⁹ Ebenda.

Unterstützt wurden sie dabei von US-Kampfflugzeugen und von US-Artillerieeinheiten am Boden. Im Juni 2017 wurde der Ostteil von Mossul völlig zurückerobert.⁵⁴⁰

Im Oktober 2017 verkündete Donald Trump den Triumph über den *IS*: „*Der IS gibt auf. Sie nehmen die Hände hoch. Niemand hat bisher so etwas gesehen.*“⁵⁴¹ Damals zogen die letzten Kämpfer des *IS* aus ihrer *Hauptstadt* Raqqa / Syrien ab. Im Juli 2017 wurden die letzten Viertel von Mossul / Irak von den regulären Streitkräften und mit kurdischen Kräften zurückerobert. Zuvor war die Anzahl der US-Soldaten im Einsatzgebiet erhöht, die Luftangriffe waren intensiviert worden. Die US-Befehlshaber hatten große Entscheidungsbefugnisse, die verbündeten Milizen in Nordsyrien mehr Waffen erhalten. Unter Trumps Präsidentschaft wurde dem *IS* in Syrien und dem Irak schließlich der *Todesstoß* versetzt. US-Präsident Trump ließ noch die Anstrengungen im Kampf gegen den *IS* verstärken. Er schickte zusätzliche US-Einheiten mit Artillerie nach Syrien zur Unterstützung eines Großangriffs auf Raqqa. Das US-Militär rüstete die verbündete Allianz aus kurdischen und arabischen Einheiten in Syrien noch stärker auf als zuvor. Zudem wurden die Richtlinien für Luftangriffe gelockert. Die US-Befehlshaber in den Kampfgebieten konnten somit eigenständiger und ohne Umweg über das Weiße Haus Entscheidungen treffen.⁵⁴² Parallel dazu verstärkte die syrische Armee mit russischer Unterstützung die Aktionen gegen den *IS*.⁵⁴³

Während des Treffens zwischen Russlands Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Donald Trump in Helsinki betonte Putin am 16. Juli 2018 die gute Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA in Syrien, demnach haben bilaterale „*Kommunikationskanäle*“ gefährliche Zwischenfälle in Syrien vermieden – sowohl in der Luft als auch am Boden.⁵⁴⁴ Ganz so war es

⁵⁴⁰ Ebenda.

⁵⁴¹ Wieland Schneider, Der Sieg über das IS-„Kalifat“ hat nicht nur einen Vater, in: Die Presse, 20.01.2018, S. 2.

⁵⁴² Ebenda.

⁵⁴³ Ebenda.

⁵⁴⁴ Eric Schmitt, Thomas Gibbons-Neff, Cooperating in Syria, up to a point, in: The New York Times International Edition, July 19, 2018, S. 5.

jedoch nicht: Es kam dennoch zu aktiven Kampfhandlungen zwischen russischen Söldnern und US-Soldaten und ihren syrisch-kurdischen Verbündeten.⁵⁴⁵ 2015 hatten das russische und das US-Militär eine Spezialhotline eingerichtet, um Katastrophen über Syrien in der Luft zu vermeiden. So koordinierte sich täglich ein Offizier der US Air Force auf der Al Udeid Air Base in Katar mit einem russischen Offizier an der Luftwaffenbasis in Latakia / Syrien, um Kollisionen zwischen beiden Streitkräften zu vermeiden. Zudem trafen sich die Generalstabschefs der beiden Länder – der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der USA (*Joint Chiefs of Staff*) General Joseph F. Dunford Jr. und Generalstabschef Valery V. Gerassimov – seit 2017 öfters in Baku, Antalya und in Helsinki, es folgten über ein Dutzend Telefonate, in und bei denen die Lage in Syrien besprochen und die Einsätze beider Streitkräfte definiert wurden.⁵⁴⁶

Die von den USA unterstützten kurdischen Partner ließ US-Präsident Trump Ende 2018 nach seiner Ankündigung, US-Truppen aus Syrien abziehen, im Stich.⁵⁴⁷ Präsident Trump hatte am 19. Dezember 2018 den Sieg über den *Islamischen Staat* in Syrien und im Irak verkündet: „*Der Kampf gegen den Islamischen Staat ist vorbei. Unsere jungen Frauen und Männer kommen nach Hause – und zwar bald*“. Der damalige Verteidigungsminister Jim Mattis zog nach diesem unabgesprochenen Vorpreschen des Oberbefehlshabers seine Konsequenzen endgültig und trat freiwillig zurück.⁵⁴⁸ Circa ein halbes Jahr später – bei einer Kabinettsitzung im Weißen Haus – meinte Trump:

„*Wir machen einen großartigen Job mit dem Kalifat. Wir haben 100 Prozent des Kalifats unter Kontrolle, und wir ziehen uns im Eiltempo aus Syrien zurück [...] Sollen doch die Syrer mit ihren eigenen Problemen fertig werden, zusammen mit dem Iran, Russland, dem Irak und der Türkei. Wir sind ja 7000 Meilen weit weg.*“⁵⁴⁹

⁵⁴⁵ Ebenda.

⁵⁴⁶ Ebenda.

⁵⁴⁷ Richard Haass, Present at the Disruption. How Trump Unmade U.S. Foreign Policy, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 24-34, hier S. 30.

⁵⁴⁸ Burkhard Bischof, US-Militärs warnen: IS erstarkt wieder, in: Die Presse, 8.08.2019, S. 3.

⁵⁴⁹ Ebenda.

Das Pentagon warnte unterdessen: „Auch wenn das Territorium des Kaliphats zusammengeschrumpft ist, hat der IS seine Fähigkeiten zum Aufstand konsolidiert und er erstarkt auch in Syrien wieder“, hieß es in einem damaligen Bericht des Generalinspektors des Pentagon. Ende 2018 hatten die USA an die 2000 Soldaten – Spezialeinsatzkräfte und militärische Ausbilder – in Syrien stationiert, im August 2019 war die Hälfte davon schon abgezogen.⁵⁵⁰ US-Präsident Trump hatte am 19. Dezember 2018 seine persönliche Entscheidung verkündet, 2000 US-Soldaten aus Syrien abzuziehen. Der Aufruhr innerhalb der Republikanischen Partei war damals groß: Mehrere Senatoren verfassten ein Schreiben an Trump, in dem sie den damaligen Präsidenten dazu aufforderten, seine Entscheidung rückgängig zu machen. Hätte Barack Obama als Präsident so gehandelt, „hätten wir verrückt gespielt“, so der Republikanische Senator Lindsey Graham.⁵⁵¹ Trump hatte sich zudem über seine Berater hinweggesetzt, die zu einer weiteren Stationierung in Syrien geraten hatten, so wie sein damaliger Sicherheitsberater John Bolton oder auch Verteidigungsminister Jim Mattis.⁵⁵² Mit 11. Januar 2019 begann der Abzug der US-Soldaten aus Syrien, so Oberst Sean Ryan, Sprecher der Internationalen Koalition gegen den *Islamischen Staat*, die unter der Amtszeit von Präsident Barack Obama im September 2014 gebildet wurde und aus 83 Staaten bestand.⁵⁵³ Wenig später teilten die USA mit, nicht alle Soldaten aus Syrien abziehen zu wollen: „Eine kleine Friedenssicherungstruppe von rund 200 wird für einen bestimmten Zeitraum in Syrien bleiben“, so die Sprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders.⁵⁵⁴ Sicherheitsberater John Bolton forderte von der Türkei Sicherheitsgarantien für die kurdische YPG (Verbündete der USA), der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan lehnte dies jedoch ab.⁵⁵⁵ Die YPG hatte den *Islamischen Staat* aus dem syrisch-türkischen Grenzgebiet vertrieben, danach bildete sie das Rückgrat der sogenannten *Syrischen*

⁵⁵⁰ Ebenda.

⁵⁵¹ Thomas Vieregge, Donald Trumps einsame Entscheidung, in: Die Presse, 21.12.2018, S. 7.

⁵⁵² Ebenda.

⁵⁵³ Nelly Lahoud, Bin Laden's Catastrophic Success. Al Qaeda Changed the World – but Not in the Way It Expected, in: Foreign Affairs, September/October 2021, S. 10-21, S. 21.

⁵⁵⁴ Salzburger Nachrichten, 200 US-Soldaten bleiben in Syrien, in: Salzburger Nachrichten, 23.02.2019, S. 6.

⁵⁵⁵ Die Presse, USA melden Start des Abzugs aus Syrien, in: Die Presse, 12.01.2019, S. 6.

Demokratischen Kräfte (SDF). Diese kurdisch-arabische Allianz war damals „die wichtigste Waffe der USA“ im Kampf gegen den *Islamischen Staat* in Syrien. Die SDF hatte im Oktober 2017 mit amerikanischer Hilfe die damalige *Hauptstadt des Islamischen Staates* Raqqa erobert und stieß noch weiter in den Süden vor.⁵⁵⁶ Am 26. Oktober 2019 beging der selbsternannte „Kaliph“ des *Islamischen Staates*, Abu Bakr al-Baghdadi in einem Tunnel in Syrien Selbstmord, um einer Gefangennahme durch US-Streitkräfte zu entkommen.⁵⁵⁷

Noch im Juni 2020 läutete die Trump-Administration eine neue Syrien-Politik ein. Am 17. Juni 2020 trat der sogenannte *Caesar Act* in Kraft – ein Paket von Sanktionen der US-Regierung Trump, benannt nach dem Decknamen jenes desertierten syrischen Armeefotografen, der 55.000 Fotos von 11.000 ermordeten Gefängnisinsassen aus Syrien geschmuggelt hatte. Diese Sanktionen richten sich vor allem gegen all diejenigen, die mit der syrischen Regierung unter Assad Geschäfte zu machen beabsichtigen. Der Sturz von Präsident Assad war bereits das erklärte Ziel der US-Außenpolitik seit Präsident Obama. Aber weder Obama noch sein Nachfolger Trump hatten dazu eine umsetzbare Strategie. Obama unterstützte islamistische Rebellenmilizen, die er für „*Freiheitskämpfer*“ hielt. Trump gab dagegen der Türkei grünes Licht für ihre Invasion nach Syrien und förderte damit die Zerstückelung Syriens sowie den Mord an und die Vertreibung von ethnischen Gruppen. „*Der Caesar Act ist nun der Grundstein der US-Außenpolitik in Syrien*“, meinte Elizabeth Tsurkov vom *Foreign Policy Research Institute* in Pennsylvania.⁵⁵⁸

Der Kampf unter der US-Präsidentschaft von Joseph Biden gilt in Syrien wie in Irak pro-iranischen Milizen. Auf Befehl von US-Präsident Biden hatten amerikanische Streitkräfte am 25. Februar 2021 Einrichtungen in Ostsyrien an der Grenze zum Irak bombardiert, die von derartigen Milizen genutzt werden. Dieser Schlag war auch eine Vergeltung für Angriffe

⁵⁵⁶ Wieland Schneider und Jutta Sommerbauer, Wie Putin und Erdoğan Syrien neu ordnen wollen, in: *Die Presse*, 14.11.2017, S. 2 und 3, hier S. 3.

⁵⁵⁷ *The Economist*, Islamic State. Decapitated, not Defeated, in: *The Economist*, 2.11.2019, S. 35-36, hier S. 35.

⁵⁵⁸ Alfred Hackensberger, „Caesar Act“ soll Assad in die Knie zwingen, in: *Die Presse*, 19.06.2020, S. 6.

schiitischer Kämpfer auf US-Einrichtungen in Irak. So war am 15. Februar 2021 beim Beschuss eines Stützpunktes am Flughafen von Erbil / Irak ein ziviler Mitarbeiter der US-Streitkräfte ums Leben gekommen. Sechs Militärangehörige erlitten Verletzungen. Am 22. Februar 2021 wurde auch die *Green Zone* in Bagdad, in der sich auch die US-Botschaft befindet, mit Raketen beschossen.⁵⁵⁹

⁵⁵⁹ Renzo Ruf, Christian Weisflog, USA bombardierten proiranische Milizen in Ostsyrien, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 1.03.2021, S. 2.

Die Politik gegenüber Israel

Am 29. November 2012 stand auf der Agenda der UN-Generalversammlung ein Antrag aus Ramallah, die Palästinensergebiete zum Beobachterstaat innerhalb der UNO aufzuwerten. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, drängte die UNO zu einer *Geburtsurkunde* für einen neuen Palästinenserstaat, die danach mit deutlicher Mehrheit angenommen wurde. Die Anerkennung als Staat ist für die Palästinensische Autonomiebehörde entscheidend beim Diskurs um die Zukunft des Westjordanlandes und des Gazastreifens, bei diesem Gebiet handelt es sich völkerrechtlich um besetztes Land „in den Grenzen von 1967“. Israels offizielle Version nennt dasselbe Gebiet „Judäa und Samaria“ und bezeichnet es als „umstrittenes Land“. Mit diesem Status als Beobachter steht es der Palästinensischen Autonomiebehörde seither frei, die Aufnahme bei anderen UN-Organisationen zu beantragen. Mehr als die Hälfte der EU-Staaten unterstützten diesen Antrag der Palästinenser.⁵⁶⁰ 138 von 193 UN-Mitgliedstaaten stimmten für diesen Antrag, 41 Staaten enthielten sich der Stimme, neun votierten dagegen. Dabei hatte es die EU wieder nicht geschafft, in einer wichtigen internationalen Frage zu einer gemeinsamen Haltung zu finden. Während sich das Vereinigte Königreich, Deutschland und die Niederlande enthielten, unterstützten Belgien, Frankreich, Italien, Österreich, Schweden und Spanien den Antrag der Palästinenser. Gegen eine Aufwertung der Palästinenser waren die USA, stets Israels zuverlässigster Verbündeter in der UNO. Die Tschechische Republik stimmte als einziger EU-Staat ebenso dagegen.⁵⁶¹

Die USA gelten als traditionelle Schutzmacht Israels,⁵⁶² stehen jedoch gegenüber der Siedlungspolitik Israels – je nach regierender Partei in Washington – nicht einheitlich gegenüber. Die damalige US-

⁵⁶⁰ Susanne Knaul, Der Staat, der nur auf dem Papier existiert, in: Die Presse, 30.11.2012, S. 1.

⁵⁶¹ Die Presse, Europäer finden keine gemeinsame Nahost-Linie, in: Die Presse, 30.11.2012, S. 1.

⁵⁶² Seit 1984 gibt es zwischen dem amerikanischen und dem israelischen Militär gemeinsame Übungen, 1986 wurde Israel seitens der damaligen US-Regierung unter Präsident Ronald Reagan eingeladen, an der weltraumgestützten US-Raketenabwehr *Strategic Defense Initiative (SDI)* mitzuwirken. Aus: John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, *The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy*, Penguin Books, London 2008, S. 33.

Außenministerin Hillary Clinton (Demokratische Partei) forderte zum Beispiel offen einen israelischen Baustopp in Ost-Jerusalem, der in dieser Deutlichkeit in der amerikanischen Politik gegenüber Israel seitens der Republikanischen Partei nie zum Ausdruck kam.⁵⁶³ Dennoch akzeptierten alle US-Regierungen stets stillschweigend die Nuklearisierung Israels.⁵⁶⁴

Der nächste US-Außenminister John Kerry – Nachfolger von Hillary Clinton – initiierte im Juli 2013 Nahost- und Friedensverhandlungen, die auf neun Monate angelegt waren und Ende April 2014 ausliefen. Kerry und sein Sonderbotschafter Martin Indyk reisten damals ständig zu *Shuttle-Missionen* in die Krisenregion, um zwischen Ramallah und Jerusalem zu vermitteln. Zwei Monate nach dem Scheitern der Gespräche brach der Gazakrieg 2014 aus.⁵⁶⁵ US-Diplomaten äußerten sich dazu wie folgt: „*Es gibt viele Gründe für den Fehlschlag der Friedensbemühungen, aber das israelische Volk sollte die bittere Wahrheit nicht ignorieren, dass die Hauptsabotage von den Siedlungen ausging*“, schrieben US-Diplomaten in der Zeitung *Yediot Ahronot*.⁵⁶⁶ Die Diplomaten waren an den neun Monate langen Gesprächen beteiligt. Während Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas damals zahlreiche Konzessionen gemacht hatte – er hatte einem demilitarisierten Staat Palästina sowie den von den USA vorgeschlagenen Grenzen zugestimmt – hatte sich Premierminister Netanyahu demnach nur einen „*Inch*“ (einen Zoll breit) bewegt – und zudem die Pläne für 14.000 neue Siedlerwohnungen vorangetrieben.⁵⁶⁷ Der damalige US-Außenminister John Kerry beharrte auf der Bildung eines Palästinenserstaates, diese Zweistaatenlösung sei demnach der einzige Weg zum Frieden. Kerry sei demnach kaum auf die Wurzel des Konfliktes – den palästinensischen Widerstand gegen Israel – eingegangen, Kerry hatte sich *obsessiv* mit der israelischen Siedlungspolitik beschäftigt.⁵⁶⁸

⁵⁶³ Karim el-Gawhary, Nahost: Scherbenhaufen oder doch ein Neuanfang, in: Die Presse, 24.03.2010, S. 6.

⁵⁶⁴ Henry Farrell / Martha Finnemore, The End of Hypocrisy, in: Foreign Affairs, November / December 2013, S. 22-26, S. 24.

⁵⁶⁵ Thomas Vieregge, Die Telefondiplomatie des Antony Blinken, in: Die Presse, 18.05.2021, S. 2-3, hier S. 3.

⁵⁶⁶ Die Presse, „Israel schuld am Scheitern“, in: Die Presse am Sonntag, 4.05.2014, S. 8.

⁵⁶⁷ Ebenda.

⁵⁶⁸ Ebenda.

Am 9. November 2015 einigten sich, ungeachtet ihrer persönlichen gegenseitigen Abneigung, US-Präsident Barack Obama und der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu in Washington darauf, die strategische militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel zu verstärken – um ein Drittel höhere Rüstungsbeihilfen, F-35-Kampfbomber und die Fortsetzung der Verteidigungsallianz in ihr siebentes Jahrzehnt, so die Nachrichtenagentur *Reuters* unter Berufung auf US-Regierungsstellen und Mitarbeiter des US-Kongresses. Israel sollte demnach künftig pro Jahr vier bis fünf Milliarden US-Dollar an militärischen Budgethilfen erhalten, das wäre zumindest ein Anstieg um ein Drittel.⁵⁶⁹

Bis 2018 bekam Israel im Rahmen eines, unter Obamas Vorgänger George W. Bush geschlossenen, Abkommens jährlich 3,1 Milliarden US-Dollar (*Foreign Military Financing – FMF*),⁵⁷⁰ mit weiteren drei Milliarden US-Dollar wurde seit 2006 das Raketenschutzschild *Iron Dome* ausgebaut, das Israel größtenteils gegen Geschosse von Hamas und *Hezbollah* schützen soll. Die USA finanzierten Mitte der 2010er-Jahre ein Fünftel von Israels Militärbudget, Israel gab damals 75 Prozent dieser Finanzhilfen für US-Rüstungsgüter aus.⁵⁷¹ Im September 2016 gab Obama noch grünes Licht für die bisher höchste US-Militärhilfe für Israel im Wert von 38 Milliarden US-Dollar bis 2028.⁵⁷² Obama und Netanjahu einigten sich auch auf eine Fortsetzung des *Memorandum of Understanding*, der strategischen Grundsatzvereinbarung zwischen USA und Israel.⁵⁷³ Umgeben von bewaffneten arabischen Gruppen und Terrororganisationen wie der Hamas, dem Palästinensischen Islamischen Dschihad oder bewaffneten Formationen wie *Hezbollah* und *Islamischer Staat* sowie *Al Qaeda*, wurde im Jahr 2015 aus Israel einen „*Frontstaat*“.⁵⁷⁴ Aus Sicht Israels bedeutet der

⁵⁶⁹ Oliver Grimm, Obama und Netanjahu stärken Militärpakt, in: Die Presse, 10.11.2015, S. 7.

⁵⁷⁰ Barbara Opall-Rome, For Netanyahu, Pressure Builds To End Battle With Obama, in: Defense News, 7.09.2015, S. 32.

⁵⁷¹ Oliver Grimm, Obama und Netanjahu stärken Militärpakt, in: Die Presse, 10.11.2015, S. 7.

⁵⁷² Christian Ultsch, Obamas letzte Rede an die Welt, in: Die Presse, 21.09.2016, S. 8.

⁵⁷³ Ebenda.

⁵⁷⁴ Moshe Ya'alon, Don't Be Fooled by Iran's 'Charm Offensive', in: Defense News, December 14, 2015, S. 16.

Kampf gegen den radikalen islamistischen Terror unter US-Führung die größte Herausforderung der heutigen Zeit für die kommenden Jahre.⁵⁷⁵

Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump rief Israel zum „Durchhalten“ auf: „Wir dürfen Israel nicht länger mit solch totaler Verachtung und Respektlosigkeit behandeln.“ Er setzte sich zum Ziel, eine andere Haltung als sein Vorgänger Barack Obama zu Israel einzunehmen.⁵⁷⁶ 2016 hatte US-Präsident Trump auf dem Kongress der amerikanischen Pro-Israel-Lobby AIPAC versprochen: „Wir werden die US-Botschaft von Tel Aviv in die ewige Hauptstadt des jüdischen Volkes – Jerusalem – verlegen.“⁵⁷⁷ Auch Palästinenser sehen in Jerusalem ihre Hauptstadt. So beschloss Trump zunächst, die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, die der US-Kongress 1995 per Gesetz angeordnet hatte, mit einer für sechs Monate gültigen Exekutivorder aufzuschieben – genau wie seine Vorgänger Clinton, Bush und Obama. Am 5. Dezember 2017 informierte Trump telefonisch den palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas über die baldige Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem, dieser warnte Trump wiederum vor den gefährlichen Auswirkungen einer derartigen Entscheidung.⁵⁷⁸ Diese Entscheidung wurde jedoch in den USA mit 6. Dezember 2017 wirksam. Seither erkennt die US-Regierung Jerusalem als Hauptstadt Israels an, Trump löste damit sein Wahlversprechen ein.⁵⁷⁹ Trump argumentierte seinen Entschluss dahingehend, dass bisher Israelis und Palästinenser trotz der Tatsache, dass sich die US-Botschaft in Tel Aviv befunden hatte, „ja auch nicht enger zusammengebracht“ wurden.⁵⁸⁰ Trump anerkannte demnach nur die Realität der israelischen Hoheistrechte über Jerusalem. Trump bekannte sich jedoch weiterhin zur Zweistaatenlösung, was er lange Zeit zuvor vermieden hatte. So blieb Trump offiziell auf Linie der USA, betonte aber, dass eine Zweistaatenlösung möglich sei, wenn

⁵⁷⁵ So Israels damaliger Verteidigungsminister Moshe Ya'alon, Don't Be Fooled by Iran's 'Charm Offensive', in: Defense News, December 14, 2015, S. 16.

⁵⁷⁶ Die Presse, Kerrys letzter Appell an Israels Regierung, in: Die Presse, 29.12.2016, S. 3.

⁵⁷⁷ Gil Yaron, Israel ist „enttäuscht“ über Trumps Nahost-Entscheid, in: Salzburger Nachrichten, 3.06.2017, S. 8.

⁵⁷⁸ Reuters, Trump tells Abbas intends to move embassy to Jerusalem: Abbas spokesman, December 5, 2017, 4:06 pm, <https://www.reuters.com/article/us-usa-trump-israel-palestinians/trump-tells-abbas-intends-to-move-embassy-to-jerusalem>, [6.12.2017].

⁵⁷⁹ Thomas Seibert, Trump bricht Jerusalem-Tabu, in: Die Presse, 7./8.12.2017, S. 1.

⁵⁸⁰ Ebenda.

diese von beiden Seiten mitgetragen werde.⁵⁸¹ Trump lehnte eine Festlegung auf einen endgültigen Status Jeruslams ab, zudem vermied er eine Aussage darüber, ob auch der von Israel 1967 eroberte Ostteil Jerusalems mit dem Tempelberg aus amerikanischer Sicht zu Israel gehört oder nicht. Über einen endgültigen Status von Jerusalem müssten schließlich Israelis und Palästinenser entscheiden.⁵⁸² Im Jahr 2014 hatte Netanyahu erneut gefordert, in einem Gesetz festzuschreiben, dass Israel ein jüdischer Staat sei. Israels damalige Justizministerin Tzipi Livni kündigte Widerstand gegen dieses Vorhaben an. Sie werde *„keine Schwächung der demokratischen Werte zulassen und nicht, dass diese Werte unter jüdische Werte untergeordnet werden“*, so Livni.⁵⁸³ Im Streit um die UN-Sicherheitsratsresolution 2334 gegen die israelische Siedlungspolitik, bei der sich die US-Regierung Obama enthalten hatte, kritisierte Trump die UNO als politisch unwirksam: *„Die Vereinten Nationen haben solch großes Potenzial, aber momentan sind sie nur ein Club, wo sich Leute treffen, unterhalten und vergnügen können.“*⁵⁸⁴

Auf diplomatischer Ebene wurden unter der US-Präsidentschaft und Vermittlung von Donald Trump im Jahr 2020 neue diplomatische Schritte eingeleitet: die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain sowie der Sudan und Marokko⁵⁸⁵ hatten Normalisierungsabkommen⁵⁸⁶ (*„establishment of peace and full normalization“*) mit Israel sowie die Etablierung von Botschaften in den jeweiligen Ländern vereinbart, umfassende Kooperationen in den Bereichen Energie, Umwelt, Ausbildung, maritime Übereinkommen, Telekommunikation und Postverkehr, Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit, Wasser, Zusammenarbeit im Justizwesen, zivile

⁵⁸¹ Ebenda.

⁵⁸² Ebenda.

⁵⁸³ Die Presse, Netanjahu will festschreiben, dass Israel jüdischer Staat ist, in: Die Presse, 3.05.2014, S. 6.

⁵⁸⁴ Salzburger Nachrichten, Trump: UNO ist nur ein Club zur Unterhaltung, in: Salzburger Nachrichten, 28.12.2016, S. 5.

⁵⁸⁵ Die USA versicherten unter Präsident Donald Trump die Anerkennung der Kontrolle der Westsahara durch Marokko. In: Hussein Agha / Ahmad Samih Khalidi, A Palestinian Reckoning. Time for a New Beginning, March / April 2021, S. 129-141, hier S. 129.

⁵⁸⁶ Hussein Agha / Ahmad Samih Khalidi, A Palestinian Reckoning. Time for a New Beginning, March / April 2021, S. 129-141, hier S. 129.

Luftfahrt, Technologie, friedliche Nutzung des Weltraums, Tourismus, Kultur und Sport)⁵⁸⁷ mit Israel vertraglich unterzeichnet. Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman empfing zwar Israels damaligen Premier Benjamin Netanyahu am Roten Meer, die Aufnahme von offiziellen Beziehungen scheiterte wahrscheinlich am Widerstand seines Vaters, König Salman, für den Palästina „noch immer eine Herzensangelegenheit ist.“⁵⁸⁸ Und diese kommt in Konflikt mit den Ambitionen jüdischer Siedler im Westjordanland, dieses Land zur Gänze für sich zu beanspruchen.

Differenzen in der Siedlungspolitik

Israelische Siedler setzten mit Rückendeckung der Regierung Netanyahu den Bau von Wohneinheiten jenseits der international anerkannten Grenzen unvermindert fort. 2011 wurde zum Beispiel der neue Stadtteil Nord Pisgat Zeev mit 625 Wohneinheiten errichtet, Anfang November 2010 hatte die Stadtverwaltung von Jerusalem den Bau von fast 1.700 Wohnungen in den auf besetztem Gebiet liegenden Stadtteilen Har Homa, Pisgat Zeev und Ramot bewilligt. Die USA und die EU protestierten gegen dieses Vorhaben.⁵⁸⁹ Aus den einstigen 17 Containern in Bet El – 20 Kilometer von Jerusalem entfernt – ist 2017 eine Gemeinde von 7.000 Einwohnern geworden: „*Ramallah, die Hauptstadt der palästinensischen Autonomiegebiete, liegt gleich nebenan, doch die Stadt wird auf Abstand gehalten, durch Mauern und Zäune.*“⁵⁹⁰ Israels Siedler vertrauen auf Gott: „*Bet El gilt als ideologische Hochburg der radikalen Siedlerbewegung – und sie gilt auch als Lieblingssiedlung von Trump und seinem Umfeld.*“⁵⁹¹ Über eine Organisation mit dem Namen *American Friends of Bet El Institutions* waren in den Jahren zuvor bis zu 10 Millionen US-Dollar geflossen. Unter den Spendern war auch die

⁵⁸⁷ So auch im Text der „Abraham Accords“ zwischen den USA, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten vom 13. August 2020, in: U.S. Embassy in Lebanon, Abraham Accords Peace Agreement: Treaty of Peace, Diplomatic Relations and Full Normalization Between the United Arab Emirates and the State of Israel, Issued on: September 15, 2020.

⁵⁸⁸ Michael Wrase, Reaktion aus dem Iran: „Seht, da fliegt unser Geld“, in: Salzburger Nachrichten, 14.05.2021, S. 4.

⁵⁸⁹ Neue Zürcher Zeitung, Wohnungsbau in Jerusalem geht weiter, in: Neue Zürcher Zeitung, 4.12.2010, S. 5.

⁵⁹⁰ Peter Münch, Um Himmels Willen, in: Süddeutsche Zeitung, 14.02.2017, S. 3.

⁵⁹¹ Ebenda.

Familienstiftung von Trumps Schwiegersohn Jared Kushner, die *Charles and Seryl Kushner Charitable Foundation*, Trump hatte 2003 nach Angaben der Jerusalem Post persönlich 10.000 US-Dollar an die amerikanischen Freunde von Bet El überwiesen. David Friedman – langjähriger Insolvenz-Anwalt von Donald Trump und während dieser Zeit Botschafter der USA in Israel – brachte die Dollar-Millionen zu den Siedlern.⁵⁹² Während der Pleite von Trumps Casinos in Atlantic City war Friedman auch Vorsitzender der amerikanischen Bet El-Freunde. Bet El ist eine von bereits über 130 jüdischen Siedlungen, in denen Anfang 2017 mehr als 400.000 Israelis unter 2,6 Millionen Palästinensern im Westjordanland wohnten. Zusätzlich wohnten damals noch 200.000 Israelis in dem von Israel annektierten arabischen Ostteil von Jerusalem: „Die Siedler durften sich des Schutzes und der Hilfe durch die eigene Regierung fast immer sicher sein.“⁵⁹³

Noch unter der US-Präsidentschaft von Barack Obama fand im UN-Sicherheitsrat eine Abstimmung über die Resolution 2334 statt,⁵⁹⁴ in der die Besiedlung palästinensischer Gebiete durch jüdische Siedler verurteilt wurde – unter Enthaltung der USA. Unter den 14 Befürwortern der Resolution waren China, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Russland sowie Ägypten, Angola, Japan, Neuseeland, Senegal, Spanien, die Ukraine und Uruguay.⁵⁹⁵ Die Resolution⁵⁹⁶ hält fest, dass

„die Errichtung von Siedlungen auf palästinensischen Gebieten, die 1967 erobert wurden, einschließlich Ost-Jerusalems, keine legale Gültigkeit hat und eine schamlose Verletzung internationalen Rechts und ein großes Hindernis auf dem Weg zu einem gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden darstellt.“

Die Resolution fordert die „sofortige Einstellung aller Siedlungsaktivitäten“ und bekräftigt, dass der Sicherheitsrat „keine Veränderungen der Waffenstillstandslinie von 1967 anerkennen wird, die nicht von beiden Seiten ausgehandelt werden.“ Paragraf

⁵⁹² Ebenda.

⁵⁹³ Ebenda.

⁵⁹⁴ Ebenda.

⁵⁹⁵ Ulrich Schmid, Der Zorn des Verletzten. Eklat nach Uno-Resolution zu Israels Siedlungspolitik, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.12.2016, S. 1.

⁵⁹⁶ Deutsche Übersetzung aus: Gil Yaron, In Israel ist die Empörung groß, in: Salzburger Nachrichten, 27.12.2016, S. 4.

5 fordert alle Staaten dazu auf, „zwischen dem Staatsgebiet Israels und den besetzten Gebieten zu unterscheiden.“

Der damalige Premierminister Netanyahu meinte sogleich, der UN-Sicherheitsrat habe durch die Annahme der Resolution 2334 „auf Israel gespuckt“ und hegte keinen Zweifel daran, dass die Regierung Obama „die Entschließung initiiert, die Entwürfe koordiniert und schließlich die Annahme gefordert habe“.⁵⁹⁷ Nach internationalem Recht dürfen Staaten in besetzten Gebieten nicht ihre eigene Zivilbevölkerung ansiedeln. Israel vertritt jedoch die Auffassung, das 1967 im Sechstagekrieg eroberte Westjordanland sei zuvor gar kein Staat gewesen. Netanyahu meinte deshalb, „er halte die israelischen Siedlungen daher nicht für ein Friedenshindernis.“⁵⁹⁸

Seit 1967 wurden in den von Israel besetzten Gebieten circa 250 Siedlungen gebaut, in denen – inklusive Ost-Jerusalem – an die 900.000 Menschen leben, das entspricht über 20 Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung Israels.⁵⁹⁹ In Ost-Jerusalem befinden sich bereits 87 Prozent des Landes unter israelischer Kontrolle, 13 Prozent der Fläche werden noch von Palästinensern bewohnt – im Gegensatz zu 100 Prozent im Jahr 1967.⁶⁰⁰ Unterdessen beschloss das israelische Kabinett in der Nacht auf 31. März 2017 die Gründung einer komplett neuen Siedlung, es ging dabei um einen isoliert von anderen Siedlungen gelegenen Hügel mit Namen Geulat Zion nahe Ramallah. UN-Generalsekretär António Guterres verurteilte diese Entscheidung, sie gefährde den Frieden und unterminiere die Zweistaatenlösung: „Es gibt keinen Plan B für Israelis und Palästinenser.“⁶⁰¹ Israels Regierung hatte mehr als zwei Jahrzehnte zuvor lange vermieden, neue Siedlungen zu gründen, abgesehen von der nachträglichen Legalisierung von insgesamt drei wild errichteten *Siedlungsvorposten*.

⁵⁹⁷ Ulrich Schmid, Der Zorn des Verletzten. Eklat nach Uno-Resolution zu Israels Siedlungspolitik, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.12.2016, S. 1.

⁵⁹⁸ Salzburger Nachrichten, Die israelischen Siedlungen, in: Salzburger Nachrichten, 27.12.2016, S. 4.

⁵⁹⁹ Fritz Edlinger, 100 Jahre leere Versprechungen, in: Militär Aktuell Nr. 2/2018, S. 50.

⁶⁰⁰ Sarah Helm, Shape of future war lies in contours of West Bank, in: The Guardian Weekly, 17.02.2017, S. 19.

⁶⁰¹ Susanne Knaul, Israel baut nach 20 Jahren Pause neue Siedlung, in: Die Presse, 1.04.2017, S. 7.

US-Präsident Donald Trump signalisierte zu Beginn seiner Präsidentschaft Sympathie für die Siedlerbewegung und ernannte mit David Friedman einen Befürworter der Siedlung Bet El zum US-Botschafter. Später sorgte Trump mit der Feststellung, der Ausbau der Siedlungen sei „wenig hilfreich“ für den Frieden für Verwirrung in Israel.⁶⁰²

Mit Rückenwind der Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, den Sitz der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen und der insgesamt Siedler-freundlichen Politik der damaligen US-Regierung wurde in der Knesset in der Nacht auf 19. Juli 2018 mit 62 zu 55 Stimmen das umstrittene Nationalstaatsgesetz ratifiziert mit dem Ziel, den „*Charakter Israels als nationales Heim des jüdischen Volkes*“ zu festigen. Das Rückkehrrecht für Juden aus aller Welt, nationale Symbole, jüdische Feiertage und Hebräisch als einzige offizielle Landessprache gehören dazu. Bisher war Arabisch ebenfalls als Landessprache anerkannt. Der exakte Status des Arabischen sollte geregelt werden. „*Das Nationalstaatsgesetz ist zweifellos der Tiefpunkt der chronischen Krankheit, die die Demokratie plagt*“, meinte der arabische Abgeordnete Ahmad Tibi. Ab sofort gebe es demnach zwei Gruppen von Bürgern: „*eine Gruppe der Juden, die Rechte hat, und eine andere der tolerierten Gäste*“. ⁶⁰³ Kontrovers diskutiert wurde vor allem der Artikel 7 des Gesetzesentwurfs, der die ethnische und religiöse Homogenität von Dörfern und Städten regelt. Dazu gehört auch der Grad der Religiosität. Konkret ändert das neue Gesetz wenig. Ethnisch und religiös homogene Ortschaften sind seit der Staatsgründung Praxis in Israel. Insbesondere die sozialistischen Kibbuzim haben über Jahrzehnte nicht nur keine Araber aufgenommen, sondern auch keine religiösen Juden.⁶⁰⁴ Das neue Grundgesetz hebt jedoch speziell die Entwicklung *jüdischer Ortschaften* hervor. Diese seien von „*nationalem Wert*“. Der Staat Israel werde die Gründung von Entwicklung derartiger Ortschaften ermutigen und unterstützen. Betreffend den *jüdischen Charakter Israels* meinte der Likud-Abgeordnete Amir Ohana: „*Wir haben nicht, wie die arabische Nation, 21 Staaten, sondern nur diesen einen einzigen, kleinen Staat.*“⁶⁰⁵ Diese

⁶⁰² Fritz Edlinger, 100 Jahre leere Versprechungen, in: Militär Aktuell Nr. 2/2018, S. 50.

⁶⁰³ Susanne Knaul, Israel deklariert sich zum „nationalen Heim des jüdischen Volks“, in: Die Presse, 20.07.2018, S. 2.

⁶⁰⁴ Ebenda.

⁶⁰⁵ Ebenda.

Gesetzesinitiative wurde jedoch 2008 nicht vom konservativen Likud eingebracht, diese kam aus den Reihen der liberalen *Kadima*, damals unter der Führung von Tzipi Livni, die inzwischen zu den schärfsten Kritikerinnen zählt: „*Die Regierung steuert auf ein radikales Judentum zu, das in Stämmen lebt*“, meinte Livni im Vorfeld des Votums. Das Gesetz ziele darauf ab, dass „*Araber nicht zusammen mit Juden leben können*.“⁶⁰⁶ Kritik gegenüber diesem Grundgesetz kam auch vom *Israelischen Demokratiezentrum (IDI)*, das Israels Unabhängigkeitserklärung und damit das Festhalten an gleichen Rechten für alle Staatsbürger ignoriere. Israel, erinnerte das *IDI*, gehöre zu den „*wenigen Staaten der demokratischen Welt ohne eine Verfassung, die die Grundrechte festhält*.“ Die Tatsache, dass das neue Gesetz Israel als nationales Heim des jüdischen Volkes definiert, ohne das Prinzip der Gleichberechtigung für alle Bürger festzuhalten, könnte „*zu einer Unausgewogenheit zwischen dem jüdischen Staat und seinen demokratischen Werten führen*“.⁶⁰⁷ Die bisherige Konfliktentwicklung macht deutlich, dass eine dauerhafte Konfliktbewältigung nur dann gelingen kann, wenn realistische Konfliktlösungen – annehmbar für beide Seiten – vorliegen. Dazu gehören vertrauensbildende Maßnahmen und der demonstrierte Wille dazu. Der Prozess kann nur erfolgreich sein, wenn er auch von den jüdischen und arabischen Gesellschaften getragen wird.

Die israelische Siedlungspolitik hatte in den Jahren 2019 und 2020 auch offiziell in den USA unter der Präsidentschaft von Donald Trump Akzeptanz gewonnen. Trump anerkannte die Annexion der Golanhöhen durch Israel und ließ die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen. Zudem sollte in einem „*Jahrhundertabkommen*“ eine Friedensordnung „*ganz nach dem Geschmack*“ des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu geschaffen werden:

„Die Palästinenser sollten höchstens einen Rumpfstaat mit limitierter Souveränität und einer Hauptstadt in einem östlichen Vorort von Jerusalem erhalten. Gleichzeitig nutzte Trump die ganze Macht der amerikanischen Außenpolitik, um die Normalisierung der

⁶⁰⁶ Ebenda.

⁶⁰⁷ Ebenda.

*diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Marokko, dem Sudan und Israel zu ermöglichen.*⁶⁰⁸

Die Nahostpolitik von US-Präsident Donald Trump

Donald Trump hatte während seiner Amtszeit als amerikanischer Präsident folgende Schritte in der US-Nahostpolitik umgesetzt bzw. angepeilt:⁶⁰⁹

- Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem und dessen Anerkennung als Hauptstadt von Israel (Frühjahr 2018); der Botschaftsumzug wurde zuvor in den USA auf gesetzlicher Ebene seit 1995 gefordert (alle sechs Monate – den Auflagen des Gesetzes folgend – wurde zuvor der Verzicht auf den Umzug unterschrieben);⁶¹⁰
- Anerkennung der Souveränität von Israel über die Golanhöhen (März 2019): „*Der militärische Sieg wurde in einen diplomatischen Sieg umgewandelt*“, sagte Israels damaliger Premierminister Netanyahu.⁶¹¹
- Anerkennung der jüdischen Siedlungen im Westjordanland und in Ost-Jerusalem (November 2019), die laut UNO als besetzte Gebiete gelten. Diese seien „*per se nicht unvereinbar mit internationalem Recht*“, postulierte der damalige US-Außenminister Michael Pompeo: „*Wir haben die Realität anerkannt*“. Dies werde, so Pompeo, den Friedensprozess vorantreiben, der seit langem stockt;⁶¹²
- sein im Januar 2020 vorgestellter Friedensplan für Palästina und Israel plädierte für die Errichtung eines palästinensischen Staates, doch müsste dieser demnach in Anerkennung israelischer Sicherheitsinteressen demilitarisiert bleiben;

⁶⁰⁸ Neue Zürcher Zeitung, Neue Stufe im Zermürbungskrieg, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 15.05.2021, S. 1.

⁶⁰⁹ Richard Haass, Present at the Disruption. How Trump Unmade U.S. Foreign Policy, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 24-34, hier S. 32.

⁶¹⁰ Thomas Seibert, Trump bricht Jerusalem-Tabu, in: Die Presse, 7./8.12.2017, S. 1.

⁶¹¹ Susanne Knaul, Thomas Vieregge, Natanjahu holt sich in USA Anerkennung der Golan-Annexion ab, in: Die Presse, 26.03.2019, S. 2.

⁶¹² Thomas Vieregge, „Der Tod der Zweistaatenlösung“, in: Die Presse, 20.11.2019, S. 3.

- Israel sollte demnach weiter die Verantwortung für die militärische Sicherheit westlich des Jordans tragen sowie die Souveränität über die Siedlungen jenseits der sogenannten „Grünen Linie“ erhalten;
- die Palästinenser sollten im Gegenzug dazu einige zusätzliche Landstriche erhalten, sollten sich jedoch von einer „massenhaften Rückkehr“ nach Israel verabschieden, den jüdischen Staat als solchen akzeptieren und auch schließlich dem Terror entsagen. Sollten die Palästinenser diesem Plan innerhalb von vier Jahren zustimmen, würden ihnen umfangreiche finanzielle und sonstige Hilfe aus den USA zugesagt. Der Plan wurde – wie zu erwarten – von der Palästinensischen Autonomiebehörde zurückgewiesen.⁶¹³

Besonders der Botschaftsumzug wurde in den USA u. a. von David Axelrod (ex-Berater von US-Präsident Barack Obama) und vom ehemaligen US-Spitzendiplomaten Nicholas Burns scharf kritisiert: Trump entzündete damit „ohne Not eine Lunte am Pulverfass Nabot“, so Axelrod, eine derartige Initiative sei „unverantwortlich“, gab Burns bekannt.⁶¹⁴ Eine sehr lange Zeit galt es als „unumstößliche Wahrheit, dass Friede zwischen Israel und den arabischen Staaten erst nach einer Lösung des palästinensisch-israelischen Konfliktes möglich sei“ – diese Ansicht teilte US-Präsident Trump nicht und wurde folglich von den Abraham-Abkommen „deutlich widerlegt“.⁶¹⁵ Diese Abkommen stellen eine „neue Qualität“ von Friedensabkommen in der Region dar, aus israelischer Sicht machte sich Trump somit „zum Schirmherrn eines Wandels in der Region, der für Israel von immenser Bedeutung ist.“⁶¹⁶

Die US-Regierung unter Präsident Joseph Biden verfolgt im Gegensatz zu seinem Vorgänger Donald Trump wieder das Ziel einer Zweistaatenlösung, „wenngleich mit wenig Ambition.“⁶¹⁷ Im Zuge des Endes des Ramadans betonte

⁶¹³ Florian Markl, Die Abraham-Abkommen. Ein Vermächtnis Donald Trumps, in: DAVID Nr. 129, Sommer 2021, S. 66-67, hier S. 66.

⁶¹⁴ Thomas Seibert, Trump bricht Jerusalem-Tabu, in: Die Presse, 7./8.12.2017, S. 1.

⁶¹⁵ Florian Markl, Die Abraham-Abkommen. Ein Vermächtnis Donald Trumps, in: DAVID Nr. 129, Sommer 2021, S. 66-67, hier S. 66.

⁶¹⁶ Ebenda.

⁶¹⁷ Thomas Vieregge, Die Telefondiplomatie des Antony Blinken, in: Die Presse, 18.05.2021, S. 2-3, hier S. 3.

US-Präsident Joseph Biden Mitte Mai 2021: „*Die Palästinenser und Israelis verdienen gleichermaßen ein Leben in Sicherheit und Geborgenheit.*“⁶¹⁸

⁶¹⁸ Ebenda

Das Verhältnis USA-Russland

Im März 2009 machte die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton ihrem russischen Kollegen Sergej Lawrow ein symbolisches Geschenk: eine gelbe Plastikbox mit einem roten Schaltknopf, auf dem das englische Wort „reset“ stand. Doch bei der russischen Bezeichnung war der US-Außenministerin ein Fehler unterlaufen. Statt „*Peresagruska*“ stand „*Peregruska*“, d. h. „überladen“. Diese Übersetzungspanne hatte unfreiwillig eine Metapher hervorgebracht, die für die gesamte Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern seit dem Ende des Kalten Krieges stehen könnte.⁶¹⁹ Das Verhältnis zwischen Russland und den USA verschlechterte sich vor allem nach der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 zunehmend und befindet sich derzeit auf einem noch nie dagewesenen Tiefpunkt seit dem Ende des Kalten Krieges. Russland versucht, seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Wladimir Putin im Jahr 2000 vermehrt seinen geopolitischen Einfluss in Europa und im Nahen und Mittleren Osten sowie auch in Afrika auszuweiten. 2005 bezeichnete Putin den Zusammenbruch der Sowjetunion als „größte geopolitische Katastrophe“ – zig Millionen Angehörige der russischen Volksgruppe befinden sich demnach außerhalb Russlands.⁶²⁰

Seit 2014 befinden sich die USA und die EU einerseits und Russland andererseits in einer seit dem Ende des Kalten Krieges noch nie zuvor gekannten politischen und wirtschaftlichen Sanktionsspirale. Dazu kommen auch von russischem Territorium ausgehende Cyberangriffe auf westliche Infrastruktur. So verhängte am 29. Dezember 2016 US-Präsident Barack Obama aufgrund von Cyberattacken gegen die USA Sanktionen gegen Russland und verwies 35 russische Diplomaten des Landes. „*The United States and friends and allies around the world must work together to oppose Russia’s efforts to undermine established international norms of behavior*“, so Obama.⁶²¹ Ende August 2017 erließ Washington die Order, bis Anfang

⁶¹⁹ Tony Wood, Russlands gefährliche Schwäche, in: *Le Monde diplomatique* (Deutsche Ausgabe), Mai 2017, S. 12-13, hier S. 12.

⁶²⁰ Samir Puri, *The Great Imperial Hangover. How Empires Have Shaped the World*, Atlantic Books, London 2021, S. 127.

⁶²¹ Neil MacFarquhar, Russia goes from U.S. foe to friend with Trump, in: *The New York Times International Edition*, 2.01.2017, S. 1 und 5, hier S. 1.

September 2017 drei russische Vertretungen in den USA zu schließen. Russlands Außenministerium warf den USA eine „*eklatante Verletzung des Völkerrechts*“ vor und ortete einen „*offen feindseligen Akt*“: betroffen von den erzwungenen Schließungen waren das Konsulat in San Francisco, die Handelsvertretung in Washington sowie eine Vertretung in New York. Die aus den geschlossenen russischen Vertretungen beschäftigten Diplomaten waren danach zum Teil in der russischen Botschaft in Washington eingesetzt.⁶²² Auslöser des Schlagabtausches waren Vorwürfe, dass Moskau sich gezielt zugunsten von Präsident Donald Trump in den US-Wahlkampf eingemischt habe, einerseits über direkte Kontakte zu Trumps Team, andererseits standen gezielte Hackerangriffe auf die Demokraten im Raum.⁶²³

US-Außenminister Michael Pompeo meinte zur US-Außenpolitik gegenüber Russland: „*Wir verfolgen die bisher härteste Politik gegenüber Russland aller US-Regierungen*“.⁶²⁴ Jedoch tauschte 2017 US-Präsident Trump hochverschlüsselte Informationen aus Israel mit dem russischen Außenminister während eines Treffens im *Oval Office* des Weißen Hauses aus. Zudem verkündete Trump im Dezember 2018, dass die USA aus Syrien abziehen würden – eine alte Forderung Russlands. Auch meinte Trump, dass die Sowjetunion Recht hatte, in Afghanistan 1979 einzumarschieren, die ganze Operation stand seiner Ansicht nach im Zeichen des Kampfes gegen den Terrorismus.⁶²⁵

US-Präsident Donald Trump und der Mueller-Bericht

US-Präsident Trump wurden stets überaus gute Beziehungen zu Russlands Präsidenten Putin nachgesagt. Als Trump am 14. Januar 2019 von Journalisten gefragt wurde, ob dieser für Russland arbeitet, antwortete er wie folgt: „*Not only did I never work for Russia, I think it's a disgrace that you even*

⁶²² Die Presse, Russische Vertretungen geschlossen, in: Die Presse, 4.09.2017, S. 3.

⁶²³ Ebenda

⁶²⁴ Burhard Bischof, Lahmendes Außenamt: Die vielen Versäumnisse des Mike Pompeo, in: Die Presse, 14.08.2020, S. 3.

⁶²⁵ The New York Times, Donald Trump. The Russia File, in: The New York Times International Edition, January 16, 2019, S. 14.

*asked that question, because it's a whole big fat hoax.*⁶²⁶ Am 9. Mai 2017 hatte Trump den damaligen Direktor des FBI, James Comey, mit sofortiger Wirkung entlassen – ausschlaggebend war Trumps Ärger über Comeys Ermittlungen wegen möglicher Absprachen zwischen Trumps Wahlkampfteam und Vertretern Russlands. Trump hatte nie anerkannt, dass die Attacke russischer Hacker auf den US-Wahlprozess 2016 tatsächlich geschehen war. Damals hatten russische Hacker versucht, über soziale Medien die in Amerika bestehenden gesellschaftlichen Trennungslinien zu verstärken – also etwa die Rassegegensätze zwischen Weiß und Schwarz oder die Differenzen bei Themen wie Waffen. Zudem hatte sich Russland *„sehr darum bemüht, durch die Veröffentlichung von gestohlenem Datenmaterial die Art und Weise zu beeinflussen, wie die Wähler über die Kampagne von Hillary Clinton denken sollen.“*⁶²⁷ Auch haben russische Hacker versucht, in etwa 20 Bundesstaaten der USA in den Besitz von Datenbanken der Wählerregistrierung zu gelangen. Trump hatte Putin diesbezüglich auch nicht kritisiert. Trump stand beim Gipfeltreffen in Helsinki 2018 neben Putin und trat mit Putin gegen die US-Geheimdienste und deren Erkenntnisse über die russische Einmischung in die US-Wahlen auf.⁶²⁸ Die New York Times berichtete im Januar 2019:

*„The Russian government interfered in the 2016 election in order to get Trump elected, of course. America's intelligence community agrees on that. The Special Council, Robert Mueller, is examining what happened before and after Election Day between the campaign and Mr. Putin's government.“*⁶²⁹

Im Sommer und Herbst 2016 hatte das FBI *„mit Alarm“* Wikileaks beobachtet, als es E-Mails der demokratischen Partei veröffentlichte. Das FBI leitete daraufhin ab, dass es sich dabei um von russischen Hackern

⁶²⁶ The New York Times, Donald Trump. The Russia File, in: The New York Times International Edition, January 16, 2019, S. 14.

⁶²⁷ Helmut L. Müller, „Trump ist ein chronischer Lügner“, in: Salzburger Nachrichten, 29.06.2019, S. 6.

⁶²⁸ The Washington Post, The Mueller Report, Simon & Schuster, London-New York-Sydney-Toronto-New Delhi 2019, S. 22.

⁶²⁹ The New York Times, Donald Trump: The Russia File, in: The New York Times International Edition, January 16, 2019, S. 14.

gestohlene E-Mails handelte.⁶³⁰ Der Sonderermittler Robert Mueller übernahm 2017 die Untersuchungen des FBI zu dieser Causa – „*sehr zum Unmut Trumps, der ihn umgehend feuern wollte, und der von seinen Beratern davon abgehalten wurde. Sein Mandat bestand vor allem darin, eine Einmischung von Russland in die US-Präsidentschaftswahl aus 2016 zu untersuchen.*“⁶³¹ Demnach hatte sich 2016 die Einheit 26165 des russischen militärischen Nachrichtendienstes GRU an die 30.000 persönliche E-Mails der damaligen Präsidentschaftskandidatin und Außenministerin Hillary Clinton angeeignet.⁶³² Nach dem Mueller-Report gebe es eine „*überwältigende Beweislast*“ gegen Donald Trump. Demnach habe sich Trump eines „*Fehlverhaltens*“ schuldig gemacht, als er vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij eine Einmischung in die US-Wahlen gefordert hatte. Trump hatte zudem die Untersuchung des Kongresses zu der Affäre stets behindert:

„Die fortgesetzte Anstiftung zu ausländischen Interventionen in den amerikanischen Wahlprozess stellt eine klare und akute Gefahr dar, dass der Präsident damit fortfahren will, die Macht seines Amtes für den persönlichen Nutzen zu missbrauchen“,

heißt es in dem Bericht.⁶³³ Auslöser der Affäre war ein Telefonat Trumps mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskij am 25. Juli 2019, in dem Trump angeregt hatte, die Ukraine solle Ermittlungen gegen den demokratischen Präsidentschaftsbewerber Joseph Biden und dessen Sohn Hunter wegen angeblicher Verwicklung in Korruption aufnehmen. Zugleich hatte Trump damit gedroht, Hilfsgelder für das ukrainische Militär zurückzuhalten. Trump wies jedoch alle Vorwürfe von sich und sprach von einer „*Hexenjagd*“ der Demokraten.⁶³⁴ Der Sonderermittler Robert Mueller brach im Mai 2019 sein Schweigen über die Russland-Causa Trumps wie folgt: „*Wenn wir uns sicher gewesen wären, dass der Präsident eindeutig*

⁶³⁰ The Washington Post, The Mueller Report, Simon & Schuster, London-New York-Sydney-Toronto-New Delhi 2019, S. 13f.

⁶³¹ Stefan Riecher, Thomas Vierегge, Robert Mueller brach sein Schweigen, in: Die Presse, 31.05.2019, S. 5.

⁶³² The Washington Post, The Mueller Report, Simon & Schuster, London-New York-Sydney-Toronto-New Delhi 2019, S. 107.

⁶³³ Die Presse, Beweislast gegen Donald Trump „überwältigend“, in: Die Presse, 4.12.2019, S. 7.

⁶³⁴ Ebenda.

keine Straftat begangen hat, hätten wir das gesagt.“ Doch würde das US-Gesetz klar vorsehen, dass einem amtierenden Präsidenten nicht der Prozess gemacht werden kann. Deshalb wäre es unseriös gewesen, Trump offiziell der Justizbehinderung zu bezichtigen.⁶³⁵ Moskau, so Mueller, habe jedoch eindeutig versucht, mit unlauteren Methoden das Ergebnis der Präsidentschaftswahl zu beeinflussen: *„Diese Behauptung verdient die Aufmerksamkeit jedes einzelnen Amerikaners“*, sagte Mueller – Trump hatte die Rolle Russlands in dieser Causa negiert. Vom Vorwurf der Verschwörung sprach der Sonderermittler Trumps Wahlkampfteam frei. Weder Präsident Trump noch jemand aus seinem näheren Umfeld hätten bewusst mit Russland kooperiert.⁶³⁶ Zudem sei es auch nicht Muellers Aufgabe gewesen, Trump als Präsidenten anzuklagen, sondern der Kongress.

Bereits Anfang 2020 warnten die US-Nachrichtendienste im Kongress vor einer russischen Einmischung in die US-Wahlen am 8. November 2020, die Donald Trump zur Wiederwahl hätte verhelfen sollen. Damit hatten diese aber die Wut des US-Präsidenten geweckt, der sogleich den geschäftsführenden Koordinator der 17 US-Nachrichtendienste, Joseph Maguire, entließ. Trump weist alle Berichte über die russische Einmischung in die US-Wahlen zurück und diskretitierte damit die Erkenntnisse diverser US-Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste.⁶³⁷

Die Rivalität in der Arktis

Sicherheits- und verteidigungspolitisch gilt Russland weiterhin als einer der größten Herausforderer der USA. Die Sorge der USA gilt in diesem Zusammenhang auch dem benachbarten arktischen Raum, den Russland für den Ausbau seiner militärischen Fähigkeiten nutzt sowie auch China, das diesen Raum im Zuge der *Neuen Seidenstraße*-Initiative der Kommunistischen Partei in Hinblick auf umfassende Investitionen in die Infrastruktur, verbunden mit der Sicherung von Rohstoffabbau, nutzen

⁶³⁵ Stefan Riecher, Thomas Vieregge, Robert Mueller brach sein Schweigen, in: Die Presse, 31.05.2019, S. 5.

⁶³⁶ Ebenda.

⁶³⁷ Burkhard Bischof, Trump sät Geheimdienst-Chaos, in: Die Presse, 22.02.2020, S. 6.

möchte.⁶³⁸ US-Präsident Trump machte daher Dänemark im August 2019 den Vorschlag, Grönland zu kaufen.⁶³⁹ Ein derartiges Ansinnen gab es seitens der USA bereits im Jahr 1867 unter Präsident Andrew Johnson. 1946 schlug Präsident Harry Truman der dänischen Regierung vor, Grönland für 100 Millionen US-Dollar zu erwerben mit dem Ziel, Grönland in einen großen Militärstützpunkt der USA auszubauen, der sich gegen die sowjetische Bedrohung richten sollte.⁶⁴⁰ Die USA errichteten auf Grönland die Militärbasis Thule – im Norden Grönlands, die während des Kalten Krieges an die 10.000 US-Soldaten zählte.⁶⁴¹

Die USA ist Mitglied des Arktischen Rates, der 1996 gegründet wurde und mit den USA folgende Mitgliedstaaten einschließt: Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Norwegen, Russland und Schweden.⁶⁴² Laut Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI vom März 2021 stammen 80 Prozent des russischen Erdgases sowie 17 Prozent der russischen Ölproduktion aus dem arktischen Raum.⁶⁴³ Diese Region könnte somit als Gesamtes als künftiger militärischer und wirtschaftlicher Konfliktraum zwischen rivalisierenden Mächten gesehen werden.⁶⁴⁴ Russlands Präsident Putin stellte 2014 während eines Treffens des Russischen Sicherheitsrates in der Arktis fest, dass der arktische Raum alle Aspekte der nationalen Sicherheit umfasst – militärisch, wirtschaftlich, technologisch, umweltpolitisch und ressourcenpolitisch.⁶⁴⁵ Im selben Jahr annektierte Russland die Krim. Die militärische Stärkung Russlands in der Arktis erweist sich als Teil der russischen Wirtschaftsstrategie. Im März 2021 fuhren drei russische Nuklear-U-Boote durch die Arktis, um den

⁶³⁸ Sebastian Sprenger, NATO's Northern Challenge, in: Defense News, April 2021, S. 10-11.

⁶³⁹ Alexis Bautzmann, Éditorial, in: Diplomatie No 102, Affaires stratégiques et relations internationales, Janvier-Février 2020, S. 3.

⁶⁴⁰ Ebenda.

⁶⁴¹ Julie Babin, Les États asiatiques dans l'Arctique, d'observateurs à acteurs engagés?, in: Diplomatie No 102, Affaires stratégiques et relations internationales, Janvier-Février 2020, S. 57-58, hier S. 57.

⁶⁴² Alexander Bratersky, Russia To Up Arctic Activity with Fresh Strategy, More Capability Test, in: Defense News, April 2021, S. 15.

⁶⁴³ Ebenda.

⁶⁴⁴ Ebenda.

⁶⁴⁵ Ebenda.

Sicherheitsanspruch Russlands in diesem Raum zu untermauern. Ebenso stehen Test von modernen russischen Kampfflugzeugen in der Arktis am Programm des russischen Militärs. 2019 wurde bekannt, dass Russland an die 19 Flugplätze in der Region Arktis errichten bzw. modernisieren ließ, der größte Flughafen befindet sich auf Franz-Josefs-Land. Zwar war die sowjetische Präsenz in der Arktis größer, jedoch baut Russland seine Stützpunkte in der Region weiterhin aus.⁶⁴⁶

Im Jahr 2008 unterzeichneten Kanada, Dänemark, Norwegen, Russland und die USA die Erklärung von Ilulissat mit dem Ziel, überlappende Ansprüche in der Arktis auf friedliche Art zu klären.⁶⁴⁷ 2013 erhielten China, Japan, Südkorea, Singapur und Indien einen Beobachterstatus im Arktischen Rat erhalten, Frankreich ist dort seit 2000 Beobachter. China bezeichnet sich seit 26. Januar 2018 als „*near Arctic State*“.⁶⁴⁸ 2019 betonte daraufhin der damalige US-Außenminister Michael Pompeo vor dem Arktischen Rat: „*Es gibt nur arktische Staaten und nicht-arktische Staaten, eine dritte Kategorie existiert nicht.*“⁶⁴⁹ Um rivalisierende Souveränitätsansprüche zu eliminieren, Seefahrtsrouten juristisch zu erfassen, die gemeinsame Ausbeutung von Rohstoffen zu erreichen sowie Fischerei in der Arktis zu regeln, schlagen Experten den Abschluss eines Arktis-Vertrages vor. Der Arktisrat könnte auch dahingehend ausgebaut werden, um einen Streitschlichtungsmechanismus zu schaffen, der wiederum dabei helfen könnte, Richtlinien zu kodifizieren betreffend Öl- und Gasförderung, den Kontinentalschelf zu kartografieren, ein Beobachtungsnetzwerk einzuführen, Navigationssysteme zu modernisieren sowie Verkehrsmanagement und Umweltschutz zu betreiben.⁶⁵⁰ Mit dem Ziel, die „*Governance der Meere*“ zu stärken, einschließlich der Arktis, könnten die USA – wie von den Präsidenten George H.W. Bush, Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama vorgeschlagen – der UN-Seerechtskonvention beitreten, die wiederum einen Mechanismus zur Streitschlichtung

⁶⁴⁶ Ebenda.

⁶⁴⁷ Stewart Patrick, *The Unruled World. The Case for Good Enough Global Governance*, in: *Foreign Affairs*, January/February 2014, S. 58-73, S. 68.

⁶⁴⁸ Ebenda.

⁶⁴⁹ Julie Babin, *Les États asiatiques dans l'Arctique, d'observateurs à acteurs engagés?*, in: *Diplomatie No 102, Affaires stratégiques et relations internationales*, Janvier-Février 2020, S. 57-58, hier S. 57.

⁶⁵⁰ Ebenda.

vorsieht.⁶⁵¹ Alle Staaten, die an den Arktischen Ozean angrenzen (mit Ausnahme der USA) sind Vertragsparteien der UN-Seerechtskonvention.⁶⁵² Die Arktis könnte in naher Zukunft eisfrei werden, dies würde nicht nur die Passage für sämtliche Schiffsüberquerungen öffnen, sondern auch die Ausbeutung von fossilen Brennstoffen am Meeresgrund ermöglichen. Sowohl die Nordostpassage (von Russland kommend) als auch die Nordwestpassage (die an der nördlichen Küstenlinie Kanadas verläuft) könnte für die Transportrouten zwischen Ostasien und Nordamerika sowie Europa sehr relevant werden. Der Arktische Ozean umfasst ca. 9,5 Millionen Quadratkilometer.⁶⁵³

Seit der Ukraine-Krise und den Sanktionen der USA gegen Russland sieht Moskau jedoch weniger Anlass, mit anderen Anrainerstaaten der rohstoffreichen Nordpolregion zusammenzuarbeiten. Seewege wie die Nordwest- und Nordostpassage gewinnen bei weniger Vereisung große strategische Bedeutung. So rammte im Jahr 2007 die Besatzung eines russischen U-Bootes am Nordpol eine Nationalflagge in den Meeresboden unter dem Eis. Russland betont seither, sein Festlandsockel erstrecke sich soweit, dass Russland letztlich die ganze Region für sich beanspruchen könnte. Es folgten jedoch Jahre der relativ friedlichen Kooperationen zwischen den im Arktischen Rat vertretenen Arktisanrainern.⁶⁵⁴ Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI rüstet Russland nun kräftig auf. Anfang April 2015 wurde bekannt, dass Russland Bauteile für eine Marineanlage auf der Inselgruppe Franz-Josefs-Land im Nordpolarmeer ausgeliefert hat. Die russische Armee hat Abwehrraketensysteme vom Typ *Panzir* stationiert, so der russische Generalmajor Kirill Makarow. Im März 2015 fand ein Großmanöver mit 40.000 Soldaten in der Arktischen See statt. Es gehe um den Schutz der „Nordflanke“ Russlands. Zudem ist Moskau bestrebt, auf der Insel Nowaja Semlja im Nordpolarmeer ein Frühwarnsystem zu errichten: „*Seit 2014 sind die Beziehungen zwischen den*

⁶⁵¹ Ebenda.

⁶⁵² The National Institute for Defense Studies Japan, East Asian Strategic Review 2011, The Japan Times, Tokyo, May 2011, S. 59.

⁶⁵³ Stewart Patrick, The Unruled World. The Case for Good Enough Global Governance, in: Foreign Affairs, January/February 2014, S. 58-73, S. 60f.

⁶⁵⁴ André Anwar, In der Arktis wird es politisch eisig, in: Salzburger Nachrichten, 25.04.2015, S. 5.

arktischen Anrainernationen in steigendem Maße durch den Ukraine-Konflikt belastet“, warnte Ekaterina Klimenko, SIPRI-Forscherin mit dem Schwerpunkt Arktisregion.⁶⁵⁵ Aufgrund der westlichen Sanktionen hat Moskau weniger Möglichkeiten, Fördermittel für Arktisprojekte zu bekommen. Die USA stünden nun vor einer strategischen Wahl. Einerseits könnten sie die arktische Zusammenarbeit so wie Kanada nutzen, um konstruktive Kanäle zu Russland offen zu halten. Oder sie könnten Unnachgiebigkeit demonstrieren und Russland ausgrenzen, so Klimenko. In diesem Fall stünden die vielen bereits erreichten friedlichen Formen der Zusammenarbeit der Anrainerstaaten auf dem Spiel. Auch die aufgeschobene Frage, welcher Nation welcher Teil des 26 Millionen Quadratkilometer großen Gebietes um den Nordpol gehört, könnte im ungünstigsten Fall nur durch militärische Präsenz entschieden werden. Derzeit wetteifern die Nationen noch mit rein wissenschaftlichen Messungen.⁶⁵⁶

Die Beibehaltung der Sanktionspolitik und weitere Differenzen

Russland stellt aus Sicht der USA aufgrund seiner „*aggressiven Taten*“ – von Hybridkriegsführung bis zu „*nuklearem Säbelrassehn*“ – eine besondere Herausforderung dar, jedoch soll die Tür für Russland offengelassen werden „*to get on the right side and work with the US and Europe on common challenges*.“⁶⁵⁷ Am 2. August 2017 setzte US-Präsident Trump neue Sanktionen (Grundlage: CAATS – *Countering America’s Adversaries Through Sanctions Act*) gegen Russland in Kraft, die zuvor vom US-Kongress mit großer Mehrheit verabschiedet worden waren. Das Repräsentantenhaus und der Senat hatten Ende Juli 2017 Strafmaßnahmen wegen mutmaßlicher russischer Hackerangriffe im US-Wahlkampf und der russischen Krim-Annexion beschlossen. Hätte Trump dieses Paket nicht unterschrieben, hätten seine politischen Gegner einen weiteren Beleg für seine angebliche Moskau-Nähe in der Hand gehabt. Donald Trump befand sich damals innenpolitisch aufgrund Moskaus mutmaßlicher Wahlkampfbeeinflussung und der Beschaffung von „*schwarzer PR*“ durch Donald Trump in einer

⁶⁵⁵ Ebenda.

⁶⁵⁶ Ebenda.

⁶⁵⁷ Ash Carter, US, Allies Will Deliver ‚A Lasting Defeat‘ to ISIL, in: Defense News, 14.12.2015, S. 12.

geschwächten Position. Dem Gesetz hängte er ein sogenanntes „*Signing Statement*“ an, das seine Bedenken über die Maßnahmen ausdrückt. Zuvor hatten die Abgeordneten sichergestellt, dass Trump die Sanktionen gegen Russland nicht ohne Zustimmung des Kongresses aufheben kann – für das Weiße Haus eine unangenehme Machtbeschränkung. Die US-Maßnahmen umfassen vor allem den Energiebereich, wobei Firmen aus Drittländern ebenso betroffen sind, vor allem Länder mit wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland wie Deutschland und Österreich.⁶⁵⁸ Am 2. November 2017 hatte das US-Außenministerium die neue Sanktionsliste gegen Russland vorgelegt. Sechs russische Nachrichtendienste und 33 Unternehmen finden sich darauf, die meisten aus dem Rüstungssektor, die nun Einschränkungen bei der Kreditvergabe erfahren. Das US-Außenministerium erfüllte somit die gesetzliche Vorgabe, die am 2. August 2017 unter dem Namen CAATS von Präsident Trump unterzeichnet worden war. Am 29. Januar 2018 trat diese in Kraft. Eine neue Ära der Sanktionen begann. US-Bürgern waren zuvor Kooperationen mit und Investitionen in russische Offshore-Ölprojekte untersagt worden, seither auch in ausländische Projekte, sofern sanktionierte russische Betriebe an ihnen mehr als 33 Prozent halten. Betroffen davon sind Projekte in Norwegen oder in Mexiko und damit auch solche der Österreichischen Mineralölverwaltung (OMV), die in Norwegen Assets an Gazprom verkaufen wollte.⁶⁵⁹ Die neuen US-Sanktionen sehen vor, dass nicht nur die sanktionierten russischen Konzerne mit Strafmaßnahmen bedroht werden, sondern auch ihre internationalen Handelspartner, so sie substantielle Geschäfte mit Russland betreiben und gleichzeitig welche in den USA haben. Im CAATS-Plan sind ebenso der Eisenbahn-, Transport-, Metallurgie- und Bergbausektor genannt.⁶⁶⁰

Mitte Juni 2021 ging das erste russisch-amerikanische Gipfeltreffen seit drei Jahren zumindest ohne Eklat über die Bühne. Russlands Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Joseph Biden vereinbarten eine „*diplomatische Annäherung*“. Präsident Putin eröffnete das bilaterale Treffen in Genf damals mit folgenden Worten: „*In den russisch-amerikanischen*

⁶⁵⁸ Die Presse, US-Präsident unterzeichnet Sanktionen gegen Moskau, in: Die Presse, 3.08.2017, S. 7.

⁶⁵⁹ Eduard Steiner, Neue US-Geschütze gegen Moskau, in: Die Presse, 3.11.2017, S. 12.

⁶⁶⁰ Ebenda.

*Beziehungen haben sich viele Fragen angehäuft, die eine Diskussion auf höchster Ebene erfordern.*⁶⁶¹ Der Ton zwischen den Regierungen beider Länder war zuvor so feindselig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Beide Seiten „*versuchen einander nach Kräften zu schaden*“ – die USA mit Wirtschaftssanktionen gegen Russland, Russland dagegen mit „*Quertreibereien auf regionalen Schauplätzen und Hackerangriffen in den USA.*“⁶⁶² Biden und Putin sprachen in Genf danach über „*konstruktive Gespräche ohne Feindseligkeiten*“, zumal Biden Monate zuvor Putin einen „*Mörder*“ („*killer*“) genannt hatte und Putin den russischen Botschafter daraufhin aus Washington abgezogen hatte.⁶⁶³ Zudem äußerte sich Biden damals in Hinblick auf angebliche Einmischungen Russlands (nach Ansicht der US-Geheimdienste)⁶⁶⁴ auf die US-Präsidentenwahl im November 2020: „Er (Anmerkung des Autors: Putin) wird einen Preis bezahlen.“⁶⁶⁵ In Genf vereinbarten beide Politiker:

- Die Rückkehr ihrer jeweiligen Botschafter in die jeweiligen Länder, dadurch wurden Schritte korrigiert, die im Frühjahr 2021 im Zuge heftiger Querelen erfolgt waren.
- Die Aufnahme von Konsultationen auf Expertenebene zu Fragen der Cybersicherheit sowie von Verhandlungen über mögliche neue Verträge zur Begrenzung der Nuklearwaffenrüstung.

Inhaltlich fielen keine Vorentscheidungen, der bilaterale Gipfel in Genf „*war bestenfalls ein Anstoß zu neuen Verhandlungen.*“ Die Möglichkeit besteht weiterhin, dass die bereits vereinbarten Gespräche und deren Ergebnisse an denselben Hindernissen scheitern werden wie auch in der Vergangenheit.

⁶⁶¹ Andreas Rüesch, Der Gipfel der „roten Linien“, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 18.06.2021, S. 1.

⁶⁶² Ebenda.

⁶⁶³ Frage des Senders ABC News an US-Präsident Biden, ob Putin ein Mörder sei, Biden daraufhin: „*Das tue ich.*“ Aus: Philipp Albrechtsberger, Schwerer Konflikt zwischen Biden und Putin, in: Kurier, 18.03.2021, S. 7.

⁶⁶⁴ Moskau habe den Ausgang der Wahlen beeinflussen und Unfrieden säen wollen, hieß es in einem am 16. März 2021 von Geheimdienstkoordinatorin Avril Haines veröffentlichten Bericht. Der Kreml wies den Bericht zurück. Aus: Philipp Albrechtsberger, Schwerer Konflikt zwischen Biden und Putin, in: Kurier, 18.03.2021, S. 7.

⁶⁶⁵ Ebenda.

Putin wendet wiederholt seine gewöhnliche Taktik an, jegliche unangenehmen Fragen über sein Regierungssystem umzudrehen und auf angeblich vergleichbare Missstände in den USA hinzuweisen („*Whataboutism*“). Putin konterte in Hinblick auf die Verfolgung Oppositioneller damit, dass in den USA die am Sturm auf das Kapitol Beteiligten aufgrund ihrer politischen Gesinnung zu Hunderten strafrechtlich belangt werden.⁶⁶⁶ Biden betonte, er habe Putin klargemacht, dass russische Übergriffe Gegensanktionen aus den USA zur Folge hätten. Eine klare „*rote Linie*“ zog Biden, indem er Putin eine Liste von 16 bedeutenden Infrastrukturbereichen in den USA übermittelte, die unter keinen Umständen Ziel russischer Hackerangriffe werden dürfen.⁶⁶⁷ Weltweit, so auch in den USA, ereigneten sich vermehrt Hacker- bzw. sogenannte *Ransomware*-Angriffe, so auch im Mai 2021 auf den Konzern Colonial Pipeline. Das Pipelinesystem zwischen dem Golf von Mexiko und New York war unterbrochen, nach fünf Tagen konnte am 12. Mai 2021 der Betrieb wiederaufgenommen werden. Fast fünf Millionen US-Dollar in Kryptowährung wurden damals an die Hacker übermittelt.⁶⁶⁸

Russland hatte im ersten Halbjahr 2021 eine Liste „*unfreundlicher Staaten*“ erstellt. Diese Liste enthält auch Staaten wie die USA und die Tschechische Republik, denen es untersagt ist, in Russland sogenannte Ortskräfte (wie Haustechniker, Fahrer, Köche) zu beschäftigen. Ohne diese Ortskräfte sind auch viele Dienstleistungen nicht mehr möglich. Die Liste wird bei Bedarf angepasst. Die US-Botschaft in Moskau stellte klar, dass sie für die eigenen Bürgerinnen und Bürger nur noch im Notfall konsularische Dienste erbringen kann.⁶⁶⁹ Der Sprecher von Präsident Putin, Dmitri Peskov, schloss einen Tag vor Beginn des bilateralen Treffens Biden-Putin einen Neustart der amerikanisch-russischen Beziehungen kategorisch aus. Peskov nahm dabei Bezug auf die Bemühungen unter Präsident Dmitri Medwedew vor dem Jahr 2014, der mit US-Präsident Obama versuchte, das russisch-amerikanische Verhältnis auf eine neue Basis zu stellen und dabei

⁶⁶⁶ Andreas Rüesch, Der Gipfel der „roten Linien“, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 18.06.2021, S. 1.

⁶⁶⁷ Ebenda.

⁶⁶⁸ Neue Zürcher Zeitung, Pipeline nach Zahlung von Lösegeld wieder in Betrieb, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 15.05.2021, S. 20.

⁶⁶⁹ Markus Ackeret, Russland erprobt eine neue diplomatische Waffe, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 19.05.2021, S. 5.

scheiterte: „Seither ist in Russland die Überzeugung gereift, eine wirklich ‚soveräne‘ Großmacht dürfe nicht zugunsten einer freundlichen Atmosphäre in den internationalen Beziehungen ihre Interessen relativieren und die Mittel beschränken, die sie zu deren Durchsetzung einzusetzen bereit ist.“ Je mehr Mächte also auf ihren Standpunkten beharren, umso besser, schrieb der Politikwissenschaftler Timofei Bordatschow vom staatsnahen Thinktank Waldai-Klub.⁶⁷⁰

⁶⁷⁰ Markus Ackeret, Russland hegt keine Illusionen. Moskaus Erwartungen in das Gipfeltreffen der Präsidenten Putin und Biden sind nur gering, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 17.06.2021, S. 3.

Kuba

Im Jahr 1959 stürzten die Revolutionäre unter der Führung von Fidel Castro den damaligen Machthaber Fulgencio Batista und etablierten einen sozialistischen Staat. 1961 brachen die USA die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab. Die Invasion in die Schweinebucht durch Exilkubaner scheiterte. 1962 verhängten die USA ein komplettes Wirtschaftsembargo nach einem Streit „*that began precisely because Fidel Castro expropriated American oil companies that had refused to process Soviet crude.*“⁶⁷¹ Über 50 Jahre später sollten sich die amerikanisch-kubanischen Beziehungen wieder schrittweise verbessern. 2014 kündigten die Präsidenten Barack Obama und Raúl Castro nach zwei Jahren geheimen Verhandlungen eine schrittweise Normalisierung der bilateralen Beziehungen an und läuteten so wieder eine diplomatische Annäherung beider Regierungen ein.⁶⁷² 2015 eröffnete das US-Außenministerium nach 54 Jahren seine Botschaft in Havanna. Am 16. Februar 2016 vereinbarten beide Staaten die Wiederaufnahme des kommerziellen Flugverkehrs.⁶⁷³ US-Bürger dürfen nun in das für sie jahrzehntelang verbotene Land zumindest eingeschränkt einreisen. Der Tourismus ist für viele Kubaner die einzige ernsthafte Einnahmequelle. Die Getränkemarke „Coca-Cola“ ist bereits über den Umweg über Mexiko auf Kuba erhältlich – trotz des Embargos. Aus kubanischer Sicht erweist sich Guantánamo nach wie vor als ein illegaler Marinestützpunkt der USA. Die völlige Abschaffung der *Blockade*, wie die inzwischen aufgeweichten Sanktionen auf Kuba genannt werden, scheidet weiterhin insbesondere an den Republikanern im US-Kongress.⁶⁷⁴

Als erster US-Präsident seit der kommunistischen Machtergreifung auf Kuba reiste Obama am 21. und 22. März 2016 nach Havanna. Obamas stellvertretender Sicherheitsberater Ben Rhodes wies damals darauf hin, dass mit dem kubanischen Regime weiterhin ernste Differenzen bestehen,

⁶⁷¹ Frances Robles, Next step in U.S.-Cuba ties, in: International New York Times, 15.12.2015, S. 2.

⁶⁷² Neue Zürcher Zeitung, Obama plant Kuba-Reise, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 20.02.2016, S. 6.

⁶⁷³ Ebenda.

⁶⁷⁴ Bernadette Bayrhammer, Die Amerikaner kommen, in: Die Presse am Sonntag, 15.11.2015, S. 39.

so vor allem bei den Menschenrechten und politischen Freiheiten.⁶⁷⁵ Nach Angaben des US-Außenministeriums hatte als letzter US-Präsident im Amt Calvin Coolidge im Januar 1928 Kuba besucht. Präsident Harry Truman reiste 1948 in die von den USA kontrollierte Bucht von Guantánamo, der frühere US-Präsident Jimmy Carter war mehrmals auf Kuba, jedoch erst nach dem Ende seiner Präsidentschaft.⁶⁷⁶ US-Präsident Donald Trump hatte den historischen Deal von Obama mit Kuba jedoch wieder rückgängig gemacht, diese „*einseitige Vereinbarung werde sofort aufgehoben*“, so Trump am 16. Juni 2017.⁶⁷⁷ Trump rückte somit von einer entspannteren Kuba-Politik seines Vorgängers Obama wieder ab, strengere Handels- und Reisebestimmungen nach Kuba wurden seitens Trumps mit der Verschlechterung der Menschenrechtssituation im Land selbst begründet. Individualreisen nach Kuba sind für Amerikaner nicht mehr gestattet, so sollen die Geldflüsse an jene kubanischen Firmen eingeschränkt werden, die den kubanischen Sicherheitskräften gehören, hier vor allem der *Grupo de Administración Empresarial (GAESA)*. Diese Einrichtung gehört der kubanischen Armee.⁶⁷⁸ Die diplomatischen Beziehungen mit Havanna bleiben weiterhin aufrecht, ebenso die kommerziellen Flug- und Schiffsverbindungen zwischen den USA und Kuba. US-Amerikaner können weiterhin unter bestimmten Bedingungen nach Kuba reisen, etwa wenn sie Familienmitglieder besuchen oder an einem kulturellen, religiösen oder akademischen Austauschprogramm teilnehmen. Trumps Regierung schaffte nur die Möglichkeit ab, dass Amerikaner sich selbst einen Bildungsaufenthalt auf Kuba organisieren können, ohne jedoch über einen Reiseanbieter zu gehen. Derartige, unter dem Schlagwort „*People to People*“ bekannt gewordene Reisen hatte die Obama-Regierung 2016 erlaubt.⁶⁷⁹

⁶⁷⁵ Neue Zürcher Zeitung, Obama plant Kuba-Reise, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 20.02.2016, S. 6.

⁶⁷⁶ Ebenda.

⁶⁷⁷ Die Presse, Trump erneuert Restriktionen für Kuba-Reisen, in: Die Presse, 17.06.2017, S. 6.

⁶⁷⁸ The Guardian, Trump tightens the rules on Cuba links, in: The Guardian Weekly, 23.06.2017, S. 11.

⁶⁷⁹ Die Presse, Trump erneuert Restriktionen für Kuba-Reisen, in: Die Presse, 17.06.2017, S. 6.

Die Skepsis gegenüber internationalen Abkommen

Kompromisse mit unfreien Staaten, oder innerhalb internationaler Rüstungskontrollabkommen zu schließen stießen in den USA meist auf Ablehnung. Der deutsche Politikwissenschaftler Ernst-Otto Czempiel stellte fest, dass besonders unter der Amtszeit von George W. Bush die Rüstungskontrolle *„als kooperativ gehandhabte Teilweltordnung im US-Kongress schon seit längerem auf zunehmende Skepsis gestoßen war. Trotzdem hätten die Präsidenten daran festgehalten.“*⁶⁸⁰ George W. Bush war der erste amerikanische Präsident, *„der kooperative Vereinbarungen in der Rüstungskontrolle gegen eine unilaterale Sicherheitsgewährleistung ersetzen wollte.“*⁶⁸¹ Politisch operativ unterstrich Bush diese Haltung und stieg aus einer Reihe geplanter bzw. bereits bestehender Abkommen aus – wie aus dem Vertrag zur Kontrolle des weltweiten Kleinwaffenhandels und dem Vertrag zur Ächtung von Landminen sowie den Konventionen über biologische und chemische Waffen. Zudem folgte 2002 der Ausstieg aus dem ABM-Vertrag (*Anti-Ballistic Missile Treaty* aus 1972), einem Abkommen zur Reduktion der Raketenabwehrsysteme zwischen den USA und Russland (zuvor der damaligen Sowjetunion)⁶⁸²

Noch Ende der 1960er-Jahre waren sich Washington und Moskau aus russischer Sicht einig, dass zwei wesentliche Bedingungen notwendig seien, um die nukleare Konfrontation zu verringern: die Begrenzung des strategischen Atomwaffenarsenals und der Raketenabwehrsysteme: *„Ausgleichende Sicherheit, so die Überlegung, kann es nur bei Verkürzung der Speere und gleichzeitiger Verkleinerung der Schilder geben. Wer eine der beiden Arsenale einseitig für sich behalten oder ausbauen würde, gewänne die strategische Überlegenheit.“*⁶⁸³ Bereits unter US-Präsident Ronald Reagan hinterfragten die

⁶⁸⁰ Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Außenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43, S. 13.

⁶⁸¹ Ebenda.

⁶⁸² Ebenda.

⁶⁸³ Reinhard Löser, Raketenabwehr: Der Start des Systems verärgert Russland. Das Gleichgewicht einseitig aufgehoben, in: Russland Heute. Eine Beilage des Rossijskaja Gaseta Verlags, Moskau, 6.06.2012, S. 2.

USA diesen Zusammenhang und hatten 1983 „den *Verteidigungsaspekt von der Reduzierung der Angriffsraketen*“ abgekoppelt und folglich die Idee der *Strategic Defense Initiative (SDI)* entwickelt: „Das ging gegen alle Abmachungen, seither schwelt der Streit.“⁶⁸⁴ Das *SDI*-Projekt wurde mit dem Zerfall der Sowjetunion auf Eis gelegt, doch mit dem 11. September 2001 griffen die USA unter Präsident George W. Bush dieses Thema wieder auf. Bush kündigte im Dezember 2001 einseitig den ABM-Abrüstungsvertrag und drängte auf die Entwicklung des Raketenschutzschildes als „*Nachfolger der SDI*“: „*Formell war dies kein Vertragsbruch.*“⁶⁸⁵ Aus russischer Sicht bedeutet dieser Schritt eine „*Verwirklichung des militärischen Hegemonieanspruchs. Russland und China, vielleicht auch Indien und Pakistan wird damit signalisiert, wo ihre Grenzen sind.*“⁶⁸⁶

Nach dem *No* zum *Kyoto*-Protokoll⁶⁸⁷ und zur Kleinwaffenbeschränkung hatten die USA am 25. Juli 2001 einer weiteren internationalen Initiative eine Absage erteilt: Vor der UN-Abrüstungskonferenz in Genf lehnten die USA den in über sechsjährigen Verhandlungen erarbeiteten Kontrollmechanismus für das Verbot biologischer Waffen ab. Der Entwurf gefährde demnach „*die Sicherheit der USA*“ sowie die „*berechtigten kommerziellen Interessen*“ amerikanischer Biotechnologie-Unternehmen, so Washingtons damaliger Chefunterhändler Donald Mahley.⁶⁸⁸ Alle anderen 55 Mitglieder der UN-Abrüstungskonferenz hatten dem Entwurf für die Kontrolle von B-Waffen zugestimmt. Russland, China, Iran und Pakistan hatten damals sogar ihre Bedenken aufgegeben. Washingtons Haupteinwände richteten sich gegen die jährliche Berichtspflicht jedes Landes über – potenziell militärisch nutzbare – biologische Forschungsprogramme sowie gegen Kontrollen von Labors und Fabriken durch ausländische Inspektoren. Die USA unterhielten, so Mahley, Forschungsprogramme zur Entwicklung von Impfstoffen gegen B-Waffen, deren strengste Geheimhaltung nicht gefährdet werden sollte. Zudem

⁶⁸⁴ Ebenda.

⁶⁸⁵ Ebenda.

⁶⁸⁶ Ebenda.

⁶⁸⁷ US-Präsident Bill Clinton hielt noch am *Kyoto*-Protokoll fest. The White House, A National Security Strategy for a global age, December 2000, S. II.

⁶⁸⁸ Andreas Zumach, US-Veto gegen Kontrolle des Verbots für B-Waffen, in: Die Presse, 26.07.2001, S. 4.

befürchtet Washington Industriespionage bei zivilen Biotech-Unternehmen. Die 1972 in der UN-Abrüstungskonferenz vereinbarte B-Waffenkonvention trat 1975 in Kraft. Sie verbietet die „*Entwicklung, Produktion und Lagerung von biologischen Waffen*“. Der Einsatz derartiger Waffen wurde bereits im Genfer Giftgasprotokoll von 1925 verboten. Verhandlungen über Verifikationsmechanismen begannen 1995, nachdem Beweise auf dem Tisch lagen, dass der Irak – ein Unterzeichnerstaat des Protokolls – in den 1980er-Jahren B-Waffen entwickelt hatte.⁶⁸⁹

Die USA unter Präsident Donald Trump setzten sich nun neu zum Ziel, internationale Wirtschaftsabkommen zu hinterfragen und auch aus älteren Übereinkommen auszutreten. So wies Donald Trump in seiner Antrittsrede als 45. US-Präsident vor dem Kapitol im Januar 2017 auf Folge Lage der USA aus seiner Sicht hin:

„For many decades, we’ve enriched foreign industry at the expense of American industry, subsidized the armies of other countries while allowing for the very sad depletion of our military. We’ve defended other nation’s borders while refusing to defend our own. And spent trillions and trillions of dollars overseas while America’s infrastructure has fallen into disrepair and decay. We’ve made other countries rich while the wealth, strength, and confidence of our country has dissipated over the horizon. [...] From this day forward, it’s going to be only America first.“⁶⁹⁰

Demnach hatte sich Präsident Donald Trump von der Idee der Förderung des weltweiten Freihandels verabschiedet, der Abschluss weltweiter Freihandelsabkommen wie der Trans-Pazifischen Partnerschaft (TPP) sowie TTIP waren von Trump nicht mehr vorgesehen. Dazu kommt, so der ehemalige Außenminister John Kerry, dass die USA wirtschaftlich eine „*wachsende Lücke*“ zwischen „*Soll und Haben*“ aufweisen: Viele Menschen in den USA sind der Auffassung, dass sie nicht mehr an den positiven Auswirkungen der Globalisierung beteiligt sind:

⁶⁸⁹ Ebenda.

⁶⁹⁰ Richard Haass, Present at the Disruption. How Trump Unmade U.S. Foreign Policy, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 24-34, hier S. 26.

*„So people are angry. Their lives are not what they were before. Their purchasing power has gone down. In many cases, their income has gone down even if they have a job. Some people have lost jobs at an age in life when it's really hard to get another one.“*⁶⁹¹

Das landesweite Misstrauen gegenüber der politischen Elite in den USA stieg in den letzten Jahren vor Trumps Amtszeit bereits exorbitant an. Dieses Misstrauen richtete sich jedoch auch gegen geplante Freihandelsabkommen, obwohl TPP beabsichtigte, gemeinsame Arbeitstandards, Umweltstandards und die Rechte der Arbeitnehmer in den betroffenen Ländern dadurch zu stärken.⁶⁹² Trump bekannte sich zu den amerikanischen Sozialwerken *Social Security* und *Medicare*, stellte jedoch dem wirtschaftsliberalen Credo der Reagan-Ära seine Parole „*America First*“ entgegen. Die amerikanischen Unternehmen sollten in der Folge nicht mehr dort produzieren, wo diese die besten Resultate erzielen, sondern in den USA, wo sie der US-Wählerschaft deren Arbeitsplätze sichern sollten.⁶⁹³

Innerhalb der UNO sind die USA mit Abstand der weltweit größte Beitragszahler. Die USA kamen 2017 bereits etwa für ein Viertel der UN-Gesamtkosten und weit mehr für die bestehenden 15 UN-Friedenseinsätze auf. Im März 2017 erhielt das US-Außenministerium von Donald Trump den Auftrag, den Beitrag der USA zur UNO um 10,1 Milliarden US-Dollar und somit um 28 Prozent zu drosseln.⁶⁹⁴ Die USA standen stets skeptisch zu multinationalen Abkommen, die die Interessen der USA gefährden könnten. In diesem Zusammenhang schrieb der Politikwissenschaftler David Kaye im Jahr 2013, dass der US-Senat multilaterale Abkommen in einer Art und Weise ablehnt, die mit sportlichen Maßstäben vergleichbar wären.⁶⁹⁵ Laut US-Verfassung benötigt es gerade einmal ein Drittel der Stimmen der Senatoren, um einen Vertrag abzulehnen. So hatten zwar die

⁶⁹¹ Jonathan Tepperman, *The Envoy. A Conversation With John Kerry*, in: *Foreign Affairs*, November/December 2016, S. 56-64, S. 60.

⁶⁹² Ebenda, S. 61.

⁶⁹³ Peter Winkler, *Biden will Reagans Erbe demontieren*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.05.2021, S. 3.

⁶⁹⁴ *The Economist*, *America and the world: US vs UN*, in: *The Economist*, 25.03.2017, S. 54 und 55, hier S. 54.

⁶⁹⁵ David Kaye, *Stealth Multilateralism. U.S. Foreign Policy Without Treaties – or the Senate*, in: *Foreign Affairs*, September / October 2013, S. 113-124, hier S. 113.

USA eine Führungsrolle in internationalen Organisationen und Institutionen inne, jedoch blockierte der Senat stets Verträge und Abkommen, die einer umfassenden Wahrnehmung der USA bei der Umsetzung der unangefochtenen Umsetzung ihrer globalen Führungsrolle in multilateralen Organisationen und in deren Gremien diametral gegenüberstand. Kaye beschrieb diesen Zustand als „*Stealth multilateralism*“ der USA:

„*Using a patchwork of political and legal strategies, the United States has learned how to respond to the global problems that are pulling it into the world even as Senate Republicans are trying to hold it back.*“⁶⁹⁶

Als Beispiel sei hier die UN-Seerechtskonvention (*UNCLOS – UN Convention on the Law of the Sea*) aus 1982 genannt, in der das Gewohnheitsrecht für Staaten in Hinblick auf die staatliche Souveränität auf See sowie die Seerechte in den Bereichen Durchfahrt und Wirtschaftsrechte definiert wurde. Obwohl der Senat dieses Abkommen stets ablehnte, betrachteten die USA den Großteil dieses Abkommens und des darin reflektierten Gewohnheitsrechts als bindend.⁶⁹⁷ 2009 begann die damalige US-Regierung unter Präsident Obama, an den jährlichen Treffen des noch nicht in Kraft getretenen *Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty (CTBT)* – dieser wurde 1999 vom Senat abgelehnt – teilzunehmen. Die US-Führung hatte seit 1998 Millionen an US-Dollar für die Finanzierung des CTBT-Nuklearbeobachtungsmechanismus bereitgestellt.⁶⁹⁸

2002 unterzeichnete Präsident George W. Bush den „*American Service Member’s Protection Act*“, der es den USA seither verbietet, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zu kooperieren, zudem gab sich die US-Führung selbst das Recht, „*to use all means necessary and appropriate to rescue Americans held by the court.*“ So bekam dieses Gesetz den Spitznamen „*The Hague Invasion Act*“.⁶⁹⁹ Bis 2005 schien es sogar die US-Führung darauf ankommen zu lassen, diesen Gerichtshof zu Fall zu bringen.⁷⁰⁰ Jedoch

⁶⁹⁶ Ebenda, S. 115.

⁶⁹⁷ Ebenda, S. 115f.

⁶⁹⁸ Ebenda, S. 119.

⁶⁹⁹ Ebenda, S. 120.

⁷⁰⁰ Ebenda.

begannen die USA, nachdem der damalige US-Außenminister Colin Powell die Massentötungen in der Darfur-Region (Sudan) als Genozid bezeichnete, die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes für derartige Fälle anzuerkennen. Nach Monaten von Verhandlungen stimmte US-Präsident George W. Bush damals dann zu, dass für den Darfurkonflikt durch eine UN-Sicherheitsresolution die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes anerkannt wird.⁷⁰¹

2001 verkündete die damalige Sicherheitsberaterin von US-Präsident Bush, Condoleezza Rice, gegenüber europäischen Diplomaten, dass „*Kyoto tot sei*“ (sie bezog sich auf das damalige Klimaabkommen) – somit brachte sie das Desinteresse der US-Führung am Verhandlungsprozess für ein nachhaltiges Klimaabkommen innerhalb der Vereinten Nationen (*UN Framework Convention on Climate Change – UNFCCC*) zum Ausdruck.⁷⁰² Weitere US-Präsidenten setzten diese Tradition US-amerikanischer Außenpolitik fort und stellten ebenso sämtliche internationale Abkommen und Postenbesetzungen in internationalen Organisationen in Frage. 2016 blockierte die Regierung unter US-Präsident Barack Obama über einen Zeitraum von sechs Monaten die Neubesetzung eines Richterpostens der WTO-Berufungskammer, um ihrer Unzufriedenheit mit vorausgehenden Entscheidungen eines Mitglieds des Gremiums Ausdruck zu verleihen.⁷⁰³ Zum Beispiel hatte die EU damals diesen Schritt von US-Präsident Obama als „*beispiellos*“ kritisiert und sah darin eine „*ernste Bedrohung für die Unabhängigkeit/Unparteilichkeit der Berufungskammer*“.⁷⁰⁴ Trump hatte während seiner Amtszeit damit gedroht, die WTO zu verlassen und beklagte, dass die Volksrepublik China weiterhin als Entwicklungsland eingestuft wird, was wiederum die USA benachteiligen würde: „*Wir werden gehen, wenn es sein muss. Sie haben uns jahrelang übers Ohr gebauen, und das wird nicht erneut geschehen*“,

⁷⁰¹ Ebenda.

⁷⁰² Ebenda, S. 121.

⁷⁰³ Robert Himsl, Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA unter Präsident Donald J. Trump und ihre Auswirkungen auf die Europäische Union: Betrachtungen der Beziehungen der USA zu internationalen Organisationen und des Austritts der USA aus internationalen Verträgen, Master Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang „International Relations“, Department für Rechtswissenschaften und internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems 2021, S. 50.

⁷⁰⁴ Ebenda.

so Trump bei einer Rede im August 2019 in einer Chemiefabrik in Pennsylvania. Im Juni 2017 begannen die US-Vertreter bei der WTO in Genf, die Einleitung eines Auswahlverfahrens für neue Mitglieder des Berufungsgremiums der WTO zu blockieren.⁷⁰⁵ Ebenso verhinderte die Trump-Administration 2016, die Nachfolge im WTO-Streitbeilegungsmechanismus (*Appellate Body*) zu garantieren – so blieb die Anzahl der Richter unter dem erforderlichen Quorum.⁷⁰⁶ Ende 2019 war die eigentlich mit sieben Juristen besetzte Berufungsinstanz auf drei Richter geschrumpft. Kleiner durfte das Gremium nicht sein, um Entscheidungen treffen zu dürfen.⁷⁰⁷ Mit 11. Dezember 2019 endete auch die Amtszeit von zwei weiteren Schiedsrichtern des zuletzt nur noch drei Personen umfassenden WTO-Streitbeilegungsmechanismus, sodass die WTO einige Zeit handlungsunfähig war. Zudem verwehrte die US-Regierung Trump der WTO sämtliche Zahlungen für die Finanzierung dieses Berufungsgremiums.⁷⁰⁸ Trump warf den Richtern vor, ihre Kompetenzen zu überschreiten und in die nationale US-Gesetzgebung einzugreifen. Zudem dauerten die Verfahren viel länger als die vorgesehenen 90 Tage, so Trump, daraus leitete er ab: die hohen Gehälter verführten die Richter dazu, die Fälle in die Länge zu ziehen.⁷⁰⁹ Im Oktober 2020 hatten die USA noch die Wahl einer neuen Generaldirektorin verhindert, die notwendig gewesen wäre, da WTO-Chef Roberto Azevedo Ende August 2020 zurückgetreten war. Schon während der Amtszeit von US-Präsident Biden setzte sich am 5. Februar 2021 Ngozi Okonjo-Iwaela (Ex-Finanzministerin aus Nigeria) im Rennen um den Chefposten in der WTO durch.⁷¹⁰

⁷⁰⁵ Ebenda, S. 51.

⁷⁰⁶ Jessica T. Mathews, Present at the Re-creation? U.S. Foreign Policy Must Be Remade, Not Restored, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 10-16, hier S. 12.

⁷⁰⁷ Johannes Ritter, Alarmstufe rot für den Welthandel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.12.2019, S. 17.

⁷⁰⁸ Robert Himsł, Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA unter Präsident Donald J. Trump und ihre Auswirkungen auf die Europäische Union: Betrachtungen der Beziehungen der USA zu internationalen Organisationen und des Austritts der USA aus internationalen Verträgen, Master Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang „International Relations“, Department für Rechtswissenschaften und internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems 2021, S. 51.

⁷⁰⁹ Ebenda, S. 52.

⁷¹⁰ Ebenda.

Streitpunkte: Subventionen und Strafzölle

Im Oktober 2004 begann der längste Streit, der jemals vor der WTO ausgefochten worden ist. Die USA und die EU hatten sich gegenseitig beschuldigt, ihre jeweiligen Flugzeugbauer *Boeing* und *Airbus* über Gebühr mit enormen staatlichen Subventionen zu unterstützen und somit den internationalen Wettbewerb zu verzerren. Die USA reichten damals ein Gesuch für Konsultationen mit der EU sowie mit jenen hinter *Airbus* stehenden Ländern ein (Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Spanien).⁷¹¹ Das WTO-Schiedsgericht entschied, dass aufgrund der staatlichen Beihilfen sowohl die USA als auch die EU Strafzölle einführen dürfen. So startete eine „Orgie“ von Abgaben für Champagner, Cognac und Lederwaren auf der einen und für Traktoren, Videospiele und Baumaschinen auf der anderen Seite.⁷¹² Unter US-Präsident Joseph Biden wurde zwischen den USA und der EU vorläufig ein *Schlussstrich* unter diese Causa gezogen. In Zukunft beabsichtigen die USA und die EU, gegenseitige Kooperationen im Bereich ziviler Großraumflugzeuge zu stärken. Sie einigten sich darauf, zu eruieren, wie Flugzeughersteller ohne Wettbewerbsverzerrungen unterstützt werden könnten.⁷¹³ Die Einigung zwischen den USA und der EU ist als Zeichen von US-Präsident Biden zu bewerten, auf handelspolitischer Ebene die EU und die USA enger aneinander binden zu wollen.

Zunächst hatten sich am 15. Juni 2021 US-Präsident Biden sowie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel darauf geeinigt, sämtliche Strafzölle in Verbindung mit dem Streit von *Boeing* und *Airbus* bis 2026 auszusetzen. Beide Seiten hatten sich zunächst auf Grundlagen verständigt, wie Staaten Flugzeughersteller unterstützen können.⁷¹⁴ Laut Angaben der Europäischen Kommission hatte die Auseinandersetzung Betrieben in den USA an die 2,2 Milliarden US-Dollar an Strafzöllen und Unternehmen in der EU 1,1 Milliarden US-Dollar ebenfalls an Strafzöllen

⁷¹¹ Christoph G. Schmutz, Streit um Subventionen für Flugzeugbauer beigelegt, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 17.06.2021, S. 16.

⁷¹² Gerald Hosp, Chance für Washington und Brüssel, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 17.06.2021, S. 15.

⁷¹³ Ebenda.

⁷¹⁴ Christoph G. Schmutz, Streit um Subventionen für Flugzeugbauer beigelegt, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 17.06.2021, S. 16.

gekostet. Die Beträge hatten die Gesellschaften wahrscheinlicher Weise an ihre Kunden weitergegeben.⁷¹⁵ Die USA und die EU einigten sich auf folgende Punkte:

- Künftig sollen die Hersteller von Großraumflugzeugen zu Marktbedingungen finanziert werden.
- Forschung und Entwicklung sollen über einen „transparenten Prozess“ unterstützt und die Ergebnisse allgemein zugänglich gemacht werden.
- Die USA verzichten auf Forschungsförderung und andere Hilfen wie Steuerreduktionen, falls diese der anderen Seite schaden.
- Gemeinsam soll auch gegen marktfremde Praktiken von Drittstaaten vorgegangen werden.⁷¹⁶

Trump hatte im Juni 2018 Importzölle von 25 Prozent auf Stahl und von 10 Prozent auf Aluminium aus mehreren Ländern einschließlich Kanada verhängt, auf der Grundlage der „Section 232“ des *Trade Expansion Act* aus 1962, laut dem derartige Strafzölle aus Gründen der „nationalen Sicherheit“ möglich sind.⁷¹⁷ Gegen Kanada setzte US-Präsident Trump ebenso Strafzölle von 10 Prozent auf Aluminium wiederholt in Kraft. Die Zunahme von Importen aus Kanada füge dem US-Aluminiumsektor massiven Schaden zu, so Trump: „Kanada hat uns ausgenutzt – wie immer. Das sei sehr unfair gegenüber US-Jobs und unseren großartigen Aluminiumarbeitern.“⁷¹⁸ Kanada regierte damals mit Zöllen auf US-Importe. 2019 einigten sich Kanada und die USA zunächst auf eine Aufhebung der Zölle. Trump sagte beim US-Unternehmen Whirlpool: er habe damals der Aufhebung der Zölle unter der Bedingung zugestimmt, dass Kanada „nicht unser Land mit Exporten überschwemmt und alle unsere Aluminium-Jobs tötet“. Die kanadischen Aluminium-Produzenten hätten dieses Versprechen, so Trump damals, aber „gebrochen“.⁷¹⁹ Diese Entscheidung wurde nur wenige Wochen nach

⁷¹⁵ Ebenda.

⁷¹⁶ Ebenda.

⁷¹⁷ John Bolton, *The Room Where It happened. A White House Memoir*, Simon & Schuster, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi, S. 185.

⁷¹⁸ Wiener Zeitung, Trump heizt Handelsstreit mit Kanada wieder an, in: Wiener Zeitung, 8.08.2020, S. 9.

⁷¹⁹ Ebenda.

dme Inkrafttreten des neuen Freihandelsabkommens zwischen den USA, Kanada und Mexiko (USMCA) Anfang Juli 2020 verkündet.⁷²⁰

Die unter US-Präsident Trump 2018 verhängten Zölle auf Stahl und Aluminium gegen die EU waren bis Herbst 2021 in Kraft. Die Abgaben hatte US-Präsident Trump unter dem Vorwand eingeführt, die Stahlimporte gefährden die nationale Sicherheit der USA. Biden hatte in den ersten neun Monaten seiner Amtszeit zunächst kein hohes Tempo vorgelegt (unter Druck der Branche und der Gewerkschaften), um diese Zölle aufzuheben. Jedoch einigten sich die USA und die EU beim G-20-Gipfel von Rom am 31. Oktober 2021 auf die vorläufige Beilegung ihres jahrelangen Streits um US-Sonderzölle auf Stahl- und Aluminiumexporte. Aus EU-Staaten sollen künftig bestimmte Mengen an Stahl und Aluminium wieder in die USA importiert werden dürfen. Die EU lenkte dagegen ein, Sonderzölle auf US-Produkte wie Bourbon-Whiskey, *Harley Davidson*-Motorräder und Jeans aufzuheben. Diese waren wiederum als Vergeltungsmaßnahmen für die von US-Präsident Trump eingeführten Stahl- und Aluminiumzölle erlassen worden. Nicht mehr als 4,4 Millionen Tonnen Stahl sollen nun wieder zollfrei in die USA exportiert werden dürfen, diese Menge entspricht etwa dem Handelsvolumen vor 2018. Im Juni 2021 hatten die USA und die EU Strafzölle auf Produkte wie Flugzeuge, Wein und Ketchup bis zum Jahr 2026 ausgesetzt, diese Vereinbarung soll es beiden Seiten erlauben, den Streit über staatliche Beihilfen für *Boeing* und *Airbus* ohne zeitlichen Druck zu lösen. US-Präsident Joseph Biden forderte von der EU, die US-Haltung gegenüber der Volksrepublik China in Hinblick auf Strafzölle und Sanktionen zu unterstützen. Die US-Regierung wirft China vor, ihre eigene staatliche Industrie zu subventionieren sowie mit künstlich niedrigen Preisen und unter Nichteinhaltung von Umweltstandards unfairen Wettbewerb zu forcieren.⁷²¹

⁷²⁰ Ebenda.

⁷²¹ Austria Presse Agentur und Der Standard, EU und USA feiern Kompromiss im Streit um Stahl- und Aluzölle, 31.10.2021, <https://www.msn.com/de-at/finanzen/nachrichten/eu-und-usa-feiern-kompromiss-im-streit-um-stahl-und-aluz-c3-b6lle/ar-AAQ9OEN?ocid=uxbndlbing> [31.10.2021]

Die Coronakrise in den USA

In den USA starben während der Coronakrise 2020 und 2021 Hunderttausende Menschen, den Schwerpunkt der Regierung bildete zunächst die Bildung eines umfassenden Hilfspaketes zur Eindämmung der Folgen dieser Pandemiekrise. Ende März 2020 hatten sich bereits nach fünf Verhandlungstagen Demokraten und Republikaner auf ein „*historisches Hilfspaket*“ im Senat geeingt. Zunächst belief sich die Gesamtsumme auf über zwei Billionen US-Dollar, die in die US-Wirtschaft fließen sollten, um die Folgen der Krise und der damit verbundenen Auswirkungen auf die Wirtschaft abzumildern. Allein 500 Milliarden US-Dollar waren in Form von Hilfszahlungen und Kreditgarantien an betroffene Firmen vorgesehen, 50 Milliarden US-Dollar für besonders stark betroffene Fluggesellschaften, weitere 350 Milliarden US-Dollar für Kleinunternehmen, 150 Milliarden US-Dollar für Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen (z. B. für die Besorgung von Ausrüstung und Verbrauchsmaterial, Masken oder Schutzmänteln).⁷²² Die Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung sollten demnach zunächst um vier Monate verlängert werden und mehr Amerikanern als bisher zugutekommen.⁷²³ Alle, die 2019 weniger als 75.000 US-Dollar verdient hatten, sollten eine Einmalzahlung in der Höhe von 1200 US-Dollar erhalten. Für jedes Kind bis 16 Jahre gab es 500 US-Dollar zusätzlich. Damit war dieses US-Konjunkturpaket nahe am *Helikoptergeld*, bei dem der Senat jedem Einwohner wahllos Geld in die Hand gedrückt hatte, um die Wirtschaft anzukurbeln.⁷²⁴ Das Corona-Konjunkturrettungspaket in der Höhe von 2,2 Billionen US-Dollar, das Ende März 2020 durch den Präsidenten selbst unterzeichnet wurde, hatte jedoch nicht ausgereicht und musste aufgestockt werden. Teile dieses bisher größten Hilfspaketes der USA waren innerhalb von Wochen verbraucht. Also kam der US-Kongress erneut zusammen, um weitere Notmaßnahmen in die Wege zu leiten. Unter US-Präsident Trump wurde im Zuge der COVID-19-Pandemiebekämpfung im März 2020 auch die „*Operation Warp Speed*“ eingeleitet mit dem Ziel, zunächst 12 Milliarden US-

⁷²² Jakob Zirm, Zwei Billionen Dollar – auch die USA schnüren historisches Hilfspaket, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 2.

⁷²³ Ebenda.

⁷²⁴ Ebenda.

Dollar für die Entwicklung von mehreren Impfstoffen gegen COVID-19 bereitzustellen.⁷²⁵

Bereits Anfang Februar 2021 hatte der US-Kongress das milliardenschwere Corona-Hilfspaket von US-Präsident Joseph Biden vorangebracht. Nach dem Senat billigte auch am 5. Februar 2021 das Repräsentantenhaus mit der Mehrheit der Demokraten einen entsprechenden Haushaltsplan. Im Senat hatte das Votum von Vizepräsidentin Kamala Harris den Ausschlag gegeben, weil bei der Abstimmung ein Patt von 50:50 Stimmen entstanden war. US-Präsident Biden beabsichtigt, mit dem 1,9 Billionen-US-Dollar-Programm (an die 1000 Milliarden US-Dollar Direktzahlungen und 800 Milliarden US-Dollar an Steuerbegünstigungen) mit Direktzahlungen von 1400 US-Dollar an jede US-Staatsbürgerin bzw. an jeden US-Staatsbürger⁷²⁶ die Folgen der COVID-19-Pandemie abzufedern und die Konjunktur anzuschieben. Nach Vorstellungen der Republikaner hätten dafür weniger als ein Drittel der Summe ausreichen sollen.⁷²⁷ Im März 2021 hatte US-Präsident Joseph Biden mit seiner Unterschrift schließlich diesen *American Rescue Plan* in Kraft gesetzt.

Dieses *Corona-Hilfspaket* folgte direkt auf jene vier Programme, die 2020 unter Präsident Trump zustande gekommen waren. So hatte die US-Regierung damit innerhalb von 12 Monaten rund sechs Billionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Die ersten großzügigen Hilfspakete bereits unter der Präsidentschaft von Donald Trump trugen dazu bei, in den USA eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. Innerhalb weniger Wochen gingen im Frühjahr 2020 über 22 Millionen Arbeitsplätze verloren, die Regierung musste mit großen Lebensmittelspenden eingreifen. Die „*Operation Warp Speed*“ hat funktioniert – im Rekordtempo wurden Impfstoffe entwickelt.⁷²⁸

⁷²⁵ Peter Winkler, Biden will Reagans Erbe demontieren, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 5.05.2021, S. 3.

⁷²⁶ David E. Sanger / Helena Cooper / Eric Schmitt, Pentagon erupts over Trump's accusations, in: The New York Times International Edition, September 11, 2020, S. 1 und 4, hier S. 1.

⁷²⁷ Norbert Rief, Die Fallstricke für Bidens große Pläne, in: Die Presse, 30.04.2021, S. 4.

⁷²⁸ Martin Lanz, Amerika bläst seine Wirtschaft auf, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 17.03.2021, S. 15.

Der Senat verabschiedete im April 2020 ein 484-Milliarden-US-Dollar-schweres Programm für Kleinbetriebe und Krankenhäuser, das Repräsentantenhaus folgte: „*Wir werden mehr Hilfskredite benötigen*“, kündigte damals Charles Schumer, oberster Demokrat im Senat, an.⁷²⁹ Das damals aktuelle Paket umfasste noch keine Hilfe für vor dem Finanzkollaps stehende Städte wie New York.⁷³⁰ US-Präsident Trump hatte sich in der Vergangenheit selbst als „*König der Schulden*“ bezeichnet. Noch vor der Coronakrise stieg das US-Defizit auf knapp fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) an, ein Wert, der in Zeiten der Hochkonjunktur noch nie erreicht worden war. *Deficit spending* – ohne Rücksicht auf Verluste – lautete das Credo von Präsident Trump: „*Wir müssen diesen Krieg gewinnen, und wir werden so viel wie nötig ausgeben, um diesen Krieg zu gewinnen*“, sagte der damalige Finanzminister Steven Mnuchin.⁷³¹ Hochrangige Republikaner warnten jedoch vor den mittel- bis langfristigen Konsequenzen der Schuldenorgie: „*Die Zeit ist gekommen, um auf die Pausetaste zu drücken*“, so Mitch McConnell, der Senatsführer, nach seiner Zustimmung zum 484-Milliarden-USD-Paket: „*Wir haben 2,7 Billionen Dollar an neuen Schulden beschlossen, ohne den Folgen für die Zukunft unseres Landes besondere Beachtung zu schenken*.“⁷³² US-Finanzminister Mnuchin setzte auf das niedrige Zinsumfeld sowie auf die Vormachtstellung des US-Dollars, die einen US-Bankrott de facto unmöglich machen würden. Der republikanische Senator Rand Paul (Libertärer wie sein Vater Ron) meinte: „*Wir können so nicht weitermachen*.“ Der Preis für den jetzigen Stimulus werde demnach im besten Fall eine hohe Inflation sein, verbunden mit realer Geldentwertung. Im schlimmsten Fall könnte, so Rand Paul, der Staatsbankrott der USA drohen.⁷³³

US-Präsident Donald Trump warf während der COVID-19-Krise der Weltgesundheitsorganisation WHO großes Versagen vor und drohte sogar mit einem Ausstieg aus der Organisation. Er warf der WHO in einem Brief an den Generaldirektor vor, eine „*Marionette Chinas*“ zu sein: „*Es ist klar,*

⁷²⁹ Stefan Riecher, Die verschuldeten Staaten von Amerika, in: Die Presse, 24.04.2020, S. 6.

⁷³⁰ Ebenda.

⁷³¹ Ebenda.

⁷³² Ebenda.

⁷³³ Ebenda.

dass die wiederholten Fehlritte, die Sie und Ihre Organisation sich bei der Reaktion auf die Pandemie geleistet haben, die Welt extrem teuer zu stehen gekommen sind.⁷³⁴ Die WHO agiere demnach nicht im nationalen Interesse der USA, weshalb Trump gar mit dem Austritt aus der WHO gedroht hatte. Als Frist nannte Trump 30 Tage.⁷³⁵ Trump forderte zugleich eine Aufstockung der Mitgliedsbeiträge der Volksrepublik China. Die USA hatten zuletzt jährlich 117 Millionen US-Dollar in den WHO-Topf eingezahlt, mehr als das Doppelte des Beitrags Chinas, und trugen somit zu einem Fünftel des WHO-Budgets bei.⁷³⁶ Trumps Handelsberater Peter Navarro hielt damals China folgende Fehlleistungen vor:

- Die Volksrepublik hätte COVID-19 „wahrscheinlich in dem Waffenlabor in Wuhan erschaffen“;
- dann das Virus selbst „zwei Monate hinter dem Schutzschild der Weltgesundheitsorganisation versteckt“;
- Schutzausrichtung aus aller Welt „aufgesaugt“;
- Menschen getötet;
- und schließlich Profit aus der Krise geschlagen.⁷³⁷

Am 14. Mai 2020 hatte Präsident Trump sogar damit in einem Interview mit dem Sender *Fox Business* gedroht, die Beziehungen zur Volksrepublik China abzubrechen: „Wir würden uns dadurch 500 Milliarden Dollar sparen.“⁷³⁸ Trump hatte damals der chinesischen Führung vorgeworfen, die Ausbreitung von COVID-19 nicht sofort an der Quelle gestoppt zu haben, dadurch hatte China enormen Schaden angerichtet. Er sei demnach „tief enttäuscht“ gewesen und hatte deshalb auch kein Interesse, das Gespräch mit Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping zu suchen. US-Außenminister Pompeo warf gleichzeitig Peking vor, „Wissenschaftler, Journalisten und Bürger zum Schweigen zu bringen und Desinformation zu verbreiten, die die von dieser Gesundheitskrise ausgehenden Gefahren nur noch vergrößert.“⁷³⁹

⁷³⁴ Die Presse, Trumps Krieg mit WHO, in: Die Presse, 20.05.2020, S. 7.

⁷³⁵ Ebenda.

⁷³⁶ Ashish Jha, System Failure. America Needs a Global Health Policy for the Pandemic Age, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 103-115, hier S. 103.

⁷³⁷ Burkhard Bischof, Eiszeit: Trump will kein Gespräch mehr mit Xi, in: Die Presse, 16.05.2020, S. 9.

⁷³⁸ Ebenda.

⁷³⁹ Ebenda.

Facebook hatte am 5. August 2020 erstmals ein Video gelöscht, das Präsident Trump gepostet hatte. Bei dem Clip handelte es sich um den Ausschnitt eines Telefoninterviews, das Trump dem Sender *Fox News* gegeben hatte. Darin drängte Trump darauf, dass Schulen in den USA nach den Sommerferien wieder öffnen sollten. Seine Position untermauerte Trump mit der Aussage, dass Kinder „fast immun“ gegen das Coronavirus seien. Das Video enthalte Falschinformationen und verstoße gegen die Richtlinien der Plattform, so *Facebook*.⁷⁴⁰

Insgesamt stellten die USA im Jahr 2020 an die neun Milliarden US-Dollar weltweit für bilaterale Gesundheitsprojekte zur Verfügung.⁷⁴¹ Die USA hatte sich stets weltweit für die Bekämpfung von schweren Krankheiten, Epidemien und Pandemien engagiert. So stellte 2003 die US-Regierung unter George W. Bush zunächst 15 Milliarden US-Dollar im Zeitraum von fünf Jahren für die Bekämpfung von HIV/AIDS zur Verfügung (das Programm bekam den Namen *President's Emergency Plan for AIDS Relief – PEPFAR*).⁷⁴² Zudem stellt die *Gates Foundation* enorme Geldmittel für Epidemie- und Pandemiebekämpfungen bzw. Entwicklung von Medikamenten bereit – die Mittel wuchsen von einer Milliarde US-Dollar im Jahr 2000 auf beinahe sechs Milliarden US-Dollar im Jahr 2020. Im Jahr 2018 war die *Gates Foundation* der zweitgrößte Sponsor der WHO, nach der US-Regierung.⁷⁴³ Präsident Joseph Biden setzte sich von Beginn an zum Ziel, das globale Gesundheitssystem zu stärken und zudem das nationale Forschungs- und Impfschutzsystem gegen COVID-19 auszubauen.⁷⁴⁴

⁷⁴⁰ Judith Kormann, Facebook löscht Trump-Video, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 8.08.2020, S. 3.

⁷⁴¹ Ebenda.

⁷⁴² Ashish Jha, System Failure. America Needs a Global Health Policy for the Pandemic Age, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 103-115, hier S. 104.

⁷⁴³ Ebenda, S. 108.

⁷⁴⁴ President Joseph R. Biden, The White House, Interim National Security Strategic Guidance, March 2021, S. 16.

Populismus in den USA

Populismus als Ergebnis der gesellschaftlichen Lage

Gesellschaftskonfliktlinien zeichnen sich seit einigen Jahren im Besonderen in wirtschaftlich wohlhabenderen Demokratien über das Phänomen des Populismus ab, der sowohl *linke* als auch *rechte* Züge und Merkmale trägt. Manchmal bilden sogar links- und rechtspopulistische Parteien gemeinsam Regierungskoalitionen, wie die Beispiele in Griechenland und Italien während der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre verdeutlichen. Der Präsident des deutschen Bundesverfassungsgerichtshofes, Andreas Voßkuhle, erläuterte, dass es sich beim Populismus um eine Strategie handelt, „*die mit nahezu jeder beliebigen inhaltlichen Ausrichtung kombiniert werden kann.*“ In der Folge kann also demnach eine populistische von einer nicht-populistischen Bewegung nicht unterschieden werden.⁷⁴⁵ Der Populismus an sich ist auf jeden Fall „*mehr Form als Inhalt*“ sowie „*mehr Stil als Programm*“. Gemäß dieser These des deutschen Politikwissenschaftlers Philip Manow ist Populismus aus „*systematischen und nicht nur zufälligen Gründen manchmal auf der linken und manchmal auf der rechten Seite des politischen Spektrums verortet.*“⁷⁴⁶ Populismus trägt vor allem auch nationalistische Züge. Donald Trump stellte sich mit seinem „*America First*“-Nationalismus als größter Gegner des Liberalismus dar. Dass Trump mit gewalttätigen Rassisten sympathisierte, zeigte er anlässlich eines „*Denkmalsturms*“⁷⁴⁷ im August 2017 in Charlottesville, als er daran teilgenommen „*Denkmalverteidiger*“ –

⁷⁴⁵ Philip Manow, Die Politische Ökonomie des Populismus, Edition Suhrkamp, Berlin 2018, S. 28.

⁷⁴⁶ Ebenda, S. 29.

⁷⁴⁷ Im Jahr 2020 wurden Statuen von *historisch belasteten* Personen wie Christopher Columbus, Robert E. Lee und Jefferson Davis Ziele von Angriffen von *Denkmalstürmern*, die im Zuge der *Black Lives Matter*-Bewegung (diese entstand wiederum als Protestbewegung gegen willkürliche Tötungen von *Afro-Amerikanern* durch einzelne Polizisten) den Abriss dieser Denkmäler forderten. Aus: Samir Puri, The Great Imperial Hangover. How Empires Have Shaped the World, Atlantic Books, London 2021, S. IX.

bekennende amerikanische Neonazis – als ebenso „*very fine people*“ bezeichnete.⁷⁴⁸

In den USA wehren sich vor allem die sogenannten „*deplorables*“ im Landesinneren gegen die „*bi-coastal elite*“, viele Menschen betrachten sich dort als Verlierer der Globalisierung, des „*credit card capitalism*“.⁷⁴⁹ Politischer Populismus greift diese Gegensätze auf und versucht, hier grundsätzlich eine Form der Identitätspolitik zu bilden, ein „*wir gegen sie*“, die anderen „*Andersdenkenden*“ die Legitimität abspricht.⁷⁵⁰ Auseinandersetzungen erstarren in diesem Kontext längst in „*Ritualen gegenseitiger Verächtlichmachung*“: „*Wir sind das Volk*“ – „*Ihr seid das Pack*“.⁷⁵¹ Im Zentrum steht dabei die Demagogie (altgriechisch: *démos* = Volk, *agógein* = führen):

„Demagogie ist die Führung des Volkes in einem zweifachen Sinn: Erstens als Verführung, eine unzufriedene Bevölkerung wird mit Verheißungen einer besseren Politik verführt. Dies geschieht zweitens, indem Demagogen von ‚dem Volk‘ reden: Sie schaffen damit das Kunstprodukt einer gleichartigen Bevölkerung, die durch einen gemeinsamen ‚Volkswillen‘ verbunden ist. Demagogie ist politische Verführung mit einem erfundenen Begriff ‚des Volkes‘. Dieses Volk sind die WIR, sie stehen den ANDEREN gegenüber, zum Beispiel, der Elite.“⁷⁵²

Unter dem Slogan „*Meine Nation zuerst*“ gewannen bereits in der Vergangenheit Populisten Wahlen, wie 2016 Donald Trump mit „*America First*“,⁷⁵³ Frankreichs Marine Le Pen skandierte „*La France d’abord*“, und

⁷⁴⁸ Richard Wolffe, The president is now a neo-Nazi sympathiser, in: The Guardian Weekly, 15.08.2017, S. 19.

⁷⁴⁹ Stefan Petzner, Trump to go. Eine kurze Erklärung, wie Populismus funktioniert, edition a, Wien 2017, S. 21 und 48.

⁷⁵⁰ Ebenda, hier S. 27.

⁷⁵¹ Ebenda, hier S. 35.

⁷⁵² Walter Ötsch, Nina Horaczek, Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2017, S. 13.

⁷⁵³ „*Make America Great Again*“ war jene „*Formel, mit der Trump den Exzeptionalismus-Gedanken für seine Bedürfnisse übersetzte*.“ Seine Interpretation lautete dazu: „*Der Abschied Amerikas von seiner Einzigartigkeit könne nur durch einen gestoppt werden, ihn selbst*.“ Aus: Robert Himsl, Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA unter Präsident Donald J. Trump und ihre Auswirkungen auf die Europäische Union: Betrachtungen der Beziehungen der USA zu internationalen Organisationen und des Austritts der USA aus internationalen Verträgen, Master Thesis zur Erlangung des

Österreichs Jörg Haider verkündete in den 1990er-Jahren „*Österreich zuerst*“.⁷⁵⁴ Damit verbunden wird auch eine nationalistische Wirtschaftsagenda mit den Zielen, Arbeitsplätze im eigenen Land verstärkt zu schaffen und zum Schutz der einheimischen Arbeiterschaft Maßnahmen zu erlassen. Diese Zielsetzung *vereinigte* in den USA Donald Trump mit Bernie Sanders.⁷⁵⁵ In diesem Zusammenhang hatte vor allem Donald Trump nicht nur die Volksrepublik China, sondern auch verbündete Länder wie Japan und Südkorea kritisiert, durch attraktive Angebote US-Unternehmen aus den USA abzuziehen und damit amerikanische Produktionsstätten zu gefährden.⁷⁵⁶

Ein Hauptproblem bildet diesbezüglich die Angst vieler Menschen vor „*Globalisierung, Technologie und raschem gesellschaftlichen Wandel [...] Ich glaube, dass viele dieser Spannungen langfristig, also in 10, 15, 20 Jahren, abgebaut werden können, wenn wir in der Lage sind, die berechtigten wirtschaftlichen Sorgen der Menschen anzugeben, die sich als Globalisierungsverlierer fühlen. Dann könnten wir eine weniger gesplante Welt erleben*“, erläuterte der damalige US-Präsident Barack Obama.⁷⁵⁷ Zudem gibt es in den USA traditionell viel Skepsis gegenüber eigenen und internationalen Institutionen, Handelsverträgen und Einwanderung. Stimmungen gegen Einwanderung, gegen Mexiko an sich, gegen Muslime und gegen Flüchtlinge reflektieren zudem alte politische Strömungen aus den vergangenen Jahrhunderten wieder.⁷⁵⁸

In den USA befand sich bereits 2016 das Vertrauen der amerikanischen Bevölkerung gegenüber der Bundespolitik auf einem historischen

akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang „International Relations“, Department für Rechtswissenschaften und internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems 2021, S. 25.

⁷⁵⁴ Stefan Petzner, *Trump to go*. Eine kurze Erklärung, wie Populismus funktioniert, edition a, Wien 2017, S. 13.

⁷⁵⁵ Francis Fukuyama, *American Political Decay or Renewal? The Meaning of the 2016 Election*, in: *Foreign Affairs*, July / August 2016, S. 58-68, hier S. 63.

⁷⁵⁶ Ebenda.

⁷⁵⁷ Sonia Seymour Mikich und Klaus Brinkbäumer, „Mehr und mehr Spaltungen“, Interview mit US-Präsident Barack Obama, in: *Der Spiegel* Nr. 47/2016, 19. November 2016, S. 14-17, hier S. 14.

⁷⁵⁸ Wie die „*Alien and Sedition Acts*“ aus 1798, den „*Know-Nothings*“ der 1850er-Jahre und den „*anti-asiatischen Strömungen*“ des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, so Barack Obama, *The way ahead*, in: *The Economist*, October 8th 2016, S. 21-24, hier S. 21.

Tiefpunkt. Demnach gaben nur 19 Prozent der Befragten an (nach *Pew Research Center*), dass sie ihrer Regierung stets oder die meiste Zeit vertrauen, beinahe 75 Prozent der Befragten äußerten sich dahingehend, dass die meisten gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter ihre eigenen Interessen über jenen des Landes stellen.⁷⁵⁹ Die Republikanische Partei befand und befindet sich nach wie vor in einer Identitätskrise, die Donald Trump 2016 für sich entschieden hatte. So konnte er „*Verlierer der Globalisierung*“ und den „*Volkszorn*“ für sich nutzen und diesen gegen das „*Establishment*“ gezielt lenken sowie „*den vom Establishment Unterdrückten*“ Gehör verschaffen – folglich, somit die Republikanische Partei auch zu einem Auffangbecken frustrierter Menschen ausbauen.

Bereits die Sprache dient Populisten zur Verbreitung einer gewissen Botschaft: Während seiner Kandidatur zur Präsidentschaft meinte Trump, dass die Unterstützung der Republikanischen Partei und seiner Wählerschaft sich nicht verringern werde, falls er eine Person mitten auf der Straße erschießen würde: „*I could stand in the middle of the 5th Avenue and shoot somebody and I wouldn't lose voters.*“⁷⁶⁰ Trump weigerte sich, auf eine Klarifizierung dieser Aussage einem Journalisten der CNN zu antworten. Diese Aussage Trumps erfolgte in der politischen Debatte über Massenerschießungen in den USA, die in Verbindung mit dem zweiten Verfassungszusatz (*Second Amendment*) der US-Verfassung gebracht wurde⁷⁶¹

Populismus wird vom deutschen Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller dahingehend interpretiert, dass dieser eine ganz bestimmte Politikvorstellung sei, „*laut der es ein moralisch reines homogenes Volk stets mit unmoralischen und parasitären Eliten zu tun hat, wobei diese Art von Eliten eigentlich nicht zum Volk gehören*“. Populisten zeigen sich somit anti-elitär, anti-pluralistisch, anti-demokratisch und vertreten den Anspruch, dass nur sie

⁷⁵⁹ Philip Kotler, *Democracy in Decline. Rebuilding its future*, SAGE Publications, Los Angeles 2016, S. 4.

⁷⁶⁰ Jeremy Diamond, CNN, *Trump: I could 'shoot somebody and I wouldn't lose voters'*, Jan 24, 2016, Updated 1703 GMT (0103 HKT), <https://edition.cnn.com/2016/01/23/politics/donald-trump-shoot-somebody-support/index.html?form=MY01SV&OCID=MY01SV> [09.07.2021]

⁷⁶¹ Ebenda

100 Prozent des „wahren Volkes“ vertreten.⁷⁶² Donald Trump meinte in diesem Kontext während seiner Angelobungsrede zum 45. Präsidenten der USA: „Wir nehmen die Macht von Washington D.C. und geben sie an euch, das Volk, zurück.“ Bisher, so suggerierte Trump, habe die Macht nicht „beim Volk“ gelegen. Zudem betonte Trump: „Der 20. Januar 2017 wird als der Tag in Erinnerung bleiben, an dem das Volk wieder zu den Herrschern dieser Nation wurde.“⁷⁶³ Das Phänomen ist auch seit dem Ende des 19. Jahrhunderts aus den USA bekannt, der Begriff „Populismus“ wurde erstmals im Zusammenhang mit der US-amerikanischen Bauernbewegung genannt, die gegen das Großkapital, für mehr Unabhängigkeit der Kleingutbesitzer, für billigere Kredite und eine Vertretung der amerikanischen Bauern durch Genossenschaften kämpfte. Im Zuge dessen wurde die „U.S. People’s Party“ gegründet, die politischen Kommentatoren dieser Zeit bezeichneten die Vorgehensweise dieser Protestbewegung als „populistisch“;⁷⁶⁴ der österreichische Politikwissenschaftler Werner W. Ernst führte die Vorgehensweise auf den „Radikalismus der Farmer“ zurück.⁷⁶⁵

Populistische Politiker setzen auch darauf, wirtschaftliche Versprechen in die Welt zu setzen, um die beabsichtigten Zielgruppen an sich zu binden und in diesem Zusammenhang umwelt- und klimapolitische Herausforderungen zu leugnen. So wurde zunächst unter US-Präsident Bill Clinton der Südosten von Alaska – mit einem gewaltigen Bestand an Fichten und Zedern sowie ebenso an Bären, Elchen, Vögeln und Lachs (*Tongass National Forest*) – mit 6,8 Millionen Hektar der größte intakte Regenwald Nordamerikas – Ende der 1990er-Jahre unter Naturschutz gestellt. US-Präsident Donald Trump jedoch erteilte seinem Landwirtschaftsminister Sonny Perdue den Auftrag, den Regenwald im Südwesten Alaskas für die Bewirtschaftung zu öffnen und so neue Arbeitsplätze für die Bevölkerung zu schaffen. Unterstützt wurde der Vorstoß damals auch von Gouverneur Mike Dunleavy und US-Senatorin

⁷⁶² Walter Ötsch, Nina Horaczek, Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2017, S. 29.

⁷⁶³ Ebenda, S. 34f. und 35.

⁷⁶⁴ Ebenda, S. 75.

⁷⁶⁵ Werner W. Ernst, Zu einer Theorie des Populismus, in: Anton Pelinka (Hrsg.), Populismus in Österreich, Junius Verlags- und Vertriebsgesellschaft, Wien 1987, S. 10-25, hier S. 12.

Lisa Murkowski (beide Republikaner und Lobbyisten für die US-Holzindustrie).⁷⁶⁶ Auch was die Verharmlosung von COVID-19 betrifft, stehen sich Populisten um nichts nach: So behauptete Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro in Anlehnung an US-Präsident Donald Trump, die Therapie sei schädlicher als die Seuche.

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama beschrieb die „*traditionelle*“ Parteienlandschaft mit dem Schwerpunkt USA wie folgt:

- die „*Linke*“ fokussierte sich politisch auf die Arbeiterschaft, auf Gewerkschaften, auf soziale Wohlfahrtsprogramme und klassische Umverteilungspolitik;
- die „*Rechte*“ war interessiert, die Ministeranzahl der Regierungen einzuschränken und den privaten Sektor zu fördern.⁷⁶⁷

Diese klassische Unterscheidung nach wirtschaftlichen oder ideologischen Kriterien gilt, so Fukuyama, heute nicht mehr in der Intensität wie noch vor einigen Jahrzehnten. Heute wird Politik nach „*Identität*“ gemacht, das zeigt sich besonders im ehemaligen „*Links-Rechts*“-Vergleich: heute werden durch die „*Linke*“ eher Randgruppen (wie ethnische Gruppen, Migranten, Flüchtlinge) und Frauen sowie LGBT-Personen vertreten; die „*Rechte*“ identifiziert sich im „*patriotischen Schutz traditioneller nationaler Identität*“, der eng mit den Begriffen der „*Rasse*“, „*Ethnizität*“ (in diesem Fall „weiß“) oder „*Religion*“ verbunden ist.⁷⁶⁸ „*Identity is the elephant in America's room*“, urteilte die Mitbegründerin von *Black Lives Matter*, Alicia Garza, erkennbar ist hier in den USA besonders eine „*Politik der weißen Identität*“.⁷⁶⁹ Mit einem „*patriotischen Schutz*“ wird in diesem Kontext auch ein bestimmter „*Opfermythos*“ verbunden.⁷⁷⁰ Der damalige US-Präsident Barack Obama merkte in einem Interview im November 2016 an, dass die USA „*nicht*

⁷⁶⁶ Thomas Spang, Trump startet Angriff auf Alaskas Natur, in: Salzburger Nachrichten, 30.08.2018, S. 6.

⁷⁶⁷ Francis Fukuyama, Against Identity Politics. The New Tribalism and the Crisis of Democracy, in: Foreign Affairs, September/October 2018, S. 90-114, hier S. 91.

⁷⁶⁸ Ebenda.

⁷⁶⁹ Alicia Garza, The Purpose of Power. How To Build Movements for the 21st Century, Black Swan edition, Transworld Publishers, London 2021, S. 190f.

⁷⁷⁰ Francis Fukuyama, Against Identity Politics. The New Tribalism and the Crisis of Democracy, in: Foreign Affairs, September/October 2018, S. 90-114, hier S. 92.

wirklich eine in zwei gleiche Hälften geteilte Nation“ seien, „wohl eher eine 60-zu-40-Gesellschaft. Das Problem ist, dass es bei Wahlen immer eher wie 50 zu 50 aussieht.“⁷⁷¹

Die Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021

Wie weit Populismus in demokratiefeindliche Agitation und Gewalt umschlagen kann, bewies am 6. Januar 2021 die Erstürmung des US-Kapitols in Washington durch aufgebrachte Trump-Anhänger – diese stellte mit klarer Deutlichkeit einen klaren Angriff auf die US-Demokratie dar. Eigentlich sollte an diesem Tag der US-Kongress den Wahlsieg von Joseph Biden bestätigen – ein Formalakt. Dann brach am *Capitol Hill* das Chaos aus. Der scheidende Präsident Donald Trump hatte am 6. Januar 2021 seine Anhänger in Washington mit seinen Behauptungen zu angeblichem Wahlbetrug und der „gestohlenen Wahl“ noch angeheizt und meinte: „*We won. Won in a landslide. This was a landslide.*“⁷⁷² Über Gruppen wie #*StopTheSteal* wurden in der Folge derartige Informationen mit Hilfe sozialer Netzwerkdienste wie *Facebook* und *Twitter* verbreitet.⁷⁷³ Trump – in seiner damaligen Funktion als US-Präsident – wurde von Biden aufgefordert, im Fernsehen an die Nation zu sprechen.⁷⁷⁴ Trump sagte damals zu seinen Anhängern in einem Video: „*Ich weiß, wie ihr euch fühlt, aber geht nach Hause*“ und: „*Wir lieben euch, ihr seid etwas ganz Besonderes*“ und behauptete wieder, dass die Wahl „gestohlen“ worden sei.⁷⁷⁵ Die Nationalgarde⁷⁷⁶ griff dann auf Ansuchen von mehreren US-Bundestaaten

⁷⁷¹ Sonia Seymour Mikich, Klaus Brinkbäumer, „Mehr und mehr Spaltungen“, Interview mit US-Präsident Barack Obama, in: *Der Spiegel* 47/2016, 19. November 2016, S. 15-17, hier S. 14.

⁷⁷² Michael Wolff, *Landslide. The Final Days of the Trump Presidency*, The Bridge Street Press, London 2021, S. VII.

⁷⁷³ Isabella Garcia-Camargo und Samantha Bradshan, *Disinformation 2.0: Trends for 2021 and beyond*, Hybrid CoE Working Paper 11, The European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats, Helsinki, July 2021, S. 7.

⁷⁷⁴ Salzburger Nachrichten, *Bewaffnete Trump-Anhänger stürmen das US-Kapitol*, in: Salzburger Nachrichten, 7.01.2021, S. 1.

⁷⁷⁵ Stephanie Pack-Homolka, *Die Polizei versagte beim Sturm auf das US-Kapitol*, in: Salzburger Nachrichten, 8.01.2021, S. 4.

⁷⁷⁶ Anfang März 2021 wurde der Einsatz der Nationalgarde am US-Kapitol um zweieinhalb Monate bis 23. Mai 2021 verlängert. Verteidigungsminister Austin Lloyd

ein – und erst nach der ausdrücklichen Zustimmung des Weißen Hauses, wo offensichtlich der damalige Vizepräsident Mike Pence das Kommando führte.⁷⁷⁷ Joseph Biden, noch designierter Präsident, meinte daraufhin: „Dieses traurige Kapitel in unserer Geschichte hat uns daran erinnert, wie zerbrechlich Demokratie ist.“⁷⁷⁸

Bereits vor den Präsidentschaftswahlen 2016 verschärfte der damalige Präsidentschaftskandidat Donald Trump Vorwürfe gegen seine Herausforderin Hillary Clinton und die Demokratische Partei, „weitverbreiteten Wahlbetrug zu organisieren.“⁷⁷⁹ Bei Kundgebungen in Michigan und Pennsylvania forderte Trump seine Anhänger auf, „in gewissen Gegenden von Detroit und Philadelphia darauf zu schauen, dass in den Wahllokalen alles mit rechten Dingen zugehe.“⁷⁸⁰ Seine Unterstützer sollten demnach in den beiden großen Städten, in denen viele Bürgerinnen und Bürger afroamerikanischer Herkunft und Latinos leben und große Mehrheiten für Clinton zu erwarten gewesen wären, physische Präsenz zeigen. Gerüchte gab es seitens der Trump-Anhänger schon damals über „linke Verschwörungen“, „Manipulationen bei der Wahl“ und, dass der Milliardär und Hillary-Clinton-Unterstützer George Soros die in zahlreichen US-Bundesstaaten verwendeten elektronischen Wahlmaschinen kontrolliere. Trumps damaliger Spindoktor,

hatte einen entsprechenden Antrag der *U.S. Capitol Police* bewilligt. Die Zahl der Nationalgardisten wurde jedoch von 5200 auf 2300 halbiert. Das *FBI* stuft die Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021, bei der insgesamt fünf Personen ums Leben kamen, als inländischen Terrorismus ein. Einige Demonstranten riefen sogar auf, den Vizepräsidenten Mike Pence zu erhängen („hang Mike Pence“). Aus: Martin Pengelly, Boris Johnson calls Trump impeachment over Capitol attack ‘kerfuffle’, in: *The Guardian*, 14 February 2021 16.01 GMT, <https://www.theguardian.com/politics/2021/feb/14/boris-johnson-capitol-attack-trump-impeachment-kerfuffle-joe-biden-clone> [12.09.2021]

⁷⁷⁷ Stephanie Pack-Homolka, Die Polizei versagte beim Sturm auf das US-Kapitol, in: *Salzburger Nachrichten*, 8.01.2021, S. 4.

⁷⁷⁸ „This sad chapter in our history has reminded us that democracy is fragile.“ Zitiert nach: Martin Pengelly, Boris Johnson calls Trump impeachment over Capitol attack ‘kerfuffle’, in: *The Guardian*, 14 February 2021 16.01 GMT, <https://www.theguardian.com/politics/2021/feb/14/boris-johnson-capitol-attack-trump-impeachment-kerfuffle-joe-biden-clone> [12.09.2021]

⁷⁷⁹ Oliver Grimm, Furcht vor Einschüchterung und Gewalt am Wahltag steigt, in: *Die Presse*, 4.11.2016, S. 5.

⁷⁸⁰ Ebenda.

der Lobbyist Roger Stone, forderte unter dem Motto „*Stop the Steal*“ landesweit dazu auf, Wähler nach Verlassen der Wahllokale nach ihrer Entscheidung zu fragen und die Ergebnisse mit den amtlichen zu vergleichen. 1400 Trump-Anhänger hätten sich dafür bereits angemeldet, erklärte Stone, der bereits in den 1970er-Jahren für den damaligen US-Präsidenten Richard Nixon „*schmutzige Tricks*“ gegen die Demokratische Partei organisiert hatte.⁷⁸¹

Trump nahm in diesem Zusammenhang im November 2020 seine Wahlniederlage ebenso nicht hin, er versuchte auch, das Wahlergebnis in Georgia (Biden hatte dort mit knapp 12.000 Stimmen Vorsprung gewonnen) nachträglich zu seinen Gunsten zu fälschen (mittels telefonischer Erpressungsversuche). Im damals eskalierten Streit um den Wahlausgang warnten sogar ehemalige Verteidigungsminister wie Leon Panetta, Dick Cheney, Robert Gates, Chuck Hagel und Donald Rumsfeld in einem von ihnen unterzeichneten Artikel in der *Washington Post* – also sowohl Demokraten als auch Republikaner – vor „*Bemühungen*“, das Militär in diesem Kontext in Stellung zu bringen. Ein derartiger Schritt würde die USA auf „*gefährliches, rechtwidriges und verfassungswidriges Gebiet*“ bringen.⁷⁸² Top-Republikaner wie das Duo Mitt Romney und Paul Ryan, die 2012 als Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten angetreten waren, erklärten, Trumps Bemühungen würden an den „*Fundamenten unserer Republik*“ kratzen.⁷⁸³ Senator Mitch McConnell (Republikaner, Kentucky) beschuldige Trump sogar einer „*beschämenden, beschämenden Pflichtverletzung*“ („*disgraceful, disgraceful dereliction of duty*“),⁷⁸⁴ als Trump versuchte, das Wahlergebnis vom November 2020 zu seinen Gunsten „*umzudrehen*“ und einen Mob Richtung Capitol Hill bewegen ließ, um den formalen Akt seiner Niederlage zu verhindern: „*There’s no question, none, that President Trump is practically and morally responsible for provoking the events of the day*“, stellte McConnell damals klar.⁷⁸⁵

⁷⁸¹ Oliver Grimm, Furcht vor Einschüchterung und Gewalt am Wahltag steigt, in: Die Presse, 4.11.2016, S. 5.

⁷⁸² Dirk Hautkapp, Ex-Pentagon-Chefs warnen Trump, in: Kurier, 5.01.201, S. 7.

⁷⁸³ Ebenda.

⁷⁸⁴ Peter Baker, An escape for Trump, but not an exoneration, in: The New York Times International Edition, February 15, 2021, S. 1 und 6, hier S. 1.

⁷⁸⁵ Ebenda.

Anfang November 2020 erreichten die beiden Präsidentschaftskandidaten Donald Trump und Joseph Biden absolute Spitzenwerte in der US-Geschichte. Insgesamt sieben Millionen Wähler trennten die beiden Kandidaten – insgesamt 74 Wahlstimmen nach dem Wahlmännersystem. 2016 betrug der Abstand zwischen Trump und seiner Herausforderin Hillary Clinton lediglich 80.000 Stimmen. 2020 wählten 74 Millionen US-Bürger den damaligen Noch-Präsidenten Trump – um neun Millionen mehr als im Jahr 2016. Präsident wurde schließlich Joseph Biden mit 81 Millionen Stimmen und erhielt somit die meisten Wählerstimmen in der US-Geschichte.⁷⁸⁶ Wie diese Präsidentschaftswahl aus 2020 verdeutlichte, befindet sich die US-Bevölkerung nach wie vor in zahlreichen *tiefen* Spaltungsprozessen (so in Hinblick auf Ausbildung, Einkommen, Region, etc.), die an „*tribal policies*“ erinnern – also die sich in einer strikten Loyalität zu einer grundsätzlichen Identität (wie „*Rasse*“, Religion, Klan, oder Region) befinden.⁷⁸⁷ Diese Faktoren stellen demnach „*Organisationsprinzipien des politischen Lebens*“ dar.⁷⁸⁸ Das, was die Bevölkerung in den USA durchlebt, „*ist eine Atrophie des politischen Diskurses. Politische Ggener werden zu Feinden, die Sitten verrohen.*“⁷⁸⁹ Aus diesem Grund sieht sich Joseph Biden als Präsident gezwungen, die Gesellschaft wieder zu „*heilen*“ gemäß dem Motto: „*America, Heal Itself*“⁷⁹⁰

Als Beispiel soll hier ein Schreiben von einem Trump-Anhänger inhaltlich dargestellt werden, in dem die Erstürmung des Kapitols vom 6. Januar 2021 sogar als „*Farbenrevolution*“ bezeichnet wird – in Anlehnung an jene *Freiheitsrevolutionen* in post-sowjetischen Staaten, die einen Regimewechsel zum Ziel gehabt haben. Darin hieß es dazu: „*The Establishment has imposed a color revolution on the American people.*“ Der Autor Paul Craig Roberts führte weiter aus:

⁷⁸⁶ Jonathan Kirshner, *Gone But Not Forgotten. Trump’s Long Shadow and the End of American Credibility*, in: *Foreign Affairs*, March / April 2021, S. 18-26, hier S. 22.

⁷⁸⁷ Reuben E. Brigety II, *The Fractured Power. How to Overcome Tribalism*, in: *Foreign Affairs*, March / April 2021, S. 40-46, hier S. 40.

⁷⁸⁸ Ebenda.

⁷⁸⁹ Erich Vogt, *Amerikas Kongress braucht die einfache Mehrheit*, in: *Die Presse*, 9.06.2021, S. 26 und 27, hier S. 26.

⁷⁹⁰ Reuben E. Brigety II, *The Fractured Power. How to Overcome Tribalism*, in: *Foreign Affairs*, March / April 2021, S. 40-46, hier S. 40.

„The Establishment used the Democrats for their purpose, because Trump was in office under the Republican banner. Trump, of course, is a populist, but there is no party that represents the people, so Trump ran as a Republican.“⁷⁹¹

Das „*Establishment*“ benötige demnach keine „*linken Ideen*“ der Demokraten, außer die Ideen nützen dem „*Establishment*“, so Roberts weiter. So seien US-Präsident Joseph Biden und Kamala Harris „*mere figureheads put in office by a stolen election*“.⁷⁹² Aufgabe des „*Establishments*“ sei es demnach, eine „*politische Organisation*“ der Trump-Anhänger zu verhindern, eine derartige Anhängerschaft würde, so die Botschaft, eine Indoktrination gegen Menschen mit „*weißer*“ Hautfarbe verhindern.⁷⁹³ Ziel bleibt es, das „*freie Waffentragerecht*“ der amerikanischen Bevölkerung nach dem Verfassungszusatz 2 (*Second Amendment*) und so eine Verteidigungsfähigkeit der Trump-Anhänger zu verhindern.⁷⁹⁴ Die Bevölkerung „*weißer Hautfarbe*“ soll demnach in der Folge vom „*Establishment*“ zu einer Minderheit in den USA zurückgedrängt werden, indem „*das Establishment*“ die Öffnung der südlichen Grenzen favorisiert und die Massenmigration von Menschen anderer Hautfarbe begünstigt und fördert.⁷⁹⁵ Trump-Anhänger glauben, dass die Besetzung des Capitol Hill Anfang Januar 2021 eine „*patriotische Pflicht*“ war, in „*unerschütterlichem Glauben*“ dass die Wahl vom November 2020 ein „*Betrug*“ war, dass die überwiegende Mehrheit des Kongresses „*korrupt*“ und „*kompromissorientiert*“ sei und dass die USA „*sich mitten in einer Machtübernahme*“ durch Kommunisten befinde.⁷⁹⁶ Diesen Aufständlern soll daher Respekt gezollt werden, da sie gegen die *Antifa* und *Black Lives Matter*-Bewegung kämpfen, die wiederum vom „*Establishment*“ finanziert werden.⁷⁹⁷ Den Sturm auf das Kapitol mit einer „*Invasion*“ gleichzusetzen, lehnen Trump-Anhänger ab. Dies würde eine Gleichsetzung mit jener US-Militäraktion gegen Saddam Hussein aus dem

⁷⁹¹ Paul Craig Roberts, *America's Color Revolution. Pandering to the Establishment Now Ubiquitous*, January 7, 2021.

⁷⁹² Ebenda.

⁷⁹³ Ebenda.

⁷⁹⁴ Ebenda.

⁷⁹⁵ Ebenda.

⁷⁹⁶ Ebenda.

⁷⁹⁷ Ebenda.

Jahr 2003 bedeuten. Zudem waren demnach die „*Demonstranten*“ nicht auf den Capitol Hill gekommen, um Menschen mit *M-16* und *AK-47* zu erschießen oder Granaten zu werfen.⁷⁹⁸ Dieses Grundverständnis zeigte Trump auch für einen jungen Rechtsextremisten, der in Kenosha zwei Demonstranten der *Black Lives Matter*-Bewegung erschossen hatte. Trump argumentierte damals ähnlich wie sein Stichwortgeber Tucker Carlson auf *FoxNews*, der meinte, der junge Angehörige der „*Bürgerwehr*“ habe bloß „*Ordnung herstellen*“ wollen, „*weil es sonst niemand tut*“.⁷⁹⁹

⁷⁹⁸ Jacob G. Hornberger, The Ron Paul Institute for Peace and Prosperity, January 13, 2021.

⁷⁹⁹ Salzburger Nachrichten, Netzwerke sperrten Trumps Konten, in: Salzburger Nachrichten, 8.01.2021, S. 4.

Außenpolitische Umbrüche

Die Außenpolitiken jener vier US-Präsidenten nach dem Kalten Krieg – George H. W. Bush, Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama – spiegeln die grundsätzlichen Gedankenschulen der USA seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wider. Diese stellen sie wie folgt dar:

- Realismus (mit den Schwerpunkten globale Stabilität unter Beibehaltung eines globalen Mächtegleichgewichts);
- Idealismus: (mit den Schwerpunkten Förderung von Menschenrechten und freien Marktwirtschaften);
- Humanitarismus (mit den Schwerpunkten globale Armutsbekämpfung, globale Seuchenbekämpfung und humanitäre Hilfe für Migranten und Flüchtlinge aus Krisen- und Konfliktregionen).⁸⁰⁰

Die US-Regierungen setzen seit Barack Obama nicht mehr zentral auf Staatsaufbau in Krisengebieten und auf die weltweite Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten, wie dies George W. Bush noch mittels seiner beiden Nationalen Sicherheitstrategien 2002 und 2006 ausformulierte, sondern vorerst auf die Bekämpfung bzw. Ausschaltung unmittelbarer Bedrohungen. Mit dem Einzug von Barack Obama als US-Präsident in das Weiße Haus stellte sich vom Ende der Amtszeit von US-Präsident George W. Bush bis zur Amtsübernahme durch Donald J. Trump ein

„Paradigmenwechsel der US-Außenpolitik weg von der Konfrontation hin zur Kooperation ein. Gefiel sich Bush noch in einer Politik der Polarisierung, so stand Obamas Politik im Zeichen internationaler Zusammenarbeit. Hinter diesem Wandel verbarg sich vor allem die Erkenntnis, dass die Macht der USA nicht (mehr) auslangte, eine unipolare Weltordnung aufzubauen und zu kontrollieren“,

leitete Michael Gehler, Professor an der Universität Hildesheim, ab.⁸⁰¹

⁸⁰⁰ Richard Haass, Present at the Disruption. How Trump Unmade U.S. Foreign Policy, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 24-34, hier S. 28.

⁸⁰¹ Michael Gehler, Europa. Ideen. Institutionen. Vereinigung. Zusammenarbeit, 3. komplett überarbeitete und erheblich erweiterte Auflage, Lau-Verlag, Reinbek 2018, S. 575.

In den USA nahmen in den 1990er-Jahren jene politischen Strömungen in der Republikanischen Partei zu, die den Sinn und Zweck der Beteiligung der USA an Bündnissen (wie an der NATO) im Fall zunehmender Ineffizienz hinterfragten. So verschlechterten sich die Beziehungen zu Deutschland unter US-Präsident Donald Trump zusehends, da aus Sicht Trumps und vieler Republikaner Deutschland aufgrund der geringen Verteidigungsausgaben innerhalb der NATO im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft als Trittbrettfahrer („*free-rider*“)⁸⁰² innerhalb des Bündnisses angesehen wurde, die US-Regierung sah sich hier „*ausgenutzt*“. Abgesehen von den tiefen persönlichen Abneigungen zwischen Donald Trump und der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel⁸⁰³ prägten die Themen der größer werdenden Handelsbilanzdefizite der USA zu Deutschland, die geringe deutsche Beitragsleistung zur Erreichung des Zwei-Prozent-vom-BIP-Verteidigungsbudgetziels bis 2024 innerhalb der NATO sowie das zwischen Russland und Deutschland 2021 abgeschlossene Gaspipelineprojekt „*Nordstream 2*“⁸⁰⁴ die politische Tagesordnung beider Länder.⁸⁰⁵ Frustriert von Trumps Auftritt bei der NATO und den G-7 rief 2017 die damals wahlkämpfende deutsche Bundeskanzlerin Merkel die EU auf, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und sprach somit tief greifende Differenzen im transatlantischen

⁸⁰² Samir Puri, *The Great Imperial Hangover. How Empires Have Shaped the World*, Atlantic Books, London 2021, S. 53.

⁸⁰³ Im Gegensatz dazu war die Beziehung zwischen US-Präsident Barack Obama und Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel auf gegenseitiger Wertschätzung aufgebaut. Merkel war Obamas engste Partnerin („*his closest partner*“), Obama bewunderte ihren Pragmatismus. In Zeiten der Flüchtlings- und Migrationskrise 2015 meinte Obama: „*We can't leave Angela hanging*“, in: Ben Rhodes, *The World as it is. Inside the Obama White House*, Vintage Books, London 2019, S. XIII.

⁸⁰⁴ Trump beschwerte sich darüber, dass die NATO-Mitgliedstaaten beabsichtigten, Russland zu sanktionieren, währenddessen Deutschland „*Milliarden von US-Dollar*“ für die *Nordstream 2* aufwende. In: John Bolton, *The Room Where It Happened. A White House Memoir*, Simon & Schuster, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi 2020, S. 144.

⁸⁰⁵ In einem Brief des damaligen US-Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland, Richard Grenell, an deutsche Konzerne, die am *Nordstream 2*-Projekt mitwirken, meinte er über dieses Projekt, es untergrabe die „*Sicherheit der Ukraine und Europas*“. In dem Brief drohte Grenell offen mit Sanktionen gegen diese Betriebe. *Nord Stream 2* bildet die Erweiterung der seit 2011 bestehenden Ostseepipeline von Wyborg (Russland) nach Lubmin (Deutschland). Aus: Matthias Auer und Eduard Steiner, *Nord Stream: Warum Amerika wütet*, in: *Die Presse*, 16.01.2019, S. 15.

Verhältnis offen an, und das wenige Monate vor der Bundestagswahl.⁸⁰⁶ Während Trump zudem eine Reduzierung von US-Truppen in Deutschland verkündet hatte, garantierte Verteidigungsminister Lloyd Austin von der nachfolgenden Regierung unter US-Präsident Joseph Biden anlässlich des Besuches bei der damaligen deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer am 13. April 2021, im Gegenzug die US-Truppenstärke um 500 Militärangehörige (Gesamttruppenstärke der USA in Deutschland: 35.000 Soldatinnen und Soldaten) in Wiesbaden aufzustocken. Im Juni 2020 hatte Trump angekündigt, 9500 Soldaten aus Deutschland abzuziehen.⁸⁰⁷ Anfang August 2020 verkündete der damalige US-Verteidigungsminister Mark Espen den Abzug von fast 12.000 US-Soldaten aus Deutschland (5000 davon sollten in andere europäische Länder verlegt werden)⁸⁰⁸ – als unmittelbare Konsequenz der dauernden Klagen von US-Präsident Trump, Deutschland würde zuwenig Geld in die NATO einzahlen.⁸⁰⁹ Im Gegensatz zur Trump-Regierung soll mit US-Präsident Biden nun das Thema *Nordstream-2*⁸¹⁰ den „*hervorragenden Beziehungen*“ zu Deutschland nicht entgegenstehen. Seit 21. Juli 2021 haben sich die USA und Deutschland nun offiziell über das *Nordstream-2*-Projekt geeinigt, Deutschland verpflichtet sich auch in diesem Zusammenhang mit den USA, die Ukraine als Transitland für Erdgas weiterhin anzuerkennen und der Ukraine jährlich eine Milliarde US-Dollar für einen *Grünen Fonds* zur Verfügung zu stellen. Sanktionen sollen gegenüber Russland in diesem Zusammenhang nur dann eingeleitet werden, wenn Russland versuchen würde, diese Pipeline politisch zu

⁸⁰⁶ Thomas Seibert, Ganz ohne die USA geht es nicht, in: Die Presse, 30.05.2017, S. 1.

⁸⁰⁷ Richard Haass, Present at the Disruption. How Trump Unmade U.S. Foreign Policy, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 24-34, hier S. 31.

⁸⁰⁸ Die Anzahl der in Polen eingesetzten US-Soldaten sollte demnach von 4500 auf 5500 erhöht werden, so das Pentagon. Aus: Die Presse, Pompeo auf Huawei-Jagd, in: Die Presse, 7.08.2020, S. 3.

⁸⁰⁹ Die Welt, Wenn die Amerikaner gehen, in: Die Welt, 8.08.2020, S. 1.

⁸¹⁰ Die USA hatten Sanktionen über Unternehmen verhängt, die an der Herstellung der *Nordstream-2*-Pipeline beteiligt sind: „*Wir haben diese Sanktionen verhängt, weil wir sie für angemessen halten*“, so der damalige US-Handelsminister Wilbur Ross, in: Christian Ultsch, „Die Europäer agieren etwas seltsam“, Interview mit dem US-Handelsminister Wilbur Ross, in: Die Presse, 14.02.2020, S. 3.

instrumentalisieren. Deutschland und Österreich erachten die *Nordstream-2* für deren jeweilige Energieversorgung als „*richtig und wichtig*“.⁸¹¹

Die USA entwickelten sich seit Mitte der 2010er-Jahre zu einem Hauptexportland für Flüssiggas (LNG). Seit März 2016 exportieren die USA Flüssiggas, Ende April 2016 wurde erstmals in der Geschichte in Europa Erdgas aus den USA in Empfang genommen. Auf einem Tanker war dieses nach Sines / Portugal transportiert worden, abgekühlt auf 161 Grad minus und daher in verflüssigter Form (LNG). Dieser Tanker, der damals in Portugal angekommen war, war der sechste in der amerikanischen Exportgeschichte.⁸¹² In den Jahren 2018 und 2019 hatte Russland zudem den Export von Erdöl und Erdölprodukten in die USA signifikant gesteigert, so die *Energy Information Administration (EIA)* des US-Energieministeriums, die diese Tatsache für die ersten elf Monate des Jahres 2019 aufzeigte. Russland wurde im Oktober 2019 sogar zweitgrößter Lieferant hinter Kanada und überrundete auch Mexiko. Waren die Lieferungen russischer Konzerne in die USA ab April 2019 von zuvor etwa 10 Millionen Barrel pro Monat auf 15 bis 17 Millionen Barrel hochgeschwungen, so betragen diese im Oktober 2019 20,9 Millionen Barrel. Das damalige Oktober-Niveau wurde in etwa acht Jahre zuvor erreicht.⁸¹³

Unberechenbarkeiten der Trump-Administration sowie die radikalen Brüche in der US-Außenpolitik hatten die EU „*noch stärker gespalten*“.⁸¹⁴ Trump bezeichnete die EU sogar als „*Feind*“⁸¹⁵ – als einen „*Feind neben*

⁸¹¹ Rainer Nowak und Stefan Riecher, Trump und der Millennial-Kanzler, in: Die Presse, 21.02.2019, S. 1.

⁸¹² Eduard Steiner, USA mischen EU-Gasmarkt auf, in: Die Presse, 4.05.2016, S. 17.

⁸¹³ Eduard Steiner, Wie Amerikaner und Russland Handel treiben, in: Die Presse, 10.02.2020, S. 6.

⁸¹⁴ Reinhard Heinisch, Joe Biden erklärt das Comeback der Diplomatie, in: Salzburger Nachrichten, 6.02.2021, S. 8.

⁸¹⁵ Dagegen meinte sein Vorgänger Barack Obama während seines Besuches in Hannover 2016: „*The world needs a strong, democratic, united Europe*“ im Zusammenhang mit der wachsenden Intoleranz und der Ausbreitung autoritärer Strömungen in den EU-Mitgliedstaaten, in den USA und auch auf globaler Ebene: „*Perhaps you need an outsider to remind you of the magnitude of what you have achieved from the ruins of the second world war.*“ Aus: Patrick Wintour, Obama urges a united Europe, in: The Guardian Weekly, 29.04.2016, S. 10.

Russland und China“.⁸¹⁶ Trump hatte versucht – ähnlich wie auch Präsident George W. Bush während der Irakkrise 2003 und der dadurch ausgelösten Unstimmigkeiten innerhalb der EU-Mitgliedstaaten – kleinere Länder wie Österreich, Ungarn und Slowenien für sich zu gewinnen,⁸¹⁷ den Trump-Kurs insgesamt unterstützte auch die *PiS*-Regierung in Polen. Österreich hatte damals versucht, anlässlich des Besuches von US-Außenminister Michael Pompeo am 14. August 2020 in Wien die „strategische Partnerschaft mit den USA“⁸¹⁸ auszubauen, Teil davon ist seither das „State Partnership Program“ zwischen dem Bundesheer und der Vermont National Guard.⁸¹⁹

Außenpolitisch bestimmte US-Präsident Trump durch Überraschungen und Unberechenbarkeiten das Gesetz des Handelns. Sei es beim *Muslim Ban*,⁸²⁰ sei es bei der plötzlichen Anerkennung von Jerusalem als israelische

⁸¹⁶ Hans Binnendijk, Despite infighting, here's how NATO can preserve, in: Defense News, 08.10.2018, S. 45.

⁸¹⁷ Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz besuchte US-Präsident Trump im Februar 2019, wobei Trump Kurz äußerst positiv gegenüberstand – im Gegensatz zum Besuch der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Trump damals den Handschlag verweigerte. Ein zweiter Besuch von Sebastian Kurz bei Donald Trump war am 20. März 2020 geplant, entfiel jedoch aufgrund der COVID-19-Pandemie. Kurz unterstützte die Politik von Israels Premierminister Benjamin Netanjahu (wie Trump) und fuhr einen harten Kurs in der Migrationsfrage, was wiederum Trump gefiel. Gefragt war von den USA die österreichische Expertise zum Westbalkan, die US-Regierung favorisierte wie Österreichs Bundesregierung eine EU-Integration des Westbalkans.

⁸¹⁸ Als Schlagwort existiert die „strategische Partnerschaft“ zwischen Österreich und den USA seit 2019, diese findet sich im türkis-grünen Regierungsprogramm. Diese Partnerschaft drückt sich auch im „gemeinsamen Lebens- und Wertemodell“ aus, so Österreichs damaliger Außenminister Alexander Schallenberg. Amerika gilt „als unverzichtbarer wirtschaftlicher und politischer Partner“, die USA sind für Österreich nach Deutschland der zweitwichtigste Exportmarkt. Mit Russland existiert seit 2018 der *Sotschi*-Dialog, ebenso seit 2018 auch die „strategische Partnerschaft“ mit der Volksrepublik China. Aus: Christian Ultsch, Österreichs neue Nähe zu den USA, in: Die Presse, 14.08.2020, S. 1.

⁸¹⁹ Dieses Programm mit der Vermont National Guard (sie besteht aus 4.000 Soldatinnen und Soldaten) beinhaltet den Austausch von Fähigkeiten und Erfahrungen in den Bereichen Cyber-Sicherheit, Militärmedizin, Katastrophenschutz und internationaler Terrorismus.

⁸²⁰ Trump verbot zunächst Menschen aus sechs mehrheitlich muslimischen Ländern (wie Iran, Libyen, Somalia, Syrien und Jemen) sowie Nordkorea, in die USA zu reisen und zu immigrieren. Aus Ländern wie Eritrea, Kirgisien, Myanmar und Nigeria wurde die Einwanderung gestoppt. Barack Obama warnte damals: „Amerikas Werte sind in Gefahr“.

Hauptstadt. Den rauhen Ton pflegte Trump gerne in Krisenzeiten, so auch beim verbalen Schlagabtausch mit Kim Jong-un. Jedoch ist man von einer Entmilitarisierung der koreanischen Halbinsel „trotz mehrerer Fototerminer Trumps mit Kim Jong-un so weit entfernt wie eh und je.“⁸²¹ Gegenüber Venezuela schloss Trump eine Militärintervention der USA nicht aus, da aus seiner Sicht die autokratische Regierung von Nicholas Maduro⁸²² durch deren Verbindungen nach Kuba und ihre Öffnungspolitik gegenüber Russland, China und Iran eine große Bedrohung für die Sicherheit der USA darstellt.⁸²³ Trump beriet sich im September 2017 mit seinem Stab und lateinamerikanischen Staatshäuptern über eine Militärintervention, doch sowohl der Sicherheitsberater Herbert McMaster als auch der damalige US-Außenminister Rex Tillerson sowie auch Kolumbiens Staatschef Juan Manuel Santos rieten davon ab.⁸²⁴ In einer Rede des damaligen Sicherheitsberaters John Bolton in Miami am 1. November 2018 verurteilte dieser die „Troika der Tyrannen“ der westlichen Hemisphäre – Venezuela, Kuba und Nicaragua.⁸²⁵ Die US-Regierung Trump erhöhte weiterhin den Druck auf Venezuela und verhängte Sanktionen über den staatlichen Ölkonzern *PdVSA*. Sicherheitsberater Bolton deutete weiterhin eine militärische Option an. US-Firmen durften zwar weiterhin Öl aus Venezuela kaufen, jedoch mussten die Zahlungen auf Sperrkonten fließen,

Es häufte sich dagegen massiver Widerstand. So hatte im Jahr 2017 zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate Derrick Watson, ein US-Bundesrichter auf Hawaii, einen Versuch Trumps zur Einführung eines *Muslim Ban* gestoppt (wie auch im März 2017). Der „Ban“ wurde vom Obersten Gericht aufrechterhalten und mit einer „Anti-Terror-Politik“ gerechtfertigt. in: Julian Borger, Global backlash grows over ban on travel to US, in: *The Guardian Weekly*, 03.02.2017, S. 5; und Thomas Seibert, Trumps „Muslim-Ban“ erneut gescheitert, in: *Die Presse*, 19.10.2017, S. 7. Und: Declan Walsh, Muslims exult at reversal of Trump ban, in: *The New York Times International Edition*, 24 January 2021, S. 3.

⁸²¹ Burhard Bischof, Lahmendes Außenamt: Die vielen Versäumnisse des Mike Pompeo, in: *Die Presse*, 14.08.2020, S. 3.

⁸²² US-Präsident Barack Obama hatte 2015 Sanktionen gegen die Regierung Maduro (Regierungsmitglieder, Sicherheitskräfte, Armeeführung) verhängt.

⁸²³ John Bolton, *The Room Where It happened. A White House Memoir*, Simon & Schuster, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi, S. 248.

⁸²⁴ Stefan Riecher, Trump spielte mit der Idee einer Invasion Venezuelas, *Die Presse*, 6.07.2018, S. 2.

⁸²⁵ John Bolton, *The Room Where It happened. A White House Memoir*, Simon & Schuster, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi, S. 249.

zu denen die venezuelanische Führung keinen Zugang hatte. Eingehende Gelder sollten dem von den USA anerkannten Übergangskandidaten Juan Guaidó zur Verfügung gestellt werden. 500.000 Fass Rohöl verkaufte Venezuela pro Tag an die USA zu dieser Zeit.⁸²⁶

Die USA werden ihre Militärmacht weiterhin unilateral einsetzen, aber nur dann, wenn nationale Interessen direkt betroffen sind. Der militärischen Überdehnung der Bush-Jahre⁸²⁷ folgten unter Donald Trump gezieltere und kleinere Interventionen, wie auch jene gegen die *Al-Shabaab*-Milizen in Somalia oder gegen die *Boko Haram* in Westafrika. In Syrien unterstützen die USA die Kurdenmiliz YPG, diametral zu türkischen Interessen. Die USA, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate wollen in Syrien und in der Region des Nahen und Mittleren Ostens einen weiteren Machtzuwachs des Iran verhindern.

Schwerpunkte der Nationalen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2017 bilden die Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft, der „Wiederaufbau des Militärs“ und der Grenzschutz. Internationale Klimaschutz- und Wirtschaftsabkommen sah Trump als „Jobvernichter“. Freihandel müsse demnach „fair“ sein. In den USA nahm das Leistungsbilanzdefizit vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten enorm zu. Durch steuerliche Maßnahmen versuchte Trump, Investitionen im Land selbst anzukurbeln.

Trump hatte darauf gezielt, bei den amerikanischen UN-Beiträgen massiv einzusparen: im März 2017 erhielt das Außenministerium den Auftrag, den Beitrag der USA um 28 Prozent zu drosseln. Mit Iran sollte laut Trump ein besseres Nuklearabkommen erreicht werden. Modernisiert und ausgebaut werden in den USA das Raketenabwehrsystem sowie das Nuklearprogramm, bis 2046 wären für Zweiteres 1,2 Billionen US-Dollar nötig. „America first“ hieß aus Sicht von Trump: nur ein sicheres, wohlhabendes und freies Amerika, das Stärke und Zuversicht ausstrahlt,

⁸²⁶ Andreas Fink, Warum Trump spät am Ölhorn dreht, in: Die Presse, 30.01.2019, S. 5.

⁸²⁷ Davon betroffen waren vor allem die US-Streitkräfte. Für Einsätze in Irak und in Afghanistan wurden verstärkt Einheiten und Verbände der *National Guard* und Reservisten als operative Reserve herangezogen, diese bildeten damals keine *strategische* Reserve mehr. Aus: Lawrence J. Korb, Broken Contract: The Limits of the All-Volunteer Army, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. 119-122, hier S. 121.

wäre in der Lage, „auswärts“ zu führen. Und das bedeutet mit Sicherheit nicht: „Amerika allein“.⁸²⁸ Vor allem, was die Beziehungen der USA zu den Ländern des Nahen- und Mittleren Ostens betrifft, waren die USA nie enger mit Israel, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten verbündet als unter der US-Regierung Trump.⁸²⁹ 2017 bombardierten US-Kampfflugzeuge eine syrische Luftwaffenbasis als Antwort auf einen syrischen Chemiewaffenangriff. Unter Trump zeigten sich die USA feindlicher gegenüber dem Iran als je zuvor. Mit dem Iran befanden sich die USA im Jahr 2020 bereits am Rande eines Krieges. Während der Präsidentschaft von Donald Trump entsendeten die USA fast 20.000 zusätzliche Militärpersonen in den Mittleren Osten.⁸³⁰

Der amerikanische Politikwissenschaftler G. John Ikenberry urteilte, dass die USA begonnen hätten, unter Donald Trump die von ihnen „geschaffene Ordnung zu hintertreiben.“⁸³¹ Ikenberry führte weiter aus:

„Jedliche Äußerung US-Präsident Donald Trumps läuft den Vorstellungen zuwider, die Grundlage des internationalen Systems der Nachkriegszeit waren. Handel, Bündnisse, Völkerrecht, Multilateralismus, Umweltschutz, Folter und Menschenrechte – zu all diesen Kernfragen hat Trump Aussagen getätigt, die, sollten sie umgesetzt werden, der Rolle der Vereinigten Staaten als Garant der liberalen Weltordnung ein Ende setzen würden. Er hat mit einer 70-jährigen Tradition gebrochen, als er das Ende der Unterstützung der USA für die Europäische Union signalisierte, indem er den Brexit⁸³² befürwortete und sich auf die Seite der rechtsradikalen europäischen Parteien schlug, die sich bemühen, das Projekt Europa der Nachkriegszeit zu untergraben.“⁸³³

⁸²⁸ Richard Haass, Present at the Disruption. How Trump Unmade U.S. Foreign Policy, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 24-34, hier S. 28.

⁸²⁹ Ben Rhodes, The Democratic Renewal. What It Will Take To Fix U.S. Foreign Policy, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 46-56, hier S. 48.

⁸³⁰ Ebenda.

⁸³¹ G. John Ikenberry, Verschwörung gegen die amerikanische Außenpolitik. Kann die liberale Ordnung überleben?, in: Europäische Rundschau 3/2017, Herold Druck und Verlag AG, Wien 2017, S. 81-88, hier S. 81.

⁸³² Während seines Besuches in London Ende April 2016 brachte US-Präsident Barack Obama seine Skepsis gegenüber einem Brexit (das Referendum dazu fand am 23. Juni 2016 statt) und auch gegenüber dem raschen Abschluss eines Handelsvertrages zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA zum Ausdruck: *“It could be five years from now, 10 years from now before we’re actually able to get something done.”* Obama weiter: *“I think it’s right for Britain to remain a European Union member precisely because I believe*

Ikenberry sah bereits damals den „Kollaps der liberalen Ordnung“ und bezog sich auf Donald Trumps Ausspruch aus dem Jahr 2016: „*We will no longer surrender this country [...] to the false song of globalism.*“⁸³⁴

Trump zeigte tatsächlich während seiner Amtszeit wenig Interesse, sich auf globaler Ebene für Menschenrechte sowie für die Ursachenbekämpfung von Migration und den Klimaschutz oder die internationale Bekämpfung von Pandemien einzusetzen. Er hinterfragte Handels- und Bündnissysteme. Während der Amtszeit von Präsident Trump traten die USA von folgenden Abkommen und Organisationen zurück bzw. aus:

- *Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership* (TPP) – Japan übernahm dann ab 2018 mit den elf verbleibenden Staaten die Führungsrolle;⁸³⁵
- Pariser Klimavertrag von 2015;⁸³⁶ unter US-Präsident Biden traten die USA diesem Vertrag wieder bei;

in Britain's strength, in our economic, diplomatic and military clout, because I am optimistic about our future, and because I believe in our ability to lead and not just follow.“ Als Brite, so Obama, würde er sich Sorgen machen, wenn er von einem Markt ausgeschlossen werden würde, der für 44 Prozent der britischen Exporte aufkommt – gemeint war die EU. Aus: Heather Stewart / Nadia Khomami, Obama warns of trade losses if Britain votes to leave the EU, in: The Guardian Weekly, 29.04.2016, S. 15.

⁸³³ G. John Ikenberry, Verschwörung gegen die amerikanische Außenpolitik. Kann die liberale Ordnung überleben?, in: Europäische Rundschau 3/2017, Herold Druck und Verlag AG, Wien 2017, S. 81-88, hier S. 81.

⁸³⁴ G. John Ikenberry, The Next Liberal Order. The Age of Contagion Demands More Internationalism, Not Less, in: Foreign Affairs, July / August 2020, S. 133-142, hier: S. 133.

⁸³⁵ Christoph Schwarz, Europas Rolle im Indo-Pazifik. Strategien für den Hauptaustagungsort systemischer Großmachtrivalität im 21. Jahrhundert, Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, Wien 2021, S. 19.

⁸³⁶ Kurz vor der Pariser Weltklimakonferenz stellte Obama den von ihm noch initiierten „*Clean Power Plan*“ vor mit dem Ziel, in den USA die Emissionen der Kraftwerke der Bundesstaaten bis 2030 gegenüber 2005 um 32 Prozent zu senken. Aus: Robert Himsl, Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA unter Präsident Donald J. Trump und ihre Auswirkungen auf die Europäische Union: Betrachtungen der Beziehungen der USA zu internationalen Organisationen und des Austritts der USA aus internationalen Verträgen, Master Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang „International Relations“, Department

- Iran-Atomabkommen aus 2015 (*JCPOA – Joint Comprehensive Plan of Action*);
- INF-Vertrag (*Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty*);
- UNESCO: die USA traten der UNESCO als 19. Staat am 4. November 1946 bei und 1984 wieder aus – Gründe: „*antinvestliche Polarisierung und ein ineffizientes Management*“; 2003 kehrten die USA in die UNESCO wieder zurück);⁸³⁷
- *UN Human Rights Council* (UN-Menschenrechtsrat – die USA hatten 2006 bereits unter Präsident George W. Bush gegen die Gründung dieses Gremiums gestimmt und das Gremium boykottiert, da es stets die Politik Israels kritisierte. Die USA gaben im Juni 2018 den Rückzug aus dem UN-Menschenrechtsrat⁸³⁸ bekannt),⁸³⁹ am 14. Oktober 2021 wurden die USA unter US-Präsident Biden wieder in den UN-Menschenrechtsrat (gemeinsam neu mit Eritrea, Kamerun und den Vereinigten Arabischen Emiraten) seitens der UN-Generalversammlung aufgenommen; in diesem 47 Staaten

für Rechtswissenschaften und internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems 2021, S. 73.

⁸³⁷ Robert Himsl, Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA unter Präsident Donald J. Trump und ihre Auswirkungen auf die Europäische Union: Betrachtungen der Beziehungen der USA zu internationalen Organisationen und des Austritts der USA aus internationalen Verträgen, Master Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang „International Relations“, Department für Rechtswissenschaften und internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems 2021, S. 45.

⁸³⁸ Die damalige Ständige Vertreterin der USA bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, hatte den Menschenrechtsrat sogar als „*Jauchegrube der politischen Voreingenommenheit*“ bezeichnet; in: Christian Schaller, „America First“ – Wie Präsident Trump das Völkerrecht strapaziert, SWP-Aktuell, Stiftung Wissenschaft und Politik, 12/2019, Berlin 2019.

⁸³⁹ Robert Himsl, Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA unter Präsident Donald J. Trump und ihre Auswirkungen auf die Europäische Union: Betrachtungen der Beziehungen der USA zu internationalen Organisationen und des Austritts der USA aus internationalen Verträgen, Master Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang „International Relations“, Department für Rechtswissenschaften und internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems 2021, S. 38f.

zählenden Gremium sind auch China, Russland und Venezuela als Mitglieder tätig;⁸⁴⁰ und

- *Open Skies Treaty* aus 2002.⁸⁴¹

Zudem weigerte Trump sich, dem Globalen Migrationspakt beizutreten oder auch europäische Bemühungen zu unterstützen, Medikamente gegen COVID-19 gemeinsam zu entwickeln. Eine Ausnahme bildete jedoch die Neuverhandlung des 1992 entstandenen (und 1994 in Kraft getretenen) NAFTA-Abkommens (NAFTA = *North American Free Trade Agreement*) – es entstand daraus Anfang 2020 das Amerikanisch-Mexikanisch-Kanadische Übereinkommen (*U.S.-Mexico-Canada Agreement – USMCA*), welches das NAFTA-Abkommen und sämtliche überholte Bestimmungen in den Bereichen geistige Eigentumsrechte, Internet, Investitionen, staatliche Betriebe und Währung ersetzte.⁸⁴²

Ein Wahlversprechen – was die Aufstockung von Mitteln für die Verteidigung des Landes betrifft – hatte Donald Trump noch umgesetzt: Trump hatte die vor allem unter Obama nach der Finanzkrise 2007/2008 eingeleitete massive Kürzung der Militärausgaben gestoppt – das Verteidigungsbudget wurde unter Präsident Trump zwischen 2017 und 2020 um fast 20 Prozent erhöht.⁸⁴³ So wurden mehr Gelder auch für die Modernisierung der Nuklearwaffen und der Raketenabwehr zur Verfügung gestellt. Zudem wurden unter Donald Trump die *Weltraumkräfte* (*Space Force*) geschaffen. Das Pentagon (wie auch das russische, das indische als

⁸⁴⁰ Richard Roth und, Maegan Vazquez, US officially rejoins controversial UN Human Rights Council, CNN, October 14, 2021, Updated 0003 GMT, October 15, 2021, <https://edition.cnn.com/2021/10/14/politics/us-united-nations-human-rights-council/index.html> [15.10.2021]

⁸⁴¹ Richard Haass, Present at the Disruption. How Trump Unmade U.S. Foreign Policy, in: *Foreign Affairs*, September / October 2020, S. 24-34, hier S. 30.

⁸⁴² Ana Swanson / Jim Tankersley, Here's what's in NAFTA's replacement, in: *The New York Times International Edition*, January 31, 2020, S. 8.

⁸⁴³ Nadia Schadlow, The End of American Illusion. Trump and the World As It is, in: *Foreign Affairs*, September / October 2020, S. 35-45, hier S. 42.

auch das chinesische Verteidigungsministerium)⁸⁴⁴ hat sich seither prioritär auf die Bereiche Hochtechnologie wie hypersonische Waffen und Künstliche Intelligenz (*AI – Artificial Intelligence*) fokussiert. Weiters stützen sich das Pentagon und die Nachrichtendienste der USA („*U.S. intelligence organizations*“) auf die Weiterentwicklung der operativen Konzepte „*Vorneverteidigung*“ („*defense forward*“) im Cyberraum mit den Zielen Bedrohungsidentifikation, Prävention von Angriffen und direkte Verteidigung bei Cyberangriffen.⁸⁴⁵ Am 4. September 2020 beschloss der *National Space Council* dazu eine neue Cyber-Sicherheitsrichtlinie (*Space Policy Directive-5*) mit dem Ziel, US-Weltraumsysteme gegen Cyberangriffe zu schützen.⁸⁴⁶

⁸⁴⁴ Alexander Bratersky, Two Down, More To Go?, in: Defense News, March 2021, S. 15. Und: Staff Reporters, A regional race. The global contest for advanced weapons is heating up in the Asia-Pacific, in: Defense News, March 2021, S. 8-10.

⁸⁴⁵ Nadia Schadlow, The End of American Illusion. Trump and the World As It is, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 35-45, hier S. 42.

⁸⁴⁶ Mark Pomerleau, Cyber team to take “more direct role” in offensive, influence operations, in: Defense News, 21.09.2020, S. 20.

Die Strategie von Präsident Joseph Biden

Am 3. März 2021 veröffentlichte das Weiße Haus erstmals in der Geschichte der USA eine *Interim Security Strategic Guidance (INSSG)*. Vorhergehende US-Regierungen vermieden derartige „*strategische Ausblicke*“. Grundsätzlich wurden von den US-Regierungen offiziell seit 1987 Nationale Sicherheitsstrategien (NSS) veröffentlicht – auf der Grundlage des *Goldwater-Nichols Department of Defense Reorganization Act* aus dem Jahr 1986 (P.L. 99-433, 3603/50 U.S.C. §3043).⁸⁴⁷ Die Veröffentlichung einer Nationalen Sicherheitsstrategie der Biden-Administration wurde im März 2021 noch für 2021 oder Anfang 2022 in Aussicht gestellt. Biden betonte in seiner *INSSG*, dass zwischen Außen- und Innenpolitik in Zeiten umfassender globaler Vernetzungsprozesse kaum mehr unterschieden werden könne, demnach müsse eine Gesamtstrategie der USA künftig verstärkt mit innenpolitischen Zielsetzungen verknüpft werden.⁸⁴⁸ In diesem Zusammenhang gilt es, nach den Jahren der US-Regierung unter Präsident Donald Trump die inneren Spaltungen der amerikanischen Gesellschaft zu überwinden und so auch die demokratischen Prozesse innerhalb der USA zu stärken, zudem soll die amerikanische Arbeiterschaft in der wirtschaftlichen Gesamtausrichtung der USA umfassend berücksichtigt werden.⁸⁴⁹ Einerseits bezweckt Präsident Biden den Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Resilienz in den USA in Hinblick auf künftige Globalisierungsprozesse, andererseits ist er bestrebt, außenpolitisch ein „*stabiles und offenes internationales System*“ zu führen, das auf „*starken demokratischen Bündnissen, Partnerschaften, multilateralen Institutionen und rechtlichen Maßstäben*“ aufbaut.⁸⁵⁰ Biden betont, dass „*wir uns mitten in einer historischen und fundamentalen Debatte über die zukünftige Ausrichtung der Welt befinden*.“⁸⁵¹ Das betrifft vor allem die Entwicklung politischer Systeme und, damit verbunden, die Frage, wie sich pluralistisch-demokratische Regierungssysteme am effizientesten Globalisierungsprozessen in Zukunft stellen können. Aus Sicht von Präsident Biden bildet die pluralistische

⁸⁴⁷ Kathleen J. McInnis, *The Interim National Security Strategic Guidance*, Congressional Research Service, In Focus, March 29, 2021, S. 1.

⁸⁴⁸ Ebenda.

⁸⁴⁹ Ebenda.

⁸⁵⁰ Ebenda.

⁸⁵¹ President Joseph R. Biden, *The White House, Interim National Security Strategic Guidance*, March 2021, S. 1.

Demokratie den Grundstein für „*Freiheit, Wohlstand, Frieden und Würde*“. In diesem Sinne gilt es für Biden, die USA wieder als Vorbild der pluralistischen Demokratie glaubwürdig zu stärken – mit Vorbildwirkung für die anderen Staaten der Welt:

*„We will build back better our economic foundations; reclaim our place in international institutions; lift up our values at home and speak out to defend them around the world; modernize our military capabilities, while leading first with diplomacy; and revitalize America’s unmatched network of alliances and partnerships.“*⁸⁵²

Biden fasste in der *INSSG* sein außen- und innenpolitisches Programm wie folgt zusammen:

*„When we strengthen our alliances, we amplify our power and our ability to disrupt threats before they can reach our shores. When we invest in the economic development of countries, we create new markets for our products and reduce the likelihood of instability, violence, and mass migrations. When we strengthen health systems around the world, we reduce the risk of future pandemics that can threaten our people and our economy. When we defend equal rights of all people – of women and girls, LGBTQI individuals, indigenous communities, people with disabilities, and people of every ethnic background and religion – we help ensure that those rights are protected for our own children here in America.“*⁸⁵³

Mehr denn je, so Biden, sind die USA von globalen Entwicklungen – sei es auf politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer sowie auch auf umweltpolitischer Ebene – so *berührt* wie nie zuvor.⁸⁵⁴ Mit der Stärkung des gesellschaftlichen und politischen Systems in den USA sollen global strategische Ziele mit Bündnispartnern und globalen Partnerschaften effizienter erreicht werden. Die Herausforderung der USA besteht darin, sich nicht mehr „*von der Weltbühne*“ zu verabschieden,

⁸⁵² Ebenda.

⁸⁵³ Ebenda.

⁸⁵⁴ Ebenda, S. 6.

sondern wie in der Vergangenheit eine pluralistisch-demokratische Staatengemeinschaft anzuführen, Allianzen „zu reparieren“ und dadurch Interessen durchzusetzen – insbesondere gegenüber China und Russland. Das zugrundeliegende Motto von Biden lautet dazu:⁸⁵⁵

*„And under the Biden-Harris Administration, America is back. Diplomacy is back. Alliances are back. But we are not looking back. We are looking irrevocably toward the future and all that we can achieve for the American people together. Let’s get to work.“*⁸⁵⁶

Die Rolle der USA in der Welt hängt also weiterhin von der Stärke der jeweiligen US-Regierung ab, dieses Land zu führen („*Our task is to ensure these advantages endure: by building back better at home and reinvigorating our leadership abroad. From a position of renewed strength, America can meet any challenge.*“)⁸⁵⁷ Dazu gehört auch weiterhin, die militärische Stärke der US-Streitkräfte als „*the world’s most powerful military*“ beizubehalten.⁸⁵⁸ Als primäre Bedrohung erwähnte Biden in seiner *INS.SG* die Volksrepublik China, die noch nie zuvor in der jüngeren Geschichte auf der Weltbühne so selbstbewusst auftritt wie heute. China erweist sich dabei als einziger Herausforderer der USA, der seine wirtschaftlichen, diplomatischen, militärischen und technologischen Fähigkeiten dazu einsetzt, um das derzeit bestehende internationale System vor neue Veränderungen zu stellen.⁸⁵⁹ Joseph Biden bezeichnete China deshalb als „*America’s most serious competitor*“.⁸⁶⁰ Um Veränderungen des internationalen Systems zugunsten Chinas zu verhindern, sollen gerade aus Sicht von Präsident Biden die USA mit Verbündeten und Partnern im eigenen Interesse die Welt führen. China bildet dabei zunehmend eine stärkere Allianz mit Russland, um amerikanische Interessen zu unterminieren. Einem neuen Kalten Krieg erteilte Biden eine Absage. Der Iran und Nordkorea versuchen zudem auch

⁸⁵⁵ Ebenda, S. 2.

⁸⁵⁶ Ebenda.

⁸⁵⁷ Ebenda, S. 6.

⁸⁵⁸ Ebenda.

⁸⁵⁹ Ebenda, S. 8.

⁸⁶⁰ Thomas Hale, China’s top diplomat heads to Moscow as ties strengthen, in: *Financial Times*, 24.05.2021, S. 3.

weiterhin, die regionale Sicherheit in ihren Weltregionen und somit auch gegenüber Verbündeten der USA zu gefährden.⁸⁶¹ Aus diesem Grund planen die USA auch unter Joseph Biden, sowohl die NATO für das neue Bedrohungsumfeld wirksam auszubauen sowie die Allianzen mit Australien, Japan und Südkorea zu stärken und auch neue strategische Allianzen und Partnerschaften ins Leben zu rufen. Prioritäre Regionen bilden für die USA der Indo-Pazifik, Europa und die „westliche Hemisphäre“ (der amerikanische Kontinent, Lateinamerika). Der besondere Ausbau von Partnerschaften und Allianzen betrifft Kanada und Mexiko sowie Neuseeland, Singapur, Vietnam sowie die *Association of Southwest Asian Nations* (ASEAN) und die Staaten der Pazifischen Inseln und die Europäische Union, das Vereinigte Königreich und Israel.⁸⁶² Partnerschaften mit afrikanischen Institutionen und Nationen sollen ebenso ausgebaut werden – die Themen reichen von der Bewältigung des Klimawandels bis zur Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus, zudem sollen afrikanische Staaten dahingehend unterstützt werden, ihre Resilienzen gegenüber „fremden Einfüssen“ (wie China) zu stärken.⁸⁶³ Die Bekämpfung der Folgen der Klimakrise erachtet Präsident Biden als besonders wichtig, eine seiner ersten Amtshandlungen war im Januar 2021 die Rückkehr der USA zum Pariser Klimaabkommen.⁸⁶⁴ Dazu wurde von ihm auch in der Person von John Kerry ein Spezialbeauftragter für Klimafragen benannt, der direkt dem US-Präsidenten unterstellt ist.⁸⁶⁵ Ein

⁸⁶¹ President Joseph R. Biden, The White House, Interim National Security Strategic Guidance, March 2021, S. 8.

⁸⁶² Ebenda.

⁸⁶³ Ebenda.

⁸⁶⁴ Der US-Klimabeauftragte John Kerry hatte die EU bei einem Besuch in Brüssel am 9. März 2021 eine enge Partnerschaft bei der Bekämpfung des Klimawandels angeboten. Die Zielbestimmung lautet nun auch für die USA wieder, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 2 Grad Celsius, möglichst jedoch auf maximal 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen (so Artikel 2 Absatz 1 lit a des Übereinkommens von Paris). Es sind nun die Vertragsstaaten, die ihre Selbstverpflichtungen festlegen („nationally determined contributions“) (Artikel 3 Satz 1, Artikel 4 Absatz 2 Satz 1 des Übereinkommens von Paris. Vgl. dazu auch: Hans-Georg Dederer, Die Governance-Verordnung der Union. Klimapolitische Steuerung der EU-Mitgliedstaaten in Richtung Nachhaltigkeit, in: Nachhaltigkeitsrecht, März 2021, S. 25-33, hier S. 26.

⁸⁶⁵ President Joseph R. Biden, The White House, Interim National Security Strategic Guidance, March 2021, S. 11.

weiterer Schwerpunkt der Biden-Administration gilt der internationalen Bewältigung der COVID-19-Pandemie – auch in Form mit einer vorläufigen Zwei-Milliarden-US-Dollar-Beteiligung an der *COVAX*-Initiative mit der Option, weitere Milliarden US-Dollar in den kommenden Jahren zur Verfügung zu stellen.⁸⁶⁶ In diesem Sinne soll auch gemeinsam mit der *UNO*, den *G-7*, den *G-20* und der Europäischen Union die *Global Health Security Agenda* gestärkt werden, mit internationalen Finanzinstitutionen sollen hier Ressourcen für medizinische Ausrüstung und der Zugang zu Impfstoffen sichergestellt werden.⁸⁶⁷ Um die Wettbewerbsfähigkeit der USA zu stärken, plant Biden, im Zuge seiner „*build back better*“-Initiative Budgetmittel für Forschung und Entwicklung im Bereich Hochtechnologie in der Höhe von ca. 300 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen.⁸⁶⁸

Auf dem *G-7*-Gipfel in Cornwall (11.-13. Juni 2021) verständigten sich die sieben führenden Industrienationen (darunter auch die USA und das Vereinigte Königreich) auf zwei strengere Regeln für international tätige Unternehmen (wie *Amazon*, *Google* oder *Facebook*):

- auf schärfere Vorgaben, wo diese Gewinne versteuert werden müssen;
- auf eine Untergrenze, wie hoch diese Steuern ausfallen sollen.⁸⁶⁹

Dabei geht die Einigung auf globale Besteuerung von Finanzgewinnen in Höhe von mindestens 15 Prozent auf einen Vorschlag von US-Finanzministerin Janet Yellen zurück.⁸⁷⁰ Ursprünglich hatte dazu die Biden-Administration eine weitaus höhere Belastung vorgeschlagen, was jedoch die Chancen minderte, einen Konsens durch den Kongress zu bekommen.

⁸⁶⁶ Ebenda, S. 12.

⁸⁶⁷ Ebenda.

⁸⁶⁸ Christopher Darby / Sarah Sewall, *The Innovation Wars. America's Eroding Technological Advantage*, in: *Foreign Affairs*, March / April 2021, S. 142-153, hier S. 153.

⁸⁶⁹ Benjamin Triebe, *Schärfere Steuerregeln für globale Konzerne*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 7.06.2021, S. 1.

⁸⁷⁰ *G7, Our Shared Agenda for Global Action to Build Back Better*, Carbis Bay G7 Summit Communiqué, 13 June 2021, Punkt 22.

Der niedrigere Wert soll vor allem die oppositionellen Republikaner besänftigen.⁸⁷¹ Zudem hatten sich die G-7 auf eine Regelung verständigt, wo Firmengewinne versteuert werden. So müssen Unternehmen künftig mindestens 20 Prozent ihrer Gewinne in jenen Ländern versteuern, wo sie die dazugehörigen Umsätze erzielt hatten, jedoch nur jene Gewinne, die eine Gewinnmarge von 10 Prozent übersteigen, nur im Fall der „größten und profitabelsten multinationalen Konzerne.“⁸⁷² Der ursprüngliche Wunsch der USA war, lediglich die 100 größten und profitabelsten Konzerne stärker zu belasten.⁸⁷³

Was das Klimaziel betrifft, stellen sich die G-7-Länder (nun auch wieder die USA) hinter die Erreichung der Klimaneutralität spätestens ab dem Jahr 2050, bis zum Jahr 2030 soll bereits der gemeinsame Schadstoffausstoß halbiert werden. Zudem sollen mindestens 30 Prozent der jeweiligen Landfläche und 30 Prozent der globalen Ozeane bis 2030 unter Schutz gestellt und so vor negativen Umwelteinflüssen bewahrt werden.⁸⁷⁴ China hatte im September 2020 das ambitionierteste Klimaversprechen überhaupt abgegeben: Vor der UN-Generalversammlung betonte Staatschef Xi Jinping, dass es Ziel der Kommunistischen Partei Chinas sei, den Ausstoß von Kohlendioxid vor 2030 auf einem Höchststand zu erreichen und dass Klimaneutralität vor 2060 erreicht wird.⁸⁷⁵ Noch stammen 65 Prozent der elektrischen Energie in China aus Kohlekraftwerken, in den USA betrug der Anteil 2021 an die 24 Prozent, in Europa 18 Prozent.⁸⁷⁶

⁸⁷¹ Benjamin Triebe, Schärfere Steuerregeln für globale Konzerne, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 7.06.2021, S. 1.

⁸⁷² Ebenda.

⁸⁷³ Ebenda.

⁸⁷⁴ G7, Our Shared Agenda for Global Action to Build Back Better, Carbis Bay G7 Summit Communiqué, 13 June 2021, Punkt 43.

⁸⁷⁵ Fabian Kretschmer, China setzt einen ersten Schritt zur Klimaneutralität, in: Die Presse, 16.07.2021, S. 15.

⁸⁷⁶ Andrew S. Erickson und Gabriel Collins, Competition With China Can Save the Planet. Pressure, Not Partnership, Will Spur Progress on Climate Change, in: Foreign Affairs, May / June 2021, S. 136-149, hier S. 136.

Die „neue Atlantic Charter“ und AUKUS

Die *Atlantic Charter* wurde ursprünglich am 14. August 1941 vom damaligen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt und vom damaligen britischen Premierminister Winston Churchill unterzeichnet. Diese stellte eine epochale Erklärung seitens der USA und des Vereinigten Königreiches dar, die jene Bestimmungen enthielt, auf denen eine Weltordnung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wie folgt aufgebaut werden sollte:

- Beide Länder streben keine Vergrößerung ihrer jeweiligen Staatsgebiete an;
- keine territorialen Veränderungen sollen durchgeführt werden ohne Einverständnis der jeweiligen Bevölkerungen;
- jede Bevölkerung soll ihr eigenes Regierungssystem bestimmen;
- freier Zugang zu Handel und Rohmaterialien soll allen Staaten gewährleistet werden. Dadurch soll der wirtschaftliche Aufbau beschleunigt werden.
- Umfassende wirtschaftliche Kooperationen zwischen den Staaten sollen auch die Arbeitsbedingungen sowie die soziale Sicherheit in den Staaten verbessern helfen.
- Nach der Zerschlagung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sollen sich alle Länder in Frieden weiterentwickeln, zudem sollen Menschen künftig weder in Angst leben noch Mangel erleiden.
- Auf dieser Grundlage soll auch wieder der freie Seeverkehr „*ohne Hindernis*“ hergestellt werden.
- Folglich soll auch ein weltweit gültiges kollektives Sicherheits- und Abrüstungssystem etabliert werden, das globalen Frieden sichert.⁸⁷⁷

Im Geiste eines Neuanfangs der Beziehungen mit den USA nach dem Anfang 2020 erfolgten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, der vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump

⁸⁷⁷ NATO, ‘The Atlantic Charter’. Declaration of Principles issued by the President of the United States and the Prime Minister of the United Kingdom, 14 Aug. 1941, Last updated 02 Jul. 2018 13:58, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_16912.htm [08.08.2021]

begrüßt wurde,⁸⁷⁸ strebt nun sein Nachfolger Joseph Biden an, die politischen, wirtschaftlichen und sicherheits- wie verteidigungspolitischen Beziehungen zur britischen Regierung zu verbessern. So unterzeichneten am 10. Juni 2021 der britische Premierminister Boris Johnson und US-Präsident Biden eine neue *Atlantic Charter*. Verteidigt sollen demnach die politischen Werte beider Länder werden – „gegen neue und alte Herausforderungen“.⁸⁷⁹ Mit all jenen Partnern, die die amerikanisch-britischen Werte der pluralistischen Demokratie teilen, soll gegen jene Kräfte zusammengearbeitet werden, die diese Werte unterminieren bzw. gefährden. Die sechs Punkte dieser Charta lauten wie folgt:⁸⁸⁰

- Erstens: Verteidigung der Prinzipien, Werte, und Institutionen der Demokratie und der offenen Gesellschaft, die die jeweilige Stärke der beiden Nationen sowie der jeweiligen Allianzen ausmachen. Demokratien sollen künftig besser vorbereitet werden, komplexeren Herausforderungen wirksamer entgegenzutreten. Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte, die die Freiheit aller Individuen garantieren sowie in diesem Zusammenhang die Unterstützung ziviler Gesellschaften und unabhängiger Medien sollen weiterhin gefördert werden.
- Zweitens: Stärkung jener Institutionen, Gesetze und Normen, die die koordinierte Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Herausforderungen wie auch bei der Eindämmung des Schadens neuer Technologien gewährleisten; der *offene und faire* Handel zwischen Ländern soll weiter geschützt werden.

⁸⁷⁸ Im Wahlkampf 2016 hatte sich Donald Trump für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ausgesprochen. Im Juli 2018 hatte Trump bei einem Besuch in London Kritik am Vorhaben der damaligen Premierministerin Theresa May geübt, als sie beabsichtigte, die engen Handelsbeziehungen zur EU aufrechtzuerhalten. Das würde das Vereinigte Königreich an einer engen Zusammenarbeit mit den USA hindern, so Trump, und meinte: „*Whatever you do [on Brexit] is OK with me, that's your decision. Just make sure you can trade with us, that's all that matters.*“ Aus: Jim Pickard, Demetri Sevastopulo, Trump switches back on Brexit in bid to mend bridges with May, in: *Financial Times Weekend*, 14/15 July 2018, S. 1; und: Wolfgang Böhm, Warum Trump den Brexit-Vertrag verteufelt, in: *Die Presse*, 28.11.2018, S. 7.

⁸⁷⁹ Prime Minister's Office, *The New Atlantic Charter 2021*, Published 10 June 2021, Policy Paper, London 2021, S. 1.

⁸⁸⁰ Ebenda.

- Drittens: Respekt gegenüber den Prinzipien der Souveränität, der territorialen Integrität und der friedlichen Streitbeilegung. Beide Staaten sprechen sich gegen Einmischung durch Desinformation aus, weiterhin auch für eine transparente und nachhaltige Schuldenpolitik. Zudem treten beide Länder weiterhin für eine Verteidigung der freien Seefahrt und der freien Überflüge sowie in diesem Kontext für eine Stärkung des internationalen See- wie Luftfahrtrechts ein.
- Viertens: Schutz der Wissenschaft und Forschung und der Entwicklung neuer Technologien – auch jener Technologien, „die die demokratischen Werte unterstützen“.
- Fünftens: gemeinsame nukleare Abschreckung zum Zwecke der Verteidigung der gesamten NATO. Solange Atomwaffen existieren, soll auch die NATO eine Nuklearallianz bleiben. Ausweitung der Kooperationen in der Cyber-Sicherheit, in der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und vorbeugende Maßnahmen zur Risikominimierung in Hinblick auf die Entstehung internationaler Konflikte. Zudem gaben Biden und Johnson das Bekenntnis ab, dass die NATO-Verbündeten und -Partner sich stets auf die USA und das Vereinigte Königreich verlassen können.
- Sechstens: koordinierte Bekämpfung von Terroristen. Mitwirkung am Aufbau einer „fairen, klimafreundlichen, nachhaltigen, und auf Recht fundierten globalen Wirtschaft für das 21. Jahrhundert.“ Stärkung der Finanzstabilität und Transparenz, Kampf gegen Korruption und illegale Finanzierung. Ziel, hohe Arbeits- und Umweltstandards zu erreichen.

Im Mai 2021 lief der neue britische Flugzeugträger *HMS Queen Elizabeth* zur ersten Mission gemeinsam mit britischen und amerikanischen *F-35*-Kampfflugzeugen an Bord aus. Diese Mission galt als Symbol für die weitere Vertiefung der Interoperabilität beider Streitkräfte.⁸⁸¹ Die

⁸⁸¹ Prime Minister’s Office, Joint Statement on the Visit to the United Kingdom of the Honorable Joseph R. Biden Jr, President of the United States of America, at the Invitation of The Rt. Hon. Boris Johnson M.P., The Prime Minister of the United Kingdom of Great Britian and Northern Ireland, London, June 2021, Punkt 3.

technologische Partnerschaft beider Länder soll zu einer neuen „strategischen Kooperation“ ausgebaut werden, auch mit dem Ziel, die Sicherheit im erdnahen Weltraum zu erhöhen.⁸⁸² Beide Länder sprachen sich auch dafür aus, die Kooperationen in den Bereichen Eindämmung von COVID-19 und (möglichen künftigen) Pandemien enger zu koordinieren – vor allem zwischen dem neuen *U.K. Health Security Agency (U.K. HSA) Centre for Pandemic Preparedness* und dem neuen *U.S. National Center for Epidemic Forecasting and Outbreak Analytics*. Zudem unterstützten Johnson und Biden die Schaffung eines integrierten globalen Überwachungssystems – das *Globale Pandemieradar (Global Pandemic Radar)* – in Koordination mit der Weltgesundheitsorganisation *WHO*.⁸⁸³ Weiter werden von beiden Ländern multilaterale Impfinitiativen unterstützt, so vor allem *COVAX* und die Partnerorganisationen *CEPI*, *GAVI*, *UNICEF* und *WHO*.⁸⁸⁴ Die zentrale Relevanz der *WHO* wird sowohl von London als auch von Washington anerkannt.⁸⁸⁵ In weiterer Folge planen beide Regierungen eine engere Kooperation bei der Krebsforschung, der erste amerikanisch-britische bilaterale Krebsgipfel (*U.S.-U.K. Bilateral Cancer Summit*) soll der Auftakt für diese Ambitionen sein.⁸⁸⁶ Für Nordirland soll besonders die Partnerschaft zwischen London, Dublin und Washington in Hinblick auf eine „Beendigung der Schwierigkeiten“ ausgebaut werden und zum Erfolg für eine nachhaltige Lösung in Nordirland führen.⁸⁸⁷

Als Weiterführung und Vertiefung im Sinne der neuen *Atlantic Charter* kann die seitens des US-Präsidenten Joseph Biden und der Premierminister Boris Johnson (Vereinigtes Königreich) und Scott Morrison (Australien) am 15. September 2021 ins Leben gerufene Verteidigungsallianz (AUKUS – steht für Australia, UK und US) im Indo-Pazifik gewertet werden.⁸⁸⁸ Dieses Bündnis sieht den Ausbau der diplomatischen und vor allem militärischen

⁸⁸² Ebenda.

⁸⁸³ Ebenda, Punkt 14.

⁸⁸⁴ Ebenda, Punkt 16.

⁸⁸⁵ Ebenda, Punkt 17.

⁸⁸⁶ Ebenda, Punkt 18.

⁸⁸⁷ Ebenda, Punkte 19 und 20.

⁸⁸⁸ George Allison, Britain, America and Australia announce new defence alliance, in: UK Defence Journal, September 15th, 2021, <https://ukdefencejournal.org.uk/britain-america-and-australia-announce-new-defence-alliance/> [18.09.2021]

Kooperationen zwischen drei der fünf „Five Eyes“-Ländern („Five Eyes“ steht für die enge nachrichtendienstliche Kooperationen folgender Länder: Australien, Kanada, Neuseeland, USA und Vereinigtes Königreich) vor. Als erster Schritt von AUKUS wurde die Ausrüstung der *Royal Australian Navy* mit acht nuklearangetriebenen amerikanischen U-Booten beschlossen.⁸⁸⁹ Zudem sollen in diesem Zusammenhang die Informations- und Ausrüstungsk Kooperationen auf technologischer Verteidigungsebene enger koordiniert werden. Ein 2016 zwischen Frankreich und Australien vertraglich vereinbarter Deal für die Ausstattung der australischen Marine mit 12 französischen Diesel-U-Booten im Wert von 90 Milliarden australische Dollar (56 Milliarden Euro) wurde durch AUKUS hinfällig. Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian bezeichnete den unter AUKUS zustande gekommenen neuen Vertrag über Nuklear-U-Boote für Australien für sein Land als „Dolchstoß“⁸⁹⁰ und in Anlehnung an Bidens Vorgänger Donald Trump als „*unilaterale, brutale, unvorhersehbare Entscheidung*“ („*unilateral, brutal, unpredictable decision*“). Frankreich rief in der Folge am 17. September 2021 vorläufig seine Botschafter aus Australien und den USA zu Konsultationen nach Paris. Währenddessen hatte US-Außenminister Antony Blinken betont, dass die transatlantische Zusammenarbeit (auch mit Frankreich) in der Indo-Pazifik-Region weiterhin koordiniert erweitert werden soll. Frankreichs Außenminister Le Drian sprach dagegen von einer neuen Krise innerhalb der NATO.⁸⁹¹

In einem gemeinsamen Telefongespräch zwischen den Präsidenten Biden und Macron hob Biden schließlich die strategische Relevanz einer stärkeren Beteiligung Frankreichs und der EU am globalen Krisenmanagement insbesondere in der Indo-Pazifik-Region hervor (auf der Grundlage der kurz zuvor beschlossenen EU-Strategie für den Indo-Pazifik) sowie einer „*stärkeren und fähigeren europäischen Verteidigung*“, die sich komplementär zur

⁸⁸⁹ Ebenda.

⁸⁹⁰ „*C'est vraiment un coup de poignard dans le dos. Nous avons établi une relation de confiance avec l'Australie, cette confiance a été trahie*“, betonte damals Le Drian. Aus: *FR24 News*, „Poignarder dans le dos“: la fureur française alors que l'Australie annule l'accord sur les sous-marins, 16 septembre 2021, <https://www.fr24news.com/fr/a/2021/09/poignarder-dans-le-dos-la-fureur-francaise-alors-que-laustralie-annule-laccord-sur-les-sous-marins-la-france.html>. [19.09.2021]

⁸⁹¹ Euronews, 18.09.2021, 09.32 Uhr; und Euronews, 19.09.2021, 17.03 Uhr.

NATO entwickeln soll. Zudem erklärte sich Biden bereit, weiterhin die von europäischen Staaten durchgeführten Anti-Terroroperationen in der Sahelzone zu unterstützen.⁸⁹²

⁸⁹² The White House, Joint Statement on the Phone Call between President Biden and President Macron, September 22, 2021, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/09/22/joint-statement-on-the-phone-call-between-president-biden-and-president-macron/> [15.10.2021]

Schlussfolgerungen und Ausblick

In einer Welt, in der Chinas Einfluss wächst und andere aufstrebende Mächte wie Indien oder Brasilien um Ressourcen, globale politische Bedeutung und um wirtschaftlichen Vorteil wetteifern, steigt das Potenzial für Fehleinschätzung und Konflikt. Aus diesem Grund müssen laut Zbigniew Brzezinski die USA ihre geopolitischen Bedingungen nutzen, um in einer „globalen Arena“ mit einer „globalen Bevölkerung entsprechende konstruktive Kooperationen“ zur Bewältigung gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen anzubieten.⁸⁹³ Die globale Machtverteilung verschiebt sich von West nach Ost, Amerikas globaler Reiz schwindet, zudem sinkt der Stellenwert der USA als globale Supermacht. Jedoch wird der Stellenwert der USA und deren Politik weiterhin für die globale Entwicklung wesentlich sein.⁸⁹⁴ Aus diesem Grund forderte Zbigniew Brzezinski für die USA, sich komplett zu erneuern auf der Grundlage einer langfristigen geopolitischen Vision:

„Only a dynamic and strategically minded America, together with a unifying Europe, can jointly promote a larger and more vital West, one capable of acting as a responsible partner to the rising and increasingly assertive East.“⁸⁹⁵

Im Kampf um die künftige (auch technologische) Vorherrschaft buhlen sowohl die USA als auch China um die EU, die in dieser „Welt im Umbruch“ ihre globale Rolle zu definieren versucht. Während der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2020 fand zwischen dem chinesischen Außenminister Wan Yi und seinem damaligen US-Kollegen Michael Pompeo ein rhetorischer Schlagabtausch statt. Während Wang Yi betonte, „Wir werden uns von keiner Macht der Welt aufhalten lassen“, stellte damals Pompeo klar: „Der Westen gewinnt.“⁸⁹⁶ Wang Yi beklagte die aus seiner Sicht von den USA durchgeführte „Schmierkampagne gegen China“ und meinte, alle Beschuldigungen der US-Regierung gegenüber China seien „Lügen“ und fügte hinzu, dass die USA „bloß Chinas Aufstieg hintertreiben“ wolle, zudem

⁸⁹³ Zbigniew Brzezinski, *Strategic Vision America and the Crisis of Global Power*, Basic Books, New York 2013, S. 1.

⁸⁹⁴ Ebenda, hier S. 1f.

⁸⁹⁵ Ebenda, hier S. 4f.

⁸⁹⁶ Christian Ultsch, *Der neue globale Wettbewerb der Systeme*, in: *Die Presse am Sonntag*, 16.02.2020, S. 4.

können die USA den „Erfolg eines sozialistischen Landes“ nicht akzeptieren.⁸⁹⁷ Für die USA bleibt China, so der damalige US-Verteidigungsminister Mark Esper, „das Sicherheitsrisiko Nummer Eins“, darauf, so Esper, ist auch die US-Verteidigungsstrategie aus 2018 ausgerichtet.⁸⁹⁸

Zudem zeichnet sich für die USA ein größeres Problem an der Südgrenze des Landes ab: Als im Mai 2021 eine „rekordverdächtige Zahl“ von 170.000 illegalen Übertritten an der US-Südgrenze verzeichnet wurde – die Mehrheit der Migranten kam aus dem „nördlichen Dreieck“ Guatemala, El Salvador und Honduras⁸⁹⁹ – sagte Vizepräsidentin Kamala Harris: „Bitte kommt nicht“.⁹⁰⁰ Ihr Aufruf richtete sich an die Armen Zentralamerikas, die dem Elend, der Korrruption sowie der Gewalt in ihren Heimatländern entfliehen und in den USA einen Neustart anzustreben versuchen. Der gefährliche Weg zur US-Grenze lohne sich nicht, so Harris: „Ihr werdet dort wieder zurückgeschickt.“ Denn trotz dem Versprechen der Regierung von US-Präsident Biden, humaner mit Migranten umzugehen, lehnt auch diese die Mehrheit der gestellten Asylanträge ab. Stattdessen beabsichtigt Biden, die Fluchtursachen vor Ort mit vorerst bis zu vier Milliarden US-Dollar zu bekämpfen. Dazu gehören Investitionen in die landwirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Länder und in die Ausbildung junger Menschen.⁹⁰¹ Was die Migrationskrise in Zentralamerika betrifft, war bereits Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador mit dem Versprechen einer humaneren Migrationspolitik angetreten. Man werde, so Obrador damals, die Migranten willkommen heißen und sie wirtschaftlich unterstützen, versprach Obrador 2018 im Wahlkampf. Doch aufgrund der scheinbar endlosen Migrationskarawanen im Frühjahr 2019 gab Obrador rasch dem Druck des damaligen US-Präsidenten Trump nach und entsendete das mexikanische Militär an die Grenze zu Guatemala.⁹⁰² Donald Trump ließ als US-Präsident circa eine viertel Million Menschen im

⁸⁹⁷ Ebenda.

⁸⁹⁸ Ebenda.

⁸⁹⁹ Donald Trump sprach einst über Haiti, El Salvador und afrikanische Länder als „Dreckslöcher“, in: Jill Aitoro, ‘Shithole’ comments make global security efforts that much more difficult, in: Defense News, January 22, 2018, S. 20.

⁹⁰⁰ Thomas Milz, Harris lernt die Tücken der Migrationskrise kennen, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 11.06.2021, S. 2.

⁹⁰¹ Ebenda.

⁹⁰² Ebenda.

Jahr 2018 in die Länder südlich des Rio Grande abschieben, den Rekord an Abschiebungen stellte jedoch die Vorgängerregierung von US-Präsident Obama auf, als sie im Jahr 2012 um die 410.000 Migranten abgeschoben hatte.⁹⁰³ Im Fiskaljahr 2020/2021 hatten über 1,5 Millionen Menschen die Grenze zwischen Mexiko und den USA illegal übertreten. Mitte September 2021 befanden sich über 10.000 Menschen aus Haiti bei Del Rio im Niemandsland zwischen den USA (Texas) und Mexiko und suchten Schutz vor der direkten Sonneneinstrahlung unter einer Brücke.⁹⁰⁴

Die USA weisen weiterhin einige Vorteile einer Supermacht auf: Demographische Entwicklung und natürliche Ressourcen, „*militärischer Muskel*“, Hochtechnologie und Ausbildung, kulturelle *Soft power*, *Cyber-Power*,⁹⁰⁵ zudem haben die USA nach wie vor mehr Verbündete als irgendeine andere Macht auf dieser Welt, geopolitische Stärke, Machtprojektion (durch Wirtschaft und Streitkräfte – insgesamt waren 2021 noch 200.000 US-Soldatinnen und Soldaten außerhalb der USA stationiert),⁹⁰⁶ nachrichtendienstliche Fähigkeiten, Forschung und Technologieentwicklung.

Die USA sind jedoch auch unter Präsident Joseph Biden weiterhin entschlossen, falls erforderlich, zur Durchsetzung eigener vitaler Interessen Militär einzusetzen: „*But the use of military force should be a last resort, not the first; diplomacy, development, and economic statecraft should be the leading instruments of American foreign policy.*“⁹⁰⁷ Zudem sollen militärische Kräfte zur Durchsetzung amerikanischer Interessen nur dann genutzt werden, wenn ein gesamtstrategisches Konzept vorliegt und, vor allem, die Streitkräfte

⁹⁰³ Thomas Vieregge, Wenn es an der Tür klopft: Razzien gegen Immigranten, in: Die Presse, 15.07.2019, S. 3.

⁹⁰⁴ Euronews, 18.09.2021, 09.35 Uhr.

⁹⁰⁵ Die Volksrepublik China ist ebenso bestrebt, die Informationskriegführung und in weiterer Folge die auf *Intelligenz* gestützte Kriegführung auch mit Hilfe künstlicher Intelligenz auszubauen, diese betrifft mit dem Ziel Informationsüberlegenheit den erdnahen Weltraum, den Cyberbereich und den elektromagnetischen Bereich. Aus: NIDS, NIDS China Security Report 2021. China's Military Strategy in the New Era, National Institute for Defense Studies, Tokyo 2020, S. V.

⁹⁰⁶ Robert Kagan, A Superpower, Like It or Not. Why Americans Must Accept Their Global Role, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 28-38, hier S. 37.

⁹⁰⁷ President Joseph R. Biden, The White House, Interim National Security Strategic Guidance, March 2021, S. 14.

über die für den jeweiligen Auftrag erforderlichen Fähigkeiten verfügen.⁹⁰⁸ Die USA sind nicht mehr bereit, in langdauernde Kriege zu ziehen. („*The United States should not, and will not, engage in ‘forever wars’ that have cost thousands of lives and trillions of dollars.*“) Der längste Krieg in Amerikas Geschichte – jener in Afghanistan (2001-2021) wurde offiziell am 31. August 2021 beendet, zudem soll Afghanistan dahingehend unterstützt werden, sich nicht mehr zu einem Terrorismus-fördernden Staat zu entwickeln. Der Einsatz von Militär im Mittleren Osten wird von den USA auch weiterhin nicht ausgeschlossen, jedoch nur, um militärisch organisierte Terrornetzwerke zu bekämpfen. Die schlagkräftigste US-Präsenz bleibt weiterhin in Europa und im Indo-Pazifik. Um jedoch US-Streitkräfte effizienter einsetzen zu können, sollen internationale Partner und lokale Verbündete zwecks Effektivität und Legitimität koordiniert mit eingebunden werden.⁹⁰⁹ Eines ist aus US-Sicht klar, was die künftige globale Ausrichtung der Weltpolitik betrifft: „*America, not China, sets the international agenda.*“⁹¹⁰ Gegenüber China ist weiterhin geplant, gegen Menschenrechtsverletzungen – vor allem in Hongkong, Xinjiang und Tibet – verstärkt aufzutreten, zudem soll auch gegen China weiterhin in den Bereichen „*unfaire und illegale Handelspraktiken, Cyber-Diebstahl,*⁹¹¹ *und wirtschaftliche Zwangspraktiken*“ vorgegangen und der Schutz von US-Technologien und Patenten forciert werden: „*We will conduct practical, results-oriented diplomacy with Beijing and work to reduce the risk of misperception and miscalculation.*“⁹¹²

Bereits 2015 reagierte auf die Präsenz des US-Kriegsschiffes *USS Lassen* (die *Lassen* drang in die 12-Seemeilenzone einer von China künstlich

⁹⁰⁸ Ebenda.

⁹⁰⁹ Ebenda, S. 14f.

⁹¹⁰ Ebenda, S. 20.

⁹¹¹ Während des US-China-Gipfels im September 2015 kamen beide Länder überein, dass beide Regierungen Cyber-Diebstahl an geistigem Eigentum unterbinden und dazu zweimal pro Jahr einen Dialog auf höherer Ebene aufbauen werden mit dem Ziel, Anti-Cyberkriminalitätsmaßnahmen einzuleiten. Jedoch gab es auch aufgrund der Maßnahmen der Trump-Administration gegenüber China dazu kaum Fortschritte. Dazu kamen zahlreiche Angriffe aus China gegen US-Firmen. Aus: NIDS, NIDS China Security Report 2021. China's Military Strategy in the New Era, National Institute for Defense Studies, Tokyo 2020, S.40.

⁹¹² President Joseph R. Biden, The White House, Interim National Security Strategic Guidance, March 2021, S. 21.

aufgeschütteten Insel bei den Spratlys ein) der Oberbefehlshaber der chinesischen *Volksbefreiungsmarine*, Admiral Wu Shengli, mit der Aufforderung, derartige „Provokationen“ zu unterlassen: „Ansonsten besteht die Gefahr, dass bereits ein kleiner Vorfall zum Krieg führt“⁹¹³ China, so der Admiral, werde „seine territoriale Souveränität und seine maritimen Interessen entschieden [...] verteidigen“.⁹¹⁴ Die Zusammenarbeit mit China in den Bereichen Klimawandel, globale Gesundheitssicherheit, Rüstungskontrolle und Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen soll vorrangig ausgebaut werden.⁹¹⁵ Subventionen und die Frage, wie staatliche Zuwendungen an Unternehmen im staatskapitalistischen System der Volksrepublik zu behandeln sind, bleiben weiterhin die größten handelspolitischen Streitpunkte zwischen der Volksrepublik China einerseits und den USA und der EU andererseits.⁹¹⁶

Die Zeit nach dem Kalten Krieg wurde bereits 2014 mit der Annexion der Krim durch Russland beendet. Während dieser Zeit hatten die USA keine Bedrohungen von anderen mächtigen Akteuren zu befürchten, EU- und NATO-Erweiterungen konnten ohne große geopolitische Widerstände anderer Mächte stattfinden. Chinas Marine begann schon in dieser Zeit, Machtprojektion im Ost- und Südchinesischen Meer durchzuführen. Russlands Militärausgaben begannen ab den 2000er-Jahren weiter zu steigen.⁹¹⁷ Seit dem Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts hatten amerikanische Verteidigungsexperten die Rückkehr der Rivalitäten großer Mächte als größte Herausforderung für die USA prophezeit („*Great power competition*“).⁹¹⁸ Interventionen wie seit 2001 in Afghanistan, Irak und in Libyen verhalfen „amerikanischen Werten, der Demokratie und Menschenrechten“ nicht zum Durchbruch: „*Advancing American economic and security interest must*

⁹¹³ Militär Aktuell, „Es besteht die Gefahr, dass bereits ein kleiner Vorfall zum Krieg führt“ (Admiral Wu Shengli), in: Militär Aktuell 4/2015, S. 009.

⁹¹⁴ Ebenda.

⁹¹⁵ President Joseph R. Biden, The White House, Interim National Security Strategic Guidance, March 2021, S. 21.

⁹¹⁶ Gerald Hosp, Chance für Washington und Brüssel, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 17.06.2021, S. 15.

⁹¹⁷ Michael Mandelbaum, America in a New World, in: The American Interest, Vol. XI, No. 6, July / August 2016, S. 13-21, hier S. 13.

⁹¹⁸ Michèle A. Flournoy, America's Military Risks Losing Its Edge. How to Transform the Pentagon for a Competitive Era, in: Foreign Affairs, May / June 2021, S. 76-90, hier S. 76.

*come first.*⁹¹⁹ So sind die USA mehr denn je auf Zusammenarbeit mit Verbündeten und Partnern angewiesen, um globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen umfassend und wirksam entgegenzutreten zu können. Unilaterale Aktionen können eher Bedrohungen und Sicherheitsrisiken für die USA und die jeweiligen davon betroffenen Regionen auslösen. Diese Nüchternheit der Erkenntnis setzte sich mit Präsident Obama durch. 2012 hieß es seitens des Pentagon, dass die amerikanischen Streitkräfte nicht mehr länger dafür ausgerichtet werden, Operationen in großem Umfang wie in Afghanistan und Irak durchzuführen – ein wesentlicher Richtungswechsel der US-Verteidigungsstrategie seit jenem Umbruch, der sich nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 (9/11) vollzogen hatte.

2016 prophezeite der damalige US-Verteidigungsminister Ashton Carter wiederholt die „*Rückkehr des Großmächte-Wettbewerbs*“ („*return to great-power of competition*“), 2018 reflektierte die am 19. Februar 2018 vom damaligen US-Verteidigungsminister Jim Mattis⁹²⁰ veröffentlichte Nationale Verteidigungsstrategie diese Lage: „*Inter-state strategic competition, not terrorism, is now the primary concern in U.S. national security.*“⁹²¹ Der Fokus liegt seither auf der zunehmende Rivalität mit der Volksrepublik China sowie mit Russland:

*„China is a strategic competitor using predatory economics to intimidate its neighbors while militarizing features in the South China Sea. Russia has violated the borders of nearby nations and pursues veto power over the economic, diplomatic, and security decisions of its neighbors.“*⁹²²

Aus der US-Verteidigungsstrategie aus 2018 geht auch hervor, dass geopolitische Herausforderer zur Durchsetzung ihrer Ziele weniger auf einen offenen Krieg setzen würden als auf Mittel eines „*Informationskrieges*“, auf „*undurchsichtige und verleugnete Stellvertreter-Operationen*“ und „*Subversion*“.

⁹¹⁹ Stephen D. Krasner & Amy Bitegart, Pragmatic Engagement, in: The American Interest, Vol. XI No 6, July/August 2016, S. 23-32, S. 27.

⁹²⁰ Kathleen J. McInnis, The 2018 National Defense Strategy, CRS Insight, Washington, February 5, 2018 (IN10855), S. 1.

⁹²¹ Department of Defense, Summary of the 2018 National Defense Strategy of the United States of America. Sharpening the American Military’s Competitive Edge, Washington 2018, S. 1.

⁹²² Ebenda.

Aggressionen und Konfliktbilder werden in der Grauzone zwischen Krieg und Frieden stattfinden.⁹²³

Aus diesem Grund wurde bereits zur Amtszeit von Präsident Biden im Senat mit 68:32 Stimmen ein Gesetz für die verstärkten staatlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung angenommen (*U.S. Innovation and Competition Act*). Insgesamt sollen vorerst 250 Milliarden US-Dollar dafür mobilisiert⁹²⁴ und großteils in die Grundlagenforschung investiert werden, die über die Nationale Wissenschaftsstiftung (*NSF*) und das Energieministerium mit seinen 17 nationalen Laboratorien betrieben wird.⁹²⁵

In Zeiten großer Unsicherheiten und umfassender Komplexität gilt es als völlig ausgeschlossen, die ideale Strategie für eine gewisse Zeit im Voraus festzulegen. David M. Edelstein und Ronald R. Krebs plädieren deshalb dafür, einen pragmatischen Zugang in der Strategiebildung eines Staates in Hinblick auf künftige Ereignisse in der Innen- und Außenpolitik zu ermöglichen. Zudem sollte auch in diesem Zusammenhang eine demokratische Transparenz mittels einer öffentlichen Debatte erwirkt werden: „*The production of an explicit strategy is meant to hold leaders accountable to the citizenry at large and to signal Washington’s global intentions to allies and adversaries, alleviating the uncertainty that bedevils international politics.*“⁹²⁶ Umgekehrt schlugen John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt ein neues

⁹²³ Tom Stevenson, Proxy Wars. Das Zeitalter der Stellvertreterkriege, in: *Le Monde diplomatique* (Deutsche Ausgabe), Januar 2021, S. 1, 6 und 7, hier S. 1; und: Majid Takht-Ravanchi, How Biden can restart the Iran deal, in: *The New York Times International Edition*, January 28, 2021, S. 1 und 9, hier S. 1.

⁹²⁴ Davon für das Jahr 2022 zunächst an die 5,5 Milliarden US-Dollar für Forschung und Entwicklung in neue Technologien (die sich wie folgt gliedern: 2,3 Milliarden US-Dollar für Mikroelektronik und an die 900 Millionen für künstliche Intelligenz). Im Gegenzug sollen 2,8 Milliarden US-Dollar aus Investitionen in ältere Systeme eingespart werden – so werden an die 200 Flugzeuge ausgemustert, ebenso Küstenkampfschiffe der *US Navy* sowie auch Kreuzer und Dock-Lande-Schiffe. Aus: Joe Gould, Valerie Insinna and Megan Eckstein, Is Biden’s Budget Just for Show?, in: *Defense News*, June 2021, S. 1, 32 und 33, hier S. 1.

⁹²⁵ Neue Zürcher Zeitung, Die USA wollen China die Stirn bieten, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 11.06.2021, S. 1.

⁹²⁶ David M. Edelstein und Ronald R. Krebs, Delusions of Grand Strategy. The Problem With Washington’s Planning Obsession, in: *Foreign Affairs*, November / December 2015, S. 109-116, hier S. 115.

Konzept eines „*offshore balancing*“ als künftige *Grand Strategy* der USA im Sinne eines neuen Realismus vor: die USA verzichten demnach einerseits auf große Vorhaben, was die Verbreitung von Demokratie und globale militärische Ambitionen betrifft, im Gegenzug sollen sich die USA ausschließlich auf den Machterhalt in der westlichen Hemisphäre konzentrieren und auch darauf, mögliche Machtprojektionen anderer Akteure in Europa, in Nordostasien und am Persischen Golf umfassend abzuwehren. Anstatt eine Rolle als *Weltpolizist* einzunehmen, sollen die USA andere Länder darin bestärken, selbst resistenter zu werden sowie gegen dominante Akteure gezielter vorzugehen mit der Option, erst dann zu intervenieren, falls es wirklich notwendig erscheint.⁹²⁷ Die USA sollen in diesem Zusammenhang weder ihre globale Führungsrolle aufgeben noch sich zu einer „*Festung Amerika*“ entwickeln. Die Führungsrolle der USA würde somit gestärkt: „*Rather, by husbanding U.S. strength, offshore balancing would preserve U.S. primacy far into the future and safeguard liberty at home*“.⁹²⁸ Anfang der 2020er-Jahre hatten die USA mehr Verbündete als andere Länder auf der Welt, mehr sogar, als eine Supermacht jemals gehabt hat.⁹²⁹ Daraus resultiert auch die Glaubwürdigkeit der USA, grundsätzlich ihre Verpflichtungen gegenüber Verbündeten ernst zu nehmen.

Bereits Robert Gates, ehemaliger *CIA*-Direktor und US-Verteidigungsminister, beklagte seinerzeit eine „*Übermilitarisierung der US-Außenpolitik*“, zudem sei das US-Außenministerium „*überbürokratisiert*.“ Dies behindere die Agilität und Kreativität, Ressourcen seien demnach nicht richtig eingesetzt: „*es gebe zu viele bequeme Diplomatenposten in Berlin, London, Paris, Rom und nicht genügend in wichtigen Orten wie Ankara, Peking, Kairo und New Delhi*.“⁹³⁰

⁹²⁷ John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, *The Case for Offshore Balancing. A Superior U.S. Grand Strategy*, in: *Foreign Affairs*, July / August 2016, S. 70-83, hier S. 71.

⁹²⁸ Burkhard Bischof, *Lahmendes Außenamt: Die vielen Versäumnisse des Mike Pompeo*, in: *Die Presse*, 14.08.2020, S. 3.

⁹²⁹ Daniel W. Drezner, *This Time Is Different. Why U.S. Foreign Policy Will Never Recover*, in: *Foreign Affairs*, May / June 2019, S. 10-17, hier S. 12.

⁹³⁰ John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt, *The Case for Offshore Balancing. A Superior U.S. Grand Strategy*, in: *Foreign Affairs*, July / August 2016, S. 70-83, hier S. 79.

Die Folgen für außen- und sicherheitspolitisches Handeln werden jedoch zunehmend unvorhersehbarer. Gefahren und Bedrohungen soll vor allem mit „*innerer Robustheit*“ der USA in Verknüpfung mit einem vom Großteil der US-Gesellschaft getragenen strategischen Willensbildungsprozess begegnet werden. Diese Verknüpfung zwischen innenpolitischer gesellschaftlicher und pluralistisch-demokratischer Stabilität und außenpolitischem Handeln wird vor allem unter der Präsidentschaft von Joseph Biden angestrebt und soll insbesondere die Grundlage dafür bilden, weiterhin einerseits die zivile Kontrolle des Militärs zu gewährleisten⁹³¹ und andererseits die globale Führungsrolle der USA weiterhin zu untermauern. Was die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Ausrichtung der USA betrifft, gilt weiterhin jener Grundsatz, der auch 2016 seitens des US-Militärs wie folgt formuliert wurde: In einer Welt, in der es keine überbrückende globale Autorität gibt, sind Regeln so stark und gültig wie der Wille der Staaten, diese zu befolgen oder umzusetzen.⁹³² In dieser Welt gilt es weiterhin für die USA, sich mehr als zuvor nach dem Ende des Kalten Krieges gegen selbstbewusster auftretende Akteure politisch zu behaupten.

⁹³¹ Risa Brooks, Jim Golby, Heidi Urban, America's Broken Civil-Military Relationship Imperils National Security, in: Foreign Affairs, May / June 2021, S. 64-75, hier S. 64.

⁹³² “*In a world with no overarching global authority, rules are only as strong as the willingness of states for follow or enforce them.*” (Joint Chiefs of Staff), in: Office of the Secretary of Defense, Nuclear Posture Review, February 2018, S. 69.

Literaturverzeichnis

ACKERET, Markus, Russland erprobt eine neue diplomatische Waffe, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 19.05.2021, S. 5.

ACKERET, Markus, Russland hegt keine Illusionen. Moskaus Erwartungen in das Gipfeltreffen der Präsidenten Putin und Biden sind nur gering, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 17.06.2021, S. 3.

ADAMOWSKI, Jaroslaw: Trump effect? Eastern Europe defense spending to climb, in: Defense News, July 10th, 2017, S. 10.

AGHA, Hussein, *KHALIDI*, Ahmad Samih, A Palestinian Reckoning. Time for a New Beginning, March / April 2021, S. 129-141.

AITORO, Jill, 'Shithole' comments make global security efforts that much more difficult, in: Defense News, January 22, 2018, S. 20.

AKSOY, Metin, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Außenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43.

ALBRECHTSBERGER, Philipp, Schwerer Konflikt zwischen Biden und Putin, in: Kurier, 18.03.2021, S. 7.

ALLISON, George, Britain, America and Australia announce new defence alliance, in: UK Defence Journal, September 15th, 2021, <https://ukdefencejournal.org.uk/britain-america-and-australia-announce-new-defence-alliance/> [18.09.2021]

ANWAR, André, In der Arktis wird es politisch eisig, in: Salzburger Nachrichten, 25.04.2015, S. 5.

ANWAR, André, Großmächte setzen auf die Modernisierung ihrer Atomwaffen, in: Die Presse, 3.07.2017, S. 2.

APA/DPA, NATO-Generalsekretär warnt Moskau, in: Die Presse, 5.01.2019, S. 5.

ARBEITER, Armin, *ARENDS*, Johannes, Die Angst vor dem Krieg wächst, in: Kurier, 10.10.2021, S. 10.

ART, Robert J., The US National Security Strategy (NSS): Implications for Transatlantic Security Policy, NATO Defense College, Rome, November 2005, S. 15-25.

AUER, Matthias, Amerika wird zum Opfer der Globalisierung, in: Die Presse, 24.02.2016.

AUER, Matthias, Fünf Minuten falscher Frieden, in: Die Presse am Sonntag, 13.10.2019, S. 17.

AUER, Matthias, Der Handelsstreit meldet sich zurück, in: Die Presse, 3.06.2020, S. 15.

AUER, Matthias, *STEINER*, Eduard, Nord Stream: Warum Amerika wütet, in: Die Presse, 16.01.2019, S. 15.

AUKLA, Jukka, China as a hybrid influencer: Non-state actors as state proxies, Hybrid CoE Research Report 1, The Hybrid Center of Excellence, Helsinki, June 2021.

AUSTRALIAN GOVERNMENT, Australia in the Asian Century, White Paper, Canberra, October 2012.

AUSTRIA PRESSE AGENTUR / DER STANDARD, EU und USA feiern Kompromiss im Streit um Stahl- und Aluzölle, 31.10.2021, <https://www.msn.com/de-at/finanzen/nachrichten/eu-und-usa-feiern-kompromiss-im-streit-um-stahl-und-aluz-c3-b6lle/ar-AAQ9OEN?ocid=uxbndlbing> [31.10.2021]

BABIN, Julie, Les États asiatiques dans l'Arctique, d'observateurs à acteurs engagés?, in: *Diplomatie* No 102, Affaires stratégiques et relations internationales, Janvier-Février 2020.

BAKER, Peter, An escape for Trump, but not an exoneration, in: *The New York Times International Edition*, February 15, 2021, S. 1 und 6.

BASTAROLI, Susanna, „Nordkorea wird nie auf Atombombe verzichten“, Interview mit dem ehemaligen britischen Botschafter in Nordkorea, David Slinn, in: *Die Presse*, 25.10.2017, S. 7.

BASTAROLI, Susanna, Ein Liebeslied für Donald Trump, in: *Die Presse*, 14.11.2017, S. 3.

BAUTZMANN, Alexis, Éditorial, in: *Diplomatie* No 102, Affaires stratégiques et relations internationales, Janvier-Février 2020, S. 3.

BEECH, Hannah, Inside the International Contest over the most important Waterway in the World, in: *TIME*, June 6, 2016, S. 22-29.

BEKDIL, Burak Ege, Turkish procurement saga weighs Russian S-400 deal against pleasing the West, in: *Defense News*, November 6th, 2017, S. 16.

BIDEN, Joseph R. (President), Remarks by President Biden on America's Place in the World, February 04, 2021, U.S. Department of State Headquarters, Harry S. Truman Building, Washington D.C.

BIDEN, Joseph R. (President), The White House, Interim National Security Strategic Guidance, March 2021.

BINNENDIJK, Hans, Despite infighting, here's how NATO can preserve, in: *Defense News*, October 8th, 2018, S. 45.

BISCHOF, Burkhard, China schimpft über „unverantwortliche“ US-Strategie, in: *Die Presse*, 25.09.2009, S. 4.

BISCHOF, Burkhard, US-Militärs warnen: IS erstarkt wieder, in: *Die Presse*, 8.08.2019, S. 3.

BISCHOF, Burkhard, Was ist Trumps Deal mit den Taliban wert?, in: Die Presse, 18.02.2020, S. 2 und 3.

BISCHOF, Burkhard, Trump sät Geheimdienst-Chaos, in: Die Presse, 22.02.2020, S. 6.

BISCHOF, Burkhard, Abrüstung und Rüstungskontrolle vor dem Ende?, in: Die Presse, 23.05.2020, S. 6.

BISCHOF, Burkhard, Eiszeit: Trump will kein Gespräch mehr mit Xi, in: Die Presse, 16.05.2020, S. 9.

BISCHOF, Burkhard, Lahmendes Außenamt: Die vielen Versäumnisse des Mike Pompeo, in: Die Presse, 14.08.2020, S. 3.

BITTNER, Jochen, „Die militärischen Fähigkeiten sind nicht da“. Ohne die USA können die Europäer keine Kriege führen, behauptet der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates. Hat er recht?, in: Die Zeit, 22.06.2011, S. 6.

BLECHMAN, Barry, *RUMBAUGH*, Russell, Bombs Away. The Case for Phasing Out U.S. Tactical Nukes in Europe, in: Foreign Affairs, July/August 2014, S. 163-174.

BÖGE, Friederike, Taiwan bereitet sich auf 2025 vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.2021, S. 6.

BÖHM, Wolfgang, Warum Trump den Brexit-Vertrag verteufelt, in: Die Presse, 28.11.2018, S. 7.

BOLTON, John, The Room Where It Happened. A White House Memoir, Simon & Schuster, New York, London, Toronto, Sydney, New Delhi 2020.

BORGER, Julian, Global backlash grows over ban on travel to US, in: The Guardian Weekly, 03.02.2017, S. 5.

BRATERSKY, Alexander, Two Down, More To Go?, in: Defense News, March 2021, S. 15.

BRATERSKY, Alexander, Russia To Up Arctic Activity with Fresh Strategy, More Capability Test, in: Defense News, April 2021, S. 15.

BRENNAN, Rick, Withdrawal Symptoms. The Bungling of the Iraq Exit, in: Foreign Affairs, November/December 2014, S. 25-36.

BRIGETY II, Reuben E., The Fractured Power. How to Overcome Tribalism, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 40-46.

BROOKS, Risa; *GOLBY*, Jim, *URBEN*, Heidi, America's Broken Civil-Military Relationship Imperils National Security, in: Foreign Affairs, May / June 2021, S. 64-75.

BRZEZINSKI, Zbigniew, Strategic Vision America and the Crisis of Global Power, Basic Books, New York 2013.

BUCHAS, Peter, *MITTELSTAEDT*, Jean Christopher, Chinas Nordkorea-Problem, in: Militär Aktuell 2/2016, S. 10-12.

BULARD, Martine, Kommt eine pazifische NATO?, in: Le Monde Diplomatique, Deutsche Ausgabe, Juni 2021, S. 1 und 6.

BUMILLER, Elisabeth, *SHANKER*, Tom, Obama Puts His Stamp on Strategy for a leaner Military, New York Times, January 5, 2012, <http://www.nytimes.com/2012/01/06/us/obama-at-pentagon-to-outline-cuts-and-strategy> [22.03.2012]

BURNS, Nicholas, Passage to India. What Washington Can Do to Revive Relations With New Delhi, in: Foreign Affairs, September / October 2014, S. 132-141.

CARTER, Ashton B., *PERRY*, William J., Preventive Defense. A New Security Strategy for America, Brookings Institutions Press, Washington D.C. 1999.

CARTER, Ash, US, Allies Will Deliver ‚A Lasting Defeat‘ to ISIL, in: Defense News, December 14th, 2015, S. 12.

CARTER, Ash, The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network, in: Foreign Affairs, November / December 2016, S. 65-75.

CHA, Victor, China needs to get serious, in: TIME, April 3, 2017, S. 32.

CHANE, John Bryson, Real Faith in the Public Square, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. 13-23.

CHINA RUNDSCHAU, Die chinesisch-amerikanischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, in: China Rundschau, Nr. 059, Dezember 2019, S. 2.

COPP, Tara, Mattis: Nuclear triad is the ‚right way to go‘, in: Defense News, September 18th, 2017, S. 26 und 27.

CZERWIEC, Jason, Protecting the Baltics. Serious Western Action Needed To Deter Russia, in: Defense News International, March 9th, 2015, S. 21.

DARBY, Christopher, *SEWALL*, Sarah, The Innovation Wars. America’s Eroding Technological Advantage, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 142-153.

DEDERER, Hans-Georg, Die Governance-Verordnung der Union. Klimapolitische Steuerung der EU-Mitgliedstaaten in Richtung Nachhaltigkeit, in: Nachhaltigkeitsrecht, Zeitschrift für das Recht der nachhaltigen Entwicklung, hresgg. Von Markus P. Beham, Berthold Hofbauer, Berthold Lindner, Heft 1, 1. Jahrgang, Verlag Österreich, Wien, März 2021, S. 25-33.

DEFENSE NEWS, Time To Get Tougher on China, in: Defense News, December 9th, 2013, S. 20.

DEPARTMENT OF DEFENSE, Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, Washington, 5 January 2012.

DEPARTMENT OF DEFENSE, Summary of the 2018 National Defense Strategy of the United States of America. Sharpening the American Military's Competitive Edge, Washington 2018.

DER SPIEGEL, Joe Biden verspricht Taiwan im Konflikt mit China militärische Unterstützung, Der Spiegel Online, 22.10.2021, 11.10 Uhr, <https://www.spiegel.de/ausland/konflikt-mit-china-us-praesident-joe-biden-verspricht-taiwan-militaerische-unterstuetzung-a-86db3222-6a6b-4490-b4e1-e3bdf8c71c27> [22.10.2021]

DER STANDARD, Diplomatische Konfrontationen zwischen USA und China, in: Der Standard, 20.03.2021, S. 13.

DIAMOND, Jeremy, CNN, Trump: I could 'shoot somebody and I wouldn't lose voters', Jan 24, 2016, Updated 1703 GMT (0103 HKT), <https://edition.cnn.com/2016/01/23/politics/donald-trump-shoot-somebody-support/index.html?form=MY01SV&OCID=MY01SV> [09.07.2021]

DIE PRESSE, Europäer finden keine gemeinsame Nahost-Linie, in: Die Presse, 30.11.2012, S. 1.

DIE PRESSE, Netanjahu will festschreiben, dass Israel jüdischer Staat ist, in: Die Presse, 3.05.2014, S. 6.

DIE PRESSE, „Israel schuld am Scheitern“, in: Die Presse am Sonntag, 4.05.2014, S. 8.

DIE PRESSE, China als „Bedrohung“, in: Die Presse, 6.08.2014, S. 4.

DIE PRESSE, Ein historischer Besuch in Hiroshima, aber ohne Verneigung, in: Die Presse, 12.04.2016, S. 2.

DIE PRESSE, Kerrys letzter Appell an Israels Regierung, in: Die Presse, 29.12.2016, S. 3.

DIE PRESSE, US-Militär setzt größte nicht-nukleare Bombe ein, in: Die Presse, 14.04.2017, S. 3.

DIE PRESSE, Trump erneuert Restriktionen für Kuba-Reisen, in: Die Presse, 17.06.2017, S. 6.

DIE PRESSE, US-Präsident unterzeichnet Sanktionen gegen Moskau, in: Die Presse, 3.08.2017, S. 7.

DIE PRESSE, Russische Vertretungen geschlossen, in: Die Presse, 4.09.2017, S. 3.

DIE PRESSE, Trump verschärft die Sanktionen, in: Die Presse, 22.09.2017, S. 3.

DIE PRESSE, Trump schwärmt über Kim: „Wir haben uns verliebt“, in: Die Presse, 1.10.2018, S. 2.

DIE PRESSE, USA melden Start des Abzugs aus Syrien, in: Die Presse, 12.01.2019, S. 6.

DIE PRESSE, US-Gesandter in Katar: Gespräche mit Taliban, in: Die Presse, 24.01.2019, S. 5.

DIE PRESSE, USA und China zeigen zaghafte Annäherung, in: Die Presse, 22.03.2019, S. 5.

DIE PRESSE, Trump bricht Dialog mit Taliban ab, in: Die Presse, 9.09.2019, S. 4.

DIE PRESSE, Beweislast gegen Donald Trump „überwältigend“, in: Die Presse, 4.12.2019, S. 7.

DIE PRESSE, US-Militär begann mit Abzug, in: Die Presse, 11.03.2020, S. 13.

DIE PRESSE, Trumps Krieg mit WHO, in: Die Presse, 20.05.2020, S. 7

- DIE PRESSE*, Pompeo auf Huawei-Jagd, in: *Die Presse*, 7.08.2020, S. 3.
- DIE PRESSE*, Hongkong spürt Chinas Knute immer stärker, in: *Die Presse*, 12.08.2020, S. 4.
- DIE PRESSE*, Nordkorea droht den USA, in: *Die Presse*, 3.05.2021, S. 2.
- DIE PRESSE*, Peking will Aus für Zölle, in: *Die Presse am Sonntag*, 10.10.2021, S. 8.
- DIE WELT*, Wenn die Amerikaner gehen, in: *Die Welt*, 8.08.2020, S. 1.
- DOEMENS*, Karl, Desaster trifft das Weiße Haus, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.08.2021, S. 2.
- DOLOMITEN*, Stoltenberg warnt Alliierte, in: *Dolomiten*, 17.02.2021, S. 2.
- DOMBAY*, Daniel, Obstacles strew path to deeper nuclear cuts, in: *Financial Times*, 24.12.2010, S. 3.
- DREZNER*, Daniel W., This Time Is Different. Why U.S. Foreign Policy Will Never Recover, in: *Foreign Affairs*, May / June 2019, S. 10-17, hier S. 12.
- DREZNER*, Daniel W., *KREBS*, Ronald R., *SCHWELLER*, Randall, The End of Grand Strategy, in: *Foreign Affairs*, May / June 2020, S. 107-117.
- EDELMAN*, Eric, *TAKEYH*, Ray, The Next Iranian Revolution. Why Washington Should Seek Regime Change in Tehran, in: *Foreign Affairs*, May / June 2020, S. 131-145.
- EDELSTEIN*, David M., *KREBS*, Ronald R., Delusions of Grand Strategy. The Problem With Washington's Planning Obsession, in: *Foreign Affairs*, November / December 2015, S. 109-116, hier S. 115
- EDER*, Marlies, US-Airlines streichen Taiwan von Plan, in: *Die Presse*, 26.07.2018, S. 6.

EDER, Marlies, Tag der Abrechnung in Hongkong, in: Die Presse, 24.04.2020, S. 4.

EDLINGER, Fritz, 100 Jahre leere Versprechungen, in: Militär Aktuell Nr. 2/2018, S. 50.

EL-GAWHARY, Nahost: Scherbenhaufen oder doch ein Neuanfang, in: Die Presse, 24.03.2010, S. 6.

EL-GAWHARY, Karim, Ein Schlag ins Herz der Ölindustrie, in: Die Presse, 16.09.2019, S. 1.

ERICKSON, Andrew S., *COLLINS*, Gabriel, Competition With China Can Save the Planet. Pressure, Not Partnership, Will Spur Progress on Climate Change, in: Foreign Affairs, May / June 2021, S. 136-149.

ERNST, Werner W., Zu einer Theorie des Populismus, in: Anton Pelinka (Hrsg.), Populismus in Österreich, Junius Verlags- und Vertriebsgesellschaft, Wien 1987.

FARRELL, Henry, *FINNEMORE*, Martha, The End of Hypocrisy, in: Foreign Affairs, November / December 2013, S. 22-26.

FINK, Andreas, Warum Trump spät am Ölhahn dreht, in: Die Presse, 30.01.2019, S. 5.

FLOURNOY, Michèle A., America's Military Risks Losing Its Edge. How to Transform the Pentagon for a Competitive Era, in: Foreign Affairs, May / June 2021, S. 76-90.

FOREIGN AFFAIRS, The Scholar as Secretary. A Conversation With Ashton Carter, in: Foreign Affairs, September/October 2015, S. 72-78.

FR24 News, „Poignarder dans le dos“: la fureur française alors que l’Australie annule l’accord sur les sous-marins, 16 septembre 2021, <https://www.fr24news.com/fr/a/2021/09/poignarder-dans-le-dos-la->

fureur-francaise-alors-que-laustralie-annule-laccord-sur-les-sous-marins-la-france.html [19.09.2021]

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Neue Sanktionen gegen Teheran. Amerika nimmt Irans Raketenprogramm in den Blick, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.2016, S. 5.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Chinas Zensur; Brics statt Wasserstoffbombe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.09.2017, S. 16.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Erstes EU-Verteidigungsprojekt mit Amerika, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.05.2021, S. 1.

FT Reporters, Iran vows ‘crushing’ response if US strikes, in: Financial Times, 18 November 2020, S. 4.

FUKUYAMA, Francis, Against Identity Politics. The New Tribalism and the Crisis of Democracy, in: Foreign Affairs, September/October 2018, S. 90-114.

G7, Our Shared Agenda for Global Action to Build Back Better, Carbis Bay G7 Summit Communiqué, 13 June 2021.

GALLUCCI, Robert, A Very Bad Idea from the Start, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. 9-10.

GARCIA-CAMARGO, Isabella, *BRADSHAN*, Samantha, Disinformation 2.0: Trends for 2021 and beyond, Hybrid CoE Working Paper 11, The European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats, Helsinki, July 2021.

GARZA, Alicia, The Purpose of Power. How To Build Movements for the 21st Century, Black Swan edition, Transworld Publishers, London 2021.

GAUSE III, F. Gregory, The Future of U.S.-Saudi Relations. The Kingdom and the Power, in: Foreign Affairs, July / August 2016, S. 114-125.

GEHLEN, Martin, Wie Trump seine Politik in Syrien modifiziert, in: Die Presse, 3.08.2017, S. 6.

GEHLEN, Martin, Washington zieht im Jemen die Notbremse, in: Die Presse, 2.11.2018, S. 6.

GEHLER, Michael, Europa. Ideen. Institutionen. Vereinigung. Zusammenarbeit, 3. komplett überarbeitete und erheblich erweiterte Auflage, Lau-Verlag, Reinbek 2018.

GEHLER, Michael, From Saint-Germain to Lisbon. Austria's Long Road from Disintegrated to United Europe 1919-2009, Austrian Academy of Sciences, Volume 5, Wien / Vienna 2020.

GIBBONS-NEFF, Thomas, *BARNES*, Julian E., U.S. officials debate threat of ISIS in Afghanistan, in: The New York Times International, 5.08.2019, S. 6.

GIESEN, Christoph, Donald Trump verstört China, in: Süddeutsche Zeitung, 13.12.2016, S. 1 und 4.

GOULD, Joe, *INSINNA*, Valerie, *ECKSTEIN*, Megan, Is Biden's Budget Just for Show?, in: Defense News, June 2021, S. 1, 32 und 33.

GRAND, Camille, Smart Defense, in: Lisa Aronsson / Molly O'Donnell, Smart Defense and the Future of NATO: Can the Alliance Meet the Challenges of the Twenty-First Century?, March 28-30, 2012, Chicago, Illinois, Conference Report and Expert Papers, Presented by The Chicago Council on Global Affairs.

GREBER, Wolfgang, Donald Trumps Space Force: Ein neuer Helm für alte Krieger, in: Die Presse, 21.02.2019, S. 3.

GRIMM, Oliver, Obamas Rückkehr in den Irak-Krieg, in: Die Presse, 9.08.2014, S. 1.

GRIMM, Oliver, China und USA ringen um Vormacht, in: Die Presse, 13.11.2014, S. 1.

GRIMM, Oliver, Eigentorlawine der Republikaner, in: Die Presse, 12.09.2015, S. 6.

GRIMM, Oliver, Obama und Netanjahu stärken Militärpakt, in: Die Presse, 10.11.2015, S. 7.

GRIMM, Oliver, Furcht vor Einschüchterung und Gewalt am Wahltag steigt, in: Die Presse, 4.11.2016, S. 5.

HAASS, Richard, Present at the Disruption. How Trump Unmade U.S. Foreign Policy, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 24-34.

HACKENBERGER, Alfred, „Caesar Act“ soll Assad in die Knie zwingen, in: Die Presse, 19.06.2020, S. 6.

HALE, Thomas, China's top diplomat heads to Moscow as ties strengthen, in: Financial Times, 24.05.2021, S. 3.

HANNAH, Mark, Why leaving Afghanistan is so difficult, in: The New York Times International Edition, March 23rd, 2021, S. 1 und 10.

HAUTKAPP, Dirk, Ex-Pentagon-Chefs warnen Trump, in: Kurier, 5.01.2021, S. 7.

HAUSER, Gunther, Die US-Außenpolitik: Auf dem Weg ins Chaos?, in: Militär Aktuell 1/2017, S. 50.

HAUSER, Gunther, Die Sicherheits- und Verteidigungsstrategien der USA 1987 bis 2017. Anspruch und Wirklichkeit. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 16/2017, Wien, im Dezember 2017.

HAUSER, Gunther, Chinas Aufstieg zur Globalmacht. Der Weg einer Regionalmacht zum weltpolitischen Akteur, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 1/2020, Wien, im Mai 2020.

HAUSER, Gunther, In Afghanistan sind westliche Aufbaustrategien gescheitert, Gastkommentar, in: Wiener Zeitung, 18.08.2021, S. 10.

HECHT, Judith, „China hasst die Demokratie“, Interview mit dem Außenminister von Taiwan, Joseph Wu, in: Die Presse, 11.09.2019, S. 10.

HEINISCH, Reinhard, Confronting Washington – What if Beijing Plays the European Card, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 125-150.

HEINISCH, Reinhard, Joe Biden erklärt das Comeback der Diplomatie, in: Salzburger Nachrichten, 6.02.2021, S. 8.

HELM, Sarah, Shape of future war lies in contours of West Bank, in: The Guardian Weekly, 17.02.2017, S. 19.

HIMSL, Robert, Die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA unter Präsident Donald Trump und ihre Auswirkungen auf die Europäische Union: Betrachtungen der Beziehungen der USA zu internationalen Organisationen und des Austritts der USA aus internationalen Verträgen, Master Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts (M.A.) im Universitätslehrgang „International Relations“, Department für Rechtswissenschaften und internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems 2021.

HÖHLER, Gerd, Der NATO-Staat Türkei kauft Raketen in Russland, in: Salzburger Nachrichten, 23.02.2019, S. 6.

HORNBERGER, Jacob G., The Ron Paul Institute for Peace and Prosperity, January 13, 2021.

HOSP, Gerald, Chance für Washington und Brüssel, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 17.06.2021, S. 15.

HUHOLD, Klaus, Eine selbstbewusste Geburtstagsfeier, in: Wiener Zeitung, 2.07.2021, S. 7.

IKEDA, Tokuhiro, JMSDF Activities in the Indo-Pacific Region, AJISS-Commentary No. 287, 5 April 2021, The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, Tokyo 2021.

IKENBERRY, G. John, The Rise of China and the Future of the West, in: Foreign Affairs, January/February 2008, S. 23-37.

IKENBERRY, G. John, Woodrow Wilson, the Bush Administration, and the Future of Liberal Internationalism, Introduction, in: G. John Ikenberry, Thomas J. Knock, Anne-Marie Slaughter, Tony Smith, The Crisis of American Foreign Policy. Wilsonianism in the Twenty-first Century, Princeton University Press, Princeton and Oxford 2009, S. 1-24.

IKENBERRY, G. John, Verschwörung gegen die amerikanische Außenpolitik. Kann die liberale Ordnung überleben?, in: Europäische Rundschau 3/2017, Herold Druck und Verlag AG, Wien 2017, S. 81-88.

IKENBERRY, G. John, The Next Liberal Order. The Age of Contagion Demands More Internationalism, Not Less, in: Foreign Affairs, July / August 2020, S. 133-142.

INHOFER, Jim, *REED*, Jack, *RISCH*, Jim, *MENENDEZ*, Bob, Turkey must choose between the U.S. and Russia, in: The New York Times International Edition, April 10, 2019, S. 7.

INSINNA, Valerie, As space wars loom large, oversight remains political football, in: Defense News, January 22, 2018, S. 1, 16 und 17.

INSINNA, Valerie, "If We Can Change, We Can Win". A US Air Force war game shows what the service needs to hold off – or win against – China in 2030, in: Defense News, April 2021, S. 1, 32 und 33.

INTERNATIONAL NEW YORK TIMES, Diplomacy with Iran Pays off, in: International New York Times, 19.01.2016, S. 8.

ISCHINGER, Wolfgang, Achse der Zuversicht. Die beste Antwort auf die Politik der Angst ist die Stärkung Europas, in: Internationale Politik (IP), November/Dezember 2016, S. 74-79.

JACOBS, Andrew, China's Trawls, and Nets Empty, in: The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung, May 12, 2017, S. 1 und 4.

JANKOWSKI, Dominik P., How to Save the Open Skies Treaty, in; Judy Dempsey's Strategic Europe, Carnegie Europe, 09 January 2020, <https://carnegieeurope.eu/strategieurope/80738> [19.02.2020]

JAPAN DEFENSE FOCUS, The 60th Anniversary of the Japan-U.S. Security Treaty, in: Japan Defense Focus, No. 121, March 2020, S. 4-5.

JHA, Ashish, System Failure. America Needs a Global Health Policy for the Pandemic Age, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 103-115.

JUDSON, Jen, Fanning: CR Could Snarl European Reassurance Initiative Efforts, in: Defense News International, October 3rd, 2016, S. 12.

KAGAN, Robert, A Superpower, Like It or Not. Why Americans Must Accept Their Global Role, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 28-38.

KAPLAN, Fred, Obama's Way. The President in Practice, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 46-63.

KAYE, David, Stealth Multilateralism. U.S. Foreign Policy Without Treaties – or the Senate, in: Foreign Affairs, September / October 2013, S. 113-124.

KERRY, John, Foreword, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. XVII-XIX.

KIRSHNER, Jonathan, Gone But Not Forgotten. Trump's Long Shadow and the End of American Credibility, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 18-26.

KNAUL, Susanne, Der Staat, der nur auf dem Papier existiert, in: Die Presse, 30.11.2012, S. 1.

KNAUL, Susanne, Israel baut nach 20 Jahren Pause neue Siedlung, in: Die Presse, 1.04.2017, S. 7.

KNAUL, Susanne, Israel deklariert sich zum „nationalen Heim des jüdischen Volks“, in: Die Presse, 20.07.2018, S. 2.

KNAUL, Susanne, *VIEREGGE*, Thomas, Natanjahu holt sich in USA Anerkennung der Golan-Annexion ab, in: Die Presse, 26.03.2019, S. 2.

KNOCK, Thomas J., “Playing for a Hundred Years Hence”, in: G. John Ikenberry, Thomas J. Knock, Anne-Marie Slaughter, Tony Smith, The Crisis of American Foreign Policy. Wilsonianism in the Twenty-first Century, Princeton University Press, Princeton and Oxford 2009, S. 25-88.

KÖHLER, Angela, Was Kim mit seinen Raketentests bezweckt, in: Die Presse, 16.09.2017, S. 9.

KÖHLER, Angela, Kim droht USA mit Wasserstoffbombe, in: Die Presse, 23.09.2017, S. 5.

KORB, Lawrence, Broken Contract: The Limits of the All-Volunteer Army, in: Iraq uncensored. Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes, American Security Project, Fulcrum, Golden / Colorado 2009, S. 119-122.

KORMANN, Judith, Facebook löscht Trump-Video, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 8.08.2020, S. 3.

KOTANI, Tetsuo, The New Taiwan Clause: Taiwan and the Security of Japan, JIIA Strategic Comments (2021-01), The Japan Institute of International Affairs, Tokyo, 1 June 2021.

KOTLER, Philip, *Democracy in Decline. Rebuilding its future*, SAGE Publications, Los Angeles 2016.

KRAMAR, Konrad, *Freundliche Töne und harte Fronten*, in: *Kurier*, 12.02.2021, S. 12.

KRAMER, Andrew E., *CHOE*, Sang-hun, *After Meeting Kim, Putin Backs Him (not Trump) on Disarmament*, in: *The New York Times*, April 26, 2019, S. A4.

KRASNER, Stephen D., *BITEGART*, Amy, *Pragmatic Engagement*, in: *The American Interest*, Vol. XI No 6, July/August 2016, S. 23-32.

KRETSCHMER, Fabian, *Wahlen in Zeiten der Gewaltexzesse*, in: *Die Presse*, 23.11.2019, S. 8.

KRETSCHMER, Fabian, *China als großer Gewinner der Viruskrise*, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 4 und 5.

KRETSCHMER, Fabian, *China setzt einen ersten Schritt zur Klimaneutralität*, in: *Die Presse*, 16.07.2021, S. 15.

KRISTLAN, Bonnie, *The Open Skies Treaty is a Win for US Security*, in: *Defense News*, November 11th, 2019, S. 29.

KRÜGER, Paul-Anton, *Iran zurück in der Weltwirtschaft*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.01.2016, S. 1.

KÜHN, Ulrich, *PÉCZELI*, Anna, *Russia, NATO, and the INF Treaty*, *Strategic Studies Quarterly*, Spring 2017, S. 66-86.

KURTZ-PHELAN, Daniel, *Who Won The War on Terror?*, in: *Foreign Affairs*, September/October 2021, S. 8.

LAHOUD, Nelly, *Bin Laden's Catastrophic Success. Al Qaeda Changed the World – but Not in the Way It Expected*, in: *Foreign Affairs*, September/October 2021, S. 10-21.

LANZ, Martin, Tiktok tickt weiter, der Streit USA-China auch, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 16.11.2020, S. 9.

LANZ, Martin, Amerika bläst seine Wirtschaft auf, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 17.03.2021, S. 15.

LANTEAUME, Sylvie, USA gründen Weltraumarmee, in: Salzburger Nachrichten, 23.12.2019, S. 8.

LARTER, David B., Will Ground-Based Hypersonic Missiles Replace Aircraft Carriers?, in: Defense News, October 14th, 2019, S. 22.

LEE, Felix, Trumps antichinesische Twitter-Provokation, in: Die Presse, 6.12.2016, S. 10.

LEE, Felix, Chinas erkaufte Verbündete, in: Die Presse, 22.08.2018, S. 4.

LEISINGER, Christoph, Amerika eröffnet die Cyber-Offensive gegen China, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 8.08.2020, S. 7.

LILL, Felix, Kim Jong Un gibt Fehler zu, in: Salzburger Nachrichten, 7.01.2021, S. 10.

LÖSER, Reinhard, Raketenabwehr: Der Start des Systems verärgert Russland. Das Gleichgewicht einseitig aufgehoben, in: Russland Heute. Eine Beilage des Rossijskaja Gaseta Verlags, Moskau, 6.06.2012.

LÖWENSTEIN, Stephan, Iran darf wieder mitspielen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2016, S. 2.

LUKYANOV, Fyodor, Putin's Foreign Policy. The Quest to Restore Russia's Rightful Place, in: Foreign Affairs, May / June 2016, S. 30-37.

MACFARQUHAR, Neil, Russia goes from U.S. foe to friend with Trump, in: The New York Times International Edition, 2.01.2017, S. 1 und 5.

MACMILLAN, Margaret, Which Past Is prologue? Heeding the Right Warnings From History, in: *Foreign Affairs*, September / October 2020, S. 12-22.

MACHI, Vivienne, Will space be a star among NATO's 2030 agenda?, in: *Defense News*, June 2021, S. 14.

MALLEY, Robert, *POMPER*, Stephen, Accomplice to Carnage. How America Enables War in Yemen, in: *Foreign Affairs*, March / April 2021, S. 73-88.

MANDELBAUM, Michael, America in a New World, in: *The American Interest*, Vol. XI, No. 6, July / August 2016, S. 13-21.

MANOW, Philip, *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Edition Suhrkamp, Berlin 2018.

MANSON, Katrina, US to pull 2,000 troops out of Iraq, in: *Financial Times*, September 10th, 2020, S. 4.

MANSON, Katrina, Pentagon signals troops drawdown in Afghanistan and Iraq, in: *Financial Times*, November 18th, 2020, S. 4.

MARKL, Florian, *Die Abraham-Abkommen. Ein Vermächtnis Donald Trumps*, in: *DAVID* Nr. 129, Sommer 2021, S. 66-67.

MARTIN, Jeremy, CNOOC, Chevron and Unocal: Mergers, money, politics, in: *The San Diego Union – Tribune*, <http://www.signonsandiego.com/uniontrib/20050805/news/z1e5martin.html>, August 5, 2005, [20.05.2009]

MATHEWS, Jessica T., Present at the Re-creation? U.S. Foreign Policy Must Be Remade, Not Restored, in: *Foreign Affairs*, March / April 2021, S. 10-16.

MCCURRY, Justin, *PHILLIPS*, Tom, Putin calls for dialogue to avert 'a catastrophe', in: *The Guardian Weekly*, 08.09.2017, S. 4.

MCINNIS, Kathleen J., The 2018 National Defense Strategy, CRS Insight, Washington, February 5, 2018 (IN10855).

MCINNIS, Kathleen J., The Interim National Security Strategic Guidance, Congressional Research Service, In Focus, March 29, 2021.

MCMMASTER, H.R., The Retrenchment Syndrome. A Response to “Come Home, America?“, in: Foreign Affairs, July / August 2020, S. 183-186.

MEAD, Walter Russell, The End of the Wilsonian Era. Why Liberal Internationalism Failed, in: Foreign Affairs, January / February 2021, S. 123-137.

MEARSHEIMER, John J., *WALT*, Stephen M., The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy. How a powerful American interest group has created havoc in the Middle East, damaged Israel itself and now threatens an even more perilous future, Penguin Books, London 2008.

MEARSHEIMER, John J., *WALT*, Stephen M., The Case for Offshore Balancing. A Superior U.S. Grand Strategy, in: Foreign Affairs, July / August 2016, S. 70-83.

MEHTA, Aaron, Nuclear Posture Review: What to look for, in: Defense News, April 24th, 2017, S. 24.

MEHTA, Aaron, America’s nukes will cost \$ 1.2 trillion over the next 30 years, in: Defense News, November 6th, 2017, S. 22.

MEHTA, Aaron, US, India Collaborating on Air-Launched Drone, in: Defense News, March 25th, 2019, S. 22.

MEIER-WALSER, Reinhard, *SELIGER*, Bernhard, Wiener Iran-Deal als Modell für Nordkorea-Gespräche, in: Die Presse, 31.08.2017, S. 26-27.

MENON, Shivshankar, League of Nationalists. How Trump and Modi Refashioned the U.S.-Indian Relationship, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 132-139.

MILITÄR AKTUELL, „Es besteht die Gefahr, dass bereits ein kleiner Vorfall zum Krieg führt“ (Admiral Wu Shengli), in: *Militär Aktuell* 4/2015, S. 009.

MILZ, Thomas, Harris lernt die Tücken der Migrationskrise kennen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 11.06.2021, S. 2.

MÜLLER, Helmut L., „Trump ist ein chronischer Lügner“, in: *Salzburger Nachrichten*, 29.06.2019, S. 6.

MÜNCH, Peter, Um Himmels Willen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14.02.2017, S. 3.

MÜNKLER, Herfried, Der Abzug aus Afghanistan ist eine historische Zäsur, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.05.2021, S. 16.

NATO, ‘The Atlantic Charter’. Declaration of Principles issued by the President of the United States and the Prime Minister of the United Kingdom, 14 Aug. 1941, Last updated 02 Jul. 2018 13:58, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_16912.htm [08.08.2021]

NATO, Resolute Support Mission in Afghanistan, Last updated: 15 April 2021 16:42, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_113694.htm [3. Mai 2021]

NATO, Press Conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the meeting of NATO Heads of State and Government, 14 Jun. 2021 / Last updated: 14 Jun. 2021 21:35, https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_184959.htm [22.06.2021]

NATO, Leaders agree NATO 2030 agenda to strengthen the Alliance, 14 Jun. 2021 / Last updated: 14 Jun. 2021 19: 34, https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_184998.htm [22.06.2021]

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Wohnungsbau in Jerusalem geht weiter, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 4.12.2010, S. 5.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Obama plant Kuba-Reise, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 20.02.2016, S. 6.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, China soll Druck auf Taiwan einstellen, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 25.01.2021, S. 2.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Kronprinz verantwortlich für Ermordung Khashoggis, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 1.03.2021, S. 2.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, USA verhängen neue Sanktionen gegen China, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 18.03.2021, S. 3.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Saudiarabien will Waffenruhe in Jemen, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 24.03.2021, S. 5.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Iran will Uran auf noch höheren Grad anreichern, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 15.04.2021, S. 3.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Nordkorea warnt die USA vor ernsthafter Situation, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 3.05.2021, S. 6

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, USA und Nato starten Abzug aus Afghanistan, Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 3.05.2021, S. 6.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Pipeline nach Zahlung von Lösegeld wieder in Betrieb, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 15.05.2021, S. 20.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Neue Stufe im Zermürbungskrieg, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 15.05.2021, S. 1.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Die USA wollen China die Stirn bieten, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 11.06.2021, S. 1.

NEWSWEEK, Bomb Shelter, in: Newsweek International, 25.08.-01.09.2017, S. 5.

NIDS, NIDS China Security Report 2021. China's Military Strategy in the New Era, National Institute for Defense Studies, Tokyo 2020.

NOWAK, Rainer, *RIECHER*, Stefan, Trump und der Millennial-Kanzler, in: Die Presse, 21.02.2019, S. 1.

NYE, Joseph, Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein neues Zeitalter, Siedler Verlag, München 2011.

OBAMA, Barack, The way ahead, in: The Economist, October 8th 2016, S. 21-24.

ÖTSCH, Walter, *HORACZEK*, Nina, Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2017.

OFFICE OF THE SECRETARY OF DEFENSE, Nuclear Posture Review, Washington, February 2018.

O'HAMLON, Michael, und *PETRAEUS*, David, America's Awesome Military, in: Foreign Affairs, September/October 2016, S. 10-17.

OPALL-ROME, Barbara, For Netanyahu, Pressure Builds To End Battle With Obama, in: Defense News, September 7th, 2015, S. 32.

OSNOS, Evan, Joe Biden – American Dreamer, Bloomsbury Publishing, London-Oxford-New York-New Delhi-Sydney 2020.

PACK-HOMOLKA, Stephanie, Die Polizei versagte beim Sturm auf das US-Kapitol, in: Salzburger Nachrichten, 8.01.2021, S. 4.

PACK-HOMOLKA, Stephanie, Wer die „Ortskräfte“ sind, die der Westen aus Kabul ausflog, in: Salzburger Nachrichten, 27.08.2021, S. 4.

PAK, Jung H., What Kim Wants. The Hopes and Fears of North Korea's Dictator, in: Foreign Affairs, May / June 2020, S. 96-106.

PARTON, Charlie, US and China: Trade, Technology, Theft and Arrests, RUSI Commentary, Royal United Services Institute, London, 18 January 2019.

PATRICK, Stewart, The Unruled World. The Case for Good Enough Global Governance, in: Foreign Affairs, January/February 2014, S. 58-73.

PÉCZELI, Anna, Five reasons why the US should not withdraw from the Open Skies Treaty, Bulletin of the Atomic Scientists, Dec. 11, 2019, <https://thebulletin.org/2019/12/five-reasons-why-the-us-should-not-withdraw-from-the-open-skies-treaty> [19.02.2020]

PENGELLY, Martin, Boris Johnson calls Trump impeachment over Capitol attack ‘kerfuffle’, in: The Guardian, 14 February 2021 16.01 GMT, <https://www.theguardian.com/politics/2021/feb/14/boris-johnson-capitol-attack-trump-impeachment-kerfuffle-joe-biden-clone> [12.09.2021]

PETZNER, Stefan, Trump to go. Eine kurze Erklärung, wie Populismus funktioniert, edition a, Wien 2017.

PHILLIPS, Tom, Hong Kong’s freedom fades, in: The Guardian Weekly, 7-13 July 2017, S. 1 und 4.

PICKARD, Jim, *SEVASTOPULO*, Demetri, Trump switches back on Brexit in bid to mend bridges with May, in: Financial Times Weekend, 14/15 July 2018, S. 1.

PILKINGTON, Ed, Barack Obama sets out plans for leaner military in historic strategy shift. President says armed forces will move away from large-scale ground warfare and focus more on China in wake of budget cuts, The Guardian, Thursday 5 January 2012 18.37 GMT, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/jan/05/barack-obama-plans-leaner-military/print>, [22.02.2012]

POMERLEAU, Mark, Cyber team to take “more direct role” in offensive, influence operations, in: Defense News, September 21st, 2020, S. 20.

POMPEO, Michael R., Confronting Iran. The Trump Administration's Strategy, in: Foreign Affairs, November / December 2018, S. 60-70.

PRIME MINISTER'S OFFICE, The New Atlantic Charter 2021, Published 10 June 2021, Policy Paper, London 2021.

PRIME MINISTER'S OFFICE, Joint Statement on the Visit to the United Kingdom of the Honorable Joseph R. Biden Jr, President of the United States of America, at the Invitation of The Rt. Hon. Boris Johnson M.P., The Prime Minister of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, London, June 2021.

PURGER, Alexander, Afghanistan: Die bittere Bilanz, Interview mit Helmut Fiedler, Oberst des Generalstabes, in: Salzburger Nachrichten, 19.08.2021, S. 4.

PURI, Samir, The Great Imperial Hangover. How Empires Have Shaped the World, Atlantic Books, London 2021.

RAABE, Julia, Die atomare Wunderwaffe, in: Die Presse, 14.01.2016, S. 5.

RADEMACHER, Horst, Der lange Weg zur Atommacht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.09.2017, S. 5.

REUTERS, Trump tells Abbas intends to move embassy to Jerusalem: Abbas spokesman, December 5, 2017, 4:06 pm, <https://www.reuters.com/article/us-usa-trump-israel-palestinians/trump-tells-abbas-intends-to-move-embassy-to-jerusalem>, [6.12.2017]

RIEF, Norbert, Die Fallstricke für Bidens große Pläne, in: Die Presse, 30.04.2021, S. 4.

RHODES, Ben, The World as it is. Inside the Obama White House, Vintage Books, London 2019.

RHODES, Ben, Them and Us. How America Lets Its Enemies Hijack Its Foreign Policy, in: Foreign Affairs, September/October 2021, S. 22-31.

RIECHER, Stefan, Trump spielte mit der Idee einer Invasion Venezuelas, Die Presse, 6.07.2018, S. 2.

RIECHER, Stefan, *VIEREGGE*, Thomas, Robert Mueller brach sein Schweigen, in: Die Presse, 31.05.2019, S. 5.

RICHTER, Nicolas, „Geldspritze für den Terror“, in: Süddeutsche Zeitung, 18.01.2016, S. 7.

RICHTER, Wolfgang, Angriff auf den Open-Skies-Vertrag, SWP Aktuell Nr. 38, Mai 2020, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin 2020.

RITTER, Johannes, Alarmstufe rot für den Welthandel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.12.2019, S. 17.

ROBERTS, Paul Craig, America's Color Revolution. Pandering to the Establishment Now Ubiquitous, January 7, 2021.

ROBLES, Frances, Next step in U.S.-Cuba ties, in: International New York Times, 15.12.2015, S. 2.

ROTH, Richard, *VAZQUEZ*, Maegan, US officially rejoins controversial UN Human Rights Council, CNN, October 14, 2021, Updated 0003 GMT, October 15, 2021, <https://edition.cnn.com/2021/10/14/politics/us-joined-nations-human-rights-council/index.html> [15.10.2021]

RUDD, Kevin, Start of War. How to Keep U.S.-Chinese Confrontation From Ending in Calamity, in: Foreign Affairs, March / April 2021, S. 58-72.

RUDOLF, Peter, Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung, SWP-Studie S11, Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, Mai 2010.

RÜESCH, Andreas, Iran betreibt nukleare Erpressung, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 9.06.2021, S. 17.

RÜESCH, Andreas, Im Cyberkrieg soll es gewisse Regeln geben, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 18.06.2021, S. 3.

RÜESCH, Andreas, Der Gipfel der „roten Linien“, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 18.06.2021, S. 1.

RÜESCH, Andreas, Atomstreit: Iran entgeht einer Verwarnung durch die IAEA, eine Lösung fehlt aber noch immer, in: Neue Zürcher Zeitung online, www.nzz.ch, 13.09.2021, 18.30 Uhr.

RUF, Renzo, Christian Weisflog, USA bombardierten proiranische Milizen in Ostsyrien, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 1.03.2021, S. 2.

SAGAN, Scott D., WEINER, Allen S., The Rule of Law and the Role of Strategy in U.S. Nuclear Doctrine, in: International Security, Vol. 45, No. 4 (Spring 2021), President and Fellows of Harvard College and the Massachusetts Institute of Technology, Cambridge (USA), S. 126-166.

SAHAY, Lea, „Eine Mauer aus Stahl“, in: Süddeutsche Zeitung, 2.07.2021, S. 9.

SALZBURGER NACHRICHTEN, USA drohen dem Iran mit neuen Sanktionen, in: Salzburger Nachrichten, 2.01.2016, S. 4.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Die israelischen Siedlungen, in: Salzburger Nachrichten, 27.12.2016, S. 4.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Trump: UNO ist nur ein Club zur Unterhaltung, in: Salzburger Nachrichten, 28.12.2016, S. 5.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Ein Luftschlag – und jetzt?, in: Salzburger Nachrichten, 8.04.2017, S. 4.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Der US-Stützpunkt Guam. Ein Urlaubsparadies inmitten des Konfliktes, in: Salzburger Nachrichten, 10.08.2017, S. 4.

SALZBURGER NACHRICHTEN, 200 US-Soldaten bleiben in Syrien, in: Salzburger Nachrichten, 23.02.2019, S. 6.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Bewaffnete Trump-Anhänger stürmen das US-Kapitol, in: Salzburger Nachrichten, 7.01.2021, S. 1.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Netzwerke sperrten Trumps Konten, in: Salzburger Nachrichten, 8.01.2021, S. 4.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Daten & Fakten: Der Abzug aus Afghanistan und der Siegeszug der Taliban, in: Salzburger Nachrichten, 10.07.2021, S. 9.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Berlin stoppt Abschiebungen nach Afghanistan, in: Salzburger Nachrichten, 12.08.2021, S. 7.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Taliban erobern strategisch wichtige Städte, in: Salzburger Nachrichten, 13.08.2021, S. 7.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Die letzte Bastion ist gefallen, in: Salzburger Nachrichten, 16.08.2021, S. 5.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Tödlicher Anschlag in Kabul, in: Salzburger Nachrichten, 27.08.2021, S. 4.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Noch 39 Insassen in Guantánamo, in: Salzburger Nachrichten, 11.09.2021, S. 4.

SANGER, David E., *HABERMAN*, Maggie, Trump casts doubt over U.S. pledges to its allies, in: International New York Times, 22.07.2016, S. 1 und 4.

SANGER, David E., *COOPER*, Helena, *SCHMITT*, Eric, Pentagon erupts over Trump's accusations, in: The New York Times International Edition, September 11, 2020, S. 1 und 4.

SCHADLOW, Nadia, The End of American Illusion. Trump and the World As It is, in: Foreign Affairs, September / October 2020, S. 35-45.

SCHALLER, Christian, „America First“ – Wie Präsident Trump das Völkerrecht strapaziert, SWP-Aktuell, Stiftung Wissenschaft und Politik, 12/2019, Berlin 2019.

SCHMID, Ulrich, Der Zorn des Verletzten. Eklat nach Uno-Resolution zu Israels Siedlungspolitik, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.12.2016, S. 1.

SCHMITT, Eric, GIBBONS-NEFF, Thomas, Cooperating in Syria, up to a point, in: The New York Times International Edition, July 19, 2018, S. 5.

SCHMUTZ, Christoph G. Streit um Subventionen für Flugzeugbauer beigelegt, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 17.06.2021, S. 16.

SCHNEIDER, Wieland, Der Sieg über das IS-„Kalifat“ hat nicht nur einen Vater, in: Die Presse, 20.01.2018, S. 2.

SCHNEIDER, Wieland, SOMMERBAUER, Jutta, Wie Putin und Erdoğan Syrien neu ordnen wollen, in: Die Presse, 14.11.2017, S. 2 und 3.

SCHOLL, Stefan, Donald Trump ist Moskaus Held des Tages, in: Salzburger Nachrichten, 2.08.2016, S. 5.

SCHÖRNIG, Niklas, Dunkle Wolken am offenen Himmel. Verlassen die USA den Open Skies Vertrag? PRIF Spotlight, Peace Research Institute Frankfurt / Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Nr. 11/2019.

SCHWARZ, Christoph, Europas Rolle im Indo-Pazifik. Strategien für den Hauptaustagungsort systemischer Großmachtrivalität im 21. Jahrhundert, Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, Wien 2021.

SEIBERT, Thomas, Ganz ohne die USA geht es nicht, in: Die Presse, 30.05.2017, S. 1.

SEIBERT, Thomas, Trumps „Muslim-Ban“ erneut gescheitert, in: Die Presse, 19.10.2017, S. 7.

SEIBERT, Thomas, Trump bricht Jerusalem-Tabu, in: Die Presse, 7./8.12.2017, S. 1.

SEIBERT, Thomas, Saudiarabien entdeckt plötzlich Sympathien für den Iran, in: Die Presse, 3.05.2021, S. 2.

SEYMOUR-MIKICH, Sonia, *BRINKBÄUMER*, Klaus, „Mehr und mehr Spaltungen“, Interview mit US-Präsident Barack Obama, in: Der Spiegel Nr. 47/2016, 19. November 2016, S. 14-17.

SHERMAN, Wendy R., How We Got the Iran Deal, And Why We'll Miss It, in: Foreign Affairs, September/October 2018, S. 186-197.

SIEREN, Frank, Verhärtete Fronten, in: China Rundschau, Nr. 054, August 2019, S. 4.

SOLANA, Javier, Trump hat keine Ahnung von Europa und der Nato, in: Der Standard, 27.07.2018, S. 27.

SPALINGER, Andrea, Gehasst und verehrt, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 3.05.2021, S. 2.

SPALINGER, Andrea, Die Hamas hat ihr Raketenarsenal deutlich vergrößert und modernisiert, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 15.05.2021, S. 3.

SPANG, Thomas Spang, Nordkorea hat Guam in Reichweite, in: Salzburger Nachrichten, 16.09.2017, S. 6.

SPANG, Thomas, Trump startet Angriff auf Alaskas Natur, in: Salzburger Nachrichten, 30.08.2018, S. 6.

SPRENGER, Sebastian, NATO's Northern Challenge, in: Defense News, April 2021, S. 10-11.

STAFF REPORTERS, A regional race. The global contest for advanced weapons is heating up in the Asia-Pacific, in: Defense News, March 2021, S. 8-10.

STEINER, Eduard, USA mischen EU-Gasmarkt auf, in: Die Presse, 4.05.2016, S. 17.

STEINER, Eduard, Neue US-Geschütze gegen Moskau, in: Die Presse, 3.11.2017, S. 12.

STEINER, Eduard, Wie Amerikaner und Russland Handel treiben, in: Die Presse, 10.02.2020, S. 6.

STEVENSON, Tom, Proxy Wars. Das Zeitalter der Stellvertreterkriege, in: Le Monde diplomatique (Deutsche Ausgabe), Januar 2021, S. 1, 6 und 7.

STEWART, Heather, *KHOMAMI*, Nadia, Obama warns of trade losses if Britain votes to leave the EU, in: The Guardian Weekly, 29.04.2016, S. 15

STIMEDER, Klaus, Die Realitätsgeschockten, in: Wiener Zeitung, 18.08.2021, S. 4.

STREIHAMMER, Jürgen, *MARSCHIK*, Koloman, Das 113-Milliarden-Dollar-Fiasko am Hindukusch, in: Die Presse, 2.02.2017, S. 4.

STRICKER, Martin, Die Nato lebt auf, in: Salzburger Nachrichten, 19.02.2021, S. 6.

STRICKER, Martin, Wer sorgt für die Sicherheit Europas?, in: Salzburger Nachrichten, 6.10.2021, S. 6.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Xi Jinping warnt Ausland vor Einmischung, in: Süddeutsche Zeitung, 2.07.2021, S. 1.

SWANSON, Ana, *TANKERSLEY*, Jim, Here's what's in NAFTA's replacement, in: The New York Times International Edition, January 31, 2020, S. 8.

TABAAR, Mohammed Ayatollahi, Iran's War Within. Ebrahim Raisi and the Triumph of the Hard-Liners, in: *Foreign Affairs*, September/October 2021, S. 155-168.

TAN, Yeling, How the WTO Changed China. The Mixed Legacy of Economic Engagement, in: *Foreign Affairs*, March / April 2021, S. 90-102.

TEPPERMAN, Jonathan, The Envoy. A Conversation With John Kerry, in: *Foreign Affairs*, November/December 2016, S. 56-64.

THE ECONOMIST, Cruise control, in: *The Economist*, 23.01.2016, S. 31 und 32.

THE ECONOMIST, America and the world: US vs UN, in: *The Economist*, 25.03.2017, S. 54 und 55.

THE ECONOMIST, America and Taiwan: Visitors welcome, in: *The Economist*, March 24th, 2018, S. 41.

THE ECONOMIST, Prisoners of war, in: *The Economist*, August 17th, 2019, S. 69.

THE ECONOMIST, Islamic State. Decapitated, not Defeated, in: *The Economist*, November 2nd, 2019, S. 35-36.

THE ECONOMIST, Afghanistan after America. 1989 and all that, in: *The Economist*, June 12th, 2021, S. 40-42.

THE ECONOMIST, The world this week, in: *The Economist*, June 26th, 2021, S. 8

THE GUARDIAN, Trump tightens the rules on Cuba links, in: *The Guardian Weekly*, 23.06.2017, S. 11.

THE GUARDIAN, North Korea: Kim Jong-un calls US 'biggest enemy' and says nuclear submarine plans 'complete', *The Guardian*, 9 Jan 2021 01.25 GMT, <https://www.theguardian.com/world/2021/jan/09/kim->

[jong-un-calls-us-biggest-enemy-and-says-nuclear-submarine-plans-complete](#)
[am 11.01.2021].

THE NATIONAL INSTITUTE FOR DEFENSE STUDIES JAPAN, East Asian Strategic Review 2011, The Japan Times, Tokyo, May 2011.

THE NEW YORK TIMES, The President's Nuclear Trigger, in: The New York Times International Edition, November 17, 2017, S. 10.

THE NEW YORK TIMES, Donald Trump: The Russia File, in: The New York Times International Edition, January 16, 2019, S. 14.

THE WASHINGTON POST, The Mueller Report, Simon & Schuster, London-New York-Sydney-Toronto-New Delhi 2019.

THE WHITE HOUSE, A National Security Strategy for a global age, December 2000.

THE WHITE HOUSE, Fact Sheet: The 2015 National Security Strategy, February 6, 2015, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/02/06/fact-sheet-2015-national-security-strategy> [23.06.2015]

THE WHITE HOUSE, Joint Statement on the Phone Call between President Biden and President Macron, September 22, 2021, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/09/22/joint-statement-on-the-phone-call-between-president-biden-and-president-macron/> [15.10.2021]

TRIEBE, Benjamin, Schärfere Steuerregeln für globale Konzerne, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 7.06.2021, S. 1.

TRYANOR, Ian, US defence chief blasts Europe over Nato, The Guardian, 10 June 2011 12.46 BST, <http://www.guardian.co.uk/world/2011/jun/10/nato-dismal-future-pentagon-chief/print>, [27.06.2011]

ULTSCH, Christian, Warum Kim Jong-il der Welt sein Spiel aufzwingen kann, in: Die Presse, 24.11.2010, S. 2.

ULTSCH, Christian, Obamas letzte Rede an die Welt, in: Die Presse, 21.09.2016, S. 8.

ULTSCH, Christian, „Das wunderschöne Österreich ist das iranische Tor zur EU“, in: Die Presse, 13.07.2011, S. 5.

ULTSCH, Christian, „Die Europäer agieren etwas seltsam“, Interview mit dem US-Handelsminister Wilbur Ross, in: Die Presse, 14.02.2020, S. 3.

ULTSCH, Christian, Der neue globale Wettbewerb der Systeme, in: Die Presse am Sonntag, 16.02.2020, S. 4.

ULTSCH, Christian, Österreichs neue Nähe zu den USA, in: Die Presse, 14.08.2020, S. 1.

UNITED NATIONS GENERAL ASSEMBLY, Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, 7 July 2017, A/CONF. 229/2017/8, Artikel 1a-g.

UNITED NATIONS SECURITY COUNCIL, Resolution 2375 (2017), Adopted by the Security Council at its 8042nd meeting, on 11 September 2017, S/RÉS/2375 (2017).

U.S. DEPARTMENT OF STATE, U.S. Foreign Policy Agenda Vol 7 No 4, U.S. National Security Strategy. A New Era, Washington, December 2002.

U.S. EMBASSY IN LEBANON, Abraham Accords Peace Agreement: Treaty of Peace, Diplomatic Relations and Full Normalization Between the United Arab Emirates and the State of Israel, Issued on: September 15, 2020.

VAEZ, Ali, Die Kunst des iranischen Atomdeals. Wie die EU, Russland und China das Abkommen schützen könnten, in: IP (Internationale Politik), Januar / Februar 2017, S. 23-25.

VIEREGGE, Thomas, Kommandowechsel im Pentagon, in: Die Presse, 30.06.2011, S. 9.

VIEREGGE, Thomas, Die Wiederkehr des Irak-Kriegs, in: Die Presse, 21.06.2014, S. 6

VIEREGGE, Thomas, Donald Trumps einsame Entscheidung, in: Die Presse, 21.12.2018, S. 7.

VIEREGGE, Thomas, Die Doppelstrategie der afghanischen Taliban, in: Die Presse, 10.07.2019, S. 2-3.

VIEREGGE, Thomas, Wenn es an der Tür klopft: Razzien gegen Immigranten, in: Die Presse, 15.07.2019, S. 3.

VIEREGGE Thomas, „Der Tod der Zweistaatenlösung“, in: Die Presse, 20.11.2019, S. 3.

VIEREGGE, Thomas, Wie Biden zum Kriegsgegner wurde, in: Die Presse, 16.04.2021, S. 6.

VIEREGGE, Thomas, Die Telefondiplomatie des Antony Blinken, in: Die Presse, 18.05.2021, S. 2-3, hier S. 3.

VOGT, Erich, Amerikas Kongress braucht die einfache Mehrheit, in: Die Presse, 9.06.2021, S. 26 und 27.

VON SCHWERIN, Ulrich, Amerika braucht eine neue Iran-Strategie, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 13.

WALSH, Declan, Muslims exult at reversal of Trump ban, in: The New York Times International Edition, 24 January 2021, S. 4.

WIENER ZEITUNG, US-Sanktionen gegen Hongkongs Stadtchefin, in: Wiener Zeitung, 8./9.08.2020, S. 7.

WIENER ZEITUNG, IT-Krieg zwischen USA und China droht, in: Wiener Zeitung, 8./9.08.2020, S. 9.

WIENER ZEITUNG, Trump heizt Handelsstreit mit Kanada wieder an, in: Wiener Zeitung, 8./9.08.2020, S. 9.

WIENER ZEITUNG, Afghanistan: Vier Präsidenten und deren Fehler, in: Wiener Zeitung, 18.08.2021, S. 4.

WINKLER, Peter, Biden will Reagans Erbe demontieren, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 5.05.2021, S. 3.

WINTOUR, Patrick, Obama urges a united Europe, in: The Guardian Weekly, 29.04.2016, S. 10.

WOLFF, Michael, Landslide. The Final Days of the Trump Presidency, The Bridge Street Press, London 2021.

WOLFFE, Richard, The president is now a neo-Nazi sympathiser, in: The Guardian Weekly, 15.08.2017, S. 19.

WOOD, Tony, Russlands gefährliche Schwäche, in: Le Monde diplomatique (Deutsche Ausgabe), Mai 2017, S. 12-13.

WOODWARD, Bob, Fear. Trump in the White House, Simon & Schuster, London, New York, Sydney, Toronto, New Delhi, Paperback edition, 2019.

WRASE, Michael, USA rücken von Premier Maliki ab, in: Salzburger Nachrichten, 20.06.2014, S. 5.

WRASE, Michael, Vorerst keine Waffen: Biden ändert Kurs gegenüber Saudis, in: Salzburger Nachrichten, 1.02.2021, S. 5.

WRASE, Michael, Reaktion aus dem Iran: „Seht, da fliegt unser Geld“, in: Salzburger Nachrichten, 14.05.2021, S. 4.

YA'ALON, Moshe, Don't Be Fooled by Iran's 'Charm Offensive', in: Defense News, December 14th, 2015, S. 16.

YARON, Gil, Israel ist „enttäuscht“ über Trumps Nahost-Entscheid, in: Salzburger Nachrichten, 3.06.2017, S. 8.

YARON, Gil, Trump verwirrt Freund und Feind, in: Salzburger Nachrichten, 26.08.2017, S. 6.

YEO, Mike, Mattis addresses ‘clear and present danger’ of North Korea threat, in: Defense News, June 12th, 2017, S. 12.

YEO, Mike, Austin calls for new regional order in Indo-Pacific, in: Defense News, August 2021, S. 20.

ZARIF, Mohammed Javad, What Iran Really Wants, in: Foreign Affairs, May/June 2014, S. 49-59.

ZIRM, Jakob, Zwei Billionen Dollar – auch die USA schnüren historisches Hilfspaket, in: Die Presse, 26.03.2020, S. 2.

ZOLL, Patrick Zoll, China droht Taiwan – meint aber G-7 und Nato, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 18.06.2021, S. 5.

ZUMACH, Andreas, US-Veto gegen Kontrolle des Verbots für B-Waffen, in: Die Presse, 26.07.2001, S. 4.

In der vorliegenden Studie analysiert Dr. Gunther Hauser, Ehrenprofessor der Donau-Universität Krems und Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien, wie sich die USA zwischen 2001 und 2021 abgeleitet von ihren politisch-strategischen Zielsetzungen welt- und geopolitisch verhalten haben. Mit dem Ende des „Kalten Krieges“ sahen sich die USA als die einzige verbliebene „Supermacht“ und als Mentor einer „Neuen Weltordnung“, deren Scheitern insbesondere mit dem enormen Aufstieg Chinas und dessen geopolitische Machtprojektionen, mit der seit 2014 durch die Krim-Annexion und der Syrien-Intervention wiederer-starkten Rolle Russlands und zuletzt mit der 2021 chaotisch beendeten US-Mission in Afghanistan zum Ausdruck kam. Dr. Hauser stellt die politischen, sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen der USA während der Periode 2001 bis 2021 dar und untersucht, wie sehr die politisch-strategischen Ambitionen der jeweiligen US-Regierungen in die Praxis umgesetzt wurden.

ISBN: 978-3-903359-35-2

